

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Polen im neuen Europa

- Krzysztof Pomian** Osterweiterung: Vorurteile und Ängste
Marcin Krol Polen zwischen Ost und West
Ryszard Kapuscinski In der Tramway Nr. 15
Timothy D. Snyder Polnische Ostpolitik – Tradition mit Zukunft
Alexei Miller In den Fesseln der Geschichte
José Casanova Das katholische Polen im säkularisierten Europa
Joanna Tokarska-Bakir Trauma Jedwabne
Michal Glowinski Tatra-Utopie. Kleine Prosa
Czeslaw Milosz Pawel Hertz – Hüter des klassischen Reims
Swiat – Polnische Kinder fotografieren ihre Welt

Populismus

- Alfred Gusenbauer** Strategien gegen den Rechtspopulismus in Europa
Mit Kommentaren von **K. Biedenkopf**, **J. Gray**,
J. M. Kovacs, **M. Mertes** und **C. Offe** sowie
einer Replik von **A. Gusenbauer**
- Ralf Dahrendorf** Acht Anmerkungen zum Populismus
Jacqueline Hénard Rechtspopulismus als Klassenkampf
Paul Scheffer Eine offene Gesellschaft braucht Grenzen

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main.

Herausgeber: Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

Redaktion: Klaus Nellen (Wien)

Redaktionsassistentz: Anna Bochniak (Frankfurt) und Florian Korczak (Wien)

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Otto Kallscheuer (Sassari), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Claus Leggewie (Gießen), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Josef Wais (Wien, Fotografie)

Beirat: Lord Dahrendorf (London), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York)

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30, mail: transit@iwm.at / Website: www.iwm.at

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, mail: verlag@neuekritik.de

Die Mehrzahl der Beiträge zum Thema Polen geht auf die Konferenz »Polen in Europa« zurück, die das IWM im Oktober 2002 veranstaltet hat. Für die Kooperation und Unterstützung danken wir dem Kunsthistorischen Museum Wien, dem Polnischen Institut Wien und dem österreichischen Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Dank auch an KulturKontakt Austria für die Zusammenarbeit beim Bildteil »Swiat«



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 3-8015-0611-7

Transit ist Partner von *eurozine – the netmagazine* (www.eurozine.com), einem Zusammenschluß europäischer Kulturzeitschriften ins Internet. *Transit* is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the International Bibliography of the Social Sciences.

Drucknachweise: Die Texte von Michal Glowinski sind seinem Buch *Przywidzenia i figury* (Trugbilder und Figuren), Wydawnictwo Literackie, Krakau 1998, entnommen. Der Text von Ryszard Kapuscinski stammt aus *Lapidarium IV*, Czytelnik, Warschau 2000.

© 2003 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM.

Transit 25 (Frühjahr 2003)

Polen im neuen Europa

Krzysztof Pomian Vor der Osterweiterung Westliche Vorurteile, polnische Ängste	3
Marcin Krol Polen zwischen Ost und West	12
Ryszard Kapuscinski In der Tramway Nr. 15	23
Swiat – Polnische Kinder fotografieren ihre Welt Bilder aus Krzywa und Jasionka Ein Projekt von Piotr Janowski, Andrzej Stasiuk und Monika Sznajderman	nach Seite 24
Timothy D. Snyder Polnische Ostpolitik Tradition mit Zukunft	25
Alexei Miller In den Fesseln der Geschichte Der polnische Diskurs über die Ostpolitik	40
José Casanova Das katholische Polen im nachchristlichen Europa	50
Joanna Tokarska-Bakir Polen als kranker Mann Europas? Jedwabne, das »Nachgedächtnis« und die Historiker	66

Michal Glowinski
Tatra-Utopie
Kleine Prosa 88

Czeslaw Milosz
Pawel Hertz (1918-2001)
Der Hüter des klassischen Reims 93

Populismus in Europa

Debatte

Alfred Gusenbauer
Die Bekämpfung des Rechtspopulismus
in den europäischen Demokratien 106

Kommentare von
Kurt Biedenkopf 120
John Gray 127
Janos Matyas Kovacs 131
Michael Mertes 138
Claus Offe 142
Replik von Alfred Gusenbauer 147

Ralf Dahrendorf
Acht Anmerkungen zum Populismus 156

Jacqueline Hénard
Rechtspopulismus als Klassenkampf
Frankreich nach dem 21. April 2002 164

Paul Scheffer
Eine offene Gesellschaft braucht Grenzen 172

Zu den Autorinnen und Autoren 189

Krzysztof Pomian
VOR DER OSTERWEITERUNG
Westliche Vorurteile, polnische Ängste

Bei der Vorbereitung meines Vortrages wurde mir bewusst, dass etwas mit der Formulierung meines Themas nicht stimmte. Weder gibt es »den Westen« noch »Polen«. Welche geographische Vorstellung auch immer man von ihm haben mag, von einem monolithischen »Westen« kann nicht die Rede sein, wenn es um die Haltung gegenüber Polen geht. Und ebenso scheint mir, dass diese Haltung davon abhängt, unter welchem Aspekt man dieses Land betrachtet. Die Republik Polen als Staat? Die polnische Wirtschaft? Die polnische Kultur? Die polnische Gesellschaft? Es gibt sozusagen mehrere Polen, die sich nicht unbedingt decken müssen.

Und selbst wenn wir den Westen mit den heutigen Mitgliedsländern der Europäischen Union gleichsetzen, werden wir feststellen, dass die Beziehung zu Polen für jedes Land einen anderen Stellenwert besitzt. Ich glaube nicht, dass Polen für die Niederlande oder Portugal eine große Bedeutung besitzt. Niemand würde jedoch die Bedeutung Polens für Frankreich oder Deutschland abstreiten. Beide räumen Polen, wenngleich auch aus unterschiedlichen Motiven, einen bedeutenden Platz in ihrer Außenpolitik, ihrem kollektiven Gedächtnis und ihrem Selbstbewusstsein ein. Im folgenden möchte ich zunächst die französische Haltung gegenüber Polen näher betrachten.

Wer sie verstehen will, muss sich zunächst die massive polnische Immigration nach Frankreich vergegenwärtigen. Laut Statistik haben heute nicht weniger als eine Million französischer Staatsbürger zumindest einen polnischen Großelternanteil. Die Mehrzahl dieser Vorfahren entstammte ursprünglich dem Arbeiter- oder Bauernmilieu. Sie wanderten am Ende des neunzehnten oder am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts nach Frankreich aus und ließen sich vorwiegend in den Kohlegebieten und den Agrarregionen nieder, die einen großen Bedarf an Arbeitskraft hatten. Ihre Nachkommen finden sich heute über das ganze Land verstreut und in allen

sozialen Schichten, für sie spielt die Abstammung keine wesentliche Rolle mehr. Doch in Krisenzeiten zeigen viele von ihnen Interesse an dem, was mit oder in Polen passiert. Das war zuletzt vor allem in den frühen achtziger Jahren der Fall.

Die französische Monarchie sah in Polen bis in die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts einen Verbündeten. Für Napoleon wiederum stellten die Polen, insbesondere der Adel, ein bereitwilliges und mutiges Kanonenfutter dar. Nach 1815 spielte Polen in der französischen Außenpolitik nur noch eine marginale Rolle, und nach der Niederlage von 1870 wurde es bald der Allianz mit Russland geopfert. In der Zwischenkriegszeit zeigte sich Frankreich an einer Neubegründung Polens als unabhängigem Staat interessiert, als Gegengewicht zu Deutschland und als *cordon sanitaire* zum Schutz Europas vor der Sowjetunion. In dieser Zeit, und besonders nach Pilsudskis Machtergreifung im Mai 1926, nahm die französische Linke wegen Polens antisowjetischer Politik und seines Antisemitismus eine starke antipolnische Haltung ein. Eine einflussreiche Fraktion der französischen Rechten bezog eine ähnliche Position, da sie bestrebt war, friedliche, wenn nicht gar freundschaftliche Beziehungen zu Nazideutschland zu etablieren. Kaum jemand war bereit, für Danzig zu sterben.

Die französische Politik gegenüber Polen zeichnet sich durch eine starke Kontinuität aus: Sie ist bis heute von geopolitischen Erwägungen, nicht aber von Sympathien oder Ideologien geprägt. Unter diesem Gesichtspunkt lag Frankreich die Beziehung zur Sowjetunion weitaus mehr am Herzen als das Schicksal Polens. Heute kommt Russland in der französischen Außenpolitik ein wesentlich größeres Gewicht zu als Polen. Es gab allerdings einen entscheidenden Punkt, in dem die französische Politik mit polnischen Interessen übereinstimmte: Es handelt sich um Polens Westgrenze entlang der Oder-Neiße-Linie, die die Vierte Republik und später de Gaulle und seine Nachfolger akzeptierten und die Mitterrand im Zuge der deutschen Wiedervereinigung verteidigte. Dass Kohl schließlich diese Grenze anerkennen musste, geht nicht zuletzt auf französischen Druck zurück.

Die Haltung der französischen Öffentlichkeit gegenüber Polen unterschied sich gelegentlich nicht nur wesentlich von der französischen Regierungspolitik, sondern stand sogar im Gegensatz zu ihr. Dies war im Hinblick auf den Novemberaufstand von 1956 der Fall, während der Zeit von *Solidarnosc* und besonders nach dem Staatsstreich von General Jaruzelski.

Französische katholische Kreise hegen und hegten schon immer Sympathie für das katholische Polen; sie geht auf die Zeit von Lamennais und Montalembert, also auf die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zurück. Auch in demokratischen Kreisen herrschte eine traditionelle Sympathie für Polens Kampf um Freiheit; die Wurzeln reichen ebenfalls in diese Periode zurück, in die Zeit von Michelet. Beide Strömungen erlebten in den Zeiten von *Solidarnosc* eine Wiederbelebung. Die Position von Linken und Sozialisten war weitaus differenzierter, ich habe bereits ihre antipolnische Haltung in der Zwischenkriegszeit erwähnt. Nach 1945 verstanden sich die Kommunisten als bedingungslose Verbündete der Sowjetunion und des kommunistischen Polen; die Trotzlisten, die in Frankreich größeres Gewicht als anderswo besitzen, identifizierten sich mit den Aufständen der polnischen Arbeiter; und die Sozialisten, die zwischen ihrer Sympathie für die Demokratie und ihrer revolutionären Rhetorik oder sogar Ideologie hin und her gerissen waren, bemühten sich, durch ein Lippenbekenntnis gegenüber den polnischen Dissidenten ihr Engagement für die Realpolitik und ihr Wahlbündnis mit den Kommunisten zu kompensieren.

Wie man sieht, ist das Bild der französischen Haltung gegenüber Polen bereits ziemlich vielschichtig, wenn man es auf die politischen Einstellungen beschränkt, die den polnischen Staat und seine Gesellschaft betreffen. Das Bild wird noch komplexer, wenn wir es auf die polnische Kultur ausdehnen. Hier müssen wir wiederum zwischen Literatur, Musik, bildender Kunst etc. unterscheiden. Alle großen polnischen Schriftsteller sind ins Französische übersetzt, doch nur einem einzigen gelang es, in den Mainstream der französischen Literatur so weit vorzudringen, dass er als französischer Schriftsteller *honoris causa* betrachtet wird. Die Rede ist von Witold Gombrowicz, dem in der Literatur der gleiche Rang zukommt wie Lutoslawski, Penderecki und Gorecki in der Musik. Die bildende Kunst ist weitaus weniger bekannt, anders als das Theater, insbesondere jenes von Grotowski und Kantor.

Mangels empirischer Untersuchungen wage ich nicht zu sagen, ob und in welchem Maße das in Frankreich herrschende gewisse Maß an Vertrautheit mit der polnischen Kultur dazu beiträgt, die Franzosen für einen Beitritt Polens zur Europäischen Union zu stimmen. Deutlicher erscheint mir der Zusammenhang zwischen den Beitrittsgegnern und ihrer politischen Positionierung. Traditionellerweise nehmen die beiden Extreme des

politischen Spektrums eine ablehnende Haltung gegenüber der EU-Erweiterung ein. Auf der Rechten die Nationalisten, die ohnedies gegen jede europäische Integration sind; auf der Linken die kommunistische Partei und gewisse Gruppierungen, die sich gegen das Projekt eines vereinten Europas aussprechen. Aus den Zeitungsberichten und den Kommentaren der Politiker zu schließen, ist es heute vor allem die Linke, die sich gegen eine Erweiterung stellt.

Selbst in der sozialistischen Partei, die in der Vergangenheit eindeutig proeuropäisch war, kann man Stimmen hören, die sich für eine Verschiebung und im Grunde genommen gegen das Projekt als solches aussprechen. Die Politiker insgesamt, einschließlich der Regierung, scheinen nicht immer ganz davon überzeugt, dass eine Erweiterung den französischen Interessen dienlich sein würde. Sie sind dafür – allerdings mit ziemlichem Widerwillen und in erster Linie, weil ihr Verbündeter Deutschland nicht an der Ostgrenze der Union stehen möchte.

Die Regierungen anderer EU-Staaten scheinen dagegen die Erweiterung als vorteilhaft für ihr Land zu sehen und machen sich für ihre Realisierung im Jahr 2004 stark. Auch die Europäische Kommission hat sich auf dieses Datum festgelegt, trotz ihrer kritischen Haltung gegenüber einzelnen Beitrittskandidaten. Die öffentliche Meinung – und vor allem der linke Flügel – zeigt sich reservierter. Und das gilt nicht nur für Frankreich. Deutsche Gewerkschafter, schwedische Umweltschützer, flämische Sozialisten und zahlreiche weitere Gruppierungen in anderen Ländern äußern ihre Zweifel an und ihre Besorgnis über die Zukunft der Europäischen Union nach der Erweiterung. Wenn daher im folgenden von »westlichen« Reaktionen die Rede ist, so ist damit nichts anderes gemeint, als dass sie in einer ganzen Reihe von Ländern der Union anzutreffen sind.

Zugegeben, es mag mehrere gute Gründe dafür geben, sich angesichts einer Europäischen Union von fünfundzwanzig Staaten etwas unbehaglich zu fühlen. Niemand weiß heute, wie ein solches Gebilde funktionieren soll und ob es überhaupt funktionieren kann. Und niemand weiß, wie lange es dauern wird, bis sich das Pro-Kopfeinkommen in den neuen Mitgliedsstaaten dem Durchschnittseinkommen der Europäischen Union annähern wird. Doch es sind nicht diese Fragen, auf die die Befürworter des europäischen Status quo abzielen. Um ihre Wählerschaft zu überzeugen, bedienen sie sich einer anderen Rhetorik. Ihre Argumente zielen besonders auf

Polen, den größten und bevölkerungsreichsten Beitrittskandidaten, ohne den die Erweiterung kaum vorstellbar wäre. Hinzu kommt, dass, wie bereits erwähnt, zwischen der Linken des Westens und Polen von jeher eine ideologische Kluft bestand, die zwar in den achtziger Jahren, den glücklichen Zeiten der polnischen Arbeiterbewegung, überbrückt schien, die sich aber 1989 wieder aufgetan hat und heute vermutlich so tief ist wie in der Zwischenkriegszeit.

Die Argumente gegen eine Erweiterung werden selten so offen ausgesprochen, wie ich dies im folgenden tun werde. Ich nenne hier vier kritische Punkte, ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Als erstes wäre die Landwirtschaft zu nennen. Polen mit seiner großen landwirtschaftlichen Produktion zu Preisen, die weit unter jenen der übrigen Mitgliedsstaaten liegen, würde, so eine verbreitete Befürchtung, durch seinen Beitritt die EU-Produzenten von Weizen, Kartoffeln, Zuckerrüben, Schweinefleisch usw. ruinieren. Das zweite Argument betrifft die Industrie. Wenn Polen erst einmal das Schengener Abkommen unterzeichnet hat, werden sich, so die Befürchtung, polnische Arbeitskräfte zu Dumpingpreisen verkaufen und den westlichen Arbeitsmarkt überschwemmen, wodurch es besonders im Baugewerbe und im öffentlichen Sektor, wo vorwiegend minderqualifizierte Kräfte gesucht werden, zu einem Lohn einbruch kommen werde. Der Bankrott der Landwirtschaft und der Kollaps des Arbeitsmarktes werden so als Zwillingskatastrophen ausgemalt, die sich als Folge der Erweiterung einstellen werden.

Das dritte Argument betrifft die Ideologie. Der polnische Katholizismus wird als eine Bedrohung für den säkularen Charakter der Europäischen Union dargestellt. Er wird die friedliche Koexistenz der verschiedenen christlichen Bekenntnisse, aber auch die des Christentums mit dem Judentum, dem Islam und anderen Glaubensbekenntnissen gefährden. Diese Koexistenz sei nur unter der Voraussetzung möglich, dass die Trennung von Kirche und Staat respektiert werde und sich die Religion aus der Politik heraushalte. Das vierte Argument bezieht sich schließlich auf die Geopolitik. Polen stehe den Vereinigten Staaten viel näher als der Europäischen Union, und sein Beitritt würde dem Einzug eines trojanischen Pferdes gleichkommen, was die anvisierte gemeinsame europäischen Außen- und Militärpolitik vereiteln würde. Die der Europäischen Union bevorstehende Katastrophe ist also nicht nur ökonomischer Natur. Hier wird uns suggeriert, dass die EU die Erweiterung nicht überleben wird und dass alle

Errungenschaften einer fünfzigjährigen europäischen Integration zunichte gemacht würden.

Hier ist nicht der Raum, auf diese vier Punkte detaillierter einzugehen und jeweils die tatsächlichen Schwierigkeiten und die Hirngespinnste gegeneinander abzuwägen. Ich möchte mich auf die Bemerkung beschränken, dass der Niedergang der Landwirtschaft bereits vor Jahren als unvermeidliche Folge der Aufnahme Spaniens in die Union prophezeit worden war, aber niemals eingetreten ist. Die Vision, dass der Arbeitsmarkt von Horden polnischer Arbeitskräfte überschwemmt würde, ist völlig unrealistisch und steht in Widerspruch zu der oft von denselben Kreisen geäußerten Besorgnis, dass die eigene Nation durch den Geburtenrückgang aussterbe. Wenn wir die Dinge genauer betrachten, so sehen wir, dass das, was uns an ökonomischen Argumenten gegen einen Beitritt Polens – in Wirklichkeit aller zehn Kandidatenländer – präsentiert wird, völlig irreführende Annahmen sind. Nicht besser steht es mit den angeblichen ideologischen und politischen Argumenten. Wie immer man über den polnischen Katholizismus und seinen Einfluss auf die polnische Politik denken mag, wie soll es geschehen, dass ein Land unter fünfundzwanzig die von allen anderen akzeptierten Regeln verändert? Und zuletzt, was das amerikanische trojanische Pferd betrifft, so genügt ein Blick auf England, das Mitglied der Europäischen Union ist und dem weitaus mehr Gewicht zukommt, als man es sich in absehbarer Zeit für Polen vorstellen könnte. Aus diesen Gründen erscheint es mir nicht anmaßend, all diese vermeintlichen Argumente als simple Vorurteile zu bezeichnen.

Lassen Sie mich nun auf die polnischen Ängste eingehen. Das Thema ist weniger komplex als jenes der westlichen Vorurteile, denn die polnischen Ängste sind deren Spiegelbild, wobei die Rechte an die Stelle der Linken tritt, insbesondere die aus katholischen Fundamentalisten und einigen Gruppierungen der Bauernbewegung bestehende extreme Rechte mit ihren antisemitischen und xenophoben Tendenzen. Die erste Befürchtung gilt dem unvermeidlichen Ruin der polnischen Landwirtschaft, die dem Wettbewerb mit dem Westen nicht standhalten wird, ein Ruin, der selbst mit großzügiger europäischer Unterstützung eintreten würde – ohne diese würden die polnischen Landwirte verhungern. Die zweite gilt dem Zusammenbruch der polnischen Industrie aus dem gleichen Grund. Man erwartet einen weiteren Anstieg der heute ohnedies schon alarmierenden

Arbeitslosigkeit in den Städten, aber auch auf dem Land. Die dritte Befürchtung betrifft den Untergang des polnischen Katholizismus in dem ihm abträglichen Klima der westlichen »Todeszivilisation« mit ihrer Freizügigkeit, Pornographie, Abtreibung und Euthanasie – ein Untergang, der zum Verschwinden der polnischen nationalen Identität führen wird, die auf der unerschütterlichen Treue der polnischen Bürger zur katholischen Kirche beruht. Und die letzte Befürchtung gilt einem politischen und militärischen Bündnis der Europäer, in dem die USA nicht das Sagen haben, ja sogar politisch angefeindet werden könnten. Der Katastrophenvision der Europäischen Union nach der Erweiterung, wie sie der Westen beschwört, entspricht also in den rechten polnischen Medien die Apokalypse vom materiellen und spirituellen Tod Polens, sobald es einmal Mitglied der Union geworden ist.

Falls in meiner Darstellung der westlichen Vorurteile und der polnischen Ängste ein ironischer Ton herauszuhören war, so richtete er sich gegen die Proponenten dieser beiden Haltungen, nicht aber gegen die tatsächlichen Schwierigkeiten, auf die diese Emotionen verweisen und deren Existenz ich nicht abstreiten möchte. Selbst bei den sechs Kernstaaten der früheren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verlief der Integrationsprozess nicht reibungslos, auch damals mussten Opfer gebracht werden. Und es hat kein Land gegeben, das bei seinem Beitritt zur Europäischen Union nicht gewisse Befürchtungen hinsichtlich der Zukunft seiner Wirtschaft und seiner Identität gehegt hätte. In Großbritannien tobt noch immer eine Kontroverse zwischen den Europhilen und den Europhoben. In Frankreich, wo eine ähnliche Auseinandersetzung zwischen *européistes* und *souverainistes* noch nicht abgeschlossen ist, stimmte in einem Referendum nur eine knappe Mehrheit für den Maastricht-Vertrag. Dänemark und Irland sind weitere Beispiele dafür, dass der Konsens für die erweiterte Union alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist.

Die Fragen, die die Zukunft der Europäischen Union betreffen, sind also durchaus legitim und die Sorgen, die sich die neuen Beitrittsländer um ihre Zukunft machen, verständlich. Umso mehr, als die Politiker, im Westen wie im Osten, nach 1989 versuchten, uns glauben zu machen – und das war wahrscheinlich ihre größte Sünde an Europa –, die Europäische Union sei ein Schlaraffenland, der Beitritt einfach, und er werde sofort seine Früchte tragen. Die Desillusionierung war entsprechend schmerzhaft. Dies recht-

fertigt jedoch weder die Haltung jener westlichen Politiker und Meinungsmacher, die schiere Vorurteile als harte Fakten verkaufen, noch jene ihrer Kollegen in Polen und anderswo, die irrationale Ängste schüren. Beide behaupten, sie verteidigten soziale Errungenschaften und nationale Interessen, die durch eine Erweiterung der Europäischen Union in Frage gestellt werden könnten. Tatsächlich lassen sich beide in erster Linie von ihren ideologischen Standpunkten – linken und rechten – leiten. Kurzum, sie zeigen, dass sie trotz der scheinbar radikalen Unvereinbarkeit ihrer fundamentalen Einstellungen etwas gemeinsam haben.

Nachdem ich diesen Beitrag geschrieben hatte, machte mich eine Freundin auf den Artikel »La Pologne malade du libéralisme« in der französischen Oktoberausgabe des *Monde diplomatique* aufmerksam.¹ Der Autor, Bernard Margueritte, arbeitete früher als Warschauer Korrespondent für *Le Monde* und *Le Figaro*. Die Freundin brachte ihre Verwunderung über die politische Position des Autors zum Ausdruck. *Le monde diplomatique* ist ein linksorientiertes Monatsblatt, die bedeutendste linke Zeitschrift Frankreichs, wenn nicht gar Europas. Bernard Margueritte war mir bislang jedoch nicht gerade als ein Vertreter der Linken bekannt. In seinem Artikel entwirft er ein apokalyptisches Bild von Polen, das von seinen früheren Führern an die Kräfte des Marktes verkauft wurde, ein Staat, in dem eine winzige Elite von Reichen einer breiten Masse gegenübersteht, deren Lebensbedingungen von Tag zu Tag unannehbarer werden. Ein Land, das vom westlichen Einfluss korrumpiert ist, wo der Staat im Dienst der Unternehmer und der neuen Nomenklatur steht und wo selbst die Kirche nicht mehr das ist, was sie einmal war. Ich zitiere: »An welche Hoffnung kann man sich da noch klammern? Der letzte modische Mythos ist der Beitritt zur Europäischen Union, der vermutlich alle Probleme lösen wird. Aber was hat ein dermaßen aus den Fugen geratenes Land in der Union zu suchen? (...) Der Beitritt dieses blutlosen Polen mag für die Europäische Union ein Danaergeschenk sein. Nicht bloß, weil er vor allem für die französischen Bauern Probleme schaffen wird, sondern weil dieses Land mit seiner simplistischen Amerikaverehrung Washingtons trojanisches Pferd in der Union sein möchte.« Am Ende des Artikels prophezeit der Autor eine neue Revolte der polnischen Arbeiter, die eine auf die Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit gegründete Wirtschaftsordnung etablieren würden.

Nachdem ich den Artikel gelesen hatte, konnte ich meine Freundin beruhigen. Nein, Bernard Margueritte hatte sich nicht zu einem Linken gewandelt. Er sympathisiert immer noch mit der polnischen katholischen Rechten, genauer: mit deren extremem Flügel. In seiner Rhetorik vermischen sich linker und rechter Antiliberalismus und Antieuropäismus, westliche Vorurteile und polnische Ängste. Man könnte sich keine treffendere Illustration der unheiligen Allianz vorstellen, die ich hier zu beschreiben versucht habe.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Anmerkung

- 1 Vgl. Bernard Margueritte, »La Pologne malade du libéralisme«, in: *Le Monde diplomatique*, Oktober 2002, S. 17.

Marcin Krol
 POLEN ZWISCHEN OST UND WEST

Immer schon hat Polen den Osten vom Westen getrennt – nicht lediglich im geographischen Sinne, sondern als Grenze zwischen jenen beiden Welten, die wir als Osten und Westen bezeichnen. Allein in den beiden letzten Jahrhunderten – und auf diese relativ kurze Zeitspanne möchte ich mich hier beschränken – hat Polen Russland von Europa, später von Deutschland, danach die Sowjetunion von Nazideutschland, schließlich die Sowjetunion von der westlichen Welt getrennt. Und jetzt? Aufgrund seiner geographischen und – in noch stärkerem Maße – geopolitischen Lage wurde Polen zum politischen und kulturellen »Ehestifter«. Immer schon haben die Polen versucht, Russland (seine spezifische Natur, seine Neigungen, seine Politik) Europa und dem Westen näherzubringen; und mitunter haben sie versucht, Russland den Westen zu erklären. Manche dieser Bemühungen waren brilliant, andere schlicht und einfach dumm, eines aber ist sicher: Sie hatten keinerlei Wirkung. Ich möchte hier einige Beispiele herausgreifen und die Gründe für ihr Scheitern untersuchen. Darüber hinaus möchte ich einige mögliche Rollen vorstellen, die Polen heute, nach dem Ende der Blöcke, auf globaler Ebene wahrnehmen könnte.

Beginnen wir mit ein paar Beispielen aus dem neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert.

Der Dichter und konservative Politiker *Zygmunt Krasinski* (1812-1859) entstammte einer aristokratischen Familie (seine Mutter war eine Radziwill) und kannte daher zahlreiche europäische Politiker und politische Denker persönlich, darunter Tocqueville, Guizot und den Papst. Als er bemerkte, dass Frankreich und der Papst gegenüber dem zaristischen Russland eine *Annäherung* anstrebten, sandte er mehrere offene Briefe an den Grafen Montalembert, François Guizot und Pius IX. In jedem dieser Schreiben betonte er, Europa würde ohne ein unabhängiges Polen in moralischer Hinsicht krank werden, und gute Beziehungen zu Russland würden für die Länder Europas nicht nur moralisch, sondern auch politisch gefährliche Auswirkungen haben. Mit scharfem Blick beobachtete er das

Bündnis zwischen den europäischen Kräften der Zerstörung, das er die »Rote Revolution« nannte, und der russischen Politik. Er war davon überzeugt, Russland würde sich diesen Kräften anschließen, um Europa zu vernichten. Er hatte recht, er kannte die richtigen Leute, trotzdem hörte niemand auf ihn. Warum auch?

Der politische Aktivist und Schriftsteller *Henryk Kamiński* (1813-1866) kehrte nach mehreren Jahren der sibirischen Verbannung nach Polen zurück und emigrierte kurz darauf nach Paris, wo er 1857 eines seiner interessantesten Bücher veröffentlichte, *Russland und Europa. Polen*. Kamiński war ein echter Liberaler, eine rare Spezies im Polen des neunzehnten Jahrhunderts, und er war nicht antirussisch eingestellt. Als Liberaler neigte er natürlich zu Optimismus. Mit seiner Vorstellung von der Rolle Polens in den Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen stand er in der polnischen Tradition eher isoliert da: Er hoffte, eine Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie in Polen würde Europa die Macht verleihen, Russland zu demokratisieren. Europas Schicksal hing in seinen Augen also von der Existenz eines demokratischen und liberalen Polen ab. Andernfalls würde Russland eine despotische Macht bleiben und früher oder später (eher früher) Europa zerstören. Sein Buch wurde ins Französische übersetzt und in der *Revue des Deux Mondes* positiv rezensiert. Dabei blieb es.

Aleksander Wielopolski (1803-1877) war ein polnischer Aristokrat und einer der größten Staatsmänner des neunzehnten Jahrhunderts. 1846 lehnten sich die Bauern in Galizien (dem Teil Polens, der unter der Herrschaft der Habsburger Monarchie stand) gegen den polnischen Adel auf, es kam zu zahlreichen Greuelthaten, die nicht wenige Todesopfer forderten. Erst nach diesen Ereignissen intervenierten die österreichische Polizei und die Armee. Dabei war ganz offensichtlich (und ist inzwischen von Historikern belegt), dass der Aufstand von den Österreichern provoziert worden war, um den polnischen Adeligen, die in ihren Augen nicht den gebührenden Gehorsam an den Tag legten, einen Denkkettel zu verpassen. Nach den Vorkommnissen in Galizien sandte Wielopolski einen offenen Brief an Fürst Metternich, der eigentlich an den russischen Zaren Nikolaus I. gerichtet war. Wielopolski vertrat darin die Auffassung, dass Österreich und ganz Westeuropa so dekadent und unmoralisch geworden seien, dass es nur eine Lösung gäbe, nämlich sich Russland anzuschließen und Europa

gemeinsam wieder auf den rechten Weg zu bringen. Diese Idee war neu, aber Wielopolskis Brief erreichte nie den Zaren. Wohl aber lasen ihn einige polnische Schriftsteller, was dazu führte, dass er sich Angriffen aus allen politischen Lagern ausgesetzt sah.

Adam Gurowski (1805-1866) war während des polnischen Aufstandes im Jahre 1831 Jakobiner. Er ging dann nach Frankreich und wurde Sozialist. Als er begriff, dass dem Sozialismus kein Erfolg und – was für ihn persönlich noch bedeutender war – ihm als Sozialist keine Karriere beschieden war, wandelte er seine Ansichten radikal und wurde ein ultrakonservativer Denker. Er begab sich nach Russland und ersuchte Nikolaus I. um eine Audienz. 1834 veröffentlichte er ein kleines Buch, *Die Wahrheit über Russland*. Für ihn existierten nur zwei starke Rassen, die Germanen und die Slawen. Russland sah sich als natürlicher Anführer der slawischen Rasse, darum sollten die Polen ihren Traum von einem unabhängigen Staat begraben, ebenso wie Sprache und Tradition, und sich bedingungslos Russland anschließen. Der Zar zeigte wenig Interesse an dieser schändlichen Idee, Gurowski änderte wieder einmal seinen Standpunkt, ging in die Vereinigten Staaten und wurde Berater von Abraham Lincoln. (Es gibt gute Gründe, anzunehmen, dass Gurowski ihn aus politischen Gründen ermorden wollte, doch kam ihm John Wilkes Booth zuvor, freilich aus völlig anderen Motiven). Sein jüngerer Bruder *Ignacy Gurowski* beeinflusste auf etwas spezifischere Weise die Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen. Der unternehmungslustige Mann musste am Beginn der dreißiger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts, nachdem er die Tochter des spanischen Königs verführt hatte, nach Frankreich ins Exil gehen, wo er seine – wie wir heute sagen würden – sexuelle Orientierung änderte und der Geliebte eines reichen französischen Aristokraten wurde. Dieser wurde seiner jedoch bald überdrüssig und begab sich nach Russland, wo er um einen Pass für Ignacy ansuchte, um sich seiner zu entledigen. Nikolaus I. lehnte diese Bitte indes ab, der Aristokrat kehrte unverrichteter Dinge nach Frankreich zurück und schrieb ein Buch mit dem Titel *La Russie en 1839*. Bei dem Schriftsteller handelte es sich natürlich um Astolphe de Custine.

Nun möchte ich ins nächste Jahrhundert springen und mich *Adolf Bochenski* (1909-1944) zuwenden, einem liberal-konservativen, herausragenden politischen Philosophen und Publizisten der dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts. 1937 erschien sein Buch *Between Germany and Russia*, in dem er die prekäre Situation Polens einzuschätzen versuchte.

Wenn wir zwischen Nazideutschland und dem stalinistischen Russland wählen müssen – so seine These –, sei ersteres vorzuziehen. (Der damalige polnische Außenminister soll angeblich gesagt haben, »mit Deutschland verlieren wir unseren Leib – mit Russland unseren Leib und unsere Seele«.) Bochenskis Argumente klangen zu diesem Zeitpunkt (also noch vor dem Münchner Abkommen) einleuchtend: Er war der Meinung, Europa werde es nicht zulassen, dass Deutschland eine radikalere Form des Nazismus entwickelt, daher müsse Polen sich Europa anschließen, um die Deutschen wieder zu zivilisieren. Als er 1942 sehen musste, dass Sowjetrussland zum Verbündeten wurde, schwanden all seine Hoffnungen für Polen und die Zukunft der Demokratie dahin. Selbstmord kam für ihn als Katholiken nicht in Frage, und so meldete er sich trotz einer Verwundung der rechten Hand zur Entschärfung der Minen auf dem Schlachtfeld von Ancona und fand dort den ersehnten Tod.

Stefan Kisielewski (1911-1991) war ein großer polnischer Schriftsteller, Politiker und Komponist, der nie etwas mit dem Marxismus oder Kommunismus zu tun gehabt hatte. 1979, in der ersten Samisdatausgabe der Zeitschrift *Res Publica* und ein Jahr vor der Gründung von *Solidarnosc*, veröffentlichte er einen Essay mit dem Titel *Ist die Geopolitik noch von Bedeutung?* Nach Kisielewskis plausiblen Argumenten habe Polen nichts von Europa oder den Vereinigten Staaten zu erwarten, da beide Mächte kein Interesse an einer Destabilisierung der internationalen Szene besaßen. Daher riet er den Polen, sich der Sowjetunion zuzuwenden und ihr ein Geschäft vorzuschlagen. Um dies zu bewerkstelligen, müsse die demokratische Opposition allerdings direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion führen, denn man verhandle nicht mit den Dienern (also den polnischen Kommunisten), sondern mit den Herren (der sowjetischen Führung). Was konnte Polen in Kisielewskis Augen anbieten? Zweierlei – zum ersten, kein Ärgernis mehr darzustellen, und zweitens, Russland an Europa anzunähern. Sobald die Sowjets diesem Deal zugestimmt hätten, würde Europa sich hilfreich zeigen sowohl der Sowjetunion als auch Polen gegenüber. Theoretisch mag er recht gehabt haben, doch in der Praxis scheiterte seine Idee. Er hatte einfach keinen Draht zu Breschnew, weder im wörtlichen noch im übertragenen Sinn.

In dieser kleinen Galerie von Ideen, welche die Polen über ihre Vermittlerrolle zwischen Osten und Westen gehabt haben, fehlt allerdings eine Position: die Überzeugung all jener, die meinen, Polen sei kein Vermittler

zwischen dem Osten und dem Westen und sollte selbständig, in seiner eigenen Welt, betrachtet werden. In dieser Perspektive ist Polen rein polnisch, also weder vom Osten noch vom Westen beeinflusst, denn beide stellen unmoralische Kräfte dar, und wenn Polen sich mit einer von ihnen identifiziert, kann es nur seine nationale Identität verlieren.

Betrachten wir nun die »ehestiftende« Funktion Polens etwas allgemeiner und beginnen mit jenen, die meinen, Polen könne ein westlicher Vorposten im Osten sein, nicht bloß im herkömmlichen Sinne der *antemurale Christianitatis*, sondern auch als Dolmetscher, der dem Westen den Osten erklärt – manchmal um den Westen zu warnen, dann wieder um ein Abkommen zwischen den beiden Seiten zu erleichtern. Ich glaube, die Polen haben in dieser Hinsicht einiges geleistet, doch waren ihre Anstrengungen für den Westen aus verschiedenen Gründen ganz und gar vergeblich.

Der Hauptgrund war wohl, dass hinter der Vermittlerfunktion zwischen Ost und West stets das Streben nach Wiederherstellung der polnischen Souveränität stand. Wir wissen nur allzu gut, dass keine europäische Macht jemals an einem unabhängigen Polen interessiert war. Schließlich hätte ein unabhängiges Polen in der Vergangenheit nicht nur die geographische Situation mit ihren anerkannten nationalen Grenzen, sondern auch die politischen Einstellungen anderer Völker verändert, deren Führer sicherlich ähnliche Forderungen – insbesondere nach 1848 – erhoben und damit Fürst Metternichs hart errungene und offensichtlich erfolgreiche geopolitische Weltordnung in Frage gestellt hätten. Dieses Argument trifft auch auf die Situation nach 1945 zu, wie dies Henry Kissinger in seinem Buch *A Word Restored. Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace 1812-22* so treffend beschreibt. Ungeachtet der Rhetorik des Kalten Kriegs wollte niemand im Westen wirklich die Freiheit Osteuropas und den Zusammenbruch der Sowjetunion.

Der zweite Grund, warum Polen in seiner Rolle gescheitert ist, liegt in der traditionellen und rätselhaften Faszination, die Russland bis heute auf Frankreich und Deutschland ausübt – mag sein, wegen seiner schieren Macht und Größe.

Der dritte Grund hat mit den Vorstellungen vom Westen und Osten, oder, im neunzehnten Jahrhundert, mit dem Konzept von Europa zu tun. Europa, das so oft in polnischen Büchern und Artikeln dieser Zeit erwähnt wird, existierte überhaupt nicht. Die heilige Allianz war nicht Europa,

sondern bloß eine Postadresse für die Polen. Darüber hinaus gab es die sogenannte zivilisierte Welt im Unterschied zu den Barbaren. Nach John Stuart Mill war Freiheit gut für die zivilisierten Völker, die von ihm nicht näher definierten Barbaren sollten jedoch zunächst eine Periode des Despotismus und der Zwangserziehung durchmachen. Die Polen stellten sich Europa als spirituelles und moralisches Gebilde vor. Das war ein Irrtum, denn die Europäer dachten über sich selbst nicht in diesen Kategorien. Erst die von Richard Coudenhove-Kalergi im Oktober 1922 gegründete Paneuropabewegung schuf, trotz all ihrer Widersprüche, die Grundlagen für eine moderne europäische Identität. Denis de Rougemont und andere verfolgten diesen Weg. Die Polen irrten sich nicht nur, als sie sich im neunzehnten Jahrhundert auf Europa bezogen, sie waren auch im Irrtum, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg glaubten, ihre Rettung käme vom (nichtexistenten) Westen.

Und die Gegenposition? Wir können sie nicht die Opposition nennen, denn ihre Mitglieder waren prorussisch eingestellt, nicht weil sie – abgesehen von einigen Ausnahmen – den Osten und Russland bewunderten, sondern ganz einfach, weil sie den Westen hassten oder zumindest das Vertrauen in ihn verloren hatten, weniger aus politischen als aus moralischen Gründen. Dazu gehört etwa der Schriftsteller Tadeusz Borowski, der zu dem Schluss kam, dass Europa mit all seinen Traditionen, sozialen und ökonomischen Strukturen und seiner dekadenten Moral für die Entstehung und den Erfolg der Nazibewegung verantwortlich war. Ähnliche Einstellungen herrschten in Frankreich und in geringerem Maße auch in England. Die Anhänger behaupteten, der Untergang des Westen stünde unmittelbar und unabwendbar bevor. Ungeachtet ideologischer Präferenzen war die Unterstützung des Ostens, also der Sowjetunion, ihrer Ansicht nach die einzige Option. Mag eine Zukunft mit der Sowjetunion auch düster sein – so die Argumentation –, zumindest gab es eine. Nicht aber mit Europa.

Eine ähnliche Einstellung herrschte unter jenen vor, die sich für die Sowjetunion entschieden, da sie annahmen, die sowjetische Okkupation würde dauerhaft sein, nicht zuletzt, weil sich niemand im Westen um das Schicksal Polens und der Nachbarländer kümmerte. Hier gaben politische und nicht philosophische Überlegungen den Ausschlag: Eine Kooperation und Kollaboration mit den Kommunisten war die einzige Lösung, die gut

für das Land war. Die Haltungen des moralischen und des politischen Lagers sowie jene Wielopolskis unterschieden sich nur geringfügig. Wielopolski änderte jedoch später seine Meinung und suchte nach einer in die Praxis umsetzbaren Lösung für die Beziehungen zwischen Russland und dem von Russland besetzten Polen.

Die Mehrzahl derer, die sich für eine Unterstützung des Ostens entschieden, ließen sich von ihrer Enttäuschung über bzw. dem Hass gegen den Westen leiten. Es gab aber auch Stimmen, die sich zur Idee eines slawischen Imperiums bekannten. Die panslawistische Bewegung hatte in vielen Ländern und Völkern der Region eifrige Rezipienten, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Ludomir Stur, der Begründer der Slowakei und ein überzeugter Feind der Ungarn, plädierte sogar dafür, dass alle slawischen Nationen sich Russland anschließen und zur Orthodoxie übertreten sollten. Sein tschechischer Kollege Frantisek Palacky postulierte 1848, dass Russland und Polen sich vereinen sollten, um die anderen slawischen Völker in eine ruhmreiche Zukunft zu führen. Die Bulgaren bewunderten Zar Alexander II.; die Serben gründeten mit den Bulgaren, Mazedoniern und – seltsamerweise – den Griechen eine slawische Allianz. Jugoslawien war zweifellos ein Nebenprodukt des Panslawismus. Die Polen waren aufgrund ihres kulturellen Erbes und ihrer starken katholischen Tradition nie so eifrige Panslawisten wie die Tschechen, Slowaken und andere Völker, doch die polnische Unterstützung für die Bewegung war entschieden stärker, als wir gerne glauben würden. Einige Polen waren sogar auf den panslawistischen Kongressen vertreten und liebäugelten mit dieser Idee (womit sie sich der heftigen Kritik der Mehrheit aussetzten) – in erster Linie, um dafür zu sorgen, dass Polen die Nummer Zwei in einer künftigen panslawischen politischen Union sein würde.

Kommen wir schließlich zu den polnischen Nationalisten. Die meisten von ihnen waren, wie Roman Dmowski, prorussisch und antideutsch eingestellt. Dies resultierte aus mehreren Faktoren, als deren bedeutendster die falsche Politik Bismarcks gesehen werden muss: Sein Kulturkampf hatte in dem von Preußen besetzten Teil Polens zerstörerische Folgen. Heute schielen die vulgärsten nationalistischen und populistischen Gruppierungen Polens mit Interesse nach unseren sogenannten slawischen Brüdern Weißrussland und Russland. Doch auch hier geschieht dies weniger aus Sympathie für Russland als aus Ablehnung gegenüber der Europäischen Union und den USA, verstärkt noch durch den gegenwärtig weitver-

breiteten populistischen Antiamerikanismus. Am Rande sei bemerkt, dass der nationalistische katholische Radiosender »Radio Marija«, von dem sich sogar die Kirche wegen seiner Radikalität distanziert, vor kurzem Senderechte für jene Frequenzen erwarb, auf der einst die Sowjetarmee ihre Programme ausstrahlte.

Neben den Plädoyers für den Osten bzw. den Westen gab es stets auch eine dritte Position, die argumentierte, dass Polen nicht zwischen Ost und West stünde, sondern zwischen Russland und Deutschland, also zwischen zwei alten und gefährlichen Feinden. Das Schlimmste für Polen sei ein Abkommen zwischen diesen beiden Mächten. Je schlechter das Klima zwischen Russland und Deutschland, desto besser für Polen. Doch auch darauf zu bauen, ist riskant. Schon zwei Mal in der Geschichte haben Deutsche und Russen ein Abkommen geschlossen, das zur Teilung von Polen führte. Es bieten sich nur zwei Alternativen an, um aus dieser geopolitischen Situation herauszukommen.

Die erste bestünde darin, einen oder beide Nachbarn zu vernichten oder zumindest zu schwächen. Scheinbar ein Ding der Unmöglichkeit, das jedoch am Ende des Ersten Weltkriegs Realität wurde und eine wesentliche Rolle bei der polnischen Forderung nach Eigenstaatlichkeit spielte. Der Wunsch, unsere mächtigen Nachbarn zu schwächen, lag auch der praktisch einhelligen Befürwortung des polnischen Volkes zugrunde, der NATO beizutreten. Einerseits fühlen wir uns aufgrund unser NATO-Mitgliedschaft Russland gegenüber sicherer. Andererseits sind die Deutschen jetzt unsere Verbündeten oder wurden zumindest neutralisiert.

Betrachten wir die internationale politische Bühne der dreißiger Jahre, so fungierte Polen als Puffer zwischen zwei Feinden. Politiker und politische Kommentatoren phantasierten von Polen als einer Weltmacht oder zumindest als einer lokalen Macht von globaler Bedeutung, die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichen würde. So unrealistisch, ja gefährlich diese Projektionen waren, so verständlich waren sie damals. Im Rückblick erscheinen sie als Vorahnungen einer Gefahr, von der niemand wusste, wie man mit ihr umgehen sollte. Manche unter ihren Vertretern, und hier denke ich an Persönlichkeiten, die ich bewundere, waren Etatisten. Im Falle Polens bedeutete dies, dass »alle politischen Tendenzen akzeptabel sind, mit Ausnahme der radikalen«. Der oben erwähnte Adolf Bochenski behauptete, dass eine solche Haltung irgendwo zwischen Nationalismus

und Sozialismus angesiedelt sei, aber nur unter der Voraussetzung, dass die politische Überzeugung zum Wohle des Staates, nicht zu jenem der Partei gewählt wurde. Jozef Pilsudski gründete sogar eine Partei mit dem Namen »Parteiloser Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung«. Es war geradezu unvermeidlich, dass sich diese Nichtpartei rasch zu einer Partei entwickelte. Ihre Politik stieß bei der jüngeren Generation von Politikern auf Resonanz, und ihr politischer Erfolg endete erst mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Nicht wenige junge Schriftsteller und Politiker träumten während des Krieges weiter von Polen als einer Weltmacht. Diese Träume nahmen oft eine hässliche Gestalt an, denn das Polen der Zukunft sollte judenfrei sein. Die weitere Entwicklung zeigte einmal mehr, warum es so schwierig ist, sich ein freies Polen zwischen Osten und Westen vorzustellen.

Wir haben die drei vorherrschenden Vorstellungen von Polens Rolle zwischen Osten und Westen erörtert. Die erste besteht in der proeuropäischen Haltung und gründet auf der Voraussetzung, dass Europa sich gegenüber Russland so verhält, wie es Polen empfiehlt. Die zweite besteht in der prorussischen Haltung, die davon ausgeht, dass Russland der dekadenten westlichen Zivilisation die Moral zurückbringt. Die dritte schließlich stellt Polen als einen starken, unabhängigen Staat dar, der im Rahmen einer Föderation, Konföderation oder durch bloße Vorherrschaft einige kleinere östliche und möglicherweise südliche Nachbarn unter seine Fittiche nimmt. Was kann man über diese drei Ideen und ihre Varianten im Rückblick sagen? Einige wurden intelligent und brillant formuliert, andere ziemlich primitiv; manche waren praktisch und realistisch, andere zeichneten sich von vornherein durch Utopismus aus; einige können als zivilisiert, andere als nationalistisch bzw. antisemitisch bezeichnet werden. Eines aber ist klar: Keine einzige besaß auch nur die geringste Chance auf eine politische Realisierung.

Vielleicht hat die neue Lage nach den Umbrüchen von 1989 neue Chancen für sie eröffnet? Wir neigen zu der Annahme, dass sich alles radikal verändert hat. Doch ein paar Dinge ändern sich nie. Polen liegt noch immer zwischen Russland (genauer gesagt zwischen Russland, Litauen, Weißrussland, der Ukraine) und Deutschland, immer noch zwischen dem Osten und dem Westen. Als Polen NATO-Mitglied wurde, und schon früher, als das russische Imperium an Stärke verlor, vergaßen die Polen offensichtlich,

dass Russland fortexistiert. Deutschland bleibt aus zahlreichen Gründen unser Verbündeter, in erster Linie, weil die deutschen Politiker sich für den Beitritt Polens zur Europäischen Union stark gemacht haben. Russland war bis zur Krise in den späten neunziger Jahren ein Wirtschaftspartner, der die polnischen Produkte kaufte, die für den Westen zu minder waren. Seit kurzem und zum ersten Mal seit dem siebzehnten Jahrhundert haben die Polen aufgehört, sich für die inneren Angelegenheiten Russlands zu interessieren. Sie haben sogar das Interesse an der russischen Kultur verloren, die doch seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts eine mächtige Quelle der Inspiration darstellt. Die Polen denken, sie gehören von nun an ganz dem Westen an und brauchen sich daher nicht mehr um den Osten zu kümmern. Gerne wären die Polen Holländer, Iren oder Norweger, wenn dies das Dilemma ihrer Zwischenlage lösen würde. Sie würden so gerne »normal« sein und in einem »normalen« geopolitischen Teil der Welt leben. Daraus wird aber wohl auch diesmal nichts werden.

Es gibt meiner Meinung nach eine wichtige Ausnahme von der neuen Indifferenz: Polens Haltung gegenüber der Ukraine. Die polnische Regierung hat 1991 unverzüglich ihre Unabhängigkeit anerkannt, und die polnischen Politiker und Vertreter der Bürgergesellschaft versuchten alles in ihrer Macht Stehende, um dazu beizutragen, aus der Ukraine ein westliches Land zu machen. Doch leider erleben wir hier ein weiteres Mal, wie ein Problem – diesmal das des künftigen Status der Ukraine, welcher Auswirkungen nicht nur für Polen, sondern für die gesamte westliche Welt hat – nicht ernst genommen wird und der Westen wieder einmal die polnischen Empfehlungen in den Wind schlägt – jedenfalls bisher. Die Lage hat sich also wenig geändert.

Am Ende möchte ich zweierlei festhalten. Zum ersten bin ich davon überzeugt, dass kein ernstzunehmender polnischer politischer Denker oder Politiker jemals antirussisch eingestellt war. Die Polen mochten das zaristische Russland und die Sowjetunion als politische Systeme abgelehnt haben, nicht aber das russische Volk und seine Kultur. Sicherlich waren die Polen oftmals antideutsch, antitschechisch und antiukrainisch; sie verabscheuten ganze Gesellschaften und hegten gegenüber Angehörigen verschiedener Gruppen tiefe Vorurteile, doch niemals waren sie – in diesem Sinne – antirussisch. Ganz im Gegenteil: Sie waren eigentlich immer prorussisch eingestellt.

Zweitens muss man sich wohl damit abfinden, dass Polen wegen seiner Zwischenlage und seiner schieren Größe immer ein Problem für Europa darstellen wird – mal ein kleineres, mal ein größeres. Dies soll keine Warnung sein, bloß die Feststellung einer Tatsache, die immer klarer zu Tage tritt, je näher der Beitritt des Landes zur Europäischen Union rückt.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Ryszard Kapuscinski
IN DER TRAMWAY NR. 15

In der Tramway Nr. 15, die nach Ochota fährt, kommt es zu einem Streit.

»Was drängen Sie so, gute Frau?! Sie könnten sich wenigstens entschuldigen!«

»Ich? Entschuldigen? So ein Bauernlümmel!«

»Bauernlümmel? Sie sind es, der das Stroh noch aus den Stiefeln schaut! Meine Familie war schon im vierzehnten Jahrhundert in Warschau gemeldet... «.

Und in diesem Ton geht es weiter.

Wenn jemand in Warschau einen Menschen wirklich verletzen, lächerlich machen und niederträchtig behandeln möchte, dann reibt er ihm seine bäuerliche Herkunft unter die Nase. Für die Bewohner dieser Stadt gibt es keine schlimmere Beleidigung, Missachtung und Ohrfeige, als daran erinnert zu werden, daß der Vater oder Großvater aus dem Dorf hierher gekommen ist – was übrigens auf neunzig Prozent der hier lebenden Menschen zutrifft! Was für ein unerträglicher Komplex, was für hochmütige Verachtung für die eigenen Wurzeln, die man um jeden Preis verbergen, noch tiefer im Boden vergraben möchte. Die Mentalität der Schlachtagessellschaft ist immer noch lebendig! Die Mentalität der Schlachta, des Kleinadels.

Es geht um den Beitritt zur Europäischen Union (oder darum, zu einem Teil des Westens zu werden). Wie sind wir dafür gerüstet? Ich meine hier nicht den Zustand der Landwirtschaft oder die Länge unserer Autobahnen, sondern unsere kulturelle Bereitschaft. Hunderte Jahre hindurch waren unsere Expansionen, Interessen und Kontakte auf den Osten ausgerichtet. Der Osten und unsere Beziehungen zu ihm, unsere Verflechtungen, Befürchtungen und Faszinationen den Osten betreffend waren die wichtigsten Themen der polnischen Literatur. Mickiewicz, Slowacki, Prus, Zeromski, Sienkiewicz – sie alle beschäftigten sich vor allem mit dem Osten – mit Russland, Sibirien, der Ukraine, dem Kaukasus, nicht aber mit England oder Amerika. In unserer klassischen Literatur taucht der Westen

nur sporadisch auf. Die polnische Kultur ist eine Adelskultur, die der Frage, wie man ein Herr, ein Besitzer sein kann, große Bedeutung zumisst. Ein Besitzer konnte ein Pole in Polesie, Wolhynien oder Podolien sein, aber nicht in den USA oder in Kanada. Dort war er bloß ein armer Einwanderer, ein Bürger zweiter Klasse, ein Gastarbeiter, ein Tagelöhner. Ein trauriges Thema, das die polnische Literatur, wenn man von einigen Ausnahmen absieht, stets zu vermeiden suchte.

Unsere Eingliederung in den Westen erfordert daher vor allem eine kulturelle Revolution – in uns selber, einen Umsturz und eine neue Orientierung in unserem Denken und unserer Betrachtung der Welt.

Aus dem Polnischen von Martin Pollack



Natalia Hryc 10 Jahre

Angela Kicwak 10 Jahre



SWIAT

Polnische Kinder fotografieren ihre Welt - Bilder aus Krzywa und Jasionka



Janusz Chomiak 15 Jahre

Wiola Krol 13 Jahre



Der Startschuss für das Kunstprojekt fiel mit einer Reise, die der Fotograf der Warschauer Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", Piotr Janowski, im August vorigen Jahres in die Niederen Beskiden unternahm. Die südpolnische Gebirgsregion zählt zu den ärmsten des Landes, mit erschreckend hohen Raten von Arbeitslosigkeit, Alkoholismus und sekundärem Analpha-



Michal Jawor 12 Jahre

Marcin Kicwak 10 Jahre



betismus. Janowski organisierte in Zusammenarbeit mit dem Schriftsteller Andrzej Stasiuk und seiner Frau, Monika Sznajderman, die seit Jahren in der Gegend wohnen und den Verlag "Czarne" führen, eine Fotowerkstätte für Kinder und Jugendliche aus Krzywa und Jasionka. Das sind kleine, entlegene Siedlungen, errichtet für die Arbeiter und Angestellten



Lukasz Kicwak 14 Jahre

Paulina Michalewicz 12 Jahre



einer großen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, die nach der politischen Wende aufgelöst wurde. Neue Arbeitsplätze gibt es keine. Der Plan für das Projekt war einfach: Piotr Janowski brachte 25 simple Fotoapparate, einen ganzen Sack Filme und so wenig Anweisungen wie möglich mit. Piotr Janowski: *Als ich die Apparate austeilte und den*



Tosia Stasiuk 13 Jahre

Sabina Jurus 17 Jahre



Kindern sagte, sie könnten fotografieren, was sie wollen, waren sie anfangs verblüfft, dann wurden sie immer mutiger und fragten: Meinen Papa auch? Und die Kreuze am Wegesrand? Und den Hund? Und den Traktor des Nachbarn? Janowski sagte ihnen nur, sie brauchten keine Angst zu haben und sollten einfach drauflos knipsen. Die Kinder liefen



Ula Krol 8 Jahre

Arek Krol 13 Jahre



wochenlang mit den Apparaten herum und fotografierten ihre Familienangehörigen und Freunde, das Innere der Häuser, die Haustiere, ihre Spielsachen, die Gegend, in der sie zu Hause sind. Da die meisten noch nie zuvor einen Fotoapparat in Händen hatten, gingen sie ganz spontan an die Sache heran und hielten sich nicht an die überkommene Regel, dass

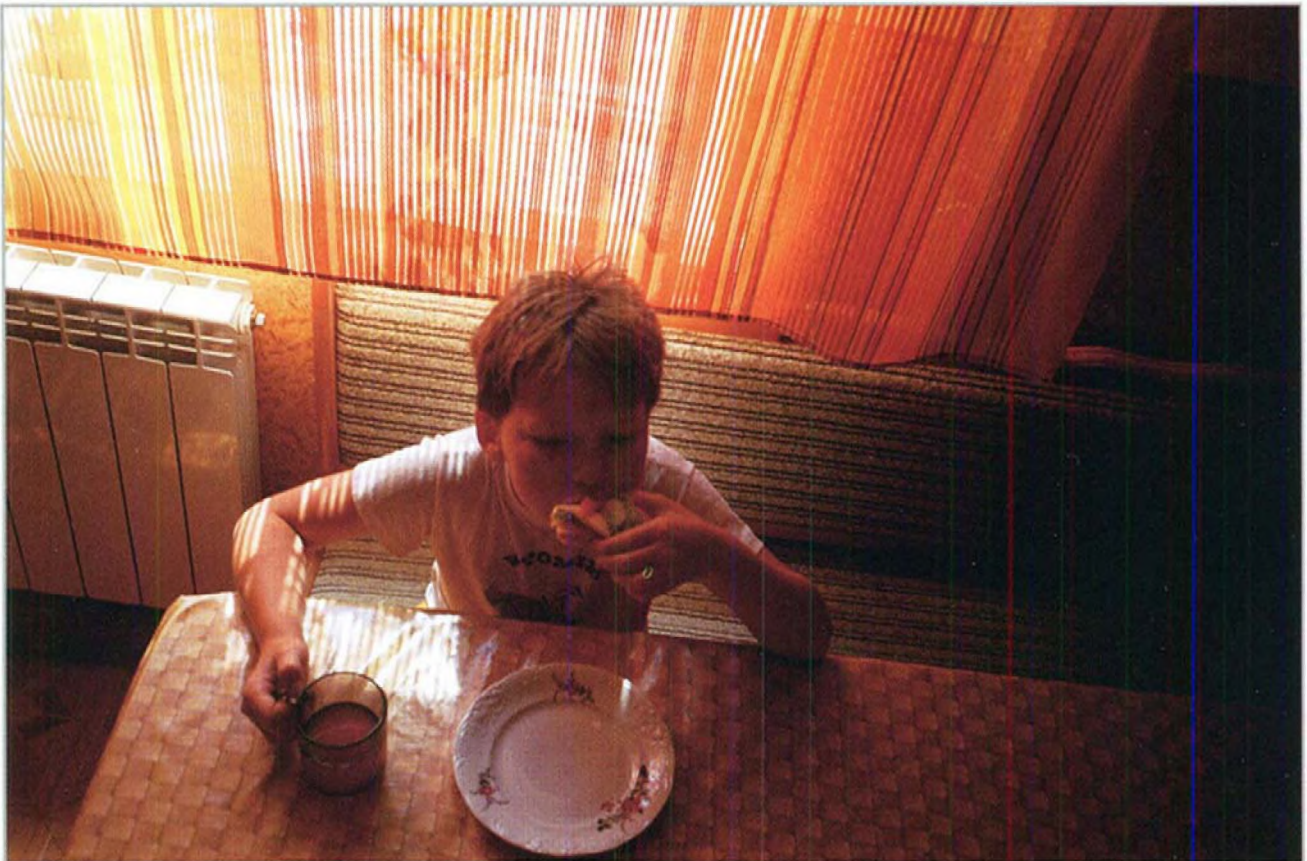


Ela Kicwak 16 Jahre

Angela Kicwak 10 Jahre



man nur bei festlichen Gelegenheiten (Hochzeit, Geburtstag, Weihnachten usw.) fotografiert und dass der Fotografierte gefälligst in die Kamera zu schauen und zu lächeln hat. Insgesamt schossen die Kinder und Jugendlichen, im Alter zwischen 8 und 18 Jahren, über 3.000 Bilder. Auf diese Weise schufen sie ein berührendes Porträt der Welt, in der sie leben.



Tosia Stasiuk 13 Jahre

Ania Szarek 13 Jahre



Wir ahnen die großen sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten, mit denen die Menschen in diesen, vom neuen Kapitalismus aufgegebenen Siedlungen zu kämpfen haben - und trotzdem strahlen die Bilder der Kinder und Jugendlichen viel Mut und Fröhlichkeit aus!
(Auszug aus einem Text von Martin Pollack)

Timothy Snyder
POLNISCHE OSTPOLITIK
Tradition mit Zukunft

In der politischen Geschichte des neuzeitlichen Polen war das Ostproblem beständig präsent: von der Gründung des Polnisch-Litauischen Doppelstaats im Jahr 1569 bis zu den diversen Teilungen und Volkserhebungen, von der Neugründung Polens im Jahr 1918 bis zum Zweiten Weltkrieg, vom Kalten Krieg bis zum europäischen Integrationsprozess der Gegenwart. Seit ihren Anfängen folgte die Ostpolitik des Landes zwei deutlich unterschiedenen Leitideen: Die eine zielte auf die Schaffung gemeinsamer Institutionen mit den Nachbarländern (was ich Föderalismus nenne), die andere auf die Eingliederung fremden Territoriums (was hier als Nationalismus firmiert). Grob gesagt, haben sich nationalistische Lösungen zwar als einfacher erwiesen, zumeist aber unerwünschte Reaktionen mit sich gebracht; föderalistische Lösungen hingegen waren, obgleich komplizierter, letzten Endes haltbarer. Schon immer bestand die polnische Ostpolitik in einer problematischen Mischung beider Grundgedanken.

Nur ein einziges Mal wurde das Spannungsverhältnis zwischen beiden vollständig aufgelöst, nämlich in einem großartigen Strategiekonzept aus den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. Das ostpolitische Programm der Pariser Monatszeitschrift *Kultura* stellte eine radikale Neuinterpretation sowohl des nationalistischen als auch des föderalistischen Erbes dar und schuf eine Synthese, die von der Feststellung ausging, dass die Interessen Polens nur durch die Gründung dreier Nationalstaaten – Litauen, Weißrussland und Ukraine – zu wahren seien. Aber gerade weil diese Oststrategie Erfolg hatte, ist sie heute überholt: Seit 1989 in die Tat umgesetzt, hat sie (im Verein mit anderen Reformerfolgen) erreicht, dass Polen in naher Zukunft der Europäischen Union beitreten wird. Sobald das Land jedoch EU-Mitglied ist, werden seine Ostgrenzen zu Ostgrenzen der Europäischen Union; dann wird sich das ganze Ostproblem in völlig neuer Form stellen und andere, womöglich gravierendere Inhalte haben. Da diese einschneidende Neuordnung immer näher rückt, ist es an der Zeit, die

traditionellen polnischen Ostprobleme und deren Lösungsversuche noch einmal Revue passieren zu lassen.

1569 und 1659: Union von Lublin und Union von Hadiatsch

In den sechziger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts kam zusammen mit dem »Goldenen Zeitalter« der polnischen Kultur und Eigenstaatlichkeit auch erstmals die wichtige Frage nach der Struktur des polnischen Staates auf. Die Aufgabe, eine Verfassung für die polnische Adelsrepublik zu finden, wurde just zu dem Zeitpunkt gelöst, als das Problem, wie weit diese Republik im Osten reichen sollte, auf die Tagesordnung kam. Als der mittlere Adel des Großfürstentums Litauen im sechzehnten Jahrhundert die Vereinigung mit Polen suchte, wollte er sich die Rechte sichern, die der polnische Adel bereits in Anspruch nehmen konnte. Mit der Bildung der Lubliner Union im Jahr 1569 mussten diese Rechte spezifiziert werden. Der polnische König war der letzte in einer langen dynastischen Reihe, und die Staatsunion mit Litauen bildete sein abschließendes großes Werk. Nach seinem Tod setzten polnische und litauische Adlige beim Reichstag zu Warschau 1573 gemeinsam ihr grundsätzliches Recht durch, den Thronfolger selbst zu wählen.

Obleich damals weder von Föderalismus noch von Nationalismus die Rede war, stellt die Lubliner Union den ersten bedeutenden Versuch dar, die große Frage aller polnischen Ostpolitik zu beantworten: Soll Polen mit seinen östlichen Nachbarn gemeinsame Institutionen schaffen, oder soll es die Nachbarländer ins Staatsgebiet eingliedern? Im Gedächtnis geblieben ist die Lubliner Union als Beispiel für eine föderative Lösung, denn das Großfürstentum Litauen behielt seine eigene Verwaltung, sein Rechtssystem sowie Finanzen und Streitkräfte. Im Jahre 1588 wurde das Dritte Litauische Statut verkündet. Dennoch bedeutete die Lubliner Union zugleich Eingliederung. Der polnische König forderte – und erhielt – die südlichen litauischen Provinzen Bratslaw, Kiew und Wolhynien. So konnte sich Litauen einerseits eigene Institutionen bewahren und sie weiterentwickeln; andererseits wurde ihm die Ukraine abgenommen und Polen zugeschlagen. Sie war künftig integraler Bestandteil des polnischen Königreichs und besaß keinerlei Sonderrechte.

Von Beginn an bestand also ein Unterschied zwischen Litauen und der Ukraine. Litauen war – und ist bis heute – für die meisten Polen eine

eigenständige politische Einheit. Die Ukraine wurde – und bleibt in den Augen vieler Polen noch immer – ein undefiniertes Anhängsel, eher ein geographischer Raum als ein Land. Gleichwohl verschaffte die Anbindung an Polen der Ukraine in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht Auftrieb und Erneuerung. Um 1569 war die beeindruckende zivilisatorische Rolle der Kiewer Rus nahezu ausgespielt. Kiew hatte Wilna (Vilnius) in den vorangegangenen zwei Jahrhunderten nicht nur das orthodoxe Christentum und eine gebildete Geistlichkeit, sondern auch die Grundlagen für eine Sprache der Politik gebracht. Mitsamt diesem Kiewer Kulturerbe bildete Wilna nun einen politischen Teil Polens. Und wie stand es um Kiew selbst? Im Jahr 1569 sahen sich die orthodoxen Geistlichen der Ukraine plötzlich konfrontiert mit polnischer Reformation und Gegenreformation, und die slawischen Sprachen trafen auf die großen Werke der lateinischen und polnischen Kultur. Die Reaktion war eine grandiose ukrainische Renaissance und Reformation, die sich nicht nur durch kosmopolitische Bildung (wie etwa an der neuen Kiewer Akademie), sondern zugleich durch religiöse Toleranz auszeichnete (denn die ukrainischen Adligen finanzierten neben religiösen Sekten auch Moscheen und Jeschiwas) – ganz zu schweigen von dem märchenhaften ukrainischen Barock.¹

Doch jeder Schritt, der die Ukraine dem polnischen Modell europäischer Kultur näherbrachte, vertiefte die Kluft zwischen den einheimischen Magnaten und der übrigen Bevölkerung. Römischer Katholizismus und polnische Sprache schlossen zwar den ukrainischen Adel mit dem polnischen zusammen, aber im Land selbst vergrößerten sie den Abstand zwischen Adel und Bauernschaft. Angezogen durch den Getreidehandel auf der Weichsel, kamen Polen und Juden und organisierten den Ackerbau auf der fruchtbaren ukrainischen Schwarzerde, was zu Leibeigenschaft und Verarmung der Bauern führte. Die Kosaken, die den freien Kriegerstand der Ukraine bildeten, brachten ein ganz eigenes Dilemma mit sich. Gemeinsam mit polnischen und litauischen Rittern erkämpften sie drei Siege: 1602 über Schweden, 1612 über das Großfürstentum Moskau und 1621 über die Ottomanen. Polen-Litauen erreichte seine größte territoriale Ausdehnung um das Jahr 1633, als der gemeinsame Reichstag zum letzten Mal den Kosakensold zahlte.

Dieser Reichstag vertrat den polnisch-litauischen Adel und war daher kaum in Spenderlaune gegenüber den Kosaken. Deren Offiziere stammten zwar häufig selbst aus dem Adel, aber die einfachen Soldaten kamen

größtenteils aus dem Bauernstand. Da die adligen Grundbesitzer die Bauern auf den Feldern halten wollten, versuchten sie, die Zahl der offiziell anerkannten Kosaken, der sogenannten Registerkosaken, zu beschränken. Erst im Bedarfsfall wurde die Zahl der Krieger erhöht und der Sold gezahlt. So führte die Angliederung der Ukraine an Polen zur Zuspitzung eines bereits bestehenden Konflikts zwischen zwei Gruppen der ukrainischen Gesellschaft: den wohlhabendsten Bojaren einerseits, die mit polnischen Methoden reiche Grundbesitzer zu werden suchten, und den Kosaken andererseits, die aufgrund des bäuerlichen Elends zwar immer zahlreicher, aber nie ins politische System integriert wurden. Unter diesen Umständen genügte schon der persönliche Groll eines einzelnen Kosaken, Bogdan Chmielnicki, um letztere gegen erstere in Harnisch zu bringen, und so kam es 1648 in der Ukraine zum Bürgerkrieg.

Im Jahr 1654 verbündete sich Chmelnyckij mit dem Großfürstentum Moskau, und seine Kosaken kämpften an der Seite Moskaus gegen Polen-Litauen. Die Ergebnisse sind bekannt: Nahezu zwei Drittel der polnisch-litauischen Bevölkerung kamen im Krieg und durch die mit ihm verbundenen Katastrophen ums Leben; die von Staats wegen geübte religiöse Toleranz wurde durch erneutes Misstrauen gegen Nichtkatholiken zur Farce; und der Doppelstaat selbst geriet in einen verhängnisvollen wirtschaftlichen und politischen Abwärtstrend. Weniger bekannt ist der 1658 und 1659 unternommene Versuch, den Krieg zu einem für beide Seiten annehmbaren Ende zu bringen. Jurij Nemyritsch formulierte und Hetman Iwan Wyhowskij unterbreitete neue Rahmenbedingungen für einen Frieden zwischen Polen-Litauen und der Ukraine. In dem von ihnen vorgeschlagenen Abkommen von Hadiatsch sollte die Ukraine einen mit Litauen vergleichbaren Status erhalten und zum dritten Mitglied einer frühneuzeitlichen Föderation werden. Doch solange Moskau siegreich blieb, interessierten sich die meisten Kosaken weit mehr für persönliche Bereicherung und persönliche Freiheit als für institutionelle Kompromisse. Moskau betrieb den Sturz von Wyhowskij, und Nemyritsch wurde von seinen eigenen Leuten ermordet.

1863: Die alte und die neue Nation

An den Erfahrungen, die das frühneuzeitliche Polen-Litauen machen musste, lässt sich ablesen, wie viel schwerer es ist, eine Föderation zu organisieren,

als eine Eingliederung zu vollziehen. Verstärkt gilt das in Zeiten des Krieges, wenn die Konfliktparteien eher bereit sind, sich von der Aussicht auf unmittelbaren Gewinn oder Verlust fangen zu lassen, und weniger dazu neigen, einen komplizierten Kompromiss auszuhandeln. Wie wir beim Fortgang in die neuere Geschichte sehen werden, sind föderale Lösungen allein deshalb im Nachteil, weil sie so komplex sind. Mit der Lubliner Union rückte die Föderation erstmals ins Zentrum der politischen Phantasie Polens, und dort findet sie sich noch heute. Das Scheitern der Union von Hadiatsch führte jedoch nicht nur zum Niedergang des Polnisch-Litauischen Doppelstaats, sondern diskreditierte zugleich die föderale Idee als solche. Im Jahr 1667 verlor Polen die Ukraine östlich des Dnjepr sowie Kiew an Moskau und musste 1772 in der ersten Polnischen Teilung noch weitere ostslawische Gebiete abtreten. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass die polnische Aufklärung, nicht anders als die französische, sich für die Vorzüge des Zentralstaates stark machte. Die Verfassung vom 3. Mai 1791 sprach von der *einen* polnischen Nation und führte zur Bildung neuer Einheitsinstitutionen in Warschau. Trotz des Zuspruchs, den diese Verfassung aus Philadelphia und Paris erhielt, trat sie nie wirklich in Kraft, und die darin beschlossenen Reformen kamen endgültig zum Stillstand, als Polen mit der zweiten und dritten Teilung von 1793 und 1795 von der Landkarte gestrichen wurde.

Die föderale Idee indessen, die Vorstellung von der *einen* polnischen Nation »in doppelter Zahl«, wie es sogar noch in der zentralistischen Konstitution heißt, blieb weiter bestehen. Eine herausragende Rolle spielte sie im alten Großfürstentum Litauen, wo an der Wilnaer Universität eine neue Generation polnischer Patrioten heranwuchs und die traditionellen, vom Kleinadel besetzten Parlamente bis in die vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts hinein über das Dritte Litauische Statut debattierten. Einer der berühmtesten Studenten der Wilnaer Universität, Adam Mickiewicz, wurde zum Sprachrohr der politischen Romantik, die sich nach der fehlgeschlagenen Revolution von 1831 zu voller Blüte entfaltete. Unter den Aufständischen von 1863 waren, ebenso wie unter den Soldaten der Heimatarmee im Zweiten Weltkrieg, überproportional viele Söhne des traditionellen Litauen. Nicht anders als Mickiewicz sahen sie keinen Widerspruch zwischen litauischem Vaterland und polnischer Nation. Gleichwohl offenbarte ihr Kampf zusätzliche Spannungen innerhalb des traditionellen Föderalismus, Spannungen, über die sie in den Monaten der heftigen

Kämpfe hinwegsehen konnten, denen sie jedoch nicht mehr entkamen, als das Fiasko ihnen ein neues politisches Denken abverlangte.

Ein Problem war wie immer die Ukraine. Nie war sie Teil des föderalen Systems gewesen, so dass der ukrainische Kleinadel zwar polnische Sitten und Gebräuche übernahm, sich aber in erster Linie um lokale Politik und Jahresrenditen kümmerte. Nachdem die Ukraine an Russland gefallen war, durften die großen polnischen Magnaten (zumeist gebürtige Ukrainer) ihre Herrschaft auf dem Lande fortsetzen, was sie taten, indem sie ihre geringeren polnischen Brüder von Grund und Boden vertrieben und russische Truppen zur Niederwerfung von Bauernaufständen herbeiholten.² Die meisten von ihnen standen 1863 treu an der Seite des Zaren. Wieder einmal waren föderale Konzepte komplizierter als Rivalitäten auf dem Feld der Eingliederung. Die litauischen Adligen, sogar diejenigen, die wie Antanas Mackevicius heute als Patrioten verehrt werden, glaubten nach wie vor an die Vereinigung mit Polen und kämpften für eine Erneuerung des Polnisch-Litauischen Doppelstaats. Andere träumten von einem wiedererstandenen Polen, in dem die eigenen litauischen Sitten und Gebräuche respektiert werden sollten. Da die Volkserhebung niedergeschlagen wurde, brauchte niemand diese Streitpunkte aus dem Weg zu räumen.

Völlig unstrittig war 1863, dass man die Bauern für die Unterstützung der polnisch-litauischen Sache gewinnen musste. Aber warum sollten sie interessiert sein? Jakob Gieysztor wollte andere Grundbesitzer dazu bewegen, noch vor einer entsprechenden Initiative des Zaren einige ihrer Ländereien aufzuteilen, so dass die polnischen Adligen dieses Verdienst für sich in Anspruch nehmen konnten; doch er hatte wenig Erfolg. Konstanty Kalinowski appellierte an die litauischen Bauern, indem er ihre Sprache wählte, und in seinem Teil des traditionellen Litauen war dies das Weißrussische. In solchen Lösungsversuchen deuten sich schon die neuen Probleme an, die der Föderalismus im Zeitalter moderner Politik zu bewältigen hatte. Wenn das Hauptinteresse der Bauern tatsächlich dem Grund und Boden galt, würden die Föderalisten ihn überhaupt beschaffen können? Und wenn sie sich in Zeiten der Not der jeweiligen Landessprache bedienen mussten, würden die Bauern nicht auch in Zeiten des Friedens bei dieser Sprache bleiben wollen?³

Nach dem Fehlschlag von 1863 hatten die modernen Nationalisten auf derlei Fragen einfache Antworten parat: Das Land soll dem Volk gehören, und die Sprache des Volkes soll die Sprache der Politik sein. Diese Antwort-

ten trieben einen Keil zwischen den Adel, der in Polen-Litauen die traditionelle politische Klasse stellte, und die Bauernschaft, die der Adel zur Rückgewinnung des Staates brauchte. Ferner trieben sie einen Keil zwischen Polen und Litauen, denn zwischen beiden Ländern bestanden große sprachliche Unterschiede. In den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts vertraten moderne litauische und moderne polnische Nationalisten gleichermaßen die These, die Sprache sei Grundlage der Nationalität, und diese Nationalität der großen Mehrheit sei Grundlage der modernen Eigenstaatlichkeit. Doch der Widerspruch zwischen alten und neuen Ideen blieb bis zum Ersten Weltkrieg latent. Polnische und litauische Nationalisten wünschten sich das Ende des Russischen Reiches. Polnische Sozialisten und Nationalisten bemühten sich um die Wiederherstellung Polens. Erst das Ende des Russischen Reiches brachte den Gegensatz in seiner ganzen Schärfe an den Tag. Kaum hatte Polen zum Dank für den Sieg seine staatliche Souveränität zurückerhalten, stellte sich heraus, dass polnische und litauische Nationalisten mehr miteinander gemein hatten als mit den traditionellen polnisch-litauischen Föderalisten.

1920: Pilsudski und Dmowski

Jozef Pilsudski und Roman Dmowski, die beiden wichtigsten polnischen Politiker aus dem ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts, vertraten zwei sich ausschließende Polenbilder. Pilsudski war ein Föderalist aus dem Osten des Landes, ein Sozialist adliger Herkunft, der davon träumte, Polen in der Föderation mit Litauen neu erstehen zu lassen. Zusammengehalten würde sein Polen durch das uralte Kulturerbe, durch den common sense einer polnischsprachigen Elite unterschiedlicher ethnischer Herkunft und durch die Großzügigkeit und Effizienz eines modernen Staates. Dmowski hingegen, Sohn eines Steinmetzes aus Mittelpolen, hatte eine völlig andere Vision. Sein neues Polen sollte aus einer modernen Gesellschaft erwachsen. Aufgebaut auf dem Fundament der polnischsprachigen Bauernschaft, hätte diese Gesellschaft das Ziel, Gleiches zu leisten wie die Deutschen und mehr als die Juden. Die Bedeutung von Kulturerbe und Eliten läge darin, dass sie den Massen beibringen, sich als eigenständige Nation zu begreifen. Der Osten sollte nur mit den Gebieten eingegliedert werden, die in der polnischen Kultur aufgehen konnten.⁴

Die polnische Ostpolitik begann 1919, als Pilsudskis Truppen Richtung

Osten marschierten, um ihren Anspruch auf die alten Territorien Litauens geltend zu machen. Für Pilsudski ging es im Russisch-polnischen Krieg um die Bildung einer neuen Polnisch-Litauischen Föderation. Durchkreuzt wurden seine Absichten jedoch nicht von den Bolschewiki, die er schließlich besiegte, sondern von den polnischen Nationalisten, die den Frieden aushandelten. Pilsudski war zwar Oberbefehlshaber über das Heer, aber Dmowskis Nationaldemokraten hatten die Mehrheit in der Nationalversammlung und der Friedensdelegation. Sie gaben den Bolschewiki die von Polen kontrollierten Ostgebiete zurück, darunter auch das gesamte Land, das Pilsudski zum weißrussischen Teil der Föderation auserkoren hatte. Die führenden Politiker Litauens stellten klar, dass sie an einer solchen Föderation nicht interessiert waren, und wollten einen litauischen Beitritt gar nicht erst in Erwägung ziehen. Pilsudski kontrollierte zwar Wilna und Umgebung, also jenes Gebiet, das zum zentrallitauischen Teil der Föderation werden sollte. Aber ohne Weißrussland und das eigentliche Litauen, die ihm von den polnischen bzw. litauischen Nationalisten verweigert wurden, brach die ganze föderale Idee in sich zusammen. Das Wilna-Gebiet wurde Polen einfach inkorporiert.

Pilsudski war nicht in der Lage, die grundsätzlich mit einer Föderation verbundenen Probleme zu lösen. Er brauchte einheimische Verbündete, aber es gab keine. Er hätte sich auf die Volksschichten stützen können, aber die Bauern und Juden im traditionellen Litauen sahen keinen Grund, warum sie von Warschau regiert werden sollten. Hätte er mehr Zeit gehabt, so wäre seine Sache vielleicht plausibler geworden, doch gerade Zeit wurde ihm unter den Bedingungen des Krieges verweigert. Vor allem aber fehlte die Unterstützung seiner polnischen Landsleute. Die Nationaldemokraten betrachteten Wilna als polnische Stadt, die sie mit Freuden dem eigenen Staatsgebiet einverleibten; ihre zentralpolnische Wählerschaft hatte nichts für ein eigenständiges litauisches Kulturerbe übrig. Außerdem wussten sie, dass Polen mit jeder Osterweiterung politisch nach links driften würde, und waren nicht darauf erpicht, mehr Ostslawen einzugliedern, als sie meinten assimilieren zu können. Nach dem Friedensschluss von Riga hielten sich linke und rechte Kräfte in Polen ziemlich genau die Waage. Mit den Stimmen der sozialistischen Parlamentsabgeordneten – zuzüglich einiger weniger Nationalisten – wurde Gabriel Narutowicz zum ersten Präsidenten der polnischen Republik gewählt, aber schon kurze Zeit später von einem rechten Fanatiker ermordet. Wie Pilsudski war Narutowicz ein

föderal gesinnter Sozialist, der aus dem litauischen Adel kam. Sein Tod markierte das Ende der von beiden Männern vertretenen föderalen Idee. Pilsudski zog sich aus der Politik zurück – wenigstens zeitweise.

Im Jahr 1920 änderte Pilsudski den föderalistischen Kanon in einem – wichtigen – Punkt. Die bis dahin eher marginale Ukraine rückte ins Zentrum. Zunächst allerdings kämpfte Polen erfolgreich gegen die Westukrainische Republik und sicherte sich die Kontrolle über Lwow (das heutige L'viv) sowie ganz Galizien. Erst dann, im Jahr 1920, verbündete sich Pilsudski mit dem Kiewer Staat unter Symon Petljura. Gemeinsam führten Polen und Ukrainer – bis zum Frieden von Riga – Krieg gegen die Bolschewiki. Selbst dieses Bündnis war nur von kurzer Dauer, da sich Polen in Riga zur Anerkennung der sowjetischen Ukraine bereit fand und seine bisherigen ukrainischen Verbündeten umgehend internierte. Pilsudskis Hoffnung auf einen ukrainischen Pufferstaat wurde restlos enttäuscht, und es schien, als könne er kaum mehr tun, als sich bei seinen ukrainischen Waffenbrüdern zu entschuldigen. Dennoch blieben viele von ihnen in Polen und arbeiteten für den polnischen Staat. Der Präzedenzfall für ein Militärbündnis mit der Ukraine war geschaffen.

An diesen Präzedenzfall erinnerte man sich im Jahr 1926, als Pilsudski durch einen Staatsstreich erneut an die Macht gelangte. Zum Woiwoden der Provinz Wolhynien, der am stärksten ukrainisch geprägten polnischen Region, ernannte Pilsudski seinen Freund und Mit-Föderalisten Henryk Jozewski. Er hatte am Feldzug von 1920 teilgenommen und damals sogar den Posten eines stellvertretenden Ministers in der ukrainischen Regierung bekleidet. Zugleich war er gebürtiger Kiewer, sprach Ukrainisch und hegte große Pläne für eine erneute Integration der Ukraine in den polnischen Staat. Sein Wolhynien-Experiment bestand in der Wiedereinführung von ukrainischer Sprache und Geschichte als Schulfach und der Umstellung der orthodoxen Liturgie auf das Ukrainische; außerdem sorgte er für die Wahl loyaler ukrainischer Politiker ins Parlament. In Erinnerung an seine Erfahrungen aus dem Russisch-polnischen Krieg versprach Jozewski den Ukrainern für die Zukunft eine unabhängige Ukraine, während er zugleich auf ihre Loyalität innerhalb Polens hinarbeitete.⁵

Zum Scheitern verurteilt war Jozewskis Wolhynien-Experiment aus demselben Grund wie die litauische Föderation seines Freundes Pilsudski: Ursache war ein stillschweigendes Bündnis zwischen zwei Nationalismen. In der Ukraine drangen die Nationalisten mühelos in die von Jozewski

geförderten Nichtregierungs-Organisationen ein und machten sich die relative Freiheit Wolhyniens zunutze. Die begrenzten Reformen des Provinzgouverneurs erklärten sie für unzureichend, und den Bauern versprachen sie mehr Freiheit und mehr Land. Wieder einmal wurde ein Föderalist mit diesen Themen ausgestochen. Wenn Wolhynien von einer Landreform profitieren sollte, warum holte man dann Tausende polnischer Offiziere als Siedler ins Land? Wenn in der Schule wieder Ukrainisch gelehrt werden sollte, warum schuf man kein rein ukrainisches Schulsystem? In Polen wiederum traten die Nationalisten von vornherein als Gegner des Wolhynien-Experiments auf. Nach Pilsudskis Tod verlor Jozewski seinen Einfluss auf die wolhynische Politik, und im Jahr 1938 war sein Experiment zu Ende.

1973: Giedroyc und Mieroszewski

Heute ist Wolhynien im Gedächtnis der Polen vor allem der Schauplatz grauenhafter ethnischer Säuberungen durch die Ukrainer. Diese Säuberungen sind – mitsamt den blutigen polnischen Vergeltungsschlägen – nur eines von vielen schrecklichen Geschehnissen, die die brutale Okkupation des polnischen Ostens durch Nationalsozialisten und Sowjets begleitet haben. Die von letzteren zwischen 1939 und 1945 veranlasste Deportation der alteingesessenen ostpolnischen Eliten und die von ersteren zwischen 1941 und 1944 durchgeführte Rassenpolitik haben endgültig zerstört, was von den föderalistischen Traditionen noch übriggeblieben war. Mit dem Beginn des Polnisch-ukrainischen Bürgerkrieges im Jahr 1943 wurde die Idee föderaler Beziehungen zwischen beiden Ländern zu einer sinnentleerten Vorstellung. Als Stalin 1944 Polen und Ukrainer auseinanderdividierte, akzeptierte er den Primat des Ethnonationalismus, und die polnischen Kommunisten konnten die neue ethnische Homogenität Polens nutzen, um mehr Unterstützung in den breiten Volksschichten zu erhalten. Es schien, als sei der Föderalismus – vielleicht für immer – aus dem Blickfeld verschwunden. Im kommunistischen Polen gab es keine eigentliche Ostpolitik, und die Geschichte der polnischen Herrschaft in den Ostgebieten wurde zum Tabu. Zwar verstießen einige gegen das Tabu, wie etwa die Emigranten in London und die polnische Exilregierung. Aber auch diese Gruppen akzeptierten die nach dem Krieg vorherrschende Logik des Nationalismus und vertraten andere Standpunkte nur, soweit es die korrekte

Ziehung der Landesgrenzen betraf. Die Polen in London teilten Stalins Ansicht, dass die Vorstellung von einer Föderation zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn endgültig tot sei; sie hielten Wilna und Lwow für polnische Städte, die einem Nationalstaat Polen zurückerstattet werden müssten.⁶

Schon 1947 ließ sich eine vereinzelte Stimme mit einem völlig anderen Vorschlag vernehmen. Der in Minsk geborene Jerzy Giedroyc war Föderalist und Pilsudski-Verehrer. In der Zeit zwischen den Weltkriegen hatte er nationale Probleme nicht mit Blick auf die Stellung der polnischen Nation, sondern auf das Überleben des polnischen Staates betrachtet. Selbst während des Zweiten Weltkrieges hielt er Kontakt zu ukrainischen Kollegen und plante ein Diskussionsforum für die Nachkriegszeit.⁷ Nach Pilsudskis Tod im Jahr 1935 und Jozewskis Inhaftierung im kommunistischen Polen (unter anderem wegen seiner Vorkriegspolitik) war Giedroyc das einzige wichtige Sprachrohr der alten föderalistischen Position. Im Jahr 1947 vertrat seine Monatszeitschrift *Kultura* die These, Polen solle die neuen Ostgrenzen anerkennen und Lwow und Wilna an die sowjetische Ukraine beziehungsweise das sowjetische Litauen abtreten. Zum damaligen Zeitpunkt war diese Ansicht so skandalös, dass sie weitgehend ignoriert wurde, und Giedroyc überließ es seinem Freund Juliusz Mieroszewski, die strategische Logik zu erläutern.

Mieroszewski skizzierte die Ostpolitik eines künftigen unabhängigen Polen erstmals im Jahr 1973. Eine Gefahr für diesen Staat sah er im russischen und im polnischen Nationalismus. Die Imperialisten in Warschau und Moskau hätten es auf die zwischen ihnen liegenden Länder Litauen, Weißrussland und Ukraine abgesehen und würden sich höchstwahrscheinlich auf ihre Kosten einigen. Eine solche Einigung, so Mieroszewski, würde die innenpolitische Atmosphäre in Polen vergiften und letztlich den Untergang des polnischen Staates herbeiführen. Um diese Ereigniskette zu verhindern, müsse ein künftiger polnischer Staat seine Ostgrenze zu Litauen, Weißrussland und der Ukraine anerkennen. Polnische Politiker sollten auf historische Ansprüche verzichten und einsehen, dass Verhandlungen über Grenzfragen nicht im Interesse des polnischen Staates liegen. Aus diesem Grund müsse die polnische Opposition vorab versichern, dass sie die bestehenden Grenzen anerkenne. Mehr noch, so Mieroszewski, sie müsse die Unabhängigkeitsbewegungen in Litauen, Weißrussland und der Ukraine unterstützen. Man habe zu akzeptieren,

dass Nationalgeschichte und -gefühle der Ukrainer, Weißrussen und Litauer denselben Rang beanspruchen können wie Nationalgeschichte und -gefühle der Polen.⁸

Ihrem ganzen Gedankengang nach war diese grandiose Strategie etwas völlig Neues. Sie war weder föderalistisch noch nationalistisch, obgleich sie von beiden Traditionen zehrte. Wie der Föderalismus akzeptierte sie die politische Realität der zwischen Polen und Russland gelegenen Länder. Wie der Nationalismus akzeptierte sie den unabhängigen Nationalstaat als einzig sinnvolle Form politischer Existenz. Ihr Ziel war weder eine Föderation, in der Polen den stärkeren Part spielen sollte, noch eine Eingliederung der östlichen Grenzgebiete, durch die alles Übrige an Russland fallen würde. Ziel war vielmehr die Schaffung einer zwischen Polen und Russland gelegenen Zone aus dauerhaften Nationalstaaten, deren Hauptfunktion für Polen darin bestand, durch ihre schiere Existenz sämtliche Ostprobleme zu lösen und den polnischen Staat davor zu bewahren, über die eigene Leistungskraft hinauszugehen und blindlings in die von Moskau aufgestellten territorialen Fallen zu stolpern.

Zwar stieß das Ostprogramm der *Kultura* zunächst auf Schweigen und Skepsis, aber in den nachfolgenden zwanzig Jahren fand Mieroszewskis bahnbrechender Artikel Verbreitung in einer größeren polnischen Leserschaft sowie die Unterstützung der durch die *Solidarnosc* geschaffenen polnischen Gegenelite und wurde nach den Revolutionen von 1989 in die Tat umgesetzt. In den ersten Jahren der polnischen Unabhängigkeit hatte das Ostprogramm wenig Erfolg gegenüber Staaten, die einem Nationalstaat sehr unähnlich waren (wie Russland und Weißrussland), aber viel Erfolg gegenüber jenen, die einem Nationalstaat sehr ähnlich waren (wie Litauen und die Ukraine). Mit diesem Programm konnte Polen nicht nur den Angriffen einer widersetzlichen und revanchistischen polnischen Minderheit im Wilna-Gebiet, sondern auch den Forderungen einer rückwärts-gewandten litauischen Regierung entgegentreten. Seine wichtigste Rolle aber, so wird im nachhinein deutlich, hat es in den Beziehungen zur Ukraine gespielt.

Wie von *Kultura* empfohlen, wurden aus den informellen Beziehungen zwischen polnischer und ukrainischer Opposition die formellen Beziehungen zwischen dem unabhängigen Polen und der nach wie vor sowjetischen Ukraine. Noch vor dem Ende der Sowjetunion hatten beide Länder in quasi-formellen Übereinkünften alle wichtigen nationalen Fragen und

Grenzprobleme gelöst. Die im Dezember 1991 bereits vollzogene Annäherung zwischen Warschau und Kiew hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Auflösung der Sowjetunion so friedlich vonstatten ging. Da die polnische Frage aus der ukrainischen Politik ausgeklammert war, noch ehe sie sich stellen konnte, konnten Außenminister Krzysztof Skubiszewski und polnische Diplomaten die Kooperation sowohl zwischen West- und Ostukrainern als auch zwischen kommunistischen Reformern und intellektueller Opposition fördern. Im Laufe der neunziger Jahre entwickelte sich die Aussöhnung zwischen Polen und der Ukraine von der staatsrechtlichen Anerkennung über die politische Zusammenarbeit bis zur Versöhnung in Fragen der gemeinsamen Geschichte.⁹

Giedroyc und Mieroszewski haben eine Synthese zwischen Föderalismus und Nationalismus geschaffen, die nicht nur der internationalen Politik der Nachkriegswelt gerecht wurde, sondern zugleich ein politisches Programm für die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges darstellte. Im Jahr 1994 war aus der Denkleistung von 1973 ein politischer Erfolg geworden: Die Sowjetunion verschwand von der Landkarte, und Polen hatte seine Beziehungen zu allen neuen östlichen Nachbarn geregelt. Der zentrale Stellenwert, den die Ukraine im Kalkül der beiden Männer – und in der polnischen Ostpolitik nach 1989 – erhielt, markiert den Höhepunkt eines zweiten Entwicklungstrends. Die Ukraine, die für den Föderalismus der frühen Neuzeit bedeutungslos und in den Aufständen des neunzehnten Jahrhunderts marginal geblieben war, rückte im zwanzigsten Jahrhundert ins Zentrum der Politik. Wie gezeigt, wurde sie in der ersten Föderation von 1569 überhaupt nicht berücksichtigt und spielte für die Volkserhebung von 1863 allenfalls eine sekundäre Rolle. Zum Zentrum einer föderalistischen Politik avancierte sie erst in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als Jozewski nach Wolhynien ging. Giedroyc, dem Jozewski als Vorbild vor Augen stand, zwang seine polnischen Landsleute, die Ukraine unter strategischen Gesichtspunkten wahrzunehmen. In den neunziger Jahren wurde die Achse Polen-Ukraine zu Skubiszewskis großem ostpolitischen Erfolg.

Europäische Union: national oder föderalistisch?

Für Skubiszewski und seine Nachfolger war natürlich seit Mitte der neunziger Jahre die Aussicht auf die EU-Erweiterung eine erhebliche Hilfe.

Nachdem das ursprüngliche *Kultura*-Programm in die Tat umgesetzt war, votierte Skubiszewski für eine Politik der europäischen Standards: Polen und seine Nachbarn sollten sich, in der gemeinsamen Hoffnung auf den EU-Beitritt, in Sachen Minderheitenrechte und dergleichen bestimmten europäischen Normen unterwerfen. Spätere polnische Regierungen nutzten Polens Stellung auf den vorderen Plätzen der EU-Kandidatenreihe, um seine an der Integration interessierten östlichen Nachbarn näher an Europa heranzubringen. Wenn Polen in Kürze der Europäischen Union beitrifft, werden derlei Strategien nicht mehr möglich sein, und diejenigen, die die polnische Ostpolitik planen, werden sich in einer historisch beispiellosen Position befinden. Was Föderalismus und Nationalismus an Verheißungen und Problemen beinhalten, entstammt jener osteuropäischen Ordnung, die 1569 begann, als Polen mit Litauen eine Staatengemeinschaft bildete. Was lässt sich schon jetzt über ein Europa sagen, in dem Polen und Litauen ab 2004 in einer Staatengemeinschaft mit den westlichen Nachbarn sitzen? Kann das Erbe von Föderalismus und Nationalismus eine Orientierung geben?

Auf den ersten Blick und im Sinne der genannten Analogie mag es so aussehen, als bedeute die Europäische Union einfach die Fortsetzung des Föderalismus. Doch die Europäische Union ist, nicht anders als die Lubliner Union, in diesem Punkt zweideutig. Um es ungeschminkt zu sagen: Wie letztere wird erstere zwar Polen und Litauen einschließen, aber den Großteil der Ostslawen ausschließen. Wie die Lubliner Union ist die Europäische Union eher ein Eliteprojekt, und ihre Schwachpunkte resultieren aus der fehlenden Unterstützung durch breite Bevölkerungsschichten. Überdies ist die polnische Entscheidung für Europa in vielen politischen Essentials mehr nationalistisch als föderalistisch. Der Beitritt zur Europäischen Union gleicht – in mindestens *einer* wichtigen Hinsicht – der Integration in einen Nationalstaat.¹⁰ Dieser vielleicht nicht gleich einleuchtende Gedanke bedarf einer kurzen Erläuterung.

Die Ostpolitik der neunziger Jahre zielte zwar auf die Bewahrung der polnischen Eigenstaatlichkeit, doch sie erforderte immerhin eine ernsthafte Beschäftigung mit den östlichen Nachbarn. So förderte Polen damals Begegnungen mit den Menschen der Nachbarländer und unterzeichnete trotz des Widerstandes der EU ein Abkommen mit der Ukraine über die Befreiung vom Visumzwang. Sobald das Land aber der EU beitrifft, wird es deren Grenzabkommen übernehmen. Polens Ostgrenze wird damit zur Ost-

grenze der Europäischen Union, und Polens östliche Nachbarn werden zu östlichen Nachbarn der EU. Die Bürger Russlands, Weißrusslands und der Ukraine werden die eherne Außengrenze der EU vor sich haben, die dann am Bud und nicht mehr an der Oder liegt. Diese für 2004 geplante Veränderung ist von ähnlicher Tragweite wie die Veränderungen der Jahre 1918, 1945 oder 1989. Und erneut lautet die Frage: Wie soll man reagieren? Das geistige Erbe von Nationalismus und Föderalismus steht – wie immer seit 1569 – auch heute der Interpretation offen. In einer neuen Welt der Europäischen Union verliert die alte Lubliner Union nichts von ihrer herausragenden Bedeutung. Mitsamt ihrer Geschichte harrt sie einer neuen Generation von Interpreten, Diplomaten und Bürgern, die Lust auf große Aufgaben haben.

Aus dem Englischen von Monika Noll

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu die kürzlich erschienene bemerkenswerte Arbeit von Natalja Jakowenko, *Paralel'nyi Svit*, Kyiv 2002.
- 2 Vgl. die beiden grundlegenden Bücher von Daniel Beauvois, *La bataille de la terre en Ukraine 1863-1914. Les Polonais et les conflits socio-ethniques*, Lille 1994; *Le noble, le serf et le revizor. La noblesse polonaise entre le tsarisme et les masses ukrainiennes (1831-1863)*, Paris 1986/1991.
- 3 Vgl. Jakob Gieysztor, *Pamiętniki*, Bd. 1, Vilnius 1913; Konstanty Kalinowski, *Iz pechatnogo i rukopisnogo nasledia*, Minsk 1988.
- 4 Vgl. dazu die intelligente Darstellung bei Ksawery Pruszyński, *Niezadowoleni i entuzjasci*, Warschau 1990 (1939), S. 637-644.
- 5 Vgl. Włodzimierz Medrzecki, *Wojewodztwo wolyńskie*, Breslau 1988; Jan Kesik, *Zaufany komendanta*, Breslau 1995.
- 6 Ursachen, Verlauf und Folgen der ethnischen Säuberung werden behandelt in: Timothy Snyder, *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999*, New Haven 2002, S. 154-216.
- 7 Jerzy Giedroyc/Krzysztof Pomian, *Autobiografia na cztery rece*, Warschau 1996.
- 8 Vgl. dazu Juliusz Mieroszewski, »Polska ›Ostpolitik« und »Rosyjski ›Kompleks Polski i ULB«, in: *Materialy do refleksji i zadumy*, Paris 1976, S. 110-122 und 175-186.
- 9 Eine ausführliche Darstellung der Ostpolitik nach 1989 findet sich in: Snyder, *Reconstruction of Nations*, a.a.O., S. 232-276.
- 10 Peter Andreas/Timothy Snyder (Hg.), *The Wall Around the West*, Lanham 2001.

Alexei Miller

IN DEN FESSELN DER GESCHICHTE
Der polnische Diskurs über die Ostpolitik

Vor wenigen Jahren führte der polnische Journalist Jaroslaw Zadenski ein Interview mit dem polnischen Historiker Andrzej Walicki, das er mit der Frage eröffnete: »Woher stammt die antirussische Hysterie, die sich immer wieder in Polen bemerkbar macht? Liegen die Gründe dafür in der Geschichte?« Die Anschlussfrage kam ihm nicht leicht über die Lippen, »ich stelle sie aber trotzdem, weil ich weiß, dass es in Polen viele Menschen gibt, die solche Gedanken hegen: Ist es vielleicht gut, wenn die Russen aussterben? Denn dann hätten wir weniger Probleme.«¹ Ich stimme Andrzej Walickis Antwort zu, dass nur eine Minderheit so denkt. Dennoch ist es symptomatisch für das gesellschaftliche Klima, dass ein professioneller, keineswegs hysterischer Journalist solche Fragen stellt.

2000 initiierte die angesehene polnische katholische Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* eine intensive Diskussion über die polnische Ostpolitik (ich werde darauf weiter unten eingehen). Im Frühjahr 2001 organisierte die Stefan Batory-Stiftung in Warschau ein Treffen, bei dem namhafte Politiker, Journalisten und Wissenschaftler eine Bilanz dieser Diskussion zogen. Bei der Eröffnung sagte der Präsident der Stiftung, Aleksander Smolar, ihn beunruhige die Tatsache, dass Russland sich an dieser Diskussion über die polnische Ostpolitik nicht beteilige. Der Politiker und ehemalige Außenminister Dariusz Rosati konterte, die Abstinenz Russlands erscheine ihm völlig natürlich, da es sich selbst von der europäischen Zivilisation ausgeschlossen habe. Keiner der über zwanzig Teilnehmer hielt es für angebracht, ihm zu widersprechen.²

Zu diesem Zeitpunkt hatte die populäre polnische Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, der man in Polen aus unerfindlichen Gründen eine russophile Einstellung nachsagt, den berühmten Menschenrechtsaktivisten Sergej Kowalew zum »Mann des Jahres« gewählt. Die Schlagzeile auf der Titelseite lautete »Das Russland, das wir lieben«. In der Laudatio wurde Sergej Kowalew als »Rufer in der Wüste« gewürdigt. Kowalew saß damals übrigens bereits zum zweiten Mal als Deputierter im russischen Parlament,

wohin er höchstwahrscheinlich von den Stimmen der Murmeltiere und anderer Wüstenbewohner gewählt worden war.

Der ehemalige tschechische Dissident Ludvik Vaculik besuchte in dieser Zeit gerade Polen und brachte seine Verwunderung über die Stimmungsmache der polnischen Medien zum Ausdruck, die die Menschen »den Atem des russischen Bären im Nacken spüren« lassen wolle.³ Man muss sich dabei vor Augen halten, dass die tschechische Intelligenz, zumindest seit 1968, alles andere als russophil ist.

Diese Beispiele scheinen mir die These von der Existenz eines in Polen weitverbreiteten und höchst emotionalen antirussischen Diskurses hinreichend zu belegen. Was sind nun seine Quellen? Kommen wir auf die erste Frage von Zadenski zurück, ob sie in der Geschichte zu suchen sind.

Warum sieht sich Polen als Opfer Russlands? In die polnischen Teilungen war nicht nur Russland involviert; im neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts erhoben sich die Polen wiederholt auch gegen die anderen an den Teilungen beteiligten Mächte. Im zwanzigsten Jahrhundert wurden sicher nicht mehr Polen von Russen getötet als von Deutschen oder Ukrainern. Dies gilt auch, wenn wir nicht über die Bürger des polnischen Staates sprechen, sondern uns auf die ethnischen Polen beschränken. Gleichwohl leitete die polnische intellektuelle Elite eine Versöhnung mit den Deutschen und den Ukrainern ein (was zweifellos ein Verdienst ist), nicht aber mit den Russen. Ich bin mir durchaus darüber im klaren, dass die Last der russischen Vergehen gegenüber den Polen groß ist. Sie sollte aber in Relation zu den »schwarzen Listen« für die anderen Nationen gesehen werden.

Diese Verzerrung könnte man damit erklären, dass die sowjetische Dominanz – welche die Polen immer mit der russischen identifizierten – erst 1989 ein Ende fand und diese Zeit zu kurz war, als dass sich die Emotionen hätten legen können. Doch auch diese Erklärung ist wenig befriedigend. Sie wäre es vielleicht, wenn von den Emotionen der »einfachen Leute« die Rede wäre. Gerade aber im Bewusstsein der Massen sind bis jetzt die Ressentiments gegenüber etwa den Ukrainern stärker spürbar als gegenüber den Russen, ungeachtet der Versöhnungsanstrengungen der polnischen Intellektuellen. Natürlich gibt es auch polnische Intellektuelle, die zu einer Aufarbeitung der problematischen Beziehung zu Russland aufrufen, doch unterstreichen sie dabei ständig, dass sie gegen den Strom

schwimmen, dass die Mehrzahl ihrer Kollegen bewusst das Bild von den Russen als einem zumindest potentiellen Feind im gesellschaftlichen Bewusstsein schürt. Dieses Phänomen bedarf einer Analyse.

Erhellend ist die symbolische Geographie der Region. Bald nach den Teilungen des polnischen Staates kam es zwischen der polnischen und der russischen Vorstellung vom »imaginierten Vaterland«, d.h. der Frage, welche Territorien den Polen und welche den Russen »rechtmäßig« zustehen, zu einem unlösbaren Konflikt. Dabei ging es um die »Ränder«. Die Polen nannten sie »kresy wschodnie« (östliches Grenzland) oder »ziemie zabrane« (eroberte Gebiete), die Russen »westliches Gebiet« oder »zurückerlangtes Land«. In der polnischen Kultur der Romantik spielte der Mythos der *kresy*, einer Art Arkadien, eine bedeutende Rolle. Mit diesem Mythos eng verbunden war die Idee der zivilisatorischen Rolle Polens im Osten.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1830-31 machten sich die polnischen Intellektuellen auf die Suche nach Verbündeten im Kampf gegen das russische Imperium. Das russische Reich stützte alle seine Hoffnungen auf die Bewohner der *kresy*. Es erscheint daher nur logisch, dass die polnischen Intellektuellen bestrebt waren, die Idee von der prinzipiellen Differenz zwischen »Russinen« (d.h. der ethnischen Gruppierungen, deren Nachkommen wir heute als Ukrainer und Weißrussen bezeichnen) und »Moskalen«, also den Großrussen, zu erhärten. Die Geschichte der Russinen in der Zeit der polnischen Adelsrepublik ist in diesem Diskurs eine Geschichte der Eingliederung in die westliche Zivilisation, der Erlangung einer Identität und der Übernahme demokratischer Werte. Polen sollte kraft des gemeinsamen Kampfes seiner Völker gegen den Moskauer Despotismus wiederauferstehen.

Umgekehrt betonten die offizielle Ideologie der zaristischen Autokratie und der im neunzehnten Jahrhundert entstehende russische Nationalismus die Verwandtschaft zwischen der ostslawischen Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete und der großrussischen Bevölkerung des Imperiums. Dass diese Gebiete dem polnischen Staat einverleibt worden waren, wurde als das Resultat des polnischen Eindringens in das ureigene Territorium der Kiewer Rus angesehen, der Wiege der drei ostslawischen Völker, welche die eine russische Nation bilden. Das Projekt eines gesamtrussischen Volkes, welches im russischen Denken des 19. Jahrhunderts vorherrschte, sah in der weißrussischen und kleinrussischen Bevölkerung des Imperiums einen Bestandteil der gemeinsamen russischen Nation. Der

Unterschied zwischen Kleinrussen und Großrussen wurde im wesentlichen als »Resultat der gewaltsamen Teilung der Kiewer Rus und als unheilvolles Erbe der polnischen Herrschaft« erklärt.

Beide Konzeptionen waren tendenziös und in vielen ihrer Züge spiegelverkehrt. Darin beruhte die Ähnlichkeit ihres Führungsanspruchs auf dem strittigen Territorium: Polen wie Russen bemühten sich, den Einfluss des Hauptrivalen auf ein Minimum zu reduzieren oder ihn als fremdes und feindliches Element ganz auszuschalten.

Im Kraftfeld dieser Rivalität bildeten sich die lokalen nationalen Identitäten der Litauer, Ukrainer und Weißrussen heraus. Sowohl die Polen als auch die Russen waren bereit, ihre Interessen in den Beziehungen zu diesen neuen nationalen Bewegungen mit Gewalt durchzusetzen – gegen sie, oder in Zeiten, da sie sich schwach fühlten, mit ihnen gegen den Hauptfeind. Die polnischen Intellektuellen neigten bereits im 19. Jahrhundert dazu, das zukünftige Polen als »Familieneigentum« der dort angesiedelten Brudervölker zu imaginieren, ein Modell, das später in der offiziellen Ideologie der Sowjetunion wiederkehrte (was in beiden Fällen die Idee von der Führungsrolle und Dominanz des jeweils «älteren Bruders« miteinschloss).⁴

Die polnischen Intellektuellen verstanden den Kampf gegen Russland als Verteidigung der europäischen Zivilisation gegenüber einem despotischen und barbarischen Imperium und riefen Europa zu Hilfe.⁵ Die antiwestlichen russischen Intellektuellen wiederum sahen in den Polen ein Instrument der westlichen Feinde Russlands, während die liberalen Westler die polnischen Aufstände als Resultat des religiösen Fanatismus und ständischen Egoismus der Szlachta darstellten und ihr das Prädikat »europäisch« absprachen.

Das ist natürlich ein höchst vereinfachtes Bild. Sowohl im Polen als auch im Russland des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts existierten zahlreiche, häufig kontroverse Auffassungen über die russisch-polnischen Beziehungen. Dennoch sind die Vorstellungen, die ich oben skizziert habe, nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sie so lange dominiert haben, sondern auch, weil sie im gegenwärtigen Denken immer noch deutlich präsent sind.

Eine wesentliche Rolle im polnischen Diskurs über die Ostpolitik spielte nach dem Zweiten Weltkrieg die im Pariser Exil unter der Leitung von Jerzy Giedroyc erscheinende Monatszeitschrift *Kultura*. Giedroyc rief

dazu auf, sich ein für alle Mal von der Vorstellung einer Revision der polnischen Ostgrenzen zu verabschieden, also von der Hoffnung, Vilnius und L'viv zurückzuerhalten. Er hielt es für wesentlich wichtiger, gute Beziehungen mit den östlichen Nachbarn zu etablieren. Doch in einem Punkt ihrer Auffassung konnten Giedroyc und sein engster Mitarbeiter W. Mieroszewski nicht den traditionellen Rahmen überwinden: In ihrer Konzeption eines neuen Verhältnisses zu den Ukrainern, Weißrussen und Litauern bleibt Russland die Rolle des »Anderen«. ⁶ Im heutigen Polen ist das Modell von Giedroyc nicht unumstritten. ⁷ Der ukrainische Emigrant und bedeutende Historiker Jaroslaw Pelenskii, der eng mit Giedroyc zusammenarbeitete, gab als Grund für seine spätere Distanzierung von *Kultura* folgendes an: »Ich war anderer Meinung als Giedroyc: Man muss seine Konzeption (...) auf Russland ausdehnen.« ⁸ Dariusz Rosati räumte sogar ein, dass Giedroyc' Doktrin »die Überzeugung zugrunde lag, die Ukraine und Weißrussland seien ziemlich antirussisch eingestellt« ⁹.

Die von den polnischen Intellektuellen gepflegte Tradition der Ostpolitik fand eine kräftige Resonanz in dem neuen Diskurs über Mitteleuropa, der in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts Furore machte. Russland als Entführer Mitteleuropas aus dem Schoße der westlichen Zivilisation (Milan Kundera ¹⁰) und die Rolle des konstituierenden Anderen, welche Russland in diesem Diskurs ¹¹ einnahm, korrespondiert exakt mit der Funktion, die man Russland im polnischen Ostpolitik-Diskurs zugewiesen hatte.

Wie sehr das geistige Erbe Polens den Diskurs über Osteuropa bis heute inspiriert, illustrieren die folgenden Beispiele. Bereits 1989 bemerkte Tony Judt, dass Polen stärker als andere Anwärter auf einen Platz in Mitteleuropa geneigt war, den Westen nicht nur als ein Zielpunkt, sondern auch als Stütze für seine Mission im Osten zu sehen. ¹² Nach der Wende von 1989 verstummte der Diskurs über Mitteleuropa weitgehend, insbesondere in seiner zugespitzten antirussischen Version – hatte er doch seine Rolle des ideologischen Garanten für die Integration der betroffenen Länder in die westeuropäischen Strukturen erfüllt. Gleichwohl scheint Adam Michnik bis heute bereit, ihn zu strapazieren, etwa wenn er sich am Vorabend des Referendums über den Vertrag von Nizza mit folgenden Worten an die Iren wendet. »Wir hatten immer das Gefühl, dass wir ein Teil von Europa sind, der durch eine Diktatur künstlich abgeschnitten wurde – zuerst durch den russischen Zaren, danach durch die Nazis, zuletzt durch den

Sowjetkommunismus. Für uns bedeutet dies [der Beitritt zur EU] die Rückkehr zur tatsächlichen Geschichte« – so der Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* in der *Irish Times* im Oktober 2002.¹³

In den letzten Jahren bemühte man sich in Polen, dem Diskurs über Mitteleuropa einen neuen Inhalt zu geben. Am Beginn der neunziger Jahre, als »Mitteleuropa« jene Gruppe auserwählter ehemaliger Satellitenstaaten darstellte, die man als erste und möglichst schnell in die Strukturen des Westens meinte aufnehmen zu müssen, lehnten Polen und seine Partner der Visegrad-Gruppe kühl das Ansinnen Kiews ab, diesem Zusammenschluss beizutreten. Und seit kurzem versuchen einige Intellektuelle, das Thema »Mitteleuropa« für die Ostpolitik Polens, das ja bereits Nato-Mitglied ist und sich schon in der EU sieht, zu instrumentalisieren. Diese polnische Variante von Mitteleuropa nennt man gelegentlich die »jagellonische«. Die Grundidee besteht darin, dass das Erbe Polens für die Kultur und Mentalität der Ukrainer, Weißrussen und Litauer prägend war und alles, was mit diesen Ländern nach den Teilungen Polens geschah, nur eine Entstellung und Beschädigung dieser von Polen ererbten europäischen Wesenheit darstelle.¹⁴ »Seit Generationen haben wir uns an die Idee gewöhnt, dass Polen mit Russland einen jahrhundertealten Streit über die zivilisatorische Zugehörigkeit des Raumes zwischen dem ethnischen Polen und Russland führt« – so Bartolomej Sienkiewicz, einer der aktivsten polnischen Publizisten, die sich mit der Problematik der polnischen Ostpolitik auseinandersetzen.¹⁵ Ich möchte nochmals die strukturelle Ähnlichkeit dieser Auffassungen mit den Vorstellungen der russischen Nationalisten betonen, die behaupten, die Polen hätten in der Zeit ihrer Herrschaft über einen Teil der Kiewer Rus das wahre Antlitz »der russischen Bevölkerung« dieser Gebiete »verfälscht«.

In einem »jagellonischen« Mitteleuropa fällt Polen die Rolle des regionalen Führers zu. Warschau erklärte sich nicht nur mehrfach zum »Anwalt« Litauens und der Ukraine gegenüber dem Westen, sondern beansprucht auch eine Sonderrolle bei der Gestaltung der Ostpolitik der NATO und der EU. Am 11. Oktober 2002 schrieb Maciej Letowski in der *Gazeta Wyborcza*, dass Polen vor der Alternative stehe, »die Regionalmacht zu sein oder überhaupt nichts zu sein, dann nämlich, wenn es zur Peripherie der westlichen Welt, zum ökonomischen Vasallen des mächtigen Deutschland wird.« Polens Politik müsse »europäisch in der Form, jagellonisch im Inhalt sein«, urteilt Letowski. Er bedauert, dass die Annäherung zwischen

Washington und Moskau die Chance Polens gefährdet, seine Beziehung zu den USA »auf einem bereits erprobten Fundament – der Rolle der Bastion der Demokratie und Zivilisation gegen das drohende Chaos des postsowjetischen Ostens« aufzubauen.

Diese Konzeption von Mitteleuropa verschiebt die Ostgrenze der Region (und im Verständnis ihrer Autoren natürlich die Ostgrenze Europas überhaupt) an die neuen Westgrenzen Russlands. So verwandelt sich Mitteleuropa in das »Grenzland« Europas, Osteuropa verschwindet, und Russland wird zu Eurasien oder Westasien, was völlig im Einklang mit der traditionellen polnischen Vorstellung von Russland steht.

Litauen, Weißrussland und vor allem die Ukraine werden in Übereinstimmung mit der beinahe zweihundertjährigen Tradition dieser symbolischen Geographie zu Objekten eines Nullsummenspiels. Man muss sie Russland »abringen«, vor Russland beschützen. Je näher diese Länder in politischer, kultureller und ökonomischer Hinsicht zu Russland stehen, desto weiter sind sie von Polen, vom Westen und Europa entfernt. Ich habe bereits in *Transit* darüber geschrieben, zu welch fragwürdigen Resultaten eine solche Sicht der Lage der westlichen Nachbarn Russlands führt, die bedauerlicherweise für viele charakteristisch ist, nicht nur in Polen, sondern auch in Russland und im Westen, insbesondere in den USA.¹⁶ In der oben erwähnten Ausgabe der *Gazeta Wyborcza* findet sich ein Artikel von Krzysztof Czapanski mit einem Titel, der Bände spricht: »So weit wie möglich weg von Russland!« Wenn er darin schreibt: »Sich zwischen dem Osten und dem Westen zu entscheiden, heißt nach wie vor, zwischen der Zivilisation des Todes und der Zivilisation des Lebens zu wählen«, so vertritt er damit einen in Polen weitverbreiteten Standpunkt.

In der eingangs erwähnten Diskussion über die polnische Ostpolitik in der Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* konnte man erfahren, dass die öffentliche Meinung diese Politik für fehlgeschlagen hält. Fragt man nach den Gründen dafür, so bekommt man zu hören, dass Weißrussland und die Ukraine enge Beziehungen zu Russland unterhalten, und dies sei auch die Erklärung für ihre ökonomische und politische Misere. »Entweder unterstützen wir als Volk die Nationsbildung und die europäische Integration im Osten, oder Russland führt dort seine Version sozialer Beziehungen ein«, schrieb bereits 1999 Jan Kieniewicz über die polnische Ostpolitik.¹⁷ Faktisch die einzige Frage, über die die Teilnehmer stritten, war, ob Polen seinen Kampf verloren habe oder ob es ihn noch gewinnen könne, wenn es

die Ressourcen des Westens mobilisiert. Einige originelle Köpfe behaupteten zwar, dass die Ukrainer und die Weißrussen bereits so vom russischen Einfluss verdorben seien, dass es gar keinen Sinn mehr habe, ihnen zu helfen.¹⁸ Übrigens hatte bereits Kundera in seinem berühmten Essay »Die Tragödie Mitteleuropas« die Ukraine zu Grabe getragen: Sie sei ein Beispiel für den »bereits vom russischen Barbarentum ermordeten« Teil von Europa.

Kehren wir zu dem Gegensatzpaar »Zivilisation des Lebens« und »Zivilisation des Todes« zurück. Bis heute herrscht im polnischen Diskurs die Wahrnehmung Russlands als das »unheilbar« Andere und Feindliche vor – wie unterschiedlich diese Sicht sich auch artikulieren mag. Das Problem ist, dass sie es unmöglich macht, die kolossalen Veränderungen, die im postsowjetischen Raum, und nicht zuletzt in Russland selbst, in den letzten fünfzehn Jahren stattgefunden haben, angemessen zu analysieren. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich ganz auf den angeblich bevorstehenden nächsten Versuch Russlands, das Imperium und die damit verbundene unvermeidliche Aggression zu restituieren. Aus einer solchen Logik der Konfrontation folgt die Notwendigkeit einer »Eindämmung Russlands« und der Rettung seiner potentiellen Opfer. Dass auch Russland und die Ukraine, nicht anders als ihre westlichen Nachbarn, eine Annäherung an die EU anstreben, wird ignoriert.

Der polnische Diskurs über die Ostpolitik ist nicht nur tief in der Geschichte verwurzelt, er bleibt auch ihr Gefangener. Er stellt eine Mischung dar aus vielleicht verständlichen Phobien und der nostalgischen Megalomanie »eine Regionalmacht zu sein, oder nichts zu sein«.¹⁹ Politisch ist er kontraproduktiv, und intellektuell und moralisch ist er den entsprechenden Diskursen der östlichen Nachbarn Polens keineswegs überlegen. Der polnische Diskurs über die Ostpolitik trägt nichts zur Lösung der Probleme Osteuropas und seiner Beziehungen zur EU bei, vielmehr ist er ein Teil des Problems.

Aus dem Russischen von Andrea Marenzeller

Anmerkungen

1 Das Interview fand 1999 statt. Zitiert nach: *Arcana*, Numer Jubileuszowy, 2001, S. 116.

2 Die Dokumentation der Diskussion findet sich auf der Website der Batory-Stiftung: www.batory.org.pl/ftp/program/forum/ppw.pdf.

3 Ludvik Vaculik, »Rzecz Pospolita albo res vulgaris«, in: *Gazeta Wyborcza*, 25.1.2001.

4 Zu Konzessionen waren »die polnischen Nationalisten gegenüber den nationalistischen Be-

strebungen der andern Völker ›der Ostgebiete‹ nur mit Widerwillen bereit, in der Hoffnung, möglichst viel vom Erbe des ehemaligen Polens zu bewahren« (Andrzej Walicki, »Intellectual Elites and the Vicissitudes of the ›Imagined Nation‹ in Poland«, in: *Intellectuals and the Articulation of the Nation*, hg. v. Ronald Grigor Suny und Michael D. Kennedy, Ann Arbor 1999, S. 281). Das gleiche lässt sich über die Kompromisse der russischen Nationalisten und ihre Bemühungen sagen, möglichst viel vom Projekt einer gesamtrussischen Nation zu bewahren.

- 5 Im westeuropäischen Diskurs der Aufklärung wurden Polen und Russland dem »halbzivilisierten« oder »halbbarbarischen« Osten Europas zugeordnet. Larry Wolff bringt in seinem Buch *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994, zahlreiche Beispiele, wie sich westliche Reisende an der preußisch-polnischen Grenze »von Europa verabschiedeten«. Die spätere Situation Polens schien aber ambivalent. Sahen die Deutschen lange in den Polen Wilde, so erschien ihnen die polnische Intelligenz bald – etwa im Ersten Weltkrieg, als es zu einem russisch-deutschen Konflikt kam – als Bastion der europäischen Zivilisation. Es gibt eine Fülle von Arbeiten, die aufzeigen, dass die Zweiteilung Europas Resultat des westeuropäischen Denkens der zweiten Hälfte des 18. und des Beginns des 19. Jahrhunderts war. Die Mehrheit der gebildeten Menschen spricht indes nach wie vor davon, dass Stalin und Churchill Europa aufgeteilt haben, die einen weil sie die Fakten nicht kennen, die anderen, weil sie sie nicht kennen wollen.
- 6 Ich möchte weder *Kultura* noch Giedroyc irgendwelche russophoben Einstellungen unterstellen. In den sechziger Jahren, als sie ihre Konzeption formulierten, zielten sie eher auf die Beziehungen zwischen den Intellektuellen der betroffenen Nationen, und Giedroyc arbeitete eng mit russischen Dissidenten zusammen. Doch in der imaginären Geographie, welche hinter den Vorstellungen Giedroyc' über die, wie es damals schien, weit entfernte Zukunft stand, schien Russland doch »jenseits« zu liegen.
- 7 Vgl. z.B. Jerzy Pomianowski, »Wszystkie błędy zostały już popełnione«, in: *Tygodnik Powszechny*, 4.3.2001.
- 8 »Z perspektywy emigracji. Z Jarosławem Pelenskim rozmawia Olga Iwaniak«, in: *Wież*, März 1998, S. 58.
- 9 »Realizm, pragmatyzm, idealizm?« (Dyskusja w Fundacji Batorego, 1.3.2000), in: *Tygodnik Powszechny*, 22.4.2001.
- 10 Dem Kommentar von Joseph Brodsky, »Why Milan Kundera Is Wrong About Dostoevsky«, in: *Cross Currents* 5, 1986, S. 477-483, ist nichts hinzuzufügen.
- 11 Iver B. Neumann, »Russia as Central Europe's Constituting Other«, in: *East European Politics and Societies* 7, 1993, S. 349-369.
- 12 Tony Judt, »The Rediscovery of Central Europe«, in: *Daedalus* 119, Winter 1990, Nr. 1, S. 23-54, hier S. 47.
- 13 Vgl. die polnische Fassung des Artikels in der *Gazeta Wyborcza* vom 10.10.2002. Michnik hat recht, dass die Polen dieses Gefühl immer geteilt haben. Schlimm ist nur, dass er meint, es sei auch historisch begründet.
- 14 Diese Ideen liegen auch dem zweibändigen Werk, *Historia Europy Środkowo-Wschodniej*. (Geschichte Ostmitteleuropas, Lublin 2000), zugrunde, herausgegeben von dem unermüdlchen Propagandisten der Idee des »jagellonischen Ostmitteleuropa«, Jerzy Kłoczowski. »Es muss betont werden, dass eine ganze Reihe der gegenwärtigen wissenschaftlichen Strömungen, die offensichtlich in der Ukraine und in Weißrussland vorherrschen, aus historischen, aber auch aus aktuellen Gründen, die Zugehörigkeit dieser Länder zu Mitteleuropa unterstreichen und im Rahmen dieser Perspektive neue Konzepte ihrer Geschichte konstruieren«, so der Herausgeber in seiner Einleitung (S. 8). Kłoczowski ist der Überzeugung, dass aus seinen historischen Konzepten politische Schlüsse gezogen werden müssen. (Vgl. seinen Beitrag zu der in Anm. 3 genannten Diskussion über die polnische Ostpolitik.)
- 15 Vgl. Bartolomiej Sienkiewicz, »Pochwała minimalizmu«, in: *Tygodnik Powszechny*, Dezember 2000, Nr. 52-53, S. 24-31.

- 16 Vgl. Alexei Miller, »Osteuropa neu denken. Russland, seine westlichen Nachbarn und die Grenzen Europas«, in: *Transit* 21, 2001, S. 76-90.
- 17 Jan Kiniewicz, »Czy Europa Wschodnia jest możliwa?«, zitiert in: *Arcana*, a.a.O., S. 106.
- 18 Bartolomiej Sienkiewicz, »Pojmijmy powazny spor«, in: *Tygodnik Powszechny*, 5.2.2001.
- 19 Die analoge Formel für Russland lautet: »eine Großmacht zu sein oder nichts zu sein«.

José Casanova
DAS KATHOLISCHE POLEN
IM NACHCHRISTLICHEN EUROPA

Gemeinhin stellen wir uns das europäische Christentum als eine 2000 Jahre alte Kultur vor, tatsächlich aber nahm die Verbreitungskarte der europäischen Christenheit erst um 1000 n. Chr. feste Konturen an. Soziologisch gesehen sind die Schlüsselinstitutionen und gesellschaftlichen Organisationsformen der Christenheit des westlichen Europa nicht älter als 1000 Jahre: 500 Jahre gehörten dabei dem lateinischen Christentum des Mittelalters und die folgenden 500 Jahre der neuzeitlichen westlichen Christenheit in ihrer nachreformatorischen Konfessionsvielfalt und in ihren erweiterten kolonialen und postkolonialen Ausprägungen. Auch wenn man vielleicht bis zu dem Bündnis zwischen der karolingischen Dynastie und den Bischöfen von Rom zurückgehen könnte, fällt die definitive Etablierung des Heiligen Römischen Reiches mit dem Papst als spirituellem Oberhaupt in das Jahr 962, als Otto I. gekrönt wurde; die Fixierung der inneren und äußeren Grenzen fällt etwa in die gleiche Zeit und ist geknüpft an die Bekehrung der Skandinavier und Wikinger, der Ungarn und der westlichen und östlichen Slawen sowie an die Besiegelung des Schismas zwischen Ost- und Westkirche im Jahre 1054.

Beim Eintritt ins dritte Jahrtausend sehen wir uns indes mit der Tatsache konfrontiert, dass der fortschreitende Säkularisierungsprozess im nachchristlichen Europa und die zunehmende Globalisierung einer weder territorial gebundenen noch zentral organisierten Christenheit jeglichem Hegemonialanspruch des europäischen Christentums den Boden entzogen hat. Die tausend Jahre alte Verbindung zwischen Christentum und westeuropäischer Zivilisation ist folglich an ihr Ende gekommen. Westeuropa ist immer weniger Zentrum der christlichen Zivilisation, und das Christentum in seinen dynamischsten Ausprägungen ist immer weniger europäisch.

Dass sich das katholische Polen dem westlichen Europa zu einem Zeitpunkt »wieder anschließt«, da dieses im Begriff ist, seine Identität als christliche Zivilisation preiszugeben, bietet uns Gelegenheit, über den Ort

Polens in Europa und über das Muster von Übereinstimmungen und Divergenzen in der religiösen Entwicklung der beiden Regionen während ihrer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte nachzudenken. Im ersten Teil meiner Darstellung möchte ich kurz drei entscheidende Momente in dieser tausendjährigen Geschichte in Erinnerung rufen:

- die Annahme des Christentums durch die frühe Piasten-Dynastie, der das strategische Interesse an einer Eingliederung ihres Herrschaftsbereichs in das entstehende System der westlich-lateinischen Christenheit zugrunde lag;
- die Sonderentwicklung des polnisch-litauischen Gemeinwesens zu einer dezentralisierten und mehrkonfessionellen »Adelsrepublik« in einer Zeit, als die westeuropäischen Monarchien ihre zentralistisch-absolutistische Herrschaft begründeten und die Nationalkirchen staatlicher Kontrolle unterwarfen;
- die Wiederbelebung des Katholizismus im kommunistischen Polen nach dem Zweiten Weltkrieg, während die westeuropäischen Gesellschaften nachhaltige Säkularisierungsprozesse durchliefen.

Im zweiten Teil werden wir einige abschließende Überlegungen hinsichtlich der – wie Bischof Tadeusz Pieronek, Rektor der Päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau, es nennt – »wunderbaren Chance, schwer zu meisternden Herausforderung und großen apostolischen Aufgabe« anstellen, die sich für Polen und den polnischen Katholizismus aus der europäischen Integration ergeben.

Die Taufe Polens und seine Eingliederung in die westliche Christenheit¹

Die Christianisierung Polens war Folge einer typischen dynastischen Entscheidung: Um die königliche Macht nach innen und außen zu festigen, beschloss Fürst Mieszko, den lateinischen Ritus an seinem Hof als offiziellen Kult einzuführen. Nach innen leistete die Ersetzung mehrerer slawischer Stammeskulte durch einen einzigen, von oben verfügbaren monotheistischen Kult einen Beitrag zur Integration des expandierenden königlichen Herrschaftsgebiets. Nach außen verschaffte die kirchliche Krönung und die Entscheidung, das polnische Königtum dem direkten Schutz des römischen Papstes zu unterstellen, der Piastendynastie geopolitische Legitimität und die symbolische Anerkennung seiner Grenzen zu den ebenso

expansiven Nachbarstaaten – dem Heiligen Römischen Reich im Westen, Böhmen im Südwesten und der Kiewer Rus im Osten. So markiert denn das Jahr 966 symbolisch die Geburt sowohl des polnischen Staats als auch des polnischen Christentums. Die päpstliche Erhebung des Bischofssitzes Gniezno zum Erzbistum einer eigenständigen polnischen Kirchenprovinz und der Besuch, den Kaiser Otto III. im Jahr 1000 Gniezno abstattete, waren Zeichen der Eingliederung Polens in das politische und kulturelle System des lateinischen Christentums.

Dass Mieszko den römisch-katholischen Glauben annahm, sollte für Polens Rolle als integraler Bestandteil und als Grenzregion der westlich-europäischen Zivilisation bestimmend sein, insbesondere nachdem Wladimir, Großfürst von Kiew, zwei Jahrzehnte später den Glauben der byzantinischen Ostkirche angenommen hatte. Wladimir traf seine Entscheidung, nachdem er ganz offen die Vorteile abgewogen hatte, die es ihm jeweils bringen würde, die Ostkirche, die Westkirche oder den Islam zur Staatsreligion zu erheben. Die »Frontstellung« des polnischen Katholizismus und sein Abwehrkampf gegen heidnische Religionsformen, gegen die Ostkirche und den Islam führten dazu, dass Aspekte der religiösen, politischen und kulturellen Identität Polens schon früh miteinander verschmolzen – eine Tendenz, die sich dank der späteren historischen Entwicklung fortsetzte und noch verstärkte. Die tatsächliche Christianisierung des polnischen Gebiets vollzog sich unter päpstlicher Schirmherrschaft nur langsam und gegen beträchtliche regionale Widerstände. Sie beschleunigte sich erst im 12. und 13. Jahrhundert mit der Ankunft von Mönchs- und Bettelorden aus dem Westen. Danach waren die Entwicklungen im westlichen Europa auch für das mittelalterliche Polen im großen und ganzen maßgebend.

Die Romanisierung des westlichen Christentums und die partielle Durchsetzung des päpstlichen Supremats im Investiturstreit des 11. und 12. Jahrhunderts hingen in vielerlei Hinsicht eng mit dem Mönchtum und der Ordenskultur zusammen. Gemeinsam mit der geistlichen Reform kirchlicher Strukturen führte die klösterliche Reformbewegung zu einer stärkeren Zentralisierung der römischen Kirche und Verinnerlichung der päpstlichen Herrschaft. Das Papsttum bildete fortan nicht nur die geistliche Führung, sondern auch die maßgebende politische Institution der westlichen Christenheit im Mittelalter. Abgesehen davon, dass es für die Weihe der weltlichen Herrscher zuständig war und sie so legitimieren oder ihnen die Legitimation entziehen konnte, übernahm das Papsttum die historische

Funktion eines internationalen Schieds- und Appellationsgerichts, eines Garanten internationaler Verträge und eines Friedensstifters. Tatsächlich stellten in den internationalen Beziehungen des Mittelalters das kanonische Recht und die päpstlichen Verfügungen die einzige anerkannte Autorität dar.

Auf lange Sicht allerdings erwiesen sich die Aufgaben der Behauptung des geistlichen Supremats über die gesamte Christenheit, der Aufrechterhaltung der Herrschaft über die päpstlichen Besitzungen und der Wahrung des geopolitischen Gleichgewichts in Europa als zu disparat, um in Einklang miteinander bleiben zu können. Die Konzentration der Renaissance-Päpste auf die Konsolidierung ihrer fürstlichen Macht über die mittelitalienischen Territorien, die durch die negativen Erfahrungen des Exils in Avignon und der folgenden Schismen motiviert war, führte dazu, dass das Papsttum die geistliche Vorherrschaft über große Teile Europas nach der Reformation verlor und sich im entstehenden nationalstaatlichen System der Neuzeit geopolitisch an den Rand gedrängt sah.²

Die Sonderentwicklung des polnisch-litauischen Staatenbunds gegenüber den absolutistischen Trends in Westeuropa

Historisch gesehen, hingen die Bildung des neuzeitlichen europäischen Staatensystems, die durch den Westfälischen Frieden errichtete Ordnung und die nachreformatorische Auflösung der westlichen Christenheit in konkurrierende Kirchen zusammen und wirkten wechselseitig aufeinander ein. In der frühen Phase des Absolutismus suchten praktisch jeder Staat und jede Kirche in Europa unter dem Motto *Cuius regio eius religio* die Totalität der alten katholischen Kirche zu reproduzieren, was darauf hinauslief, dass die Nationalkirchen unter die cäsaropapistische Oberhoheit des absolutistischen Staates fielen.

Noch vor dem Triumph, den das Prinzip der Herrschaft des Staates über die Kirche in den protestantischen Ländern errang, hatten die katholischen Könige Spaniens beim Papst bereits die als *Patronato Real* bekannte Reihe von königlichen Privilegien erlangt, die ihnen gestattete, die katholische Kirche in Spanien und seinen Kolonien in ein Organ der Staatsverwaltung zu verwandeln. Überall führte das Bündnis zwischen nationaler Geistlichkeit und Landesherr zu ähnlichen Resultaten. Wie Benedict Anderson hervorgehoben hat, muss die Nation der Neuzeit als der Erbe der dynasti-

schen Monarchie als politischen Systems und der Kirche als religiöser Gemeinschaft verstanden werden.³ Mit der Auflösung der mittelalterlichen Christenheit gingen aus der alten transnationalen Sakralgemeinschaft, die durch Latein als Sakralsprache zusammengehalten wurde, zersprengte, pluralisierte und territorial beschränkte Kirchen hervor. Die neuen Staatskirchen dienten dem absolutistischen Staat als gemeinschaftsstiftende Kulte und bildeten nationale religiöse Gemeinden, die in den zu Schriftsprachen avancierenden Landessprachen ihr Bindemittel fanden. Der Prozess der Nationalisierung der Staatskirchen, wie ihn die Anglikanisierung der Church of England beispielhaft vorführte, vollzog sich am deutlichsten in protestantischen Ländern, war aber auch in katholischen Ländern und in Ländern der Ostkirche zu beobachten, wie etwa die Gallikanisierung der katholischen Kirche in Frankreich oder die Russifizierung der Orthodoxen Kirche unter Peter dem Großen zeigt.

Die abweichende Entwicklung des polnisch-litauischen Staatenbundes stellt die auffälligste Ausnahme von dieser allgemeinen Regel der Herausbildung absolutistischer Zentralstaaten und der Identifizierung von Kirche und Staat im neuzeitlichen Europa dar. Das *Nihil Novi*-Statut von 1505 bedeutete eine Einschränkung der königlichen Macht durch das Parlament (den Sejm). Die Union von Lublin von 1569 machte aus dem polnisch-litauischen Staatenbund eine dezentralisierte, multinationale Adelsrepublik. Das Allgemeine Toleranzedikt, das 1573 durch die Warschauer Konföderation verkündet und während des Interregnums gegen den Widerstand der katholischen Bischöfe im Sejm verabschiedet wurde, schloss die Garantie des Verzichts auf Gewalt und Zwang in Religionsfragen ein. Während im übrigen Europa allenthalben Religionskriege tobten und die Staaten andersgläubige religiöse Minderheiten unterdrückten, bot der polnisch-litauische Staatenbund das Bild der friedlichen Koexistenz verschiedener christlicher Konfessionen (Katholiken, Lutheraner und Orthodoxe), der Toleranz gegenüber abweichenden kleineren Glaubensgemeinschaften (Kalvinisten, Wiedertäufer, Böhmisches Brüder, Antitrinitarier und armenische Monophysiten) sowie der Religionsfreiheit für nichtchristliche Minderheiten (Juden, Karäer und muslimische Tataren). Tatsächlich entwickelte sich das Polen der frühen Neuzeit zu einer Zufluchtsstätte für Anhänger verfolgter Glaubensrichtungen, die den allgegenwärtigen Religionskriegen zu entrinnen suchten. Damals wurde Polen zur Heimstatt der größten jüdischen Gemeinde in der ganzen Welt und blieb es bis zum

Holocaust. Selbst nachdem die Gegenreformation die Vorherrschaft des Katholizismus in der polnischen Kultur wiederhergestellt und der Krieg gegen Schweden eine starke antiprottestantische Reaktion hervorgerufen hatte, bot Polen immer noch ein augenfälliges Beispiel religiöser Toleranz.

Allerdings bestand der historische Preis für das Versäumnis Polens, den absolutistischen Zentralisierungsprozess mitzumachen, in der Ende des 18. Jahrhunderts vollzogenen Aufteilung des Landes unter seine absolutistischen Nachbarn, das evangelische Preußen, das orthodoxe Russland und das katholische Österreich. Und das wiederum hatte zur Folge, dass die Nationalisierung des polnischen Katholizismus im 19. Jahrhundert nicht in Form einer Staatsbildung von oben, sondern in Gestalt einer gegen fremde ausländische Mächte gerichteten Widerstandsbewegung von unten vor sich ging. Kirche und Nation wuchsen in einer Zeit zusammen, in der die katholische Kirche die einzige Einrichtung war, die ein gewisses Maß an Zusammenhang zwischen dem preußischen, russischen und österreichischen Teil Polens gewährleistete. Im Laufe des 19. Jahrhunderts verschmolzen Katholizismus, romantischer Nationalismus und slawischer Messianismus zu einer neuen polnischen Staatsreligion. Anfangs war dieser Verschmelzungsprozess im wesentlichen auf die Oberschicht und die Intellektuellen beschränkt. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts aber trieben Bismarcks *Kulturkampf* und die repressive Politik der russischen Verwaltung auch die polnische Bauernschaft ins nationalistische Lager.

Bemerkenswerterweise kam es in Polen zur Verschmelzung von nationaler und katholischer Identität trotz der reaktionären Politik des Vatikan, der die konservativen Monarchien konsequent unterstützte und die polnischen Aufstände verurteilte. Das Polen des 19. Jahrhunderts vermied die für das westliche Europa typischen Konflikte zwischen katholischer Kirche und säkular-liberalem Staat, zwischen der Kirche und einer säkularisierten Intelligenz, die sich zum Humanismus bekannte und zunehmend antiklerikale Tendenzen entwickelte, sowie zwischen der Kirche und einer sozialistischen Arbeiterbewegung, die sich zuerst zum Antiklerikalismus und dann zu einem militanten Atheismus bekannte. Tatsächlich standen die ersten Generationen der polnischen Arbeiterschaft weder dem Christentum noch dem Nationalismus ablehnend gegenüber, zumindest nicht in dem andernorts üblichen Maß. Es kam im Gegenteil oft zu einer Verschmelzung von klassenspezifischer, religiöser und nationaler Identität.⁴

Mit der Gründung eines unabhängigen polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg begann die Einheit zwischen Kirche und Nation zu zerfallen. Die üblichen Bruchlinien zwischen Klassen, Parteien und Ideologien tauchten auf, während der Chauvinismus, zu dem jeder Nationalismus neigt, sobald er an der Macht ist, im Umgang mit den großen jüdischen und ukrainischen Minderheiten seine hässliche Fratze hervorkehrte. Auch Antiklerikalismus trat in Erscheinung – allerdings in gemäßigter Form. Er zeigte sich in den Streitigkeiten zwischen dem nicht konfessionell gebundenen polnischen Staat und der Kirche. Er ergriff große Teile der Intelligenz, nachdem sie sich endlich die Philosophie der Aufklärung und die Religionskritik des Positivismus und des Marxismus angeeignet hatte. Er wurde in der sozialistischen Linken und in der von Wincenty Witos geführten Bauernbewegung sichtbar. Hätten sich diese Tendenzen fortsetzen können, sie hätten vielleicht dem polnischen »Sonderweg« ein Ende gemacht. Ihnen kam indes der Zweite Weltkrieg und die abermalige Erfahrung der Teilung, der ausländischen Okkupation und des gemeinschaftlichen Widerstands in die Quere. Einmal mehr fand sich die katholische Kirche Polens auf der Seite der Nation wieder – als eine Organisation, die unter der brutalen nationalsozialistischen Unterdrückung besonders zu leiden hatte und die den Untergrundkampf ebenso tatkräftig unterstützte wie spirituell begleitete.

Die Divergenz in der religiösen Entwicklung Polens und des westlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg

Während die Gesellschaften des westlichen Europa einen drastischen, fortlaufenden und allem Anschein nach unwiderruflichen Säkularisierungsprozess durchliefen, dessen Ergebnis von einem nachchristlichen Europa zu sprechen erlaubt, erlebte der Katholizismus in Polen eine außergewöhnliche Neubelebung. Alle Bemühungen des kommunistischen Regimes, die Bande zwischen katholischer Kirche und polnischer Nation zu zerschneiden, schlugen fehl. Allen Strategien einer Säkularisierung von oben, wie sie zuerst in der Sowjetunion und dann in ganz Osteuropa erfolgreich angewandt wurden, blieb in Polen der Erfolg fast völlig versagt. Die Integration der Kirche in den Staatsapparat, die Ausübung von Zwang, eine Resozialisierung auf sozialistischer Basis, die Abdrängung der Religion in die Privatsphäre – all das wurde ohne Erfolg ausprobiert.

Auch der Plan einer Säkularisierung durch ökonomische Entwicklung brachte nicht das gewünschte Ergebnis. Die Hoffnungen des Gierek-Regimes, wirtschaftliche Fortschritte würden in Polen die gleichen säkularisierenden Auswirkungen haben wie offenbar im Westen, erfüllten sich nicht. Marxistische Soziologen sammelten jedes kleine Zeichen, das darauf hindeutete, dass die Gesetze der Säkularisierung auch in Polen gelten. Doch am Ende der Gierek-Ära deuteten die meisten Indikatoren eher auf den umgekehrten Prozess einer Verstärkung der religiösen Bindungen.

Die Jahrtausendfeier der Christianisierung Polens im Jahr 1966 stellte einen Wendepunkt in dem anhaltenden Kampf zwischen katholischer Kirche und kommunistischem Regime um die Gefolgschaft des polnischen Volkes dar. Die gewaltigen, mitreißenden Festlichkeiten bildeten den Gipfelpunkt einer Strategie, die Kardinal Wyszynski nach seiner Entlassung aus der Haft ersann und ins Werk setzte und deren Ziel es war, die Kirche und die Nation 26 Jahre lang (!) um den traditionsreichen Kult der Heiligen Jungfrau von Tschenstochau in Bewegung zu halten. Es begann 1956 mit der feierlichen Übergabe der Nation an die »Königin von Polen«; dann folgten bis zu den Jahrtausendfeiern von 1966 jedes Jahr die Großen Novenen, neuntägige Andachten. Der Versuch des Regimes, der Kirche durch die Veranstaltung eigener Feiern aus Anlass des tausendjährigen Bestehens des polnischen Staates das Wasser abzugraben, scheiterte kläglich. Zur Krönung des Triumphs der Kirche wurden alljährlich mit der Schwarzen Madonna Prozessionen in praktisch jede polnische Stadt veranstaltet, die bis zum neunhundertsten Jahrestag des Märtyrertodes des heiligen Stanislaus im Jahr 1979 andauerten. Ähnlich wie schon die polnischen Aufstände im 19. Jahrhundert galten Beobachtern im westlichen Europa auch diese überschwenglichen religiösen Aktivitäten als hoffnungslos anachronistische, wenn nicht reaktionäre Erscheinung, als Ausdruck der ebenso aussichtslosen wie romantisch-heroischen Neigung der Polen, sich dem Fortschritt der Geschichte entgegenzustemmen. Auch diesmal aber strafte die Polen den herrschenden Zeitgeist Lügen. Die überraschende Wahl des Kardinals Wojtyla zum Papst (in der manche ein Wunder sehen wollten), der einem Triumphzug gleichende Besuch, den der neue Papst Johannes Paul II. im Jahr 1979 Polen abstattete, der Aufstieg der *Solidarnosc* ein Jahr später und der Zusammenbruch des sowjetischen Systems im Jahr 1989, der das Ende des Kalten Kriegs und der Teilung Europas in Ost und

West brachte – das alles änderte den Gang der Geschichte und die globale geopolitische Konstellation von Grund auf.

Die Integration des katholischen Polen in das postchristliche Europa

Bischof Pieronek zufolge muss »Europa als eine wunderbare Chance, eine schwer zu meisternde Herausforderung und ein großer apostolischer Auftrag an die Kirche« begriffen werden.⁵ Es dürfte auf der Hand liegen, dass der europäische Einigungsprozess Polen in der Tat »die wunderbare Chance« bietet, an den Segnungen teilzuhaben, die mit der Vorzugsstellung der Gesellschaften des westlichen Europa einhergehen und zu denen internationale Sicherheit und politische Stabilität, wirtschaftlicher Fortschritt, hoher Lebensstandard und Freiheit zählen. Nach zwei Jahrhunderten der Teilung, der Okkupation, des totalitären Terrors und der Unterdrückung ist die Chance, dem erlesenen Klub der avanciert-kapitalistischen, liberal-demokratischen Länder beizutreten und in den Genuss der relativen Garantien zu gelangen, die mit der Zugehörigkeit zu ihnen verknüpft sind, in der Tat wunderbar.

Zugleich kann man nicht bestreiten, dass die Integration in die Europäische Union eine »schwer zu meisternde Herausforderung« darstellt, insbesondere für viele Bereiche der polnischen Wirtschaft und Gesellschaft. Zumindest auf kurze Sicht wird der Anpassungsprozess schwere soziale und ökonomische Opfer fordern. Deshalb kann nicht überraschen, dass in den letzten Jahren die Meinungsumfragen in der Öffentlichkeit einen sinkenden Prozentsatz von Befürwortern einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ausweisen. Hinzu kommt, dass man bei genauerer Betrachtung der wachsenden Gruppe von »Euroskeptikern« »eine klare Korrelation zwischen Wohnort, Alter und Bildungsstand und den Einstellungen gegenüber der EU erkennen kann. Die Landbevölkerung, Bewohner der östlichen Landesteile und Menschen mit geringem Einkommen neigen dazu, die Integration negativ zu beurteilen. Am stärksten befürwortet wird sie von Befragten, die unter 24 sind, von Gebildeten, leitenden Angestellten, Freiberuflern und Studenten.«⁶

Mich interessiert in diesem Beitrag freilich nicht die Art von »Euroskepsis«, die auf einer Kosten/Nutzen-Rechnung aufbaut, also nicht einer prinzipiellen Ablehnung der europäischen Integration entspringt – deren Vertreter daher auch umzustimmen sind, wenn man nachweisen kann, dass

langfristig der Nutzen die Kosten übersteigen wird, dass sich für Polen ein günstigeres Beitrittsabkommen aushandeln lässt oder dass sich sozialpolitische Maßnahmen zur Entlastung der vom Anpassungsprozess am meisten betroffenen gesellschaftlichen Bereiche ergreifen lassen.

Vielmehr interessieren mich hier die »Europhoben«, jene, die prinzipiell gegen die Integration sind, weil sie ablehnen, was Europa in ihren Augen verkörpert. Man kann mindestens vier verschiedene Gruppen solcher »Europhoben« unterscheiden: die Gruppe der kommunistischen Linken, die nicht gegen die Integration als solche, sondern nur gegen die Eingliederung in ein kapitalistisches Europa sind und die deshalb zur Vereinigung mit einem sozialrevolutionär veränderten Europa bereit wären; eine zweite Gruppe, die aus nationalistischen Gründen gegen jede Form von multinationaler Einheit ist, weil dadurch die nationale Souveränität eingeschränkt und die Identität bzw. die Werte der polnischen Nation bedroht würden; sodann diejenigen, die nach wie vor Angst vor einem deutschen Expansionsdrang haben, den sie hinter der EU vermuten (man könnte sie auch als eine Spielart der nationalistischen »Europhobie« betrachten); und schließlich die katholischen »Europhoben«, die gegen die europäische Integration sind, weil das heutige Europa seine christliche Identität eingebüßt habe und mit seinen irreligiösen, materialistischen und hedonistischen Wertvorstellungen eine Gefahr für die katholische Identität und die katholischen Werte Polens darstelle. Letzteres ist der Standpunkt, den jene Teile des polnischen Katholizismus vertreten, die sich um Radio Maryja, Pater Tadeus Rydzyk oder Bischof Stanislaw scharen. Sie fürchten die Säkularisierung, die mit der europäischen Integration kommen wird.

Säkularisierungsgefahr oder großer apostolischer Auftrag?

Die Angst vor der Säkularisierung ist nicht völlig unbegründet, da einer Grundthese der Säkularisierungstheorie zufolge eine Gesellschaft um so irreligiöser wird, je mehr sie sich modernisiert. Die Modernisierung gilt als strukturell verknüpft mit der Säkularisierung, wobei dieser Begriff hier einfach im Sinne eines fortschreitenden Verfalls religiöser Überzeugungen und Praktiken in einer Bevölkerung gebraucht wird. Da Modernisierung im Sinne einer Angleichung an das Niveau der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung im westlichen Europa zu den erklärten Zielen der europäischen Integration zählt, lässt sich erwarten, dass

solche Modernisierung Säkularisierung nach sich zieht. Diese Erwartung findet in der Überschrift des 1. Kapitels von George Sanfords Buch *Poland. The Conquest of History* ihren treffenden Ausdruck: »From God's Playground to Normality« (Von Gottes Spielwiese zur Normalität).⁷ Polen zu einer »normalen« europäischen Gesellschaft zu machen, ist schließlich eines der Ziele der »Europabegeisterten«. Ich halte es allerdings für sinnvoll, jene als normativ angenommene europäische »Säkularisierung« ein wenig genauer in Augenschein zu nehmen.

Die – wenn auch in unterschiedlichem Tempo – fortschreitende Säkularisierung Europas ist eine unbestreitbare gesellschaftliche Tatsache.⁸ Eine wachsende Mehrheit der Bevölkerung Europas nimmt nicht mehr (oder zumindest nicht mehr regelmäßig) an traditionellen religiösen Praktiken teil, selbst wenn viele immer noch relativ starke religiöse Überzeugungen hegen.⁹ Außerdem ist einschränkend zu sagen, dass die Religiosität innerhalb Europas beträchtlich schwankt. Das Gebiet der ehemaligen DDR ist die mit Abstand am wenigsten religiöse Region Europas, gefolgt von Tschechien und den skandinavischen Ländern. Am anderen Ende der Skala sind Irland und Polen die bei weitem religiösesten Länder Europas mit einem Prozentsatz von Gläubigen, der in etwa dem in den USA entspricht. Wenn man von den Ausnahmen Frankreichs und Tschechiens absieht, so kann als Regel gelten, dass katholische Länder religiöser sind als protestantische bzw. als Länder mit gemischten Konfessionen wie Deutschland oder die Niederlande.

Lässt man indes die Sonderfälle der Übersäkularisierung (Ostdeutschland, Tschechien) oder der Untersäkularisierung (Irland, Polen), für die sich ad hoc historische Erklärungen anführen ließen, beiseite, so erscheint, aufs Ganze gesehen, die These von der fortschreitenden Säkularisierung Europas empirisch gut belegt. Die Kernländer Europas – Großbritannien, Frankreich, Holland, Deutschland –, die im europäischen Modernisierungsprozess eine führende Rolle gespielt haben, scheinen dem Säkularisierungsmodell bestens zu entsprechen. Aber auch wenn die drastische Säkularisierung des westlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg eine unwiderrufliche Tatsache darstellen mag, so können doch die üblichen Erklärungen des Phänomens, die den allgemeinen Modernisierungsprozess bemühen und auf zunehmende institutionelle Differenzierung, steigende Rationalität oder wachsenden Individualismus abheben, nicht überzeugen, da ähnliche Modernisierungsprozesse andernorts – in den USA

oder in den Kultursphären anderer Weltreligionen – nicht die gleichen Säkularisierungsfolgen zeitigen.

Wir müssen ernsthaft die These in Betracht ziehen, dass die Säkularisierung in Europa zu einer *self-fulfilling prophecy* wurde, nachdem große Teile der Bevölkerung des westlichen Europa, die christlichen Kirchen eingeschlossen, die Grundannahmen der Säkularisierungstheorie akzeptiert hatten: dass nämlich die Säkularisierung im modernen gesellschaftlichen Veränderungsprozess teleologisch angelegt sei, dass eine Gesellschaft um so irreligiöser werde, je mehr sie sich modernisiere, dass Säkularismus das »Zeichen der Zeit« sei. Wenn unsere These zutrifft, dann lässt sich die Säkularisierung der Gesellschaften des westlichen Europa besser als Triumph einer säkularistischen Ideologie denn als Folge von Phänomenen wie Urbanisierung, Bildung, Rationalisierung usw., das heißt von Strukturveränderungen im Rahmen der sozioökonomischen Entwicklung, erklären.

Es ist an der Zeit, die eurozentrische Ansicht aufzugeben, dass es sich bei den modernen Entwicklungen im westlichen Europa, die Säkularisierung der westlichen Christenheit eingeschlossen, um universale Vorgänge handle. Je mehr man die Sache global betrachtet, um so klarer wird, dass die tiefgreifende Säkularisierung in den Gesellschaften des westlichen Europa ein Sonderphänomen darstellt, zu dem es außer in Regionen, die von Europäern besiedelt wurden, wie Neuseeland, Quebec oder Uruguay, andernorts kaum Parallelen gibt. Solch ein Sonderphänomen erfordert eine spezifischere historische Erklärung. Der Verfall der Überzeugungskraft des europäischen Christentums ist so extrem, dass es nicht ausreicht, zu seiner Begründung auf den Modernisierungsprozess zurückzugreifen. Wenn man dagegen an der traditionellen Säkularisierungstheorie festhält, so erscheint dieser Verfall uns modernen, irreligiösen Europäern als etwas Natürliches und Zwangsläufiges. Eine solche Sicht verleiht der Säkularisierung das Gewicht praktischer Unausweichlichkeit und Unwiderruflichkeit. Mit anderen Worten, sie wird zu einem Selbstläufer.

Was die europäische Situation im Vergleich mit der übrigen Welt so einzigartig und zu einem solchen Ausnahmefall macht, ist genau jener Triumph des Säkularismus als einer teleologischen Theorie von der Entwicklung der Religion. Die von der Aufklärung initiierte und von einer Reihe von Sozialbewegungen zwischen dem 18. und dem 20. Jahrhundert aufgegriffene ideologische Religionskritik prägte die europäischen Säkularisierungstheorien dermaßen, dass diese aufhörten, bloß deskriptive Theo-

rien von Sozialprozessen zu sein. Sie funktionierten darüber hinaus, und wichtiger noch, als kritisch-genealogische Religionstheorien und als normativ-teleologische Theorien der Entwicklung von Religion, die im Niedergang des Religiösen eine wesentliche Zielbestimmung der Geschichte erblickten.

Das führte dazu, dass eine Bevölkerungsmehrheit in Europa die Grundannahmen jener Theorien schließlich als Beschreibung des Normalzustands und als eine Voraussage der weiteren Entwicklung akzeptierte. Die These, dass die Religion einen um so stärkeren Niedergang erlebt, je mehr die betreffende Gesellschaft sich modernisiert und voranschreitet, hat in Europa die Züge eines Dogmas angenommen, das nicht nur Religionssoziologen, sondern auch der Mehrheit der Bevölkerung als fraglos wahr gilt. Das Postulat des fortschreitenden Verfalls der Religion ist zum festen Bestandteil des europäischen Begriffs von Moderne geworden und hat insofern praktische Folgen für die kirchlich organisierte Religiosität. Dass die europäische Sonderentwicklung einer selbstinduzierten Säkularisierung den Betroffenen selbst als Normalfall gilt, wirkt verstärkend auf sie zurück und lässt den Prozess zunehmend unumkehrbar erscheinen, solange es nicht entweder zu einer allgemeinen religiösen Erneuerungsbewegung oder zu einem radikalen Wandel des europäischen Zeitgeistes kommt.

Hier könnte nun der »große apostolische Auftrag«, von dem Bischof Pieronek spricht, Bedeutung gewinnen. Trotz einiger anfänglicher Bedenken unterstützt die katholische Kirche zumindest seit dem Besuch einer Delegation polnischer Bischöfe in Brüssel, der 1996 stattfand, offiziell die europäische Integration ohne Wenn und Aber. Diese Haltung steht in vollem Einklang mit einer Vision von der Einheit Europas, wie sie der polnische Papst wiederholt beschworen hat. Bei dem Besuch, den der Papst im Jahr 1999 Polen abstattete, sprach er sich in seiner Rede vor dem Parlament wie auch in seiner Botschaft an die polnische Bischofskonferenz ausdrücklich für die Integration Polens in die Europäische Gemeinschaft aus. Nach einer Umfrage vom Februar 1998 votierten 80 Prozent des polnischen Klerus für den Eintritt in die EU, wohingegen in der Gesamtbevölkerung die Zustimmung bei 64 Prozent lag.¹⁰

Einer der Gründe für diese positive Einstellung mag in dem apostolischen Auftrag zu suchen sein, den der polnische Papst der polnischen Kirche zugewiesen hat. Als der erste slawische Papst in der Geschichte sah es Johannes Paul II. als seine besondere Aufgabe an, die slawischen Völker

vom Joch des Kommunismus zu befreien und den ökumenischen Dialog mit den Ostkirchen zu fördern. Der Fall der Berliner Mauer bestätigte ihn in seiner Mission, die nunmehr als Wiedervereinigung und spirituelle Regeneration des christlichen Europa verstanden wurde. Allerdings sah er sich mit seiner Vision einem hartnäckig materialistisch-kapitalistischen westlichen Europa gegenüber: Den traditionellen Kernbereich der europäischen Christenheit erfuhr er als zunehmend heidnisch, hedonistisch und taub gegenüber seinem Aufruf zur Erneuerung. Enttäuscht wandte er sich dem östlichen Europa und insbesondere dem vom kapitalistischen Materialismus noch unberührten katholischen Polen zu, das er ermahnte, sich als »spiritueller Rückhalt« des christlichen Europa zu bewähren – nur um feststellen zu müssen, dass diese spirituelle Hochburg bereits von materiellen Gütern und materialistischen Werten aus dem Westen überflutet wurde.

Der polnische Episkopat indes nimmt den päpstlichen Auftrag ernst und hat wiederholt hervorgehoben, dass es zu den Zielen der katholischen Kirche in einem vereinten Europa zähle, die europäische Christenheit zu erneuern und »Europa für das Christentum zurückzugewinnen«. Ein solches Vorhaben trifft in der messianischen Tradition Polens ohne Frage auf Resonanz. Pragmatisch genommen ist die Mindestbedingung für das Zustandekommen einer solchen Missionsanstrengung die Überzeugung, dass der Säkularisierungsprozess in Europa umkehrbar ist und es sich deshalb beim Versuch einer Erneuerung des Christentums nicht um eine dem Strom der Geschichte zuwider laufende Donquichotterie handelt. Soziologisch betrachtet hätte solch ein Evangelisierungsunternehmen allerdings wenig Erfolgsaussichten, solange sich nicht der Zeitgeist wandelt. Angesichts des mangelnden Bedürfnisses nach Religion im westlichen Europa kann man sich wenig davon erhoffen, wenn Scharen polnischer Geistlicher zu einer europaweiten Missionskampagne ausgesickt werden. Die bestenfalls laue, wo nicht überhaupt feindselige europäische Reaktion auf die päpstlichen Erweckungspredigten sind ein klarer Hinweis auf die Schwierigkeiten, die der Durchführung des apostolischen Auftrags entgegenstehen.

Ein weniger ehrgeiziger apostolischer Auftrag freilich könnte beachtliche Wirkungen zeitigen. Wie, wenn Polen die Säkularisierungsvorhersage Lügen straft? Wie, wenn Polen bleibt, was es ist? Wie, wenn *Polonia semper fidelis* seiner katholischen Identität und Tradition treu bleibt, während es sich gleichzeitig Europa anschließt und dabei zu einem »normalen« euro-

päischen Land wird? Wenn dem Land das gelänge, dann bewiese es, dass der Niedergang der Religion in Europa kein notwendig mit Modernisierung verknüpfter, teleologischer Prozess, sondern Resultat einer historischen Entscheidung der Europäer ist. Ein modernes religiöses Polen könnte vielleicht die säkularen Europäer zwingen, ihre säkularistischen Grundannahmen zu überdenken und zu erkennen, dass es nicht so sehr Polen an Gleichzeitigkeit mit Europa, sondern dem säkularen Europa an Gleichzeitigkeit mit dem Rest der Welt und mit globalen Tendenzen mangelt. Zugegeben, dies alles sind rein hypothetische Überlegungen, deren Zweck es ist, den Bann zu brechen, in dem der herrschende Säkularismus den europäischen Geist hält.

Doch mag sich schon dieser bescheidenere apostolische Auftrag zur Wahrung der katholischen Glaubenstradition in Polen als allzu anspruchsvoll erweisen. Eine Tradition unter modernen Bedingungen aufrechtzuerhalten erfordert, dass man sie ständig erneuert und auf wechselnde Herausforderungen kreative Antworten findet. Nur traditionalistisch den Glauben gegen die Bedrohungen durch Liberalismus, Hedonismus und Relativismus zu verteidigen, genügt nicht. Mit der protektionistischen Pflege ihrer institutionellen Macht, ihrem ungeschickten Eingreifen in parlamentarische Willensbildungsprozesse, Wahlkämpfe und öffentliche Debatten, mit dem Widerstand der Geistlichkeit gegen die Forderung der Laienschaft nach größerer Autonomie und mit ihrem Misstrauen gegen die modernen Freiheiten des einzelnen, die Gewissensfreiheit ebenso wie die intellektuellen und künstlerischen Freiheiten, hat die Kirche bereits viel Kredit verspielt. Die leitende Hand und das Charisma des polnischen Papstes sowie die kollektive Begeisterung anlässlich seiner häufigen Besuche haben diesen Autoritätsverlust bislang halbwegs kompensiert.

Ob der polnische Katholizismus der Chance, Herausforderung und Aufgabe gewachsen sein wird, welche die europäische Integration für ihn bereit hält, kann natürlich nur die Zukunft zeigen. Die Erneuerungskraft freilich, die er wiederholt in der Vergangenheit unter Beweis gestellt hat und die keineswegs mit einem bloßen Beharrungsvermögen zugunsten überholter und rückständiger Traditionen verwechselt werden darf, hat die Zweifler und Kritiker schon des öfteren verblüfft. Vielleicht geschieht das ja ein weiteres Mal.

Aus dem Englischen von Ulrich Enderwitz

Anmerkungen

- 1 Hier und im nächsten Abschnitt folge ich Jerzy Kloczowski, *A History of Polish Christianity*, Cambridge 2000.
- 2 Weitere Ausführungen hierzu finden sich bei José Casanova, »Globalizing Catholicism and the Return to a »Universal Church««, in: Peter Beyer (Hg.), *Religion im Prozess der Globalisierung*, Würzburg 2001.
- 3 Benedict Anderson, *Imagined Communities*, London 1991.
- 4 Das komplexe Beziehungsmuster zwischen Staat, Kirche, Gesellschaft und Nation findet man ausführlicher dargestellt in José Casanova, *Public Religions in the Modern World*, Chicago 1994, Kap. 4.
- 5 Elzbieta Stadtmüller, »Polish Perceptions of the European Union in the 1990s«, in: Karl Cordell (Hg.), *Poland and the European Union*, London 2000, S. 36.
- 6 Ebd.
- 7 George Sanford, *Poland. The Conquest of History*, Amsterdam 1999.
- 8 José Casanova, »Beyond European and American Exceptionalisms: Towards a Global Perspective«, in: G. Davie/P. Helas/L. Woodhead (Hg.), *Predicting Religion*, Aldershot 2002.
- 9 Grace Davie, *Religion in Modern Europe*, Oxford 2000.
- 10 Stadtmüller, »Polish Perceptions«, a.a.O.

Joanna Tokarska-Bakir

POLEN ALS KRANKER MANN EUROPAS?

Jedwabne, das »Nachgedächtnis« und die Historiker

Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf die polnische Debatte über das Buch *Nachbarn* von Jan Tomasz Gross¹ und versuchen, die Abwehrmechanismen, die im Verlauf dieser Debatte deutlich wurden, in den breiteren europäischen Kontext der Nachkriegsdiskussionen über die Vergangenheit einzuordnen. Dieser Kontext hat zwei wesentliche Aspekte: Zum einen geht es um den alle Europäer betreffenden, wenn auch ungleichmäßig verteilten und nicht immer bewussten Schuldkomplex bezüglich des Holocaust.² Zum anderen steht dieser Kontext in der europäischen Kulturtradition, und zu ihr gehört die Sprache, in der über diese Schuld gesprochen wird. Ähnlich wie bei den entsprechenden Diskussionen in Deutschland oder Frankreich war auch im Fall der Jedwabne-Debatte die Sprache, in der die wesentlichen Argumente formuliert wurden, von der Wissenschaft bestimmt und nicht von der in Polen angeblich so starken Religion. Alle Diskurse, die an der Debatte teilhaben wollten, einschließlich des kirchlichen, mussten sich auf die Geschichtswissenschaft beziehen.

Dieser Umstand lädt den Historikern eine umso größere Verantwortung auf. Die polnische Geschichtsschreibung, die in der Zeit der Teilungen Polens als Wächterin der nationalen Identität fungierte, die von martyrologischen Sentimenten geprägt war und während der kommunistischen Herrschaft durch Zensur beschnitten wurde, tut sich nicht leicht, die Risiken und Aufgaben anzunehmen, die sich ihr in einem demokratischen gesellschaftlichen Dialog stellen. In meinem Artikel möchte ich mich mit Aspekten ihrer Sprache beschäftigen, die sich keineswegs nur auf die Debatte in Polen beziehen und die die Historiker daran hindern, sich tiefer auf die Durcharbeitung der Vergangenheit einzulassen.

In den Auseinandersetzungen um die Vergangenheit macht sich allenthalben in Europa deutlich ein zunehmend irrationales Element bemerkbar. Das regelmäßige Auftreten dieser Debatten, ihr öffentlicher Charakter, ihr typischer Verlauf, die Verteilung der Rollen, und vor allen Dingen ihr

Mangel an Schlüssigkeit deuten auf ein Element des Mythos hin, das nach Aufklärung verlangt.³

Der Verlauf dieser Debatten sieht etwa so aus: Es erscheint ein Film (wie *Shoah* von Claude Lanzmann oder *Nachbarn* von Agnieszka Arnold), ein Buch (wie *Hitlers willige Vollstrecker* von Daniel Goldhagen oder *Nachbarn* von Jan Tomasz Gross) oder eine Ausstellung (wie *Verbrechen der Wehrmacht* des Hamburger Instituts für Sozialforschung) wird gezeigt. Der Film, das Buch oder die Ausstellung wirken provokativ, weil bestimmte Tatsachen auf eine schockierend kühne Weise beleuchtet werden. Manchmal stützt sich die Argumentation auf falsche Prämissen (man denke an den rassistischen Beigeschmack von Goldhagens Konzeption des »angeborenen« deutschen Antisemitismus), oder sie beruft sich auf eine eingeschränkte oder falsche Interpretation der Quellen (wie im Fall der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht). Das erzürnt die Historiker, und ein Teil von ihnen versucht, die gesamte Problematik zu desavouieren – in der Jedwabne-Debatte tauchte an diesem Punkt wahlweise das Argument von der »mangelnden Beherrschung des Handwerks« oder von der »Holocaust-Industrie« auf. Das Publikum aber möchte die Debatte unbedingt fortsetzen. Die Erregung wächst, Künstler und Intellektuelle ergreifen das Wort.⁴ Daraufhin verlieren die Historiker endgültig die Fassung und ziehen sich beleidigt zurück.

Die Nervosität der Historiker ist verständlich, da die Debatten, von denen hier die Rede ist, in der Regel ein Element der Kritik gegenüber der traditionellen Geschichtsschreibung enthalten. Schwerer wiegt, dass viele Vertreter der Zunft den Charakter des öffentlichen Diskurses zu verkennen scheinen, ebenso wie die Rolle, die auf der einen Seite sie selbst und auf der anderen wir als Leser darin einnehmen.

Woher kommt die Leidenschaft in diesen Kontroversen? Während die einen all das als ein hysterisches Epiphänomen, eine Nebenwirkung des »Trauma-Business« und Ergebnis ideologischer Manipulationen betrachten, sehen andere darin nicht weniger als eine »Verlagerung des Sacrum«.⁵ In der Tat könnte man mit Walter Benjamin sagen, dass Massenphänomene in unserer säkularisierten Welt zum Ort werden, an dem sich das Mythische verbirgt. Man weiß ja nicht erst seit heute, dass ein Mythos sich in Wiederkehr und Wiederholung zeigt. Es geht nicht darum, den Mythos als Quelle der Wahrheit zu rehabilitieren, sondern nur darum, aufzuzeigen, dass es gefährlich ist, einen Mythos (wie den völkischen, nationalsozialisti-

schen, kommunistischen, antisemitischen etc.) zu bagatellisieren. Es reicht nicht, wie Immanuel Kant rät, sich »vor schlechten Träumen zu hüten«. Schlechte Träume muss man erkennen.

Wenn in einem Land binnen kürzester Zeit die gesamte Auflage eines in einem elitären Verlag erschienenen Buches vergriffen ist, das mit sechzig Jahren Verspätung die Verbrennung von Menschen in einer Scheune beschreibt (Gross); wenn in einem anderen Land die Menschen scharenweise ein Buch kaufen, das sie mit Szenen karnevalesker Grausamkeit traktiert und ihnen so etwas wie ein antisemitisches Gen zuschreibt (Goldhagen) – wenn also mit jahrzehntelanger Verzögerung der posttraumatische Wahnsinn ausbricht, sollte die Sozialforschung eine solche Erscheinung ernst nehmen.

»Posttraumatische Kultur«

Was steckt hinter dem Nichtvergehen der Tragödie von vor sechzig Jahren, diesem Traum, der sich immer wieder ein neues Publikum sucht, während die Schauspieler schon lange das Theater verlassen haben? Wie kommt es, dass »die Zeit vergeht, der Krieg und der Holocaust in die Ferne rücken, aber die Toten uns immer näher kommen«?⁶ Wie ist es möglich, dass Wunden nach einem halben Jahrhundert noch nicht vernarben? Diese Fragen kann niemand alleine beantworten. Der Soziologe muss versuchen, dem Psychologen etwas abzuschauen, der Anthropologe dem Philosophen, der Literaturwissenschaftler dem Historiker. Und umgekehrt.

Der von Marianne Hirsch geprägte Begriff »Nachgedächtnis« (post-memory)⁷, auf den ich für meine eigene Antwort zurückgreifen möchte, nimmt von all diesen Wissenschaften etwas in sich auf und bezieht sich auf eine Welt, in der nichts mehr so ist, wie es war. Das heutige Gedächtnis ist kein Gedächtnis im herkömmlichen Sinn mehr. »Das Nachgedächtnis«, so Hirsch, »charakterisiert die Erfahrung jener, die im Schatten der Erzählungen von Ereignissen aufwachsen, die vor ihrer Geburt stattgefunden haben. Ihr eigenes Gedächtnis musste den unter traumatischen Umständen geformten Geschichten der vorangegangenen Generationen weichen, die nie ganz verstanden oder wiedergegeben werden können.«

Das Phänomen des Nachgedächtnisses ist nachvollziehbar für Familien, die mit einer traumatischen Geschichte belastet sind. Warum aber bricht es heute aus dem Kreis der unmittelbar Betroffenen aus? Warum verlässt es

– entgegen dem uralten Instinkt, die vom »Unglück Befallenen« zu isolieren – die engen Mauern der Hospitäler und psychiatrischen Anstalten und befällt nicht nur Individuen sondern ganze Gesellschaften? Es handelt sich dabei eindeutig um eine Verschiebung: Das Phänomen kommt in einem stellvertretenden, symbolischen Raum zur Geltung – an einem anderen Ort und mit erheblicher Verspätung gegenüber den Ereignissen, auf die es sich bezieht. Es wird wachgerufen, wenn die Generation der »wirklichen« Opfer des Traumas ausstirbt. Die Verbreitung des Nachgedächtnisses, seine Vielstimmigkeit, Phänomene wie das Buch von Wilko-mirski, der sich aus unerfindlichen Gründen eine fremde Traumatisierung angeeignet hat,⁸ oder die Präsenz des Holocaust im amerikanischen öffentlichen Leben zeigen, dass es sich um eine eigentümliche mythenbildende Kraft handelt.⁹ Es geht dabei um eine stellvertretende, enteignete Erinnerung, eine Erinnerung am falschen Ort, die deshalb ähnlich wie der Historismus in Nietzsches *Unzeitgemäßen Betrachtungen* keines natürlichen Todes sterben kann. Das Nachgedächtnis explodiert eher, als dass es ins Vergessen übergeht, um nach einer solchen Explosion sich wieder zu sammeln und seine Sisyphusarbeit von vorne zu beginnen – Mythenbildung par excellence.

Dieses Phänomen ist deutlicher Ausdruck der »posttraumatischen Kultur«,¹⁰ die sich seit Ende der achtziger Jahre in Reaktion auf die frühere heroische »Kultur des Schweigens« vehement entwickelt hat. Die posttraumatische Kultur zeichnet sich durch eine erstaunliche Fähigkeit aus, historische Obsession mit schwindendem historischen Bewusstsein zu vereinen,¹¹ und ist auf ein zentrales und verdrängtes Trauma der Vergangenheit bezogen, das unerwartet wiederkehrt und die gesamte Gegenwart einer Revision unterzieht. Diese Kulturform verweigert sich jeder Kur, sie findet ihre Erfüllung vielmehr in der obsessiven Betrachtung einer nicht verheilenden Wunde. Das Trauma wird zu ihrem Fetisch, es maskiert »etwas Anderes«, ein Geheimnis, das unbewusst bleibt und deshalb nicht offen kommuniziert werden kann.

»Ein Haus, in dem ich nicht mehr wohnen möchte«

In den Untersuchungen über dieses eigentümliche Trauma wird häufig die Metapher der »Leiche im Keller« oder auch des »Hauses, in dem es spukt« benutzt. »Die Gespenster der Vergangenheit,« erklärt Dominick LaCapra,

der Autor eines wichtigen Buches über die posttraumatische Kultur, »das sind Themen, die uns heimsuchen, weil sie aufgrund von Störungen in der symbolischen Ordnung, infolge eines Mangels an Ritualen oder im Gefolge von Todesfällen, die so extrem transgressiv und unbegreiflich sind, dass sie unmöglich durch Trauer bewältigt werden können, herrenlos in unserer posttraumatischen Welt herumirren. Niemand, kein Individuum und keine Gruppe hat ein ausschließliches Verhältnis zu ihnen. Wenn sie ein Haus (ein Volk, eine Gruppe) heimsuchen, beunruhigen sie alle seine Bewohner, auch solche, die sich nur vorübergehend in ihm aufhalten.«¹²

LaCapra steht der posttraumatischen Kultur keineswegs unkritisch gegenüber. Im Gegenteil. Seine Analyse hebt an mit einer Kritik des dieser Kultur entspringenden Missbrauchs – vom Imitator Wilkomirski über den »Rassisten« Goldhagen und den Rächer Lanzmann, der mit Bedacht seine Gesprächspartner der Lächerlichkeit preisgibt, bis zum »Retter-Kitsch« in *Schindlers Liste* (S. Spielberg), in *Korczak* (A. Wajda) oder in *Das Leben ist schön* (R. Benigni). Er deckt sowohl die Gründe für Verlogenheiten auf – unerträglicher Schmerz oder gute Absichten, mangelnde Sensibilität oder übertriebene Vorsicht¹³ – als auch jene für die Tendenz zur Übertreibung, von der hemmungslosen Identifizierung mit den Opfern über andere Formen der »Übertragung« und »stellvertretenden Erfahrung« bis zur sekundären Traumatisierung der Opfer. Wegen seiner kritischen Haltung gegenüber diesen Phänomenen hält er gerade die Historiker für prädestiniert, gegen die Exzesse eines chronischen und degenerierten Nachgedächtnisses aufzutreten.

Allerdings sind LaCapras Ansprüche hoch: »Ein Ziel des historischen Verstehens (...) besteht nicht nur darin, eine wissenschaftlich gültige Darstellung der Vergangenheit zu liefern, sondern auch, eine kritische, empirisch genaue und zugängliche Erinnerung der wichtigen Ereignisse zu entwickeln, die zu einem Bestandteil der öffentlichen Sphäre wird. Damit ist die schwierige, wenn nicht uneinlösbare Verpflichtung verbunden, den Opfern zumindest posthum und symbolisch die Würde wiederzugeben, die ihnen von den Vollstreckern des Bösen genommen worden war.«¹⁴ Die von den Historikern unterstützte »genaue, kritische Erinnerungsarbeit wäre dann mit einer Art aktiven Vergessens verbunden, in dem ein Vergehen des Vergangenen möglich wird«, damit die gesellschaftliche Energie freigesetzt werden kann, die sonst an das Bannen des Alptraums gebunden bleibt.

Wenn man LaCapras Standpunkt über die Verantwortung der Histori-

ker teilt, dann ist der Verweis auf böse Absichten, mangelnde Kenntnis oder Sensationsgier als Erklärung für das schwindende Vertrauen zur traditionellen Geschichtsschreibung¹⁵ genauso absurd wie die Gleichsetzung der »posttraumatischen Kultur« mit dem »Holocaust-Business«. Von LaCapras Standpunkt aus betrachtet, liegt die Antwort auf die Frage, warum das Massenpublikum die »solide« Geschichtsschreibung ablehnt, im Versagen der Historiker, »eine kritische, empirisch genaue und zugängliche Erinnerung« zu liefern und der Aufgabe der Trauerarbeit gerecht zu werden. In den Büchern von Gross und Goldhagen suchen die Menschen das, was sie woanders nicht finden – den moralischen Sauerstoff, der in dem Moment freigesetzt wird, in dem man Fragen aufgreift, auf die es keine Antworten gibt.

An der Quelle des Tabus

Was geschieht, wenn sich ein Forscher oder auch jeder andere Mensch dem Einfluss, den die Vergangenheit auf ihn und seine Identität hat, zu entziehen, ihn zu ignorieren versucht? Die herkömmliche Auffassung »Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß«¹⁶ deckt sich in keiner Weise mit der Einschätzung der Psychologen, die im Einklang mit dem Schöpfer der Psychoanalyse meinen, dass psychische Inhalte unsterblich sind, so dass ihre Verdrängung sie nicht eliminiert, sondern im Gegenteil eine umso kompliziertere Abhängigkeit von ihnen erzeugt. Genau davon handelt die *Unfähigkeit zu trauern* von Alexander und Margarete Mitscherlich, eine Abhandlung über die nicht betrauerte deutsche Liebe zum starken Mann. In diese Richtung zielt auch die Beobachtung von Daniel Cohn-Bendit und Gerd Koenen, dass der linke Terrorismus der siebziger Jahre in Deutschland auf dem Ausagieren der unbewussten Erinnerung an die Nazivergangenheit beruhte.¹⁷

Ein historisches Trauma, das, aus welchen Gründen auch immer, verleugnet wird, führt zu zwei pathologischen Phänomenen: An der Oberfläche, in der jüngsten Schicht bildet sich das Nachgedächtnis, dem in einer tieferen Schicht der unzugängliche Bereich historischer Tabus zugrunde liegt. Diese setzen bei den Spuren der Vergangenheit an, die als »zerstörerisch für das psychische Gleichgewicht oder die Identität« empfunden werden und deshalb so lange der Verdrängung unterliegen, bis sie im Unbewussten verschwunden sind (ich folge hier weitgehend der Theorie der

historischen Tabus, wie sie Van den Braembussche vorgeschlagen hat).¹⁸ Die Vehemenz, mit der das Buch von Gross (und davor der Artikel von Michal Cichy *Czarne karty Powstania* [Die schwarzen Seiten des Aufstands]) abgelehnt wurden, resultierte u.a. daraus, dass an diese Tabus gerührt wurde. In der Jedwabne-Debatte traten deshalb alle vier Abwehrstrategien auf: die bewusste ideologische Verleugnung, die unbewusste Verleugnung, die Verleugnung kognitiven Typs und schließlich die Verleugnung mythologischer Art.

Am deutlichsten trat in bezug auf Jedwabne wohl die letztere Abwehrstrategie zu Tage. Exemplarisch dafür ist die Behauptung von Tomasz Strzembosz, dass der Mord in Jedwabne von »23 Outcasts und Kollaborateuren« verübt worden sei, was unterstellt, dass jeder, der ein solches Verbrechen begeht, sich außerhalb der Gesellschaft stellt, womit die Nation, aus der er stammt, unbefleckt bleibt. Diese Entlastungsstrategie lässt sich auch trefflich auf die polnischen »szmalcowniki« anwenden, die Juden mit der Drohung erpressten, sie an die Deutschen auszuliefern. Eine ähnliche Funktion erfüllte die zwanghafte Suche nach der Anwesenheit von Deutschen in Jedwabne am 10. Juli 1941, die bisher nicht belegt werden konnte.¹⁹

Die in der weiteren Argumentation von Tomasz Strzembosz angeführte Unterstellung, dass die antisemitische Stimmung in Jedwabne die Folge der Zusammenarbeit der örtlichen Juden mit dem NKWD während der sowjetischen Besatzung gewesen sei, ist im Grenzbereich zwischen der mythologischen und kognitiven Verleugnung angesiedelt.²⁰ Ähnlich wie der Versuch, Jan Gross als »Soziologen« und Szmul Wasersztajn als einen »Agenten der Stasi«²¹ zu diffamieren, zielt diese Argumentation darauf ab, die kognitive Dissonanz zwischen dem, was man über die eigene Vergangenheit weiß (ein Mord, der von Polen ausgeführt wurde), und dem eigenen Selbstbild (die Polen waren stets Mordopfer – sie töteten allenfalls in Notwehr) sowie dem damit verbundenen historischen Wunschbild (der Mord in Jedwabne als blutige Rache an den Kollaborateuren, also teilweise gerechtfertigt) zu verringern.

Was die unbewusste Leugnung im Zusammenhang mit Jedwabne betrifft, so war sie in den letzten sechs Jahrzehnten Ausdruck eines kollektiven Geschehens – keiner der Historiker, der über die Region Lomza geforscht hatte, hat sich bis zum Erscheinen des Films von Agnieszka Arnold und des Buches von Gross für die Morde in Jedwabne, Radziwilow

oder Wasosz jemals interessiert. Dem Bereich der unbewussten Verleugnung, allerdings mit Nuancen der kognitiven versetzt, kann man auch das Vergleichspanorama antijüdischer Pogrome in anderen europäischen Ländern zurechnen, das Tomasz Szarota in seinem letzten Buch gezeichnet hat.²² Die Bedeutung der Morde von Jedwabne wird abgemildert, indem das Ereignis in den Kontext typischer, von den Nazis organisierter Verbrechen gestellt wird.

In diesen Bereich gehört auch ein anderes Argument Szarotas, das er in einem Gespräch mit Journalisten der Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* anführte: »Ich frage mich (...), ob die Unterstützung für die ›Liga der Polnischen Familien‹ bei den letzten Wahlen (›Liga Polskich Rodzin‹, eine rechtsnationalistische, antisemitische Gruppierung; Anm. d. Übers.) nicht zu einem gewissen Teil auch eine Trotzreaktion auf die Jedwabne-Debatte gewesen ist.«²³ Dieses ex post formulierte Argument impliziert eine Warnung vor den Furien nationaler Zwistigkeiten. In *Totem und Tabu* schreibt Freud, dass die »Übertretung gewisser Tabuverbote (...) von allen Mitgliedern der Gemeinschaft gestraft oder gesühnt werden muß, wenn sie nicht alle schädigen soll.«²⁴ Psychoanalytisch betrachtet, könnte dieses Argument also den Schluss nahe legen, dass infolge der nicht ausreichenden und einmütigen Bestrafung von Jan Gross die Folgen seines Frevels (seines Buches »Nachbarn«) das gesamte Volk treffen – wobei die »Liga der Polnischen Familien« die Rolle der Furie verkörpern würde.

Die letzte Kategorie der Verleugnung, die im übrigen am wenigsten interessant ist, wird durch die Historiker repräsentiert, die im *Nasz Dziennik* publizieren. Für sie handelt es sich bei der Jedwabne-Debatte um das »Fälschen von Geschichte« als »Eröffnungszug«, »um Polen unter Druck zu setzen, höchstmögliche Entschädigungen für jüdischen Besitz zu bezahlen«. Diesen Stimmen haben sich Teile der Kirchenhierarchie angeschlossen, die, wie etwa der Bischof von Zomla, Stanislaw Stefanek, behaupteten, die Untersuchungen seien durch Vermögensansprüche der Juden motiviert. Diese Äußerungen verdienten keine Beachtung, würden sie nicht an den alten Mythos der »jüdischen Perfidie« und der »jüdischen Weltverschwörung« anknüpfen, der sich historisch in Anklagen der Brunnenvergiftung, der Hostienschändung und des Ritualmords konkretisierte.

Die vier aufgeführten Kategorien der Verleugnung sind wichtig, wenn auch wenig repräsentativ für die Pathologien des Denkens, wie sie an den

Beiträgen polnischer Historiker im Verlauf der Jedwabne-Debatte zu beobachten waren. Verbreiteter, gefährlicher und zugleich schwerer zu fassen ist die »professionelle Erstarrung«, welche vom Mainstream der Wissenschaftler an den Tag gelegt wurde, die sich in der Debatte öffentlich äußerten. Die komplexen Ursachen dieser Haltung sind im Wissenschaftsverständnis dieser Gruppe zu suchen. Darauf möchte ich im folgenden näher eingehen.

Polen als kranker Mann Europas

Nach dem klassischen Verständnis verursacht das Trauma eine Spaltung zwischen »Affekt«, d.h. Erleben, und »Vorstellung«, d.h. Erkenntnis. »Nachdem er die Orientierung verloren hat, fühlt der Mensch etwas, was er sich nicht vorstellen kann und versucht zugleich, sich in seiner Erstarrung etwas vorzustellen, was er nicht fühlen kann.«²⁵ Verfolgt man die Debatten über die Bücher von Goldhagen oder Gross, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Publikum auf der einen und die Historiker auf der anderen Seite zwei gespaltene Aspekte eines am Nachgedächtnis erkrankten Menschen repräsentieren. Die Spaltung zwischen den Aspekten »Erleben« und »Erkenntnis« erscheint dabei so gründlich polarisiert, dass sich ersterer vollständig auf der Seite des Publikums, letzterer auf der Seite der Historiker findet.

Welches Trauma verbirgt sich im Nachgedächtnis dieses »Menschen«? Es reicht nicht zu sagen, es gehe um das verdichtete Trauma des Krieges, das einige Jahre vor seinem Ausbruch und einige Jahrzehnte nach seiner Beendigung umfasst. Es handelt sich eigentlich um die Verflechtung verschiedener Traumen, und das Nachgedächtnis umfasst hier gegensätzliche, wenn auch eng miteinander verwobene Erinnerungen.

Auf der einen Seite finden wir hier die jüdische Erinnerung an den zunehmenden Antisemitismus der Vorkriegsjahre und an die Tragödie der polnischen Juden – der assimilierten wie der nicht assimilierten –, die im Ghetto nicht nur von den Polen verlassen waren, dem Volk, das sie gewählt hatten, sondern auch vom eigenen, auserwählten Volk, der internationalen Gemeinschaft der Juden, die damals ebenfalls keine Bereitschaft zeigte zu helfen. Dann folgte die Shoah sowie die sich wiederholenden, von einigen Phasen der Illusion unterbrochenen Vertreibungen.

Auf der anderen Seite treffen wir auf die nicht weniger komplizierte

polnische Erinnerung. Die Liste des Verrats ist auf dieser Seite länger, und die Schuldigen zeigen weniger Bereitschaft zur Reue. Neben den Deutschen und den Russen finden sich hier auch die nächsten Verbündeten Polens vom September 1939 und aus der Zeit der Verhandlungen von Jalta. Diese Verbündeten haben die stalinistische Besetzung des Landes nicht nur passiv geduldet, sondern wie die Geschichte der »Katyn-Lüge« zeigt, aktiv unterstützt. Man kann sich fragen, ob die Juden, die an diesem Punkt ebenfalls auf der Liste der Verräter auftauchen – zunächst im Herbst 1939, als sie »die Bolschewiken mit Brot und Salz begrüßten«, und dann später als »Juden-Kommune« (Zydokommuna) und als »Schergen der Geheimpolizei« –, wirklich die größte Schuld trifft. Die Heftigkeit, mit der sie angegriffen werden, legt eher die Vermutung nahe, dass sich in den Anklagen gegen sie ein weit größerer und schwerer zu formulierender Groll Luft verschafft.

Auffallend ist hier die Symmetrie der »beiden Erinnerungen« und der »beiden Wahrheiten«. Das jüdische Gedächtnis lebt von der »Auschwitzlüge«, das polnische von der »Katyn-Lüge«.

Im Streit um die *Nachbarn* prallten die beiden Erinnerungen aufeinander und versuchten, sich gegenseitig zu verdrängen, wobei jede für sich lautstark den Anspruch auf Ausschließlichkeit geltend machte. Der »Mensch«, in dessen Innerem dieser Zusammenprall stattfand, erkrankte, und seine Krankheit äußerte sich in der schon oben erwähnten Aufspaltung von »Erleben« und »Erkenntnis«, die sich jetzt so gründlich polarisierten, dass der eine Aspekt vom Publikum und der andere von den Historikern vertreten wurde. Während das Publikum sich in der Debatte mit den Opfern oder mit den Tätern von Jedwabne identifizierte, zeigten viele Historiker die oben erwähnte posttraumatische Erstarrung.

Wollte man den Vergleich der Jedwabne-Debatte mit der Psyche eines Menschen nach traumatischen Erlebnissen weitertreiben und die Frage nach einer möglichen Therapie des Patienten stellen, wäre wohl eine Medizin zu verordnen, die seine Erstarrung lösen könnte. In einer besseren Welt könnte der Name dieser Medizin Empathie lauten, ein Begriff, der im Zusammenhang des gegenwärtigen historischen Diskurses wie Hohn klingt.²⁶

Wir sollten zunächst festhalten, was Empathie nicht ist. Sie ist keine vollständige Identifizierung, keine bedingungslose »Sympathie«, die ungeachtet durchaus lauterer Absichten den Patienten verschwinden lässt, um

den Arzt an seine Stelle zu setzen, der sich unbewusst dessen Stimme und Eigenschaften aneignet. Im Unterschied zu einer solchen »Sympathie« würde die Empathie ein Mitfühlen bedeuten, bei dem keiner in der Rolle des Arztes auftritt. Als Heilmittel, das die traumatische Spaltung zusammenfügt, würden Aufmerksamkeit und Respekt fungieren sowie das Bewusstsein, dass wir uns niemals die tragische Erfahrung eines anderen aneignen können. Die Empathie würde den Anliegen beider Seiten der Kontroverse folgen, ohne ein mechanischer Kompromiss zu sein und ohne die Differenzen zu nivellieren.²⁷

So könnte das Happyend des Nachgedächtnisses aussehen. Vermittelt über die Empathie könnten das Erleben des Publikums und die Erkenntnis der Historiker wieder miteinander kommunizieren. Das Publikum würde um »eine kritische, empirisch genaue und zugängliche Erinnerung« bereichert, während die Historiker das verlorene Gefühl wiedergewinnen würden.

Das Übergehen (der Stimme) der Opfer

Das Haupthindernis für eine solche Kur liegt in der Macht der traditionellen Vorstellung von der Arbeit des Historikers. Die Auffassung, dass ein Historiker »zugleich ein kritischer Intellektueller« sein sollte, für den »die Verifikation der historischen Quellen eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung der Geschichtsschreibung« ist, und dass darüber hinaus die Suche nach Wahrheit von einem »empathischen, dem Phänomen gemäßen Verstehen und einem dialogischen Gebrauch der Sprache« begleitet sein sollte,²⁸ würde in Polen wohl eher belächelt. Die Wissenschaftler hierzulande versuchen mit großem methodischem Aufwand, *nicht zu wissen, was sie wissen, und nicht zu fühlen, was sie fühlen*. Wenn man von einer unterdrückten Sensibilität bei ihnen sprechen kann, dann sicherlich als Folge ihrer Bemühungen, den Anforderungen ihrer wissenschaftlichen Methodik gerecht zu werden.

Als lehrreiches Beispiel kann hier der Beitrag von Andrzej Paczkowski *Die Debatte über »Nachbarn«*. *Versuch einer ersten Typologie* dienen.²⁹ Darin werden überaus korrekt vier Positionen aufgelistet, um welche die Debatte über das Buch von Gross zentriert war. Korrekt im Sinn einer bestimmten Auffassung darüber, wie Geschichtsschreibung zu betreiben sei, wozu die Überzeugung gehört, dass ein Wissenschaftler frei von Leidenschaft sein sollte. Der Beitrag lässt die eigene Meinung des Autors, eines

der wichtigsten Zeithistoriker des Landes, nicht erkennen. Merkwürdigerweise färbt diese Neutralität auch auf die Sache selbst ab. Da nicht erkennbar wird, von welchem Ort aus Paczkowski spricht, bleibt auch unklar, wovon die Debatte handelt – es gibt eine Gruppe von Polen, eine Gruppe von Juden und eine Gruppe von Deutschen, und ihre Motive. Aber nichts wird beim Namen genannt. Nur einmal fügt der Autor etwas Eigenes hinzu, und zwar eine Erklärung, die ausgerechnet die Abstammung von Gross betrifft. Dieser Bruch mit den selbstauferlegten Prinzipien wirkt wie ein Versprecher, doch wie das mit Fehlleistungen ist, offenbart er den Kern des Problems.

Im polnischen öffentlichen Diskurs spielt die Information darüber, ob jemand Jude ist oder nicht, immer noch eine große Rolle. Indem Paczkowski Gross in ähnlicher Weise »verteidigt« wie es seinerzeit Erzbischof Godlowski mit Tadeusz Mazowiecki tat, unterwirft er sich den Regeln dieses Diskurses. Ich möchte ihm keinesfalls niedere Beweggründe unterstellen, sondern nur aufzeigen, dass selbst beim besten Willen auch der reflektierteste Historiker sich gesellschaftlichen Bedingungen nicht entziehen kann. Und zwar um so weniger, je mehr er sie zu negieren versucht.

In seinem Buch beleuchtet LaCapra diese Art der Negation auf interessante Weise. Seiner Auffassung nach zielt die Selbstzensur, die in den Arbeiten von formalistisch und positivistisch eingestellten Historikern sichtbar wird, darauf ab, »mittels extremer Objektivierung die Übertragung zu verleugnen, die den Forscher mit dem untersuchten Problem – und den darin involvierten Personen – verbindet.«³⁰ Im klassischen Freud'schen Verständnis macht sich Übertragung als mit den Mitteln eines eigenen Diskurses bewerkstelligte Wiederholung bzw. Reinszenierung von Prozessen bemerkbar, die aus dem Gegenstand der Untersuchung herrühren. Es mag für unsere psychoanalytisch ungeschulten Ohren schockierend klingen, aber in der Geschichtswissenschaft finden Übertragungsbeziehungen sowohl zwischen den Forschern untereinander wie auch zwischen den Forschern und den von ihnen untersuchten Figuren und Prozessen der Vergangenheit statt. Auf einer bestimmten Ebene – insbesondere bei Gerichtsgutachtern oder Historikern – »gibt es eine Tendenz, das Trauma zu wiederholen, und wenn es nicht zu einer Auseinandersetzung damit kommt, wird es als Verdrängtes und Abgespaltenes in einer zufälligen und unkontrollierten Weise wiederkehren.«³¹ Dieses Phänomen ist universal und spielt sich außerhalb der bewussten Kontrolle ab. Das Problem liegt

also nicht darin, dass es auftritt, sondern in der Frage, wie man damit umgehen soll.³²

Im Bereich der historischen Tabus zeichnet sich die menschliche Psyche durch eine geradezu telepathische Ignorierung von Entfernungen und Bewusstseinsschranken aus. Vergangene Geschehnisse werden als gleich gegenwärtig behandelt, um so heftiger, je mehr sie gelegnet werden.³³ Selbst in den Schilderungen von höchst distanzierten Historikern des Holocaust vernimmt man immer wieder das Echo der analysierten Greuel oder begegnet verirrtten Wörtern, impliziten Bewertungen und Andeutungen.³⁴ Der Historiker, der an diesen Seancen teilnimmt, tritt abwechselnd in zwei Rollen auf: Mal als Zeuge, den Gewissensbisse quälen, derer er sich mit Hilfe der vier Strategien zur Abwehr historischer Tabus zu entledigen sucht; mal als Täter, Dämon oder Spielball in der Hand der »historischen Notwendigkeit«. Wenn er sich mit den Opfern identifiziert, was selten vorkommt, kann er das aus Furcht vor dem Vorwurf der Einseitigkeit weder akzeptieren noch offenlegen. Daher wandern die in seiner Schilderung nicht repräsentierten Gesichtspunkte in immer neue Schichten des Nachgedächtnisses, während die Mühlen der Mythenbildung auf Hochtouren arbeiten.

Die Vernachlässigung der Stimme der Opfer stellt nach LaCapra eine pathologische, aber durchaus verständliche Abwehr dar, die von Historikern unbewusst eingesetzt wird. Diese Abwehr schützt den persönlichen Raum des Forschers vor dem Eindringen potentiell unerträglicher Inhalte. Wenn die Annäherung an die Grenze des Erträglichen nicht bewusst gemacht wird, bringt sie eine Pathologie hervor, in der die Opfer »ruhiggestellt« werden und narrative Techniken zum Einsatz kommen, auf die ich im weiteren noch eingehen werde.

Das Ignorieren der Stimme der Opfer ist auch in der Justiz gang und gäbe. Man kann das deutlich am Beispiel des Gerichtsverfahrens gegen die Mörder von Jedwabne sehen, über das Andrzej Rzeplinski schreibt: »Die Geschädigten treten in ihm überhaupt nicht auf. Auch wenn ein Opfer sich im Gerichtssaal befindet, wird es vom Gericht nicht als Opfer behandelt.«³⁵ Das »Vermeiden von Einseitigkeit« und das »Streben nach vollständiger Objektivität« hat also seinen Preis. Im Laufe des Gerichtsverfahrens findet das Ignorieren der Stimme der Opfer schließlich seine Zuspitzung im Ignorieren der Opfer selbst. Dazu Andrzej Rzeplinski: »Es fand keine Exhumierung statt. Es gab in diesem Gerichtsverfahren keine

Opfer. Das Verbrechen soll nur darin bestanden haben, dass die Bewohner von Jedwabne und Umgebung die Juden auf den Marktplatz getrieben und dort eine Weile bewacht haben. Im Urteil ist vom Verbrennen der Juden keine Rede.«³⁶

Das Ignorieren der Stimme der Opfer, besonders dann, wenn sie einer Minderheit angehören, ist nicht nur für die polnische Geschichtsschreibung kennzeichnend. Die konservativen Schulen der Geschichtsschreibung, die sich im 19. Jahrhundert in Deutschland und in anderen europäischen Ländern konstituiert haben und die an der Bildung und Stärkung nationaler Identitäten maßgeblich beteiligt waren, zeigten keine Bereitschaft, den Opfern eine Stimme zu verleihen. Zu einer Kritik dieser Identifizierung der Historiker mit dem Stärkeren waren nur Denker vom Format eines Walter Benjamin fähig, der in seinem berühmten Text *Über den Begriff der Geschichte* die Frage aufwarf, »(...) in wen sich denn der Geschichtsschreiber des Historismus eigentlich einfühlt«. »Die Antwort lautet unweigerlich in den Sieger. (...) Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein. Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozeß der Überlieferung nicht, in der es von dem einen an den andern gefallen ist.«³⁷

»Man schreibt Geschichte nicht, indem man sich in Kneipen herumtreibt«

LaCapra weist darauf hin, dass ein Historiker, der leugnet, in bezug auf die Vergangenheit auch die Rolle eines Zeugen zu spielen, ebenso das Phänomen der Übertragung negieren und die affektive, empathische Komponente im Verstehen zurückweisen wird.³⁸ Er wird deshalb nur ungern die Aufgabe übernehmen, mündliche Zeugnisse zu provozieren, zu sammeln und mitzugestalten.

Wie die im folgenden zitierte Aussage belegt, ist die Ursache für die langjährige Vernachlässigung mündlicher Zeugnisse durch die polnischen Historiker in deren methodologischem Selbstverständnis zu suchen: »Gross kann nicht verstehen«, sagt Tomasz Szarota, »warum niemand sich früher mit Jedwabne beschäftigt hat. Es reichte doch, sagt er, dort hinzufahren, in die Kneipe zu gehen und mit den Leuten zu reden. Darauf kann ich nur erwidern – man schreibt nicht Geschichte, indem man sich in Kneipen herumtreibt. Das ist eine Frage des wissenschaftlichen Handwerks.«³⁹

Die Ursachen für diesen Unwillen des Forschers gegenüber einer *oral history* aus der Kneipe liegen auf der Hand. Im lebendigen Gespräch ist der Fragende rasch in die Formulierung des mündlichen Zeugnisses in einer Weise verstrickt, die mit dem herrschenden Forschungsparadigma nicht vereinbar ist. Historiker vermeiden Gespräche, da sie etwas über *beide* Teilnehmer offenbaren. Selbstverständlich sollte man sich nicht nur auf mündliche Quellen stützen, aber die überhebliche Disqualifizierung dieser Art von Quellen, in denen sich ja ein Gruppenbewusstsein offen artikuliert, lässt sich rational nicht rechtfertigen.

Ein Gespräch mit dem Opfer eines Verbrechens, mit dem Täter oder auch nur mit einem Zeugen wird jeden Gesprächspartner mit großer Wahrscheinlichkeit mehr verändern als das Studium der Verhörprotokolle in der Stille eines Archivs. Vorausgesetzt, man hört überhaupt zu, wird man gezwungenermaßen erkennen, welchen Einfluss die Art der Fragen auf das Gespräch hat. Von da ist der Weg nicht mehr weit, die Bedeutung der affektiven, empathischen Komponente im Verstehen zu begreifen und zu würdigen. So wie man mit geschickt gewählten Fragen bestimmte Aussagen des Gesprächspartners provozieren kann, so kann man ihm auch die Lust nehmen, sich zu offenbaren, indem man ihn entmutigt oder verwirrt, insbesondere wenn es um psychisch Belastendes geht. Die Worte von Leon Kieres, dem Vorsitzenden des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN), illustrieren dieses Problem: »Meine eigene berufliche Erfahrung erlaubt mir zu behaupten, dass die Aussagebereitschaft von Zeugen im hohen Maße von der Persönlichkeit jener abhängt, die ihre Aussagen entgegennehmen.«⁴⁰ Wer bestimmten Fragen ausweicht, wird auch die Antworten darauf nicht zu hören bekommen.

Ist die Sensibilität der Historiker unterdrückt?

Wie verhält sich all das zum beruflichen Selbstbild der Geschichtsforscher? Die Behauptung Hayden Whites, dass die professionellen Historiker einen Extremfall »unterdrückter Sensibilität« darstellen, wird in Polen immer noch belächelt.⁴¹ Sie leuchtet erst ein, wenn wir akzeptieren, dass es Dinge auf der Welt gibt, die nicht unserer bewussten Kontrolle unterliegen und über die wir Verfügungsgewalt nur erlangen können, wenn wir sie anerkennen.

Die heutige Geschichtswissenschaft wird von Dominick LaCapra als ein Kontinuum dargestellt, dessen einen Pol radikale Konstruktivistinnen wie

White oder Ankersmith bilden (die in Polen allerdings kaum Anhänger haben), während am anderen Ende das Konzept der »selbsterklärenden« Historiographie steht, dem man das Gros der polnischen Historiker zuordnen könnte. Diesem zweiten Pol, den wir der Einfachheit halber den »positivistischen« nennen wollen, schreibt der Autor fünf charakteristische Eigenschaften zu:

- eine scharfe Trennung von Subjekt und Objekt der Forschung;
- die Neigung, Objektivität mit Objektivismus gleichzusetzen;
- die Gleichsetzung historischen Verstehens mit kausaler Erklärung;
- die Leugnung der Übertragung (d.h. der Wirkung der beschriebenen Ereignisse auf die eigene wissenschaftliche und persönliche Situation) wie auch der Tatsache, dass der Beobachter den beobachteten Gegenstand beeinflussen kann;
- »Ausschluss oder Herunterspielen der Bedeutung des Dialogs mit dem anderen als einer Beziehung, in der die Stimme oder Perspektive des anderen den Beobachter in Frage stellt, indem sie seine oder ihre Forschungsprämissen, sein emotionales Engagement und seine Werte problematisiert.«⁴²

Ich habe bereits die Hypothese LaCapras erwähnt, wonach die Reflexionsfeindlichkeit, die methodologische Zurückhaltung und Distanz der traditionellen Geschichtsschreibung aus der Angst vor dem Trauma rührt, mit dem der Forscher gezwungenermaßen in Berührung kommt. So wie der Arzt seinen weißen Kittel vor der Operation anzieht, lege sich der Historiker einen Panzer zu, der seinen persönlichen Raum vor dem Eindringen bedrohlicher Inhalte schützt.⁴³ Zu dieser Haltung gehört auch das Streben nach maximaler Objektivität, das sich folgendermaßen äußern kann:

- Verdinglichung des untersuchten Gegenstands aus dem Wunsch heraus, eine maximale Distanz herzustellen, was auch in der unbewussten Übernahme der Sprache der Täter zum Ausdruck kommt;⁴⁴
- Eliminierung der Sprache der Opfer – im Kontext der Jedwabne-Debatte wurde ihre Sprache als »die Sprache des Elends« bezeichnet;⁴⁵
- Bevorzugung von »selbsterklärenden«, von den Tätern stammenden Zeugnissen – typisch dafür war die leidenschaftliche Suche im Ludwigsburger Archiv nach dem Film, den die Nazis angeblich in Jedwabne gedreht haben, sowie nach den Spuren eines »Kommandos Schaper« oder einer vergleichbaren deutschen Beteiligung;

– Konzentration auf die Täter.

Es stellt sich die Frage, wie weit es mit der Objektivität eines Forschers her ist, der eine solche objektivistische Auswahl der Quellen trifft und sich damit von der Hälfte der Wirklichkeit abschneidet. Offen ist auch, wie ein sensiblerer Forscher mit der unbewussten Faszination zurechtkäme, die den von ihm zitierten Stimmen der Täter entspringt (und die er auch auf seine Leser überträgt).

Heroischer und unheroischer Tod

Als Illustration der Kosten, welche die Verdrängung der Sensibilität mit sich bringt, und als Beleg dafür, wie die »Wiederkehr des Verdrängten« selbst die gewissenhaftesten Forscher tangiert, möge eine Passage aus dem Gespräch zwischen Jacek Zakowski und Tomasz Szarota dienen. Zakowski: »Obwohl man es sich kaum vorstellen kann, sagt es doch einiges über das Ausmaß des Terrors und der Angst, dass an den ersten Tagen, noch bevor die Gestapo eingetroffen war, nicht nur die Polen den an den Juden begangenen Verbrechen tatenlos zusahen, sondern auch die nicht betroffenen übrigen Juden.« Szarotas Antwort: »Ich maße mir nicht an, das zu erklären. Man kann sich natürlich auf negative Stereotypen berufen. (...) Aber Stereotype erklären nie die Geschichte, sondern verfälschen sie häufig. So oder so ist es schwer zu verstehen – und auch Gross versucht es in seinem Buch nicht zu erklären –, warum 1.500 gesunde, auf der Höhe ihrer Kräfte befindliche Personen, die von weniger als hundert nur mit Stöcken bewaffneten Verbrechern in den Tod geführt werden, nicht versuchen sich zu wehren, ja nicht einmal zu fliehen.« Und weiter: »In Gross' Buch wird eine Situation beschrieben, die dieses Geheimnis vielleicht ein wenig erhellt. Das ist die Geschichte von Michal Kuropatwa, einem jüdischen Fuhrmann, der unter sowjetischer Besatzung einen polnischen Offizier bei sich versteckt hatte. Vor dem Scheunentor holte ihn jemand aus der Menge heraus, um ihm das Leben zu retten. Kuropatwa lehnte ab. Er wählte den gemeinsamen Tod mit den anderen Juden. Gross vergleicht die Entscheidung Kuropatwas mit der Haltung von Janusz Korczak, aber er zitiert nicht, was Kuropatwa nach Zeugenaussagen damals gesagt haben soll: ›Wohin der Rabbi geht, dahin gehe auch ich.‹ Wenn man das Phänomen Jedwabne verstehen will, ist es hilfreich, auch diese Worte zu verstehen.«⁴⁶

Tomasz Szarota scheint hier suggerieren zu wollen, dass man »das Phänomen Jedwabne« nur verstehen könne, wenn man berücksichtigt, dass erstens die Juden selbst ihren eigenen Tod mitverursacht haben, und dass man zweitens die Entscheidung von Michal Kuropatwa nicht mit der von Janusz Korczak vergleichen sollte, da jemand, der seinem Rabbiner folgt, diesen Vergleich nicht verdiene. In seiner Interpretation des »Phänomens Jedwabne« bewegt sich Tomasz Szarota hier auf den Spuren jener, die von jeher die Opfer beschuldigen und stigmatisieren. Solche Beschuldigungen sind immer wieder von Vertretern der christlichen Tradition geäußert worden, als ob diese nie selbst Opfer zu beklagen gehabt hätte. Indem sie sich von den anderen abwenden und zwischen einem heroischen und einem unheroischen Tod unterscheiden,⁴⁷ wenden sie sich von sich selbst ab, von ihren eigenen historischen Tragödien und wiederholen unbewusst die Geste der Ausgrenzung, mit der man seinerzeit die Errichtung der Ghettos und den Holocaust einleitete. Es ist bedrückend, wenn auch die Historiker von heute einem solchen Wiederholungszwang unterliegen.

Vor vielen Jahren hat Maurycy Handelsman dem Forscher »die Pflicht zum umfassenden Wissen« auferlegt und ihm »Introspektion« angeraten, wobei er die »Psychologie und Logik« als methodologisches Rüstzeug voraussetzte.⁴⁸ Heute ist diese Pflicht verlorengegangen, die Introspektion wurde auf den gesunden Menschenverstand reduziert, und sogenannte psychologische Wahrheiten und Stereotypen meint der Historiker aus eigener Erfahrung zu kennen, weshalb er nicht zu den Büchern von LaCapra oder Sander L. Gilman greift. Kein Wunder, dass er die Haltung eines Forschers aufgibt und statt dessen zum reinen Informationsvermittler wird.

Der Klub der Historiker

Die Vorstellung der Historiker von der methodischen Redlichkeit ihrer Disziplin deckt sich häufig mit dem, was Hans-Georg Gadamer als das tückischste aller Vorurteile, nämlich die Illusion epistemologischer Neutralität bezeichnet hat. Diese Illusion macht die Geschichtsforscher sowohl für Einflüsse historischer Tabus anfällig als auch für ihre persönlichen Vorurteile und Stereotypen, wodurch sie immer wieder der Versuchung des Zynismus erliegen. Die vermeintliche Neutralität, die auf der Verdrängung dessen beruht, was man wirklich denkt und fühlt, provoziert einen

Überraschungsangriff – die Vorurteile kehren verstärkt wieder, wobei die Energie, die zu ihrer Aufklärung hätte dienen können, jetzt eingesetzt wird, um Meinungen zu verschleiern und zu rationalisieren, auf die man zu verzichten nicht bereit ist. Die europäische philosophische Tradition kennt diese Gefahr sehr gut unter der Bezeichnung *vis a tergo*. Die von Tacitus empfohlene Haltung *sine ira et studio* hat sich in ihr Gegenteil verkehrt – in den Verzicht auf eine kritische Haltung und das halbbewusste Rationalisieren von Unrecht.

In Polen genießen die Historiker ungewöhnlich viel Macht. Sie haben ihren Platz gleich neben den romantischen Dichtern, deren Bedeutung zu Recht mit jener der Propheten im alten Israel verglichen wurde. Von daher fällt den polnischen Historikern in der Tat eine große Verantwortung zu. Den Historikern wurde der Schatz der nationalen Identität anvertraut, auf dass sie ihn durch alle Wirrnisse retten und bewahren. Doch wenn man diesen Schatz wirklich bewahren will, reicht es nicht, ihn zu verstecken. Vergrabenes Geld modert, ungenutzte Währung unterliegt der Abwertung. Unsere Historiker sichten das Depot so selten, dass ich als geborene Pessimistin längst die Hoffnung aufgegeben habe, einer von ihnen würde es zu meinen Lebzeiten doch noch wagen. Erst recht erscheint es mir unvorstellbar, dass einer von ihnen es mit den historischen Tabus aufnimmt und das »Prinzip der Diskretion« in Frage stellt, das in ihrem Klub herrscht. Dieses Prinzip macht es dem Forscher unmöglich zuzugeben, dass die von ihm beschriebenen Ereignisse auf ihn einwirken, ihn bewegen, erschrecken und verfolgen, ihn zur Aufgabe des Themas oder – Gott bewahre – zur Veränderung der Methode verleiten könnten. So etwas ziemt sich nur für Soziologen und Frauen, denn auf den Soziologen schaut der Historiker herab wie der Mann auf die Frau.

Das Verdienst von Jan Gross liegt darin, dass er begriffen hat, welche Rolle dem Historiker in der Freisetzung von Erfahrungen, die im Nachgedächtnis gefangen sind, zukommt, und dass er den Mut besaß, entsprechend zu handeln. Man kann ihn dafür aus dem Klub der Historiker rausschmeißen oder aber die Klubordnung ändern.

Aus dem Polnischen von Anna Leszczyńska

Anmerkungen

- 1 *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001.
- 2 Daniel R. Schwarz, *Imagining the Holocaust*, New York 1999, S. 8 f.: »Each country, including the United States, wrote its own Version of postwar history, often to suit the needs of rebuilding its self-esteem. The cold war meant that history was distorted. We were told that the United States, England and France won the war when in fact France was a defeated country complicit in the Holocaust. Decades passed before France began as a nation to re-examine its role and realize that only a comparative few partisans resisted the Vichy government that rounded up and deported Jews beyond Nazi demands. In the last few years we have been learning about Switzerland's role in expropriating Jewish money as well as laundering expropriated German money and harbouring nazi assets during the war. Finally 50 years later, French war criminals such as Maurice Papon are brought to trial. (...) In France after the Allied victory, 300 000 French collaborators were arrested and 7037 were put to death. But then followed 25 years of silence before a period of re-examination – 25 years after the war.«
- 3 Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, hg. v. Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Bd. V, Frankfurt a.M. 1982, S. 178: »Die Essenz des mythischen Geschehens ist Wiederkehr. Ihm ist als verborgene Figur die Vergeblichkeit einbeschrieben, die einigen Helden der Unterwelt (Tantalus, Sisyphus oder die Danaiden) an der Stirne geschrieben steht.«
- 4 Illustrativ hierzu die Verleihung des Demokratiepreises 1997 an Daniel Goldhagen; vgl. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 4/1997.
- 5 Dominick LaCapra, *Writing History, Writing Trauma*, Baltimore/London 2001, S. 23.
- 6 K. Happrechts, zitiert nach W. Pieciak, *Niemiecka Pamiec*, Krakow 2002.
- 7 Marianne Hirsch, *Family, Frames: Photography, Narrative and Postmemory*, Harvard 1997, S. 22. Ich möchte hier den Begriff von Hirsch erweitern, der ursprünglich zur Darstellung der psychischen Situation von Kindern Überlebender des Holocaust gedacht war. Das so verstandene Nach-Gedächtnis wäre ein Phänomen von der Art der »Pseudomorphosen«, über die Oswald Spengler im *Untergang des Abendlandes* geschrieben hat.
- 8 LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 207 ff.
- 9 Vgl. Peter Novick, *Holocaust in American Life*, Boston 1999. Vgl. auch LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 171 f.
- 10 Für eine kritische Erörterung dieser Fragen vgl. Kirby Farrell, *Post-Traumatic Culture: Injury and Interpretation in the Nineties*, Baltimore 1998; vgl. auch Ruth Leys, *Trauma: A Genealogy*, Chicago 2000.
- 11 Vgl. A. van den Braembussche, »The Silenced Past. On the Nature of Historical Taboos«, in: J. Topolski (Hg.), *Pisanie historii*, Poznan 1995, S. 98.
- 12 LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 215.
- 13 Vgl. A. Bikont, »Ja, Szmul Wasersztajn, ostrzegam«, in: *Gazeta Wyborcza*, 12.7.2002.
- 14 LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 95.
- 15 Vgl. ebd., S. 14.
- 16 Zu diesem Thema vgl. Joyce Appleby/Lynn Hunt/Margaret Jacob, *Telling the Truth About History*, New York/London 1994, S. 307.
- 17 G. Koenen, *Das rote Jahrzehnt*, Köln 2001.
- 18 Van den Braembussche, »The Silenced Past«, a.a.O., S. 101 ff.
- 19 Vgl. R. J. Ignatiew, »Komunikat o koncowych unstaleniach sledztwa w sprawie udzialu w zabojstwach obywateli polskich narodowosci zydzowskiej w Jedwabnem, 10 Lipca 1941 r.«, in: *Gazeta Wyborcza*, 10.7.2002.
- 20 »Im Vergleich der nationalsozialistischen Konzentrationslager mit den stalinistischen Lagern, der im »Historikerstreit« dazu »benutzt« wurde, die »Einmaligkeit« des Holocaust zu negieren, haben manche kritische Beobachter die Geburt eines historischen Mythos gesehen. Der Mythos besteht in ihren Augen nicht so sehr in der Leugnung der Einmaligkeit der Ermordung

- von Millionen europäischer Juden durch Einbettung in eine relativierende universelle historische Perspektive (die dritte Strategie zur Bewältigung der Vergangenheit!), sondern in der Auffassung, der Holocaust sei durch die bolschewistischen ›Säuberungen‹ der dreißiger Jahre provoziert worden und daher als unmittelbare Reaktion auf die Gefahr einer ›asiatischen‹ Ausrottung zu verstehen, die angeblich von den Bolschewiken ausging.« (Van den Braembusche, »The Silenced Past«, a.a.O., S. 110) Zu derselben Kategorie der Verdrängung scheinen mir manche deutsche Reaktionen auf die Offenlegung der polnischen Täterschaft an dem Mord in Jedwabne zu gehören. Vgl. den Untertitel, den die FAZ einem von ihr bestellten Artikel zu dem Thema gab: »Die Diskussion über das Massaker in Jedwabne verletzt den Mythos der Polen als Volk der Opfer.« (Joanna Tokarska-Bakir, »Vergangenheit, die nicht vergehen will«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.5.2001).
- 21 Vgl. Bikont, »Ja, Szmul Wasersztajn, ostrzegam«, a.a.O.
- 22 Tomasz Szarota, *Pogromy antyżydowskie w Europie w latach 1939-1941*, Warszawa 2000.
- 23 »Jedwabne bez stereotypow. Z prof. Szarota rozmawiaja Agnieszka Sabor i Marek Zajac«, in: *Tygodnik Powszechny* 17, 2002.
- 24 Sigmund Freud, *Totem und Tabu* (1912/1913), in: ders., *Gesammelte Werke*, hg. v. Anna Freud u.a., Bd. IX, Frankfurt a.M. 1999, S. 44.
- 25 LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 42. Vgl. auch die Aussagen von zwei Beteiligten an Claude Lanzmanns Film *Shoah*, Mordechaj Pdehlebnik und Szymon Srebrnik. Vgl. Claude Lanzmann, *Shoah: An Oral History of the Holocaust. The Complete Text of the Film* (with a preface by Simone de Beauvoir), New York 1985, S. 52 und 95 ff.
- 26 Wenn LaCapra unterstreicht, dass es nicht nur darum geht, »über das Trauma [zu] schreiben«, sondern auch darum, »das Trauma zu schreiben« (La Capra, *Writing History*, a.a.O., S. 40), bezieht er sich auf den Begriff der Empathie in der Bedeutung einer »heteropathischen Identifizierung«. (Vgl. dazu ausführlich Kaja Silverman, *The Threshold of the Visible World*, New York 1996.)
- 27 »Was das historische Trauma und seine Darstellung anbelangt,« schreibt LaCapra, »ist die Differenzierung zwischen Opfern, Tätern und Zeugen von entscheidender Bedeutung. ›Opfer‹ ist dabei keine psychologische, sondern eine gesellschaftliche, politische und ethische Kategorie.« (LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 79.)
- 28 Ebd., S. XII.
- 29 A. Paczkowski, »Debata wokol ›Sasiadow‹. Proba wstepnej typologii«, in: *Rzeczpospolita*, 24.3.2001.
- 30 LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 78.
- 31 Ebd., S. 143.
- 32 Ebd., S. 36.
- 33 »Da das Denken keine Entfernungen kennt«, kann auch »das räumlich Entlegenste wie das zeitlich Verschiedenste mit Leichtigkeit in einen Bewußtseinsakt« zusammengebracht werden. (Sigmund Freud, *Gesammelte Werke*, Bd. IX, a.a.O., S. 105).
- 34 LaCapra hat diese Frage im Zusammenhang mit der hervorragenden, aber besonders distanzierten Arbeit von Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Berlin 1982, diskutiert.
- 35 »Ciszej nad ta zbrodnia«, Gespräch zwischen Piotr Lipinski mit Andrzej Rzeplinski, in: *Gazeta Wyborcza*, 20.7.2002.
- 36 Vgl. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 1998, S. 12: »Schließlich sind ihre (der Opfer) Stimmen unverzichtbar, wenn wir zu einem Verständnis für die Vergangenheit gelangen wollen. Denn ihre Stimmen sind es, die das offenbaren, was man wusste und was man wissen konnte; ihre Stimmen waren die einzigen, die sowohl die Klarheit der Einsicht als auch die totale Blindheit von Menschen vermittelten, die mit einer völlig neuen und zutiefst entsetzlichen Realität konfrontiert waren. Die ständige Gegenwart der Opfer in diesem Buch ist nicht nur an und für sich historisch wesentlich, sie

- soll auch dazu dienen, das Handeln der Nationalsozialisten in eine richtige, umfassende Perspektive zu rücken.«
- 37 Walter Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte*, in: ders., *Gesammelte Werke*, hg. v. Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Bd. I/2, Frankfurt a.M. 1974, S. 691.
- 38 LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 97.
- 39 «Jedwabne bez stereotypow», a.a.O.
- 40 In: J. Zakowski, *Rewanz pamieci*, Warszawa 2000, S. 5. Vgl. auch das oben zitierte Gespräch von Piotr Lipinski mit Andrzej Rzeplinski über das Gerichtsverfahren gegen die Täter von Jedwabne.
- 41 Vgl. M. Ptaszynski, »Historycy na stos? Polemika z Joanna Tokarska-Bakir«, in: *Krytyka Polityczna* 1, 2002.
- 42 LaCapra, *Writing History*, a.a.O., S. 5.
- 43 Ebd., S. 40.
- 44 Ein typisches und häufig kritisiertes Phänomen in diesem Zusammenhang ist die unbewusste Übernahme der tabuisierten Sprache der Täter durch die Historiker. Vgl. dazu die Einleitung von Pawel Szapiro zu dem Buch von Anka Grupinska, *Po kole. Rozmowy z żołnierzami getta warszawskiego*, Warszawa 1999, S. 10. Obwohl die Historiker des Holocaust sich der Entpersonalisierung der Tätersprache bewusst sind (»...psychologisch gesehen hat die ganze Operation der Zugtransporte der Juden in die Vernichtungslager nur auf der Basis des Prinzips funktioniert, niemals beim Namen zu nennen, was geschah,« sagt Raul Hilberg in Lanzmanns Dokumentation *Shoah*), gleicht sich ihre eigene Sprache oft dem untersuchten Gegenstand an, was durch die oben erörterten methodischen Prämissen begünstigt wird. Zur Sprache von Raul Hilbergs grundlegendem Werk *Die Vernichtung der europäischen Juden* vgl. La Capra, *Writing History*, a.a.O., S. 100 und 112 ff., sowie Saul Friedländer, *Memory History and the Extermination of the Jews of Europe*, Bloomington 1993, S 130 ff.
- 45 Vgl. Zakowski, *Rewanz pamieci*, a.a.O., S. 133.
- 46 Ebd., S. 123.
- 47 Zur Auseinandersetzung mit dieser Frage vgl. St. Vincenz, *O utopos. Zapiski z lat 1938-1944*, Wroclaw 1993, S. 105, sowie Bikont, »Ja, Szmul Wasersztajn, ostrzegam«, a.a.O.: »Das ist ein Problem, mit dem sich viele Juden nach dem Holocaust auseinandergesetzt haben. Ich erinnere mich auch an ähnliche Diskussionen mit einem meiner Onkel in Israel – ich konnte nicht begreifen, wie jemand es als unwürdig empfinden kann, wenn man ohne Widerstand, mit seiner Mutter oder seinem Kind im Arm in den Tod geht.«
- 48 M. Handelsman, *Historyka. Zasady metodologii i teorii poznania historycznego*, Warszawa 1928, S. 1, 21 und 34.

Michal Glowinski
TATRA-UTOPIE
Kleine Prosa

Die Albigenser um Verzeihung bitten

Ich höre ständig, dass dieser oder jener jemanden wegen verschiedener Schandtaten oder gar Verbrechen, die im Verlauf der Geschichte begangen wurden, um Verzeihung bittet oder jedenfalls um Verzeihung bitten sollte, und ich frage mich: Wie kann man die Albigenser um Verzeihung bitten? Um Verzeihung bitten dafür, dass man sie von der Erdoberfläche getilgt, mit Feuer und Schwert und allen erdenklichen anderen damals verfügbaren Mitteln ausgerottet, ins Jenseits befördert hat, weil sie nicht die richtigen Gebete sprachen und überhaupt Gott auf eine Weise huldigten, die von den Besitzern der einzigen und alleinigen Wahrheit als auffällig falsch angesehen wurde, so auffällig, dass es nach Rache zum Himmel schrie und sie förmlich dazu zwang, zum strafenden Schwert zu greifen. Ich stelle mir vor, wie sich die Albigenser in den Wäldern, in entlegenen Gegenden und Schluchten dieses herrlichen Teils von Europa versteckten, in dem es ihnen zuerst gegeben war, zu leben – und dann gemeinsam zu sterben; ich weiß, wie gnadenlos, grausam und vor allem gründlich sie ausgerottet wurden. Die Nachfolger jener, die im Namen des Glaubens, den sie als den einzigen wahren betrachteten, gemordet hatten, verzichteten auf die mannigfaltigen Mittel der Ausrottung, wen aber sollten sie um Verzeihung bitten? Wie kann man diejenigen um Verzeihung bitten, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurden, wo doch von ihnen nichts geblieben ist, außer ein paar schwachen Spuren, die von Historikern mit Ernst und Aufmerksamkeit studiert werden? Kann man die Leere um Verzeihung bitten?

Der Nächste fürs Gas

Dieser Mann erlangte viele Jahre nach seinem Tod Berühmtheit als Held. Man widmete ihm historische Arbeiten und literarische Werke, und ein weltbekannter Filmregisseur drehte einen Film, in dem er ihn popularisierte.

Der Mann hatte in den dunkelsten Zeiten einer großen Gruppe von Menschen, die zur Vernichtung bestimmt waren, das Leben gerettet, im vollen Bewusstsein des Risikos, das er damit einging, und wohl wissend, dass er selber dafür die höchste Strafe bezahlen konnte. Seine Tat, oder besser, sein bewusstes Handeln, das sich über Wochen, Monate und Jahre erstreckte, ruft Dankbarkeit und Bewunderung hervor. Das ist nur natürlich, denn wer auch nur ein einziges Leben rettet... er jedoch hat so viele gerettet. In dieser Hinsicht hat er alles getan, was nur möglich war. Und doch kann man die Liste, die er angelegt hatte und die zu einem Passierschein fürs Überleben werden sollte, auch anders betrachten: wie hat sie der Eintausendzweihunderterste gesehen, der es nicht mehr schaffte, auf diese Liste gesetzt zu werden, obwohl er es versuchte, weil er sich bewusst war, dass diese Liste seine einzige Chance darstellte zu überleben? Doch er wurde abschlägig beschieden, weil der Wohltäter, der so aufopfernd alle jene rettete, die sich in seinem Umfeld befanden, genau wusste, dass er eine gewisse Grenze nicht überschreiten durfte, wenn er nicht seine gesamte Initiative gefährden wollte, was alle seine Schützlinge das Leben kosten konnte. Aber konnten solche Argumente jemanden überzeugen, der als Nächster auf diese Liste gesetzt werden wollte, weil er keinen Moment daran zweifelte, dass sie die letzte Hoffnung auf Rettung darstellte? Konnten diese Argumente jemanden überzeugen, der genau wusste, dass er, wenn sein Name nicht auf die Liste gelangte, der Nächste fürs Gas sein würde?

Aus aufgeschnappten Erzählungen

Das Restaurant ist fast leer. Ein paar Tische weiter sitzen drei distinguierte ältere Herren, die sich eine gewisse Vorkriegseleganz bewahrt haben, die ziemlich antiquiert wirkt. Sie unterhalten sich sehr laut – vielleicht ist einer von ihnen schwerhörig – so dass ich ohne es zu wollen Ohrenzeuge ihres Gesprächs werde. Sie gedenken früherer Zeiten, rufen einander einstige Begebenheiten in Erinnerung, und einer erzählt von einem bekannten Gutsbesitzer, der seinen Hund darauf abgerichtet hatte, dass sich dieser, sobald er das Wort »zyd«, Jude, hörte, auf den damit bezeichneten Menschen stürzte und ihm die Kopfbedeckung herunterriss. Der Hund reagierte jedoch bloß auf das Wort und war nicht imstande, einen Juden von einem anderen Menschen zu unterscheiden. Als daher einmal ein gewisser Graf

beim Gutsbesitzer zu Besuch war und in ihrer Unterhaltung zufällig dieses Wort fiel, stürzte sich der Hund auf den ehrenwerten Gast und riss ihm, zur allgemeinen Bestürzung, den Hut vom Kopf. Ende der kleinen Geschichte, und die alten Herren wandten sich rasch einem anderen Thema zu. Die Geschichte war nichts weiter als eine Anekdote aus vergangenen Zeiten, wie man sie beim Essen erzählt, und sie veranlasste die älteren Herren zu keinen weiteren Reflexionen und weckte offenbar auch keinerlei Assoziationen. Mir hingegen drängte sich eine solche mit aller Gewalt auf. Ich dachte an die Hunde, die nicht auf das Wort »zyd«, sondern auf das Wort »Jude« abgerichtet und dazu verwendet worden waren, in den Ruinen und Kellern des Ghettos Juden, die sich dort versteckt hatten, aufzuspüren und zu jagen. Natürlich ist es von der Marotte eines Gutsbesitzers, die seiner Unterhaltung dienen sollte, bis zur Ausrottung ein weiter Weg. Aber man denkt dabei doch unwillkürlich an die Verachtung, die diese beiden so unterschiedlichen Verhaltensweisen miteinander verbindet.

Macht der Rhetorik

An zwei gegenüberliegenden Ecken einer Straße, in einer Entfernung von zehn, fünfzehn Metern, haben sich zwei Bettlerinnen eingerichtet. Beide von exotischem Aussehen, in der für ihren Beruf typischen vornüber gebeugten Haltung, beide ungefähr gleich alt – mittleren Alters. Beide haben ein Schild vor sich stehen, auf dem sie um Unterstützung bitten. Die erste schildert auf diesem wortreich ihr Unglück, sie erzählt vom Tod einiger ihrer Kinder und vom Hunger jener, denen es gelungen ist, zu überleben, während sich die zweite für eine viel knappere Aufschrift entschieden hat: »Bitten um Hilfe für Essen und Medizin – EINE POLIN!« Beide Plätze sind um diese Tageszeit gleich stark frequentiert. An der ersten Frau gehen die Menschen gleichgültig vorüber, als würden sie sie gar nicht wahrnehmen und bleiben unbeeindruckt von ihrer Klage, die man nur mit Mühe lesen kann, weil sie lang ist und in kleinen Lettern geschrieben. Solche Frauen bekommen sie unablässig an verschiedenen Punkten der Stadt zu Gesicht, während die zweite Frau viel Aufmerksamkeit auf sich zieht: Zahlreiche Menschen bleiben stehen und werfen Münzen in ihren kleinen Behälter. Wollen die Passanten einer Landsmännin helfen, die in Not geraten ist? Aber sie müssen doch sehen, dass sie sich in ihrem Aussehen und in der Art, wie sie dahockt, nicht im Geringsten von

ihrer Konkurrentin von der gegenüberliegenden Ecke unterscheidet: beide sind unzweifelhaft Zigeunerinnen von irgendwo aus dem Süden. Die eine, der das Glück hold ist, hat es geschafft, die Menschen zu überraschen, ihnen etwas zu sagen, was sie nicht erwartet haben, weshalb sie sich ihr gegenüber großzügig erweisen, obwohl der um Hilfe flehende Satz grammatikalisch nicht korrekt ist und die in der Unterschrift enthaltene Erklärung ganz offensichtlich nicht der Wahrheit entspricht. Wenn ich die Reaktionen auf die beiden Appelle vergleiche, denke ich an die Worte, die so eingesetzt werden, dass sie die erwünschte Wirkung erzielen. Und ich denke an die Macht der Rhetorik. Und zwar nicht nur jener von Bettlerinnen.

Tatra-Utopie

Aus meiner Jugend, die mit der tristen Periode der frühen fünfziger Jahre zusammenfiel, ist mir ein Zeitungsartikel in Erinnerung geblieben, in dem ein wahrhaft ungewöhnliches Projekt vorgestellt wurde. Da hatte jemand den Plan entwickelt, in der Tatra ein Netz von Brücken zu errichten, die einzelne Gipfel miteinander verbinden sollten, und er hatte das, ganz im Stil der Epoche, ideologisch untermauert. Die Angehörigen der Arbeiterklasse, die eifrig und mit zahlreichen Opfern den Sozialismus aufbauten, indem sie den Plan über die Norm hinaus erfüllten, waren erschöpft und verdienten sich eine entsprechende Erholung; es gab nicht den geringsten Grund, dass sie sich auch noch im Urlaub anstrengen sollten, andererseits ging es jedoch nicht an, ihnen die herrliche Luft und die prächtige Aussicht der Tatra vorzuenthalten. Man musste daher etwas unternehmen, um der Arbeiterklasse die Herrlichkeit der Berge zugänglich zu machen und ihr zu ermöglichen, in luftigen Höhen zu promenieren. Dieses Projekt erschien so phantasmagorisch, dass es nicht einmal damals ernst genommen wurde. Mich jedoch versetzte es in Erstaunen und es weckte meine Phantasie: Ich versuchte mir auszumalen, wie das aussehen würde. Damals wusste ich noch nichts von der Existenz eines Piranesi, doch heute stelle ich mir vor, daß eine Konstruktion im Stil von Piranesis phantastischer Architektur entstanden wäre, falls man dieses Projekt verwirklicht hätte. Und noch etwas anderes finde ich erstaunlich: die ungewöhnliche totalitäre Phantasie, die auf keine praktischen Erwägungen Rücksicht nimmt und Monumentalität mit unfreiwilliger Groteske verquickt.

Der Fischplatz in Olmütz

Ich war nie in Olmütz. Diese Stadt verbinde ich in erster Linie mit einem Soldatenlied vermutlich österreichischer Herkunft aus der Zeit des Ersten Weltkriegs oder noch davor, das in die polnische Folklore einging. Dieses Lied sang man früher, vor Jahren, als ich meinen Militärdienst ableistete: »Am Fischplatz von Olmütz, wo ich, verdammt, auf Wache stand...«. Ich hatte diesen Marktplatz vor Augen, mit zahlreichen Fischbuden, bunt und voll Leben, gesäumt von schönen Bürgerhäusern aus Renaissance und Barock und dazwischen vielleicht auch ein kleineres gotisches Bauwerk. Vor nicht allzu langer Zeit fragte ich einen Bekannten aus Tschechien, der in Olmütz zu Haus ist, wie dieser Platz tatsächlich aussieht. Er verstand meine Frage nicht, wusste nicht, was ich meinte, von dem Lied hatte er noch nie gehört. Und nach wenigen Augenblicken konfrontierte er mich mit den nüchternen Tatsachen: In Olmütz gibt es gar keinen »Fischplatz«, einen solchen hat es dort nie gegeben, weil der durch die Stadt strömende Fluss nicht sehr fischreich ist, es in der Umgebung keine Seen gibt und Böhmen bekanntlich nur bei Shakespeare am Meer liegt. Das erstaunte mich und es bereitete mir Kopfzerbrechen, daß dieser Ort, der mir immer so faszinierend erschien, bloß der Phantasie eines betrunkenen Soldaten der kaiserlich-königlichen Armee entsprungen sein sollte. Ich denke allerdings, dass ich, falls ich je nach Olmütz fahren sollte, trotzdem den erstbesten Passanten nach dem kürzesten Weg zum Fischplatz fragen würde. Und sei es nur einem ausgedachten!

Aus dem Polnischen von Martin Pollack

Czeslaw Milosz
 PAWEL HERTZ (1918-2001)*
 Der Hüter des klassischen Reims

Besonnen wählte ich die Erde, doch vergaß ich dabei nicht:
 Sie ist arm und sie ist wehrlos, doch dem Sarge kein Gewicht.

Pawel Hertz

Damals gab es Menschen, die Warschau das »kleine Paris« nannten, was allerdings nur auf wenige »europäische« Straßen im Stadtzentrum zurückzuführen sein konnte. Der Mythos Paris als Hauptstadt Europas war noch lebendig, und wer zur Intelligenzschicht zählen wollte, musste ein wenig Französisch können. Grydzewski, der Redakteur der *Wiadomosci Literackie* (Literarische Nachrichten), gab noch eine andere Zeitschrift heraus, worin die Ausländer – natürlich auf französisch – über polnische Literatur informiert wurden: *La Pologne Littéraire*.

Die Leser der *Wiadomosci* waren Menschen, die sich, wenn schon nicht als Pariser, dann wenigstens als Europäer fühlen wollten, auch wenn eine Auflage von achttausend Stück für ein Land mit vierunddreißig Millionen Einwohnern nicht gerade imponierend war. Die meisten Leser waren polnisch-jüdische Angehörige der Intelligenzschicht, was man übrigens auch den Namen der Autoren dieses Wochenblatts entnehmen konnte. Es war eine Zeit, in der die polnische Kultur eine nachhaltige Auffrischung in Form von ausgezeichneten jüdischen Talenten bekam, sowohl in der Lyrik als auch in der Prosa. Als jedoch die neue Generation der Dichter aufbrach, die wie Pawel Hertz 1918 oder später geboren wurden, war die Frage der Identität zum Problem geworden.

In Warschau wie auch in vielen anderen polnischen Städten, erschienen viele Zeitungen und Zeitschriften auf jiddisch, in der Ulica Tlomacka wirkte der Verband Jüdischer Literaten und Journalisten, es gab einen

* Der polnische Dichter und Übersetzer Pawel Hertz war dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen von Beginn an als Ratgeber und Freund verbunden. Dank der Großzügigkeit der Erben und der Unterstützung des österreichischen Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist seine Privatbibliothek, eine unschätzbare Quelle für jeden literarischen Übersetzer, nun in Wien am IWM öffentlich zugänglich.

PEN-Club jüdischer Autoren, der den Vorschriften entsprechend nicht in der Hauptstadt, sondern in Wilna registriert war. Das über drei Millionen starke Volk der polnischen Juden legte eine enorme Energie beim Aufbau seiner kulturellen Institutionen, Zeitschriften, Theater und Bibliotheken an den Tag. Es wurde nicht sehr gern gesehen, wenn jemand für diese Tätigkeiten verlorenging, weil er die Sprache geändert hatte. Die »Assimilierten« gehörten bereits zur polnischen Kultur, aber es kam zu Komplikationen, wenn polnisch schreibende Autoren darum bemüht waren, ihr Judentum zu bewahren. Dieses Milieu wurde von der zionistisch ausgerichteten Warschauer Zeitschrift *Nasz przeglad* (Unsere Rundschau) repräsentiert. Einer der dort publizierenden Dichter, Roman Brandstaetter, sollte Merkwürdiges durchmachen: Es genügt, seine frühen Gedichte, mit ihrem Bibelton und ihrer stark zionistischen Prägung, mit den späteren Gedichten zu vergleichen, die nach seiner Konvertierung zum Katholizismus entstanden waren.

Eine europäische Internationalität oder, wie es häufiger vorkam, eine links-revolutionäre Internationalität, brachte manche der jungen Autoren dahin, dass sie sich vom Jiddischen abwandten, obwohl gerade dies die Sprache der breiten Masse war. Die »Assimilierten« setzten sich dem Vorwurf aus, sprachlich nicht authentisch zu sein, wie man den Angriffen Bashewis Singers auf Tuwim und Slonimski entnehmen kann.

Für Leute wie Pawel Hertz, die aus zur Gänze polonisierten Familien kamen, stellte sich die Frage der Sprache nicht. Aber die Konfrontation mit den täglichen antisemitischen Presse-Hetzkampagnen und den judenfeindlichen Äußerungen in der Literatur konnte ihn doch nicht ganz gleichgültig lassen – auch wenn er vorgab, dies betreffe ihn nicht. Seine Dichterkollegen wie Stanislaw Jerzy Lec, Zuzanna Ginczanka und Jan Spiewak hatten während des Kommunismus ihre Hoffnung auf eine Gesellschaft ohne Rassendiskriminierung gesetzt. Krzysztof Kamil Baczyński, damals Lyzeumsschüler, löste das Problem seiner jüdischen und polnischen Sprache, indem er sich als Trotzkiist ausgab – was niemand seinem späten Schaffen angemerkt hat.

Der junge Hertz war von Haus aus wohlhabend, vornehm und herablassend bis hin zur Arroganz. Kein bisschen Linksausrichtung. Die Kommunisten griff er öffentlich an, und er machte sich über sie lustig. Er wollte Pariser und Europäer gleichzeitig sein – auch wenn das nicht mehr Mode war. Er las Proust, Gide und Jean Cocteau. Interessant ist ein damals

existierendes Phänomen, das irgendwann einmal benannt und analysiert werden sollte: »kulturelle Homosexualität«.

Man hat Hertz einen Epigonen der Dichtergruppe Skamander¹ genannt, doch diese Definition ist nicht ganz präzise. Seine Gedichte waren jedenfalls gereimt und rhythmisiert, und sollten in der Zukunft wieder in Richtung Klassik steuern. Der Krakauer Avantgarde² stand Hertz ablehnend gegenüber.

*

Nach seiner Festnahme in Lwow hat Pawel Hertz das Ende dieser Vorkriegswelt in sowjetischen Gefängnissen und in Gefangenenlagern im Ural überlebt. Ein Effekt dieser Erfahrungen war, dass sein Parisertum verfliegen war und sich Gewissensbisse zeigten: Er hatte wie ein Blinder gelebt. Als er im Zuge einer Amnestie befreit wurde, konnte er als einer, der noch ganz der Zeit vor dem Krieg angehörte, immerhin in einer asiatischen Sowjetrepublik als Gesandter der Londoner Regierung arbeiten. Alexander Wat erinnert in seinem Buch *Jenseits von Lüge und Wahrheit*³ an eine Begegnung mit ihm. Wir wissen heute nicht, warum Hertz nicht mit der Exil-Armee von General Anders ausgereist ist. Er kehrte nach Polen zurück, als Bildungsoffizier der Kosciuszko-Division – was mit seiner Überzeugung harmonisierte, dass die westliche Kultur, seine Kultur, verloren hatte.

Erlaube mir die Erde ruhig zu betrachten.

Als Dichter von damals, zurück aus kriegerischen Schlachten,

Hab ich den Ländern von damals die Treue bewahrt.

Das Leben von Pawel Hertz begann nach dem Ende der Welt damit, dass er sich in die geschichtliche Notwendigkeit fügte. Diese bestand für ihn in der Rückkehr nach Polen, einer Provinz des östlichen Imperiums. Er zeigte Konsequenz, trat in die Partei ein und wurde Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Kuznica* (Eisenhütte). Er übersiedelte nach Lodz, publizierte ein Prosawerk mit dem Titel *Sedan*, das, wie der Titel schon sagt, ein Eingeständnis der Niederlage des Pariser Kaffeehausbesuchers war. Dieses Buch galt als intelligente Abrechnung. Sein Thema ist der Überdruß des ehemaligen Snobs, der sich in keiner Weise irgendeiner Gemeinschaft zugehörig fühlt. Es sei noch darauf hingewiesen, dass Adolf Rudnicki in seiner Erzählung »Wielki Stefan Konecki« (Der große Stefan Konecki) mit

einem boshaften, sogar teuflisch boshaften Vergnügen über den berühmten Kritiker Ostap Ortwin aus Lwow geschrieben hat, der nichts mit den Juden zu tun haben wollte, obwohl er selber Jude war und letztlich sein Schicksal mit allen anderen Juden teilte, die durch die Nazis umkamen. Wir wissen nicht, ob sich Hertz irgendwann wegen seiner Gleichgültigkeit gegenüber dem elenden Leben und dem grausamen Tod der jüdischen »Kaftanträger« aus der Nalewkistraße⁴ Vorwürfe gemacht hat, obwohl wir aus seiner Beurteilung der Niederlage des Warschauer Europäers ein Bekenntnis zur Künstlichkeit dieses eingezäunten Geländes herauslesen können. Ich stelle diese Frage hier deshalb, weil dem drei Jahre jüngeren Krzysztof Kamil Baczynski ein Zwiespalt in puncto Identifikation offenbar nicht fremd war – einigen im Frühling 1943 entstandenen Gedichten nach zu urteilen.

Die Nachkriegsgedichte von Hertz, kühl und ziseliert, geben wenig von seinen eigenen Erlebnissen preis, auch aus Gründen der Zensur. Obwohl man zum Beispiel in seinem Zyklus *Male ody* (Kleine Oden) ein Bild aus den »pjeresylnoj tjurmy«, den Auffanglagern in Cherson, finden kann:

Auf Tauris – schwerer Nebel und Azur,
 Durch Gitterstäbe höre ich nur
 Motorenbrummen über dem Meere.
 Doch auch Gefängniszeit ist Lehre.
 Dies auf die Frage nach dem Sinn,
 wozu ich hier gefangen bin.

Das Gedicht »Fremde. Sie kannten die Sprache nicht« beschreibt Hertz' Verhältnis zu den Juden, obwohl er doch selbst, trotz seiner Liebe zum Polnischen, im Warschauer Ghetto hätte umkommen können. Für ihn war Sprache das einzige Zeichen von Zugehörigkeit. Und doch lesen wir dieses Gedicht mit einem moralischen Unbehagen. Ziemlich entsetzlich, diese Distanzierung:

Fremde. Sie kannten die Sprache nicht. Ihr Akzent
 Beschwor die Städte der Jugend herauf.
 Auf einem brennenden Krematoriumsschiff waren sie
 Davon gefahren, in das Reich des Nichts.
 Was ist geblieben? Bücher und Melodien,
 Tierknochen und spaltbares Kristall,

Weisheit, die es so lange gibt, wie
noch ein Sterblicher am Leben ist.

Ich benenne sie nicht. Mir ist nicht bekannt,
Welchem Gesetz sie gehorchten und welche Sprache,
Welche Länder sie besangen,
Und wo der Fluss ihrer Heimat strömte.

Doch ihr Tod bestätigt so grausam
Diesen siegreichen Kampf mit der Natur,
Sie ziehen dahin, über den Himmel von Chagall,
Leichter als Wolken.

Hertz betrachtete sich nach dem Krieg als einen ehemaligen Poeten, einen, dessen vor dem Krieg verfasste Gedichte gemeinsam mit der westlichen Kultur untergegangen waren. Schritt für Schritt vollzog sich jedoch ein tiefgreifender Wandel in ihm, was sich auch in seinen Gedichten widerspiegelt. Er fragte sich, wie man sich in einer Situation verhält, die an den Fall des Römischen Reichs erinnerte. Wenn er in *Kuznica* publizierte, dann nicht deshalb, weil er sich irgendetwas vom Marxismus erhoffte. Die Realität, das war die sowjetische Eroberung der einen Hälfte Europas und der geschwächte Wille in der anderen Hälfte. Hertz hatte dort im Westen nichts verloren. Gleichzeitig entlarvte sein Wissen von der Sowjetunion die Slogans der Kommunisten als alltägliche Propagandaaktionen des Polizeistaats. So fasste Hertz allmählich eine dritte Möglichkeit ins Auge: seine Hinwendung zu Polen und den bewussten Gang in die innere Emigration.

Polen bestand für ihn aus einer Kombination von Werten, die von diesem unglücklichen, unterdrückten, aber geistig lebendigen Land hochgehalten wurden, und diesen Werten wollte er dienen. Von seinem Temperament her konservativ, stellte er sich nun die Aufgabe eines Konservators, der in die polnische Vergangenheit eintauchte und sich dabei so benahm, als hätte sich seit dem neunzehnten Jahrhundert nichts geändert – abgesehen von einer leichten Aufheiterung in der Zwischenkriegszeit. Den Rechten der Vorkriegszeit mit ihren unrühmlichen Spielarten schloss er sich nicht an, eher näherte er sich in seinen Ansichten der Krakauer *Stanczycy*⁵ an. Den patriotischen Befehl »Rette, was zu retten ist« nahm er sehr ernst, und so widmete er sich dem Sammeln, Kommentieren und der Edition des kulturellen Erbes. 1959-1975 erschien seine monumentale siebenbändige Anthologie *Zbior poetow polskich XIX. wieku* (Sammlung

polnischer Dichter des 19. Jahrhunderts). Dies war eine große Demutsgeste gegenüber seinen Vorgängern, denn er wollte einer von ihnen sein, ein *poeta minor*, der mit ihren Seelen Umgang pflegt. Damit sprach er sich auch für die polnische Lyrik aus, gegen den westlichen Geschmack:

Gefangen in Ketten, in eigenen und fremden,
 singen wir schöner, sagt man, als andere Völker.
 Die Fremden rühmen in unseren Liedern den Flug der Falken,
 die Adlerflügel, das gleichgült'ge Eis,
 und immer kommt ein junger Ulan ums Leben,
 und der Wind weht dort draußen, am Rande des Lärchenwalds
 und klar ist der Himmel, der über gepflügter Erde steht.
 Doch wenn du dein Ohr an die Erde legst,
 dann hörst du nichts weiter als das Knarren des Galgens,
 das Sausen der Sense, das Knirschen des Messers, das Quietschen
 der Schnur.
 Uns schon ist die Schönheit dahin, es gibt nur das Unglück.

Nach seiner Parisreise schrieb Hertz die *Pariser Gedichte*. Ganz anders als früher erinnerte ihn diese Stadt jetzt an die Geschichte Polens:

Ach, es ist ein anderes Paris,
 Es fehlt die Musik, es fehlt der Glanz,
 Ich sehe die Geister des Novembers
 Und den Rand des Januarwalds.

Und diese riesige Lichterstadt,
 So plötzlich verdunkelt und erloschen.
 Der Sarg geborsten. Atlas glänzt.
 Man hört die Fährlich-Parole.

Was für ein Herbst! Gespensternacht.
 Unter dem Fenster der Schritt der Patrouille.
 Die alten Worte kehren zurück.
 Und gegen Morgen tiefer Schlaf.

Der Rhythmus der Zeit, die mit literarischen und politischen Neuerungen einher gegangen war, berührte Hertz nicht. Er lebte und alterte in Warschau, eingetaucht in das Früher. Sein Lieblingsdichter war Lenartowicz. Hertz war in seinen Gedichten auf logischen Satzbau und genaue Reime

bedacht, obwohl er sich manchmal auch des metrischen, reimlosen Verses bediente. Das Avantgardistische der polnischen Poesie des zwanzigsten Jahrhunderts war zu einem großen Teil die Reaktion auf den ureigenen Charakter der polnischen Sprache. Es ist die Auflehnung gegen die Beschränkungen einer Sprache mit festen Betonungsregeln. Viele Jahre lang herrschte in der Volksrepublik Polen die literarische Diktatur des Julian Przybos. Das bedeutete, dass für eine Dichtung wie die von Pawel Hertz kein Platz war.

Sein Widerstand, der Widerstand eines Menschen, der »wissend schweigt«, war von Grund auf durchdacht, er basierte auf seiner Beurteilung der Poesie des zwanzigsten Jahrhunderts, die er, von wenigen Ausnahmen abgesehen, negativ bewertete. Und nicht viel anders klang seine Einschätzung der polnischen Poesie. Sie war seiner Meinung nach, wie zuvor die Warschauer Pseudoklassiker, erneut gescheitert. Er sah sie als Übernahme der dichterischen Handwerkskunst der Franzosen – allerdings ohne die Philosophie, die sich in Frankreich so belebend auf die Lyrik ausgewirkt hatte. Nachdem er seine eigenen Jugendgedichte streng abgekanzelt hatte, ging Hertz auf die Suche nach echter Klassik in Inhalt und Denken, einer Klassik, die im menschlichen Zusammenleben mitklingt. Franciszek Karpiński war für ihn ein solcher echter Klassiker, und auch die Kommentare des jungen Mickiewicz über Stanislaw Trembeckis *Sofijowka* hielt er für »klassisch«. Hingegen sah er in der von den französischen Symbolisten in Gang gesetzten Revolution der Lyrik nur das Anzeichen eines elitären Konformismus. Die kleineren Dichter des neunzehnten Jahrhunderts wie Lenartowicz und Konopnicka schätzte er höher. Wir Leser sollten einem anderen Verfechter der Klassik dankbar sein: Zygmunt Kubiak, der die Dichtung von Pawel Hertz 1983 in der Lyrik-Reihe des Verlags PIW (Panstwowy Instytut Wydawniczy, Staatliches Verlagsinstitut) herausgegeben und mit einem Vorwort versehen hat.

Hertz trat immer öfter als Essayist, Kommentator und hervorragender Übersetzer aus dem Russischen hervor. Eine seiner einmaligen Leistungen war die Übertragung der Schriften über italienische Malerei von Pawel Muratow, eines Emigranten, der damals in Russland nicht verlegt wurde.

In der Warschauer Literaturszene galt Hertz als Exzentriker, und die Ansichten dieses Advokaten der Tradition erklärte man mit seinem Eigensinn. Seine politischen Partner waren Menschen, die ganz und gar unabhängig urteilten, etwa Stefan Kisielewski und Zygmunt Mycielski. Nie-

mand konnte jedoch abstreiten, dass Hertz ein sehr gescheiter Mensch war. Wenn man an die Anfänge dieses hervorragenden Essayisten denkt, dann verwundert vor allem seine Metamorphose zu einem alten Patrioten, zu einem Menschen, dessen ganze Aufmerksamkeit dem Schicksal des Vaterlandes galt. Allen, die sich für sein Denken interessieren, empfehle ich die Sammlung seiner in vielen Jahren entstandenen Essays: *Gra tego swiata* (Das Spiel dieser Welt; Biblioteka Wiezy 1997) sowie das Buch mit den Interviews von Barbara N. Lopienska *Sposob zycia* (Lebensart, PIW 1997).

*

Als Pawel Hertz am 13. Mai 2001 starb, wurde das im polnischen Fernsehen mit keinem Wort erwähnt. Sein Name ist nach seinem freiwilligen Rückzug in die Regionen der hohen Kultur auf dem Markt schon lange nicht mehr präsent. Berühmtsein ist nicht selten paradox – davon zeugt auch z.B. das spärliche Echo auf den Tod des bedeutenden amerikanischen Dichters Walt Whitman: eine kleine Notiz unter den Todesanzeigen der *New York Times*. Ich prophezeie Pawel Hertz keinen großen Nachruhm – der sich im übrigen auch nicht gut mit seiner selbstgewählten Existenz im Abseits vertragen würde. Es gebührt ihm jedoch ein eigenes Kapitel in einer Abhandlung über die polnische Poesie des zwanzigsten Jahrhunderts – und sei es nur zur Beschämung einer Generation, die sich kein bisschen um öffentliche Belange schert. Die Poesie von Hertz ist ein Kampf mit den Gewohnheiten seiner Jugend, mit den eigenen Schwächen und mit der Zensur, um endlich mit einigen Versen am Disput über das Wohl der Republik teilzunehmen, auch wenn er darauf lange warten musste:

Der Sänger, der stimmlos singt,
 Sein Lied, das doch fließend klingt,
 Gemeinsames Schicksal hält sie fest in der Hand,
 Nicht nur ihr Schicksal, auch ihr Land.
 Beim Versuch nur zu summen,
 Sind die Töne zerrissen.
 Er kann traurig verstummen.
 Er wird schweigen. Und wissen.

Den Menschen, die beklagen, dass die polnische experimentelle Lyrik zu sehr dazu neige, fremde Muster nachzuahmen, empfehle ich das Gedicht

von Hertz mit dem Titel »Häusliches Liederbuch«, denn hier könnte man Argumente finden, die auf Erfahrung beruhen:

Mein häusliches Liederbuch. Doch der Chor ohne mich.
 Ich versuche alleine und höre zu. Blinzele mit den Augen.
 So nicht! So nicht! Ich kannte andere Musik.
 An deren falschem Glanz habe ich mich berauscht.

Mein häusliches Liederbuch. Häusliche Lieder.
 Warum habe ich euch nicht schon damals gedichtet?
 Mir waren nicht diese, nicht diese Worte gegeben.
 Mit ihrem falschem Glanz leuchtete unser Gespräch.

Mein häusliches Liederbuch. Ich schlafe nicht und höre zu.
 Wie Glas, wie Glas, so brüchig ist mein Gesang.
 Tief in der Nacht, November. Bäume rauschen.
 Ich kenne noch ein andres Lied. Doch singe ich das nicht.

Es wird für die Literaturhistoriker schwierig werden, den Kontext der Gedichte von Hertz zu rekonstruieren: Die Deportation aus Lwow, die verschiedenen Internierungen, der Archipel Gulag – es wäre sicher sinnvoll, seine Gedichte mit Aleksander Wats Buch *Mein Jahrhundert*⁶ und mit dessen Gefängnispoesie in einen Zusammenhang zu bringen; später das Polen nach Jalta, das Verbot, über die elementarsten Dinge zu sprechen, und die allgegenwärtige Falschheit, die auf dieses Verschweigen zurückzuführen war. Zu Beginn spielte Hertz mit und hielt den Mund – ein feiner »Politruk« der kommunistischen Militärs! Später dann die Verlagshäuser, die Bühne der Manöver und Intrigen, der Literatenverband.

Eine Anthologie der Poesie des zwanzigsten Jahrhunderts zusammenzustellen ist heute, da das Jahrhundert abgeschlossen ist, bereits möglich. Es wird eine Menge gewagter Umwertungen und Widerlegungen vieler Quasi-axiome geben. Ich bekenne mich zu Hertz, obwohl ich nicht weiß, was meine Nachkommen in ihm entdecken werden. Aber vielleicht finden sich in einer solchen Anthologie die »Zwei kleinen philosophischen Traktate«, auch wenn sie von dem abweichen, was wir gemeinhin »philosophisches Traktat« nennen würden.

Pawel Hertz
Zwei kleine philosophische Traktate

I

Inmitten der Nacht träumte mir ein Gefängnistraum.
 Ich lag und lauschte dem Klirren des Schlüssels,
 Von weitem kam es, vom Korridor. Vier Kameraden,
 Ein Tuberkulöser, Mitglied der Genossenschaft, die Augen hat
er offen,
 Ein Riese von der Feuerwehr, ein Setzer mit zerdrückter Nase,
 Zu guter Letzt ein blutjunger Student. Sie singen ein Lied.
 Doch ich war nicht von hier. Der Traum war angenehm,
 Ein Himmel wie Azur. Auch wenn ich nicht von hier war,
 So klirrte der Schlüssel für mich und für sie,
 Von weitem, vom Korridor, wie aus der Hölle, wie aus der Hölle.

Ein andermal. Im Hospital, es war schon tiefe Nacht,
 Und das Konzert aus Stöhnen, Seufzen, Schreien
 War so überirdisch, dass ich nicht weinen konnte,
 Und auch den Tod nicht fürchtete. Im Schmerz erstarrt war alles
rings um mich,
 Vom Schmerz enterbt lag ich bewegungslos,
 Und blickte in die Hölle, selbst war ich nicht verdammt.

Ein andermal. Vergittert ist der Güterzug,
 Der mich durch unberührte Eiseswüsten fährt.
 Wortlos, doch ein ums andre Mal sang ich das fromme Lied von
damals:

»Wer sich in die Obhut seines Herrn begibt«.

Ein andermal: Elektrisch ist der Glanz der Lichter,
 In Metropolen, die von einem Hauch hinweggefegt,
 Denn sind sie doch wie Kartenhäuser und bestehen nur zum Schein
 Aus Marmor und Metall und Glas, aus Ziegeln und Beton.
 Das mir so gut bekannte Elend hat mich frei gemacht.

Ein andermal: Über ein Buch gebeugt. Wenn zwischen Tag und Tag,
Am Übergang von Abendrot zu Morgenrot die ganze Nacht
verstrichen ist

Mit fremdem Denken, Fühlen, fremden Worten, Träumen.

So viele Dichter und Poeten sprechen an meiner Stelle
Über Gefängnis und Spitäler, sie träumen nichts.
Ein andermal werden sie wachen und erleuchtet sein,
In den Spitälern, in Erinnerung, im Schatten schwarzer Nächte.

II

Hör gut zu, wie des Nachts die Musik
Für diesen nicht allzu großen Planeten spielt,
Wo Frieden und Krieg, Verbrechen und Tugend
Wie in den Himmel gehobene Marktweiber zanken
Vor einem Göttlichen Gericht.
Ich bewohnte die Welt, kannte Krieg und auch Frieden,
Kannte Strafe und Schuld, Wahnsinn, Vernunft,
Sah die unmenschliche Ordnung in fremden Gedanken,
Und urteile nun selbst.

Hier Bücher
Und die Schreibmaschine, künstliche Musik
Auf schwarzen Scheiben, wie in schwarze Nächte
Eingeritzt mit schweigender Nadel.
Alles das schweigt, doch zum Sprechen bereit.
Was sage ich – sprechen! Hundertsprachiges Schreien.
Die Sprache hat sich dir verwirrt. Du heißt Babel.
Aus deinen Gesten lese ich deinen Willen.
Brot willst du, Freiheit.

Von der Angst befreien
Wird dich niemand, denn die Angst ist im Tod,
Den nur du in dir selbst besiegen kannst.
Auch wenn wir alles schon wissen, wird es zwei Geheimnisse
Weiterhin geben, damit uns dieses ganze Leben
Nicht anekeln wird: Tod und Geburt.
Wer klug ist, weiß jedoch, dass dieses Wissen

Nur scheinbar ist, es erlöst nicht von den Gedanken unter dem
Himmel
Voller Sterne, voll natürlicher und künstlicher Monde.
Es wird zwei Nächte geben, zwei Ängste und zwei Tode,
Bereitet vom Menschen auf der Erde,
Und dazu die wirklichen. Zweigeteilt sind wir alle,
Zum Glück sind wir immer zweigeteilt,
Beim Blick in den bestirnten Himmel
Spüren wir das moralische Gesetz in uns.
Du möchtest Gott sein? Wozu ein Gott sein?
Ich möchte mich unter dem hohen Himmel fürchten
Mit einem Sterbenden. Am Dunkel der Geburt
Mich ebenso freuen wie unsere Ahnen.
So lasst uns doch, ihr Philosophen,
Zerrissen sind wir innerlich, halb Seele und halb Leib,
Gefüllt mit Vorurteilen, Ängsten, Güte
Für Frauen, Tiere, schwach und wehrlos,
Für anders Denkende und auch für die,
Die gar nicht denken, die nur handeln,
Was ihnen einst vergeben wird.
Spiele weiter, Musik, für diesen nicht allzu großen Planeten.

Aus dem Polnischen von Doreen Daume

Anmerkungen der Redaktion

- 1 Eine Gruppe junger Dichter, die versuchten, die poetische Sprache mit den Erfahrungen der Moderne zu verbinden. Die Gruppe wurde 1918 in Warschau von Jaroslaw Iwaszkiewicz und Julian Tuwim gegründet. Weitere Mitglieder waren Kazimierz Wierzynski, Jan Lechon (Leszek Serafinowicz) und Antoni Slonimski.
- 2 Polnische literarische Bewegung, gegründet 1922 in Krakau. Auch sie war der Erneuerung der dichterischen Sprache gewidmet. Sie griff auf die polnische Folklore und Literatur der Renaissance-Zeit zurück, war gleichzeitig beeinflusst von den literarischen Avantgarden in Frankreich, Italien und Spanien und setzte sich vom Lyrizismus und Antiintellektualismus der Skamander-Gruppe ab.
- 3 Aleksander Wat, »*Jenseits von Lüge und Wahrheit*«. *Mein Jahrhundert. Gesprochene Erinnerungen 1926-1945*, Frankfurt a.M. 2000.
- 4 Die Nalewkistraße liegt im alten Warschauer Judenviertel, später Ghetto, für das sie als Symbol steht.
- 5 Stanczycy, konservative Gruppe in Galizien, die eine versöhnliche Haltung gegenüber Wien einnahm und sich gegen konspirative Umtriebe richtete; ihre Mitglieder waren kaisertreu und große Verehrer von Franz Joseph I. 1869 erschien im *Przegląd Polski* ein Pamphlet unter dem Titel »Teka Staczyka«, daher der Name. Staczyk war der Hofnarr am Hofe Sigmunds I., des »Alten«, ein scharfzüngiger und schlagfertiger Kritiker, dessen Witz weit über seine Lebenszeit hinaus sprichwörtlich war.
- 6 Wat, »*Jenseits von Lüge und Wahrheit*«, a.a.O. Im Gespräch mit Czeslaw Milosz erzählt der polnische Schriftsteller und Publizist Wat von seinem Leben in der polnischen Republik der Zwischenkriegszeit und in der Zeit von 1939 bis 1945.

Alfred Gusenbauer
DIE BEKÄMPFUNG DES RECHTSPOPULISMUS IN
DEN EUROPÄISCHEN DEMOKRATIEN¹

I. Zehn Thesen

1. Die Globalisierung humaner gestalten

Wir müssen über ein neoliberales Politikkonzept, das nur zum Teil wohlfahrtsstaatlich abgedeckt ist, hinausgehen und Antworten auf die Herausforderungen und negativen Folgen des wirtschaftlichen Modernisierungsschubs geben, der Ängste und Unsicherheiten nach sich zieht – und dies nicht nur für diejenigen, die sich am Rande der Gesellschaft befinden. Wir müssen Wohlfahrt und Wohlstand auf unsere gesamten Gesellschaften ausweiten – auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.

2. Den Staat neu erfinden

Auch wenn niemand ein Interesse an einem »bevormundenden« Staat haben kann, muss die Stärkung staatlicher Dienstleistungen für uns oberste Priorität haben, um sozialer Ausgrenzung vorzubeugen. Dies ist die Voraussetzung für die Gewährleistung von Chancengleichheit für alle.

3. Eine kohärente Einwanderungs- und Integrationspolitik verfolgen

Weder eine Laissez-faire-Politik noch das Konzept einer uneinnehmbaren Festung auf nationaler oder europäischer Ebene stellt heute noch eine ernsthafte Alternative dar. Eine vernünftige Politik zur Kontrolle der Einwanderung ist notwendig, die klare, nicht diskriminierende Regeln und umfassende Bemühungen zur Integration beinhalten sollte.

4. Europa zu einem Projekt seiner Bürger machen

Wir müssen die europäische Integration dahingehend intensivieren, dass die Menschen sich mit diesem Projekt identifizieren können – als einer sozialen und demokratischen Union, die sie etwas angeht.

5. Die Erweiterung erfolgreich durchführen

Wenn wir Fairness und Solidarität ernst nehmen, müssen wir unsere klare Zustimmung zu einer gut vorbereiteten Erweiterung der Europäischen Union geben. Letztendlich sollte niemandem der Zugang zu einer Sphäre des Friedens, des Wohlstands und der wirtschaftlichen Stabilität auf unserem Kontinent verwehrt werden. Rechtspopulistische Versuche zuzulassen, diesen Prozess zu blockieren, wäre ein Zeichen der Schwäche und eine schwere Belastung für die Zukunft der europäischen Integration.

6. Die Kommunikationslücke schließen

Wir müssen die Kluft zwischen unseren Parteien und unseren Wählern – und der Gesellschaft im allgemeinen – schließen. Wir müssen uns mit den Problemen und Ängsten unserer Bürger befassen, und wir müssen uns mit ihnen offen und in einer klaren Sprache befassen.

7. Unsere Parteien reformieren

Unsere Parteien und ihre Programme müssen zeitgemäß sein. Wir müssen unsere Parteien noch weiter demokratisieren und verjüngen und sollten den Austausch von »best practices« untereinander intensivieren, und dies nicht nur im Kampf gegen rechtsextreme Parteien. Wir müssen hinsichtlich Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Respektabilität den hohen Maßstäben gerecht werden, die an uns angelegt werden.

8. Für eine pluralistische öffentliche Sphäre in Europa kämpfen

Wenn wir nicht wollen, dass der politische Diskurs von Vereinfachungen und nationalen Egoismen beherrscht wird, müssen wir uns auf nationaler Ebene für die Förderung eines vielfältigen Mediensektors einsetzen und eine europaweite öffentliche Sphäre schaffen.

9. Ein demokratisches gesellschaftliches Bündnis schließen

Demokraten verschiedener Strömungen sollten im Kampf gegen den rechtsextremen Nationalismus ein gesellschaftliches Bündnis eingehen.

10. Die Wahlmöglichkeiten auf politischer Ebene verstärken

Die europäische Sozialdemokratie sollte ein klar umrissenes Programm haben, das uns deutlich von allen unseren politischen Konkurrenten unterscheidet. Ein Bündnis der Demokraten gegen die Erscheinungsformen des

Rechtsextremismus sollte nicht zu einer konturlosen politischen Mitte führen, die wiederum der Sache der Rechtsextremen dienlich wäre.

Nicht erst seit Jean-Marie Le Pens Beteiligung an der entscheidenden Runde zur Wahl des französischen Präsidenten schwebt über Europa das Gespenst neuer autoritärer Strömungen wie des Rechtsradikalismus, des rechtsextremen Nationalismus, des Rechtspopulismus oder des regionalen Separatismus.

Die Nationale Front (FN) stellt bei weitem kein isoliertes Phänomen dar: Von den Fortschrittsparteien in Skandinavien zur Lega Nord, von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zum Vlaams Blok – und nicht zu vergessen die verschiedenen Parteien und Bewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – scheint keine der grundsätzlich als stabil geltenden Demokratien unseres Kontinents immun gegen derartige Strömungen zu sein.

In Dänemark erhöhten die sogenannten Fortschrittsparteien ihren Stimmenanteil von 7,4% (1998) auf 12% (2001), in Norwegen von 1,6% (1997) auf 15% (2001). In den Niederlanden stieg die Liste Pim Fortuyn zur zweitstärksten Partei auf (2002). Der belgische Vlaams Blok konnte den Stimmenanteil von 1,9% (1987) auf 15% (1999) erhöhen, die österreichische Freiheitliche Partei von 9,7% (1986) auf 26,9% (1999).

Wir haben es nicht länger mit unbedeutenden Randphänomenen westlicher Demokratien zu tun – in immer mehr Ländern unterstützen Parteien dieser Ausrichtung Regierungen oder sind an ihnen beteiligt.

Empörung und moralische Verurteilung sind angemessen, doch sie sollten nur einen ersten Schritt darstellen und sind kein Ersatz für eine gründliche Analyse und die Entwicklung realistischer politischer Gegenstrategien. Für Mitte-Links-Parteien ist Letzteres aus dem einfachen Grunde unerlässlich, da ein nicht unbeachtlicher Teil ihres Wählerpotentials die neue Rechte unterstützt.

Es geht jedoch um mehr als eine Optimierung der Wahlkampfstrategie; es geht um die Zukunft der liberalen und pluralistischen Demokratie, die wir vielleicht für selbstverständlich und für ein für alle Mal etabliert hielten. Sie zu stärken und weiterzuentwickeln, ist die zentrale Aufgabe der demokratischen Linken.

II. Gründe für den Erfolg der Rechten – gemeinsame Merkmale

Schon vor einigen Jahren warnte Ralf Dahrendorf davor, dass der Westen Probleme im Umgang mit den sozialen Folgen des globalen Wandels bekommen würde. Daher sei es sehr wahrscheinlich, dass das 21. Jahrhundert von autoritären Tendenzen gekennzeichnet sein wird.

Die Gründe für den Erfolg der neuen Rechten sind vielfältig. Unter anderem dürfte der Aufstieg der rechtsextremen »Vereinfacher« mit dem Phänomen, das vage als »Globalisierung« umschrieben wird, zu tun haben. Eine der sozialen Konsequenzen des wirtschaftlichen Modernisierungsschubs sind Ängste und Unsicherheit aufgrund der Tatsache, dass sich die politischen Rahmenbedingungen durch die Globalisierung verändern.

Der zunehmende internationale Wettbewerb erhöht den Druck, die Gewinne zu maximieren, schwächt die Gewerkschaften und erhöht die Notwendigkeit, »Flexibilität«, einschließlich der Flexibilität bei der Entlassung von Personal oder der Senkung von Löhnen und Gehältern, zu zeigen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer.

Doch sind nicht nur diejenigen, die im Moment durch die Modernisierung etwas verlieren können, empfänglich für das Gedankengut einer radikal populistischen Rechten. Diese Parteien rekrutieren ihre Wählerschaft aus Arbeitslosen und denjenigen, die aus anderen Gründen in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden; aber auch Angehörige der Mittelklasse werden vom Gefühl der Marginalisierung und Frustration, der Angst vor sozialem Abstieg, vor dem Verlust der sozialen Stellung und dem Zerfall der sozialen Bande erfasst.

Die Arbeitswelt ist im Wandel begriffen, was die Notwendigkeit nach sich zieht, immer flexibler zu sein und angesichts des zunehmenden Wettbewerbs immer mehr Qualifikationen und Fähigkeiten zu erwerben – ohne dass all dies mit einer größeren Arbeitsplatzsicherheit oder besseren Bezahlung belohnt würde. Und daneben werden die endlosen Debatten über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme fortgeführt, wobei immer auf die Vorteile geschickt wird, die andere geographische Standorte bieten – und nachhaltige Lösungen sind nicht in Sicht. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die traditionellen politischen Akteure wird entsprechend geschwächt.

Sozialdemokratische Politiker und Gewerkschafter stehen vor der Wahl, diese Entwicklung entweder zu verhindern oder die Verantwortung für sie

zugeschoben zu bekommen. Da wir häufig die Folgen der Globalisierung nicht verhindern können, ist es paradoxerweise vor allem die Linke, die für sie politisch verantwortlich gemacht wird.

Die Rechte schürt diese Ängste, während sie gleichzeitig als scheinbare Lösung anbietet, sich von der Globalisierung abzukoppeln. Dem Gedankengut der Rechten zufolge ist die Globalisierung etwas Böses, das von außen kommt und dem wir leicht entfliehen könnten. Ihre sozialpolitischen und manchmal auch ihre wirtschaftspolitischen Konzepte weisen klar protektionistische Züge auf.

Trotz aller Unterschiede zwischen den verschiedenen rechtsextremen Parteien und Gruppen haben sie – wenngleich es ihren Positionen oft an Kohärenz fehlt – alle hinsichtlich der Wirtschaftspolitik oder des Wohlfahrtsstaats eines gemeinsam: ihre Ablehnung des Prozesses der europäischen Integration als eines in ihren Augen inakzeptablen Eingriffs in die nationale Souveränität und somit als einer Quelle negativer wirtschaftlicher und sozialer Einflussnahme, die dem Land von außen aufgezwungen wird – selbst wenn unter der Anhänger- und Wählerschaft differenziertere Einschätzungen herrschen mögen.

Dem wird die Illusion einer möglichen Rückkehr zu einer autarken Nation entgegengesetzt, die sich gegen Bedrohungen von außen abschotten kann, eine kleine und intakte Welt, die vor globalen oder europaweiten Wirtschaftszyklen geschützt wird.

Diese Vorstellung führt zu einem weit verbreiteten Gefühl des Unbehagens gegenüber einer Europäischen Union, deren Nutzen für die Bürger in ihrem Alltag nicht klar erkennbar ist oder ihnen nicht ausreichend erläutert wird. Es wird vermutet, dass hinter verschlossenen Türen Entscheidungen im Interesse einiger weniger Privilegierter getroffen werden, ohne dass den Interessen der Menschen ausreichend Rechnung getragen wird.

Angesichts der immer größeren Zahl von Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union wird es in der Tat immer schwieriger werden, ein vertretbares Gleichgewicht zwischen europäischen Interessen und dem, was als nationale Interessen wahrgenommen wird, zu finden.

Im spezifischen Kontext einer Mediengesellschaft gilt es, im eigenen Land zu demonstrieren, dass die nationalen Interessen angemessen vertreten werden. Dies wiederum fördert einen auf sich selbst konzentrierten Nationalismus, da, wenn europaweiten Interessen der Vorrang gegeben wird, im eigenen Land ein Glaubwürdigkeitsproblem entsteht, das von den

Nationalisten ausgenutzt werden kann. Solange sich der europäische Dialog in 15 oder mehr nationale Dialoge und in 15 oder mehr voneinander getrennte öffentliche Sphären aufspaltet, wird sich an dieser Situation nichts ändern. Dies stärkt die nationalistische und populistische Rechte.

Neben dem nationalen Protektionismus und der anti-europäischen Haltung sind die wichtigsten, dem gesamten rechtsextremen populistischen Spektrum gemeinsamen Themen die innere Sicherheit und die Einwanderung. Die Positionen, die diese Parteien vertreten, verlagern soziale Werte stärker hin zu autoritäreren und restriktiveren Konzepten. Die Anziehungskraft derartiger Positionen ist auch auf ein massives Versagen der etablierten Parteien und tatsächlich bestehende Probleme im Bereich Einwanderung und Integration zurückzuführen, wie das nicht weiter begründete Schwanken zwischen Laisser-faire und restriktiver Politik.

Es ist durchaus möglich, dass sich die sozialdemokratischen Regierungen zu stark auf das »Regieren« (Governance) und ein gutes wirtschaftspolitisches Management konzentriert und es versäumt haben, neue politische Ideen und Trends zu fördern oder auf sie zu reagieren. Die Themen, an denen sich die jüngsten Wahlen entschieden haben, waren nicht Fragen der Wirtschaftspolitik, sondern Themen wie die Kriminalität und die Immigration, die für alle sozialen Gruppen von Belang waren. Und auch dies ist wiederum eine Folge eines tief verwurzelten Unsicherheitsgefühls.

Indem wirtschaftliche und soziale Unsicherheit, Kriminalität und Integration in einen Topf geworfen werden, entsteht eine gefährliche irrationale These, die Arbeitsplatzsicherheit und Recht und Ordnung mit ethnischer Homogenität in Verbindung bringt. Die einfache Botschaft der Rechten ist: Ohne Ausländer gäbe es eine große Zahl unserer sozialen Probleme nicht mehr. Diese Botschaft der »Ethnizität« wird zudem umso populärer, je schwächer die nationale Identität und der staatliche Zusammenhalt sind.

Mit anderen Worten: Das illusionäre soziale Konzept des Rechtspopulismus zielt auf eine homogene, geschlossene Gesellschaft mit einem hohen Maß an Konformität und Ordnung ab. Wirtschaftliche und soziale Konflikte lösen sich dieser Konzeption zufolge schlichtweg in Luft auf, sobald diese Form der Homogenität (wieder) erreicht wird. Im Gegensatz dazu werden demokratische und liberale Werte einer offenen Gesellschaft in den Hintergrund gedrängt und/oder den Werten Autorität und Sicherheit untergeordnet. Letztendlich hat Autorität Vorrang vor Demokratie.

Allerdings: Im allgemeinen setzt die neue Rechte dort an, wo es echte soziale Probleme gibt und wo tatsächlich vom politischen Establishment Fehler gemacht werden. Und dies ist der einzige Grund, weshalb es ihnen gelingt, für die absurden Lösungen, die sie vorschlagen, so starken Zuspruch zu finden.

Ein großer Teil der Bevölkerung hat den Eindruck, die Kontrolle über den demokratischen Prozess verloren zu haben. Darüber mit den Wählern zu sprechen, anstatt zu handeln, ist keine große Hilfe. Technokratische und arrogante Parteien, denen es nicht gelingt, sich in einer klaren und direkten Sprache mitzuteilen, tragen zum Anstieg des Rechtspopulismus bei.

Die unverblümt gegen das Establishment gerichtete Position der Rechten führt zu einer Politik- oder zumindest einer Parteiverdrossenheit, für die es viele Ursachen gibt: falsche Versprechen, die nicht gehalten werden können, individueller oder struktureller Machtmissbrauch, die Tabuisierung bestehender Probleme, programmatische Schwäche und Unschärfe, persönliche Verschleißerscheinungen – all dies der politischen Elite häufig zugeschriebene Merkmale. Und in vielen Fällen nicht ohne triftigen Grund.

Doch dies gilt auch für die rechtsextremen Parteien selbst: Man analysiere das Auf und Ab von Le Pen und anderen und wird feststellen, dass Skandale, interne Streitigkeiten oder die Übernahme ureigenster rechtspopulistischer Themen durch andere Parteien die Anziehungskraft dieser Parteien beträchtlich mindern. Andererseits sind charismatische Führer für im großen und ganzen als autoritär einzustufende Gruppen eine unabdingbare Notwendigkeit. Anders gesagt: Länder, die bislang noch nicht mit dem hässlichen Antlitz des Rechtspopulismus konfrontiert gewesen sind, sollten sich nicht zu früh über ihre vermeintliche Widerstandskraft freuen. In diesen Ländern sind fest etablierte, traditionelle rechte Parteien oft durchaus (noch) in der Lage, rechtspopulistisches Gedankengut zu integrieren.

III. Gegenstrategien

Wir haben uns hier auf die zentralen Gemeinsamkeiten der neueren rechtsextremen Parteien beschränkt. Selbstverständlich gibt es viele Unterschiede zwischen ihnen, z.B. hinsichtlich ihrer Position zu oder ihrer Distanzierung vom Rechtsextremismus alter Prägung wie z.B. dem Faschismus oder Nationalsozialismus, oder ggf. ihrer Position innerhalb des wirtschaftspo-

litischen Spektrums zwischen Neoliberalismus und radikalem Protektionsismus.

Das gleiche gilt für effektive Gegenstrategien, die natürlich der jeweiligen Situation, der spezifischen Struktur der einzelnen Partei, dem politischen und institutionellen Rahmen und den im jeweiligen Land gerade auf der Tagesordnung stehenden Themen Rechnung tragen müssen. Wir haben es nicht mit einer europaweiten populistischen Rechten zu tun. Aus diesem Grund müssen wir auch unterschiedliche nationale Ansätze und Strategien entwickeln, um jeder einzelnen der verschiedenen Parteien und Bewegungen begegnen zu können.

Einige allgemeine Schlüsse lassen sich jedoch ziehen:

Es gibt eine feine Trennlinie zwischen populärer und populistischer Politik, die oft nicht leicht zu erkennen ist. Diesen Unterschied genau im Auge zu behalten, ist insbesondere für Parteien wichtig, die verschiedene soziale Interessen bündeln und neue Allianzen mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren schließen müssen, um Mehrheiten zu finden.

Der Kampf um Mehrheiten, der zu Recht in die Mitte des politischen Spektrums gerückt ist, schafft das Problem der Austauschbarkeit, da man leicht die Demarkationslinien aus dem Auge verliert. In der Regel ist dies ein größeres Problem für die Mitte-Links-Parteien als für ihre Gegner – dass die Konservativen sich nicht um die Belange der kleinen Leute kümmern, überrascht niemanden. Die Linke muss höheren Erwartungen gerecht werden.

Politik als Projekt für Experten und Eliten greift zu kurz. Das Problem liegt nicht nur in der Darstellung und Vermittlung, sondern eher in der Tatsache, dass die Anliegen und Sorgen der Wähler oft bewusst ignoriert werden. Diejenigen, die mit den aktuellen sozialen Problemen, ob sie auf dem Arbeitsmarkt, in urbanen Räumen oder zwischen Generationen auftreten, nicht umgehen wollen oder können, sollten sich nicht wundern, wenn ihnen kein Mandat zur Gestaltung übertragen wird.

Wir müssen uns mit den bestehenden Problemen beschäftigen und Lösungen entwickeln. Sie herunterzuspielen oder gar zu ignorieren, ist der falsche Ansatz. Die Lebensbedingungen, die auf dem Spiel stehen, sind jeweils spezifische: Jemand, der z.B. in einem ghettoartigen Viertel, umgeben von Immigranten aus anderen Kulturen, lebt, ohne dass irgendwelche Integrationsbemühungen gemacht würden, ohne dass es irgendwelche an-

gemessenen Maßnahmen gäbe, um den zunehmenden Anstieg der alltäglichen Gewalt zu bekämpfen, darf zu Recht erwarten, dass man sich mit diesen Problemen befasst und erkennbare Lösungen erarbeitet.

Die Menschen bekommen auch dann den Eindruck, dass eine Partei nicht kompetent genug sei, ihre Probleme zu lösen, wenn vollmundige Versprechen gemacht werden, die niemals erfüllt werden können. Wir wollen uns nicht über die Tatsache beklagen, dass an die Sozialdemokratie auch hier wieder strengere Maßstäbe angelegt werden als an die Rechte. Dies mag ungerecht sein, ehrt uns aber.

Trotzdem müssen Mitte-Links-Parteien Antworten auf die Fragen geben, die zu Recht von der neuen Rechten gestellt, von ihr jedoch in falscher Weise beantwortet werden. Wir müssen eine Antwort auf die negativen Konsequenzen der Globalisierung geben, die über einen mit einer Krise Wohlfahrtsstaat versehenen Neoliberalismus hinausgeht.

Letztendlich sind wir gefordert, die Rolle des Staates – auf nationaler, europäischer und schließlich auch globaler Ebene – grundlegend zu überdenken, indem wir eine zeitgemäße Definition der staatlichen Funktionen vorschlagen. Dabei sollten wir allerdings nicht zu den Zeiten zurückkehren, in denen wir den Staat mit Aufgaben überfrachtet haben, die besser vom Markt bewältigt werden.

Wir müssen die Kritik der Liberalen an den »paternalistischen« und »bevormundenden« Zügen der staatlichen Intervention ernst nehmen. Insbesondere in jenen Bereichen, in denen die langfristige Stabilität und die Sicherheit unserer Gemeinschaft auf dem Spiel stehen, gibt es jedoch keine ernst zu nehmende Alternative zu ihr: umfassende Daseinsvorsorge, die Bereitstellung einer Infrastruktur, die notwendig ist, auch wenn sie kurzfristig nicht rentabel ist, ein Bildungssystem, das allen gleiche Chancen einräumt, ein soziales Netz, das jedem Menschen ein Leben in Würde erlaubt – um nur einige der wichtigsten Aufgaben zu erwähnen.

Die Herausforderung für die Sozialdemokraten besteht darin, einen Weg zu finden, den Prozess der Globalisierung zum Nutzen aller zu gestalten. Traditionelle sozialdemokratische Methoden wie die Umverteilung über die Steuern sind nicht mehr möglich. Statt dessen müssen sich die Sozialdemokraten auf hochwertige staatliche Dienstleistungsangebote wie die Bildungs- und eine aktive Arbeitsmarktpolitik konzentrieren, um die Menschen auf das Leben in einer neuen globalisierten Wirtschaft vorzubereiten.

Vor allem mit Blick auf die Probleme im Zusammenhang mit der sozialen Zukunft muss die Selbstblockade beseitigt werden, selbst wenn dies interne Debatten nach sich zieht. Wenn wir es versäumen, derartige Konzepte zu entwickeln, werden wir unserer Verantwortung für die Gestaltung unserer Gesellschaften nicht gerecht.

Inbesondere müssen wir uns gerade mit den Themen befassen, die für uns unangenehm sind und in der Vergangenheit ignoriert worden sind, was einer der Gründe für den massiven Aufschwung unseres politischen Gegners ist. Eines der wichtigsten dieser Themen ist die Frage des Zusammenlebens in Zeiten einer zunehmenden internationalen Mobilität.

Integration und Migration sind Themen, die von der Linken aufgrund einer falsch verstandenen *Political Correctness* oft vermieden oder nur defensiv angegangen worden sind. Wir übersehen dabei, dass die soziale und politische Integration, mit anderen Worten, ein reales und nachhaltiges Zusammenleben, nur möglich sind, wenn all jene, die daran beteiligt sind, größtmöglichen Zugang zu Chancen im Leben, Möglichkeiten der Partizipation und Sicherheit ebenso wie eine Basis gemeinsamer Werte und anerkannter Regeln haben. Normalerweise kommt dies nicht von selbst zustande.

Aus diesem Grund dürfen Fragen wie die der kulturellen Identität und Kompatibilität und der Rechte und Pflichten von Einwanderern nicht der Rechten überlassen werden. Eine vernünftige Einwanderungspolitik muss verfolgt werden, um illegale Einwanderung zu verhindern; klare Kriterien müssen dazu festgelegt werden, wer unter welchen Bedingungen einwandern darf; und die Rechte und Pflichten der Einwanderer müssen definiert werden. Dies bedeutet z.B., intoleranten Traditionen in den Immigrantengemeinschaften in einem frühen Stadium entgegenzuwirken, um den liberalen Lebensstil in unseren Gesellschaften zu erhalten und auf das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung mit mehr als beschwörenden Reden zu reagieren – auch wenn vernünftige, nichtdiskriminierende Maßnahmen ihre Zeit brauchen, um Wirkung zu zeigen.

Die Zukunft des Projekts der europäischen Integration, das zunehmend zu einem Projekt der europäischen Sozialdemokratie geworden ist, spielt nicht nur in diesem Kontext eine entscheidende Rolle, sondern ist auch eines der Hauptfelder der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.

Wir laufen Gefahr, die wahre Bedeutung und den Zweck des Projekts aus dem Auge zu verlieren: Die Schaffung von Frieden und Wohlstand auf

diesem Kontinent. Und nichts anderes. Der Binnenmarkt, der Euro, die Förderung des wirtschaftlichen Wettbewerbs, die Stabilitätskriterien etc. – all dies sollten nur *Instrumente* sein, die dazu dienen, dieses Ziel zu erreichen.

Aber ist dies heute wirklich der Fall? Wir führen die Debatte auf einem hohen technokratischen Niveau, wodurch es möglich wird zu unterstellen, Europa wäre ein elitäres Projekt, von dem nur einige wenige profitieren und dem gegenüber der einzelne machtlos ist. So komplex die Fragen der Europapolitik sein mögen, wir dürfen nicht die Kernziele des europäischen Integrationsprozesses aus dem Auge verlieren – und müssen sie in öffentlichen Diskussionen immer wieder unterstreichen.

Wir halten mit der Europäischen Union vielmehr ein Instrument in Händen, das exzellent geeignet sein könnte, um eine langfristige Antwort auf die oben erwähnten Fragen zu geben. Die EU könnte eine ausgezeichnete Lösung für die Globalisierung sein, vorausgesetzt, dass sie nach den notwendigen Schritten hin zu Liberalisierung und wirtschaftlicher Stabilisierung ihr Augenmerk verstärkt auf die Bedürfnisse der Bürger Europas lenkt.

Auf europäischer Ebene müssen die drängenden sozialen Fragen, insbesondere die der Arbeitsmarktpolitik, verbindlicher Mindeststandards, der Koordination der Migrations- und Asylpolitik und die Gewährleistung der inneren Sicherheit im Einklang mit einem liberalen Rechtsstaat gelöst werden. Und weitaus mehr Nachdruck muss auf die soziale Dimension des Lissabon-Prozesses gelegt werden.

Es ist von entscheidender Bedeutung für die Mitte-Links-Parteien, dass die europäische Integration zu einem von der Öffentlichkeit getragenen Projekt wird. Daher muss der EU-Konvent Ergebnisse erzielen, die einen Schritt hin zu einer sozialen Union und zu wesentlich mehr Demokratie und Transparenz bedeuten. Dies wäre auch ein entscheidender Sieg im Kampf gegen den Rechtspopulismus. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Erweiterung der Europäischen Union.

Die Europäische Union muss ein Projekt werden, mit dem sich die Bürger identifizieren können, auf das sie stolz sein können, über das sie sich gelegentlich auch beschweren dürfen – aber von dem sie mit Gewissheit wissen, dass es sie etwas angeht, oder, noch besser, dass es ihr eigenes Projekt ist. Einerseits muss Europa funktionieren und Ergebnisse aufweisen können; andererseits muss es seinen Platz in der Identität der Europäer finden.

Der schwierige Kampf gegen Populisten kann nur von denen geführt werden, die nicht selbst angreifbar sind. Es ist immer wieder erstaunlich zu sehen, wie persönliches Fehlverhalten, Selbstbereicherung etc. bei unseren Gegnern kaum zur Kenntnis genommen werden, jedoch zu einem echten Skandal werden, wenn sie in unseren Reihen auftreten. Noch einmal: Für uns gelten andere Maßstäbe – und das ist gut so.

Doch es geht hier um mehr. Die Abgehobenheit der politischen Inhalte wird oft begleitet von einer Abgehobenheit des politischen Stils. Paternalistisches Verhalten scheint nur den Vorwurf zu bestätigen, dass die politische Klasse sich von der Öffentlichkeit entfernt hat und deren aktuelle Gefühlslage nicht wahrnimmt. Wenn die Sozialdemokraten nicht überzeugend kommunizieren, dass sie sich für die Anliegen und Probleme der Bevölkerung interessieren und sie unterstützen, werden sie ihr politisches Mandat verlieren.

Demokratische Politiker sind gut beraten, dem populären Trend hin zur Unterhaltung zu widerstehen. Selbstverständlich sind wir nicht der Auffassung, Politiker sollten langweilig sein. Selbstverständlich sollten wir unsere Leidenschaft für Politik vermitteln, und dies nicht nur deshalb, weil wir in einer von den Medien beherrschten Gesellschaft leben.

Ein beachtlicher Anteil der Anhänger von Rechtspopulisten à la Haider oder Fortuyn rekrutiert sich aus gelangweilten Wählern, die sich an ihren Provokationen und Tabubrüchen erfreuen. Diese Menschen befinden sich gesellschaftlich in keinerlei unmittelbarer Gefahr, aber haben genug davon, dass die politischen Akteure salbadern. Auch hinsichtlich dessen, womit sich Wähler identifizieren, hat sich etwas geändert. Viele Wähler handeln heute eher als individuelle Konsumenten denn als Bürger. Daher wollen sie von Zeit zu Zeit etwas Neues. Insbesondere lange Amtsperioden einer einzelnen Regierung oder Koalitionen zwischen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien verstärken den Eindruck von Stagnation und Mangel an Alternativen oder Wahlmöglichkeiten.

Dies führt zu einem schwierigen Dilemma für die Sozialdemokraten. Wir müssen uns dem Wettbewerb auf diesem »Wählermarkt« stellen. Jeder, der zulässt, dass Politik nur noch zu einem Element oder Anhängsel der Unterhaltungswelt wird, beteiligt sich am Spiel der rechtsextremen Führer – oder versucht, ihm mit linkem Populismus zu begegnen – ein Projekt, das zum Scheitern verurteilt ist, wie die Erfahrungen à la Chevènement in Europa gezeigt haben. Diese Konfrontation kann man nur verlie-

ren, da sie letzten Endes den Versuch der Rechten unterstützt, den demokratischen Politikbereich als solchen zu diskreditieren.

Diejenigen, die nicht wollen, dass der politische Diskurs von simplen Antworten beherrscht wird, sind gut beraten, eine pluralistische öffentliche Sphäre zu fördern. Die Beispiele Italiens und Österreichs zeigen gleichermaßen, wie schnell eine Medienlandschaft, die nicht vollständig pluralistisch ist, durch den direkten Zugriff oder die Ausübung von Druck durch die Regierung noch weiter eingeschränkt werden kann.

Es führt zu nichts, die Rolle der Medien bei der Zerstörung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Politik zu beklagen. Vielmehr sollten wir die Schaffung einer vielfältigen Medienlandschaft – sowohl bei den elektronischen Medien als auch bei den Printmedien – ganz besonders unterstützen, da sie ein entscheidender Faktor dafür ist, das Bestehen einer demokratischen Gesellschaft zu garantieren.

Im direkten Umgang mit Rechtspopulisten ist zu einem gewissen Grad an Konsistenz zu raten. Zum Beispiel ist es wohl kaum angebracht, sich indigniert von den Rechtspopulisten zu distanzieren und gleichzeitig ihre Vorschläge in leicht veränderter Form in die eigene Politik aufzunehmen. Und auf europäischer Ebene sollten wir nicht verschiedene Maßstäbe in Abhängigkeit davon anlegen, ob Rechtspopulisten in einem kleinen oder in einem großen Land an der Regierung sind.

Es versteht sich von selbst, dass man in Einzelfragen ähnliche Positionen vertreten kann wie diese Parteien, doch jede Form der Kooperation mit ihnen und, wenn möglich, jede Beteiligung an politischer Macht sollte vermieden und verhindert werden. Es ist eine Sache, dass in Österreich die Protestpartei FPÖ viel von ihrer Anziehungskraft eingebüßt hat, seit sie auf Regierungsebene Verantwortung übernommen hat. Doch es zeigt auch, wie wenig konsolidiert Mitte-Rechts-Parteien oder die Konservativen sein können. Viel zu früh geben sie den Lockungen der Macht nach und bewegen sich gemeinsam mit ihrem Partner hin zu den äußersten Grenzen dessen, was in einer Demokratie noch akzeptabel ist. Der *cordon sanitaire* ist durchbrochen worden.

Wir sollten vielmehr versuchen, ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Rechtsextremismus und den Rechtspopulismus zu schließen. Menschen ganz unterschiedlichen Hintergrunds wie Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale und andere sollten ihre Kräfte bündeln, um eine politische Vorherrschaft der Rechten zu verhindern. Im Bereich der

Politik jedoch sollten Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten zwischen demokratischen Parteien die Demokratie voranbringen.

Ein Dilemma jedoch kann und sollte von der Sozialdemokratie nicht vermieden werden: Sie sollte nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Klare Alternativen müssen als Reaktion auf die fragwürdigen extremen Vereinfachungen, die die Rechte verwendet, aufgezeigt werden. Aufgrund der Komplexität unserer Gesellschaft fehlt es politischen Entwürfen oft an dem erforderlichen Biss. Wie ein politischer Kommentator jüngst sehr zutreffend sagte: »Vereinfachen, und doch ehrlich bleiben, das ist ein Kunststück. Angesichts der Entwicklung muss man es aber von den Parteien verlangen.«

Anmerkungen

- 1 Dieses Papier wurde vom Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) verabschiedet und zur weiteren Diskussion in den einzelnen nationalen Parteien empfohlen. Es diente als Diskussionsgrundlage auf der ersten Ratstagung der SPE am 14./15. November 2002 in Warschau.

KOMMENTARE ZU ALFRED GUSENBAUER

Kurt Biedenkopf

Da es um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus geht, vorweg ein Wort zu Deutschland. Beide politischen Phänomene sind in Deutschland kein relevantes Problem, wenn man vom Wahlverhalten der Bevölkerung und den Wahlergebnissen ausgeht. Auf Bundesebene hatten extreme Rechtsgruppierungen bisher keine Chance. Ihre Stimmenanteile bei Bundestagswahlen liegen zwischen 2,3 und 1,3% , bei Europawahlen zwischen 7,1% (1998) und 1,7% . Auf Landesebene gab es in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein kurzfristige Gastspiele rechtsextremer Parteien ohne nachhaltige Wirkung. Ihre Präsenz in den Landtagen überlebte in der Regel die Legislaturperiode nicht.

1. Wer zur Bekämpfung des Rechtspopulismus in den europäischen Demokratien aufruft, ist gehalten zu sagen, was genau er darunter versteht. Gusenbauer bleibt uns diese Auskunft schuldig. Die begriffliche Verortung dessen, was er bekämpfen will, bleibt unklar. Allgemein spricht er von »autoritären Strömungen«, von Rechtsradikalismus, rechtsextremem Nationalismus, Rechtspopulismus und regionalem Separatismus. Seine Beispiele sind die Nationale Front (FN), die Fortschrittsparteien in Skandinavien, die Lega Nord, die Freiheitliche Partei Österreichs, der Vlaams Blok und die Liste Pim Fortuyn. Ob es sich bei diesen politischen Gruppierungen um Zeitgeisterscheinungen oder nachhaltig wirksame politische Kräfte handelt, wird nicht untersucht.

Statt dessen legt Gusenbauer seinen strategischen Überlegungen eine Vielzahl von Bezeichnungen und Beschreibungen zugrunde: von rechtspopulistischen Versuchen, rechtsextremen Parteien, rechtsextremem Nationalismus, Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und der Sache der Rechtsextremen ist in den Thesen die Rede. Diese relative Klarheit der Definition wird im eigentlichen Text weitgehend aufgelöst. Dort geht es wahlweise oder wahllos um »die neue Rechte«, den »rechtsextremen Vereinfacher«, eine »radikale populistische Rechte«, allgemeiner um »die Rechten«, das »Gedankengut der Rechten« und »die Rechte, die Ängste schürt«.

Zwar unterscheidet Gusenbauer verschiedene »rechtsextreme Parteien und Gruppen«, die jedoch als Gemeinsamkeit die Ablehnung des Prozesses der europäischen Integration und ihrer Folgen verbinden. Die verschiedenen Ausprägungen werden als »gesamtes rechtsextremes populistisches Spektrum« zusammengefasst, verbunden durch das gemeinsame Thema innere Sicherheit und Einwanderung. Dann wiederum ist von einer »einfachen Botschaft der Rechten« die Rede, vom »Konzept des Rechtspopulismus«, im nächsten Atemzug von der »neuen Rechten«, von der gegen das Etablissement gerichteten »Position der Rechten« und schließlich von den »fest etablierte[n], traditionelle[n] rechten Parteien«, die »(noch) in der Lage« seien, »rechtspopulistisches Gedankengut zu integrieren«.

Weiter geht es mit der Unterscheidung zwischen den »neuen rechtsextremen Parteien« und dem »Rechtsextremismus alter Prägung«. Wir haben es laut Gusenbauer jedoch nicht mit einer »europäischen populistischen Rechten« zu tun, sondern mit unterschiedlichen nationalen Ausprägungen. Dabei müsse zwischen »populärer und populistischer Politik« unterschieden werden – was, wie der Autor zu Recht feststellt, nicht leicht ist.

Gusenbauer mahnt uns, die Fragen ernst zu nehmen, die »zu Recht von der neuen Rechten gestellt« werden, und Themen wie kulturelle Identität und Kompatibilität nicht »den Rechten« zu überlassen. Zum Schluss seines definitorischen Reigens zwischen der Rechten und dem Rechtsextremismus ruft Gusenbauer Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale zu einem Bündnis gegen »die Vorherrschaft der Rechten« auf.

2. Bringt man Gusenbauers definitorische Anstrengungen auf den Punkt, dann geht es ihm nicht um den Kampf gegen rechtsextreme Parteien. Es geht ihm um die Auseinandersetzung mit »den Rechten« oder »den Konservativen«. Dabei bedient er sich der Gefahr des Rechtsextremismus, um die »Rechte« insgesamt in Haft zu nehmen. Träger dieses Kampfes sind für ihn die »Mitte-Links-Parteien«. Dass es auch »Mitte-Rechts-Parteien« gibt, nimmt er nur im Zusammenhang mit deren angeblicher Unfähigkeit zur politischen Konsolidierung zur Kenntnis.

Die ÖVP Bundeskanzler Schüssels ist für ihn folglich eine Rechtspartei, die den Verlockungen der Macht viel zu früh nachgegeben hat und sich gemeinsam mit ihrem rechtspopulistischen und/oder rechtsextremen Partner »hin zu den äußersten Grenzen dessen« bewegt, »was in einer Demokratie noch akzeptabel ist«. Nach Gusenbauer ist der *cordon sanitaire*

durchbrochen worden. Die Erfahrung mit der Fähigkeit der ÖVP, das »Grenzproblem« durch massive Konsolidierung in der Mitte zu lösen und damit den *cordon sanitaire* zu stabilisieren, stand Gusenbauer bei der Abfassung seines Textes noch bevor.

3. Gusenbauers Sicht der Dinge teilt die nationalen und europäischen Parteienlandschaften ein in Mitte-Links-Parteien, die für die Demokratie kämpfen, und in die Rechten und Konservativen, die sie durch ihre Anfälligkeit für die extreme Rechte gefährden. Christdemokraten und Liberale sind ihm vorrangig als Verbündete der Mitte-Links-Parteien im Kampf gegen die »Vorherrschaft der Rechten« denkbar.

Mit dieser konfrontativen politischen Struktur veredelt Gusenbauer die politische Rolle und Verantwortung der Mitte-Links-Parteien, also vorrangig der Sozialdemokratie, und denunziert die politische Position der Mitte-Rechts-Parteien. Die zentrale Aufgabe der Sozialdemokraten sei es, die Zukunft der liberalen und pluralistischen Demokratie zu stärken. Sie müsse höheren Erwartungen gerecht werden als die Konservativen, die »sich nicht um die Belange der kleinen Leute kümmern«. Ihr sei es nicht möglich, den rechtsextremen Verführern »mit linkem Populismus zu begegnen«. Kurz gesagt: Dank ihrer moralischen Bindungen trage die Sozialdemokratie die größere Last.

Tatsächlich beraubt Gusenbauer mit seinem Verständnis der Parteienstruktur die parlamentarische Demokratie, die er doch schützen will, ihrer eigentlichen politischen Mitte. Zugleich verhindert er den gleichberechtigten politischen Wettbewerb der Parteien links und rechts der Mitte, also der Volksparteien, um die Mehrheit in der Mitte. Dies jedenfalls ist die Folge seiner Erhöhung der Linken und der Verdächtigung der Rechten. Um des taktischen Vorteils der Linken willen setzt er das politische Gleichgewicht des Ganzen aufs Spiel.

4. Mit der Einseitigkeit seiner Bewertung des Parteienspektrums entwertet Gusenbauer zugleich seine eindrucksvolle und weitgehend zutreffende Analyse der Ursachen rechtspopulistischer Bewegungen. Es ist richtig, dass die Bereitschaft beachtlicher Teile der Wählerschaft, rechtsextremen Parteien Gehör zu schenken, ihren Grund in Ängsten und Unsicherheiten hat, die aus den Folgen des enormen Modernisierungsschubs der letzten Jahrzehnte ebenso erwachsen wie aus dem mit der Globalisierung verbun-

denen Verlust nationalstaatlich definierter und deshalb überschaubarer und politisch handhabbarer Lebensräume. Gusenbauer kann mit Zustimmung der demokratischen Mehrheiten rechnen, wenn er als Ursachen extremistischer Bewegungen die Marginalisierung der Angehörigen der Mittelklasse, die zunehmende Instabilität der sozialen Sicherungssysteme, das Unbehagen gegenüber der Europäischen Union und ihrer Erweiterung, eine vermeintliche Vernachlässigung nationaler Interessen oder das »massive Versagen der etablierten Parteien« benennt, die ihre Entscheidungen hinter verschlossenen Türen »im Interesse einiger weniger Privilegierter« treffen. Parteiverdrossenheit, Versprechen, die nicht gehalten werden können, die Tabuisierung bestehender Probleme, technokratische und arrogante Sprache, politische Selbstblockaden, die Weigerung, sich mit den Anliegen und Sorgen der Wähler zu beschäftigen, sie »herunterzuspielen oder gar zu ignorieren«: diese und weitere Gründe werden benannt.

Gusenbauer beschränkt sich zudem nicht auf die Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen. Er fordert die Sozialdemokratie auf, sich »gerade mit den Themen« zu befassen, »die für uns unangenehm sind und in der Vergangenheit ignoriert worden sind, was einer der Gründe für den massiven Aufschwung unseres politischen Gegners ist«. Dazu gehören für ihn die Kritik an den paternalistischen und bevormundenden Zügen staatlicher Interventionen ebenso wie Fragen des Zusammenlebens in Zeiten zunehmender Mobilität, Integration und Migration oder die Forderung, auf das Gefühl der Unsicherheit »mit mehr als beschwörenden Reden zu reagieren«. Kurz, wie es in der 6. These heißt: »Wir (die europäischen Sozialdemokraten) müssen uns mit den Problemen und Ängsten unserer Bürger befassen« und dies in einer offenen und klaren Sprache. Gusenbauer verdient Anerkennung für die Klarheit, mit der er seine Partei in die Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen einbezieht.

5. So eindrucksvoll Gusenbauers Analyse der bestehenden politischen Zustände ist, so enttäuschend sind die Schlussfolgerungen, zu denen er gelangt. Sie erschöpfen sich in allgemeinen Ermahnungen an seine Partei und dem Ruf nach einem »Bündnis der Demokraten gegen die Erscheinungsform des Rechtsextremismus«, das aber nicht zu einer konturlosen Mitte führen sollte. Antworten oder Wegweisungen für das zukünftige politische Handeln der Volksparteien, die geeignet sein könnten, die bestehenden Defizite zu überwinden, bleibt er uns schuldig.

Das hat zum einen mit seiner Sicht der Parteienlandschaft zu tun. Entscheidend erscheint mir jedoch, dass es Gusenbauer nicht gelingt, zu den strukturellen Ursachen vorzudringen, die es offenbar auch den sozialdemokratischen Parteien so schwer machen, eben die Entwicklungen zu vermeiden, die nicht nur Gusenbauer mit Sorge erfüllen.

Der eigentliche Grund für die wachsende Entfremdung zwischen weiten Teilen der Bevölkerung und den politischen Institutionen in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union besteht in einem politischen Dilemma: der prinzipiellen Unvereinbarkeit der gelebten Demokratie und ihrer Bürgergesellschaft mit den Strukturen und politischen Vorstellungen des vormundschaftlichen Staats. Gusenbauer kommt diesem Dilemma nahe, wenn er in seiner zweiten These dazu auffordert, den Staat neu zu erfinden und feststellt, niemand habe »ein Interesse an einem bevormundenden Staat«. Später verlangt er zu Recht, die Kritik am paternalistischen und bevormundenden Staat ernst zu nehmen. Er warnt vor dem paternalistischen Verhalten der politischen Klasse, die »sich von der Öffentlichkeit entfernt und deren aktuelle Gefühle nicht wahrnimmt«.

Mit seiner Antwort auf diese Erkenntnisse versperrt er sich jedoch den Zugang zu einer strategischen Alternative. In seiner zweiten These stellt er fest: »Die Stärkung staatlicher Dienstleistungen [muss] für uns oberste Priorität haben«. Und später gibt es für ihn zum paternalistischen und bevormundenden Staat insbesondere in den Bereichen, in denen langfristige Stabilität und Sicherheit auf dem Spiel stehen, »keine ernst zu nehmende Alternative«.

Zwar ist Gusenbauer überzeugt, dass »traditionelle sozialdemokratische Methoden wie die Umverteilung über die Steuern« nicht mehr möglich sind. Aber an keiner Stelle seines Textes beantwortet er die Frage, wie denn sonst die Expansion staatlicher Aufgaben, die Ausweitung von Wohlstand und Wohlfahrt »auf unsere gesamten Gesellschaften«, die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich und die umfassendere Daseinsvorsorge finanziert werden sollen. Zwar findet sich in Gusenbauers Text immer wieder die Sorge, den staatlichen und politischen Institutionen könne es nicht gelingen, das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen, und der Rat, den Staat nicht mit Aufgaben zu überfrachten, die besser vom Markt bewältigt werden. Aber – und das ist entscheidend – an keiner Stelle stellt Gusenbauer auch nur die Frage, wie eine Ordnung aussehen könnte, die stärker auf Bürgerfreiheit, auf die Fähigkeit zur eigenen Verantwort-

tung, auf die Leistungsfähigkeit der kleinen Lebenskreise und auf Märkte aufbaut und deshalb eine Alternative zum expandierenden Sozialstaat und zur drohenden staatlichen Vormundschaft sein könnte. Der freie, sein Leben und unsere Gesellschaft selbst gestaltende Bürger kommt in seinem Text nicht vor.

Gusenbauer bleibt im System der umfassenden Daseinsvorsorge. Er will es auf ganz Europa übertragen. Zu den Wegen, wie der Regelungsanspruch des Staats und seiner Bürokratie begrenzt werden könne, ist von ihm nichts zu erfahren. Für ihn bleiben die Bürger mehrheitlich die »kleinen Leute«. Man muss sich um sie kümmern. Man muss sie anleiten, eben bevormunden.

Vormundschaft führt zu Abhängigkeit. Abhängigkeit vom Staat bedeutet Abhängigkeit von staatlichen Bürokratien und anonymen Organisationen. Menschen, die in weiten Bereichen ihres persönlichen Lebens von staatlichen und politischen Strukturen existentiell abhängen, reagieren mit Unsicherheit und Angst, wenn sich diese Strukturen als unzuverlässig erweisen.

Gusenbauer beschreibt die Unzuverlässigkeiten, die technokratische Arroganz, das bürgerferne und autoritäre Verhalten des vormundschaftlichen Staats eindrucksvoll. Aber er sieht zu ihm gleichwohl keine Alternative. So erhofft er sich eine Besserung der Verhältnisse von intensiven moralischen Anstrengungen der demokratischen Kräfte, vor allem der Mitte-Links-Parteien. Auf den Rechtsextremismus antwortet er mit Empörung und moralischer Verurteilung. Er räumt ein, dass dies kein Ersatz für eine gründliche Analyse der Entwicklung sein könne. Aber diese Analyse bietet er uns nicht. Er kann sie auch nicht entwickeln, solange er sich im bisherigen System staatlicher Vormundschaft bewegt. Dessen inhärente Gesetzmäßigkeit verlangt eine ständige »Stärkung umfassender Daseinsvorsorge«. Am Ende steht die sozialstaatliche Refeudalisierung unseres Gemeinwesens. Ein System, lehrt uns Einstein, kann die Fehler, die es produziert, nur vermeiden, wenn es sich ändert. Solange wir an der Fiktion festhalten, expandierende umfassende staatliche Vorsorge sei einer durch die Freiheit und Verantwortungsfähigkeit der Bürger geprägten Alternative überlegen, wird sich die Tendenz zum vormundschaftlichen Staat verstärken und mit ihr seine Nebenwirkungen.

Gusenbauer übersieht, dass nicht nur der Rechtsextremismus, sondern auch die Protagonisten des vormundschaftlichen Staats ihr politisches

Geschäft mit der Angst betreiben. Was für die Rechtsextremisten die Angst vor Kriminalität, Einwanderung und Verlust der nationalen Identität ist, ist für die Linksextremen die Angst vor Armut, dem Verlust sozialer Sicherheit, Arbeitslosigkeit und der Überforderung durch die Moderne und die Globalisierung. Die extreme Rechte bietet als Alternative populistische Vereinfachung und die Hoffnung auf einen charismatischen Führer an, der in der Lage ist, die entstandene Komplexität zu reduzieren. Die Protagonisten des vormundschaftlichen Staates setzen auf den Staat als Problemlöser, auf mehr Gleichheit statt Freiheit und auf die angeblich Sicherheit gewährende Beständigkeit der staatlichen Bürokratien, denen die Bürger vertrauen sollen, auch wenn sie sie nicht durchschauen.

Um die Freiheit des Bürgers geht es in beiden Fällen. In beiden soll er einen Teil seiner Freiheit eintauschen gegen mehr Sicherheit. Je mehr Freiheit ihm auf diese Weise abhanden kommt, um so größer wird seine Abhängigkeit und damit seine Unsicherheit. Sie wiederum soll durch weitere staatliche Daseinsvorsorge überwunden werden. Innerhalb des politischen Koordinatensystems, in dem sich Gusenbauer bewegt, ist dieser Teufelskreis nicht zu überwinden.

Es sind die Auswirkungen dieses Teufelskreises, die Rechtsextremismus ebenso fördern wie die zunehmende Bereitschaft einer immer größeren Zahl von Bürgern, aus dem System auszubrechen. Mit dem Rechtsextremismus expandiert zugleich die Schattenwirtschaft, die Steuerflucht und die Abwanderung der Eliten. Zurück bleibt eine immer schwächere Mitte. Wenn sie sich nicht auf die Kraft der Freiheit besinnt, wird sie zwischen den Extremen von Rechts und Links zerrieben: zwischen dem autoritären Anspruch der Vereinfacher und dem ebenso autoritären Anspruch der Vormünder. Denn beide haben es auf die Freiheit der Bürger abgesehen, die einzige Kraft, die ihr Machtstreben wirklich begrenzen kann.

Dresden, den 11. Dezember 2002

John Gray

Wie Alfred Gusenbauer anmerkt, ist das Wiedererwachen des Rechtspopulismus ein Phänomen, das nicht nur einen oder einige wenige europäische Staaten betrifft. Antiliberale Parteien der äußersten Rechten befinden sich überall in Europa auf dem Vormarsch, ob in Skandinavien (Fortschrittsparteien) oder in Italien (Lega Nord), die vielen ähnlich gearteten Parteien in den ehemals kommunistischen Staaten nicht zu vergessen. In einigen Ländern sind sie an der Regierung beteiligt, in anderen operieren sie am Rande der Macht, in jedem Fall aber bestimmen sie zunehmend die politische Agenda.

Angesichts des praktisch europaweiten Charakters dieses Phänomens sollten wir uns hüten, nur oberflächliche Ursachen am Werk zu sehen. Die neue extreme Rechte in Europa ist eine Antwort auf europäische und globale Entwicklungen, denen sich die Parteien der Mitte nicht gestellt haben. Zwar sind die von der populistischen Rechten vorgeschlagenen Lösungen nichts als demagogische Falschmünzerei, aber sie zeugen von einem deutlichen Bewusstsein davon, dass die Globalisierung auch in den reichsten Ländern negative Auswirkungen mit sich bringt. Wie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ergreift die radikale Rechte die Initiative, weil sie begriffen hat, dass der Status quo unhaltbar ist.

In vieler Hinsicht unterscheidet sich der heutige Rechtsextremismus grundlegend von dem der Zwischenkriegszeit, doch nicht alle diese Unterschiede sind erfreulich. Die herrschende politische Wissenschaft deutet die extreme Rechte als politische Fehlentwicklung, die nur unter den Bedingungen einer wirtschaftlichen und politischen Krise auftreten könne. Diese Erklärung greift zu kurz. Die faschistischen und nationalsozialistischen Parteien der Zwischenkriegszeit nutzten die Schwäche der Demokratie in vielen europäischen Ländern aus. Heute jedoch, da die demokratischen Institutionen fest im Sattel sitzen, geht es den Parteien der äußersten Rechten nicht darum, die Demokratie auszuhebeln, sondern sie für ihre eigenen Ziele nutzbar zu machen. In der Zwischenkriegszeit wurde die extreme Rechte durch Arbeitslosigkeit und Hyperinflation an die Macht getragen. Heute prosperiert sie in Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit

und geringer Inflation, in Ländern wie Österreich zum Beispiel, in denen nicht im Entferntesten von einer allgemeinen Wirtschaftskrise die Rede sein kann.

Aber es gibt noch andere Unterschiede. In der Zwischenkriegszeit vertrat die äußerste Rechte in Europa eine korporatistisch und protektionistisch orientierte Wirtschaftspolitik; heute orientiert sie sich ungeachtet aller länderspezifischen Varianten weitgehend am Neoliberalismus. Wie die Parteien der Mitte akzeptiert auch die extreme Rechte die Globalisierung als unausweichliche Entwicklung. Doch im Unterschied zur politischen Mitte hat sie begriffen, dass die Globalisierung nicht nur die Wirtschaft verändert, sondern die Gesellschaft insgesamt, und dies in einer Weise, die von vielen Menschen als unerfreulich und bedrohlich wahrgenommen wird.

Gerade der letztgenannte Sachverhalt scheint mir den politischen Erfolg der äußersten Rechten zu erklären. Die rechtspopulistischen Parteien wissen, dass der freie Waren- und Kapitalverkehr für einen Großteil der arbeitenden Bevölkerung in Westeuropa fallende Löhne bedeutet. Anstatt aber Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik vorzuschlagen, nehmen sie die Immigranten ins Visier, die in ihren Herkunftsländern vielfach selbst Opfer der Globalisierung wurden. Den Armen in den reichen Ländern erscheint die Massenzuwanderung als unmittelbar wahrnehmbare Globalisierung; in den Augen von Gruppen mit sinkendem Einkommen symbolisieren die Immigranten die mit der Globalisierung einhergehende Unsicherheit ihrer Lebensverhältnisse.

Indem die äußerste Rechte die Zuwanderungsproblematik mit der die Globalisierung begleitenden wirtschaftlichen Unsicherheit verknüpft, kann sie Vorurteile mobilisieren, die wie ein Echo auf die Zwischenkriegszeit wirken. Wir sollten nicht vergessen, dass mit Ausnahme der Liste Pim Fortuyns in den Niederlanden alle rechtsextremen Parteien Europas stillschweigend oder offen antisemitisch sind. Allgemeiner gefasst, huldigen sie mit ihrem Angriff auf äußere und innere Minderheiten einem Ausgrenzungs-Nationalismus, der beunruhigende Parallelen zur Politik der Zwanziger- und Dreißigerjahre aufweist. Der strategische Coup der äußersten Rechten besteht in der Verknüpfung von Nationalismus, Angst vor wirtschaftlicher Unsicherheit und der Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von den EU-Institutionen.

Bei der Umsetzung dieser Strategie wusste die extreme Rechte Missstände

im derzeitigen Institutionengefüge der EU auszunutzen, die zum Teil grundsätzlicher Art sind. Die EU-Politik entbehrt weitgehend der demokratischen Rechenschaftspflicht. Obwohl dies andauernd ein Thema ist, wird nichts unternommen, das Demokratiedefizit zu beseitigen. Der Nationalstaat ist zwar eine höchst zwieschlächtige Angelegenheit, aber er wird wohl auch in absehbarer Zukunft die Obergrenze demokratischer Partizipation bilden. Eine Forcierung des europäischen Einigungsprozesses bedeutet unter diesen Umständen nichts anderes, als dass den demokratisch nicht legitimierten – und als nicht legitimiert wahrgenommenen – EU-Institutionen zusätzliche Machtbefugnisse übertragen werden. Diese Entwicklung kann dem Rechtsextremismus nur zugute kommen, da sie den Parteien der äußersten Rechten die gefährliche Gelegenheit bietet, sich als Verteidiger der Demokratie aufzuspielen.

Ähnliche Gefahren drohen der EU-Politik durch die Einbindung der postkommunistischen Länder. Dass die europäischen Institutionen sowohl vertieft als auch erweitert werden sollten, ist mittlerweile ein Gemeinplatz. Leider stellt diese gerade unter Mitte-Links-Politikern beliebte Forderung eine unmögliche Kombination dar. Es gibt unter den derzeitigen EU-Mitgliedern zu viele Interessenkonflikte, als dass die beiden Prozesse – Vertiefung und Erweiterung – gleich schnell Fortschritte machen könnten. Überdies ist die Osterweiterung mit hohen politischen Risiken verbunden. Der Beitritt zur EU verschafft den neuen Vollmitgliedern freien Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Wie wird es sich auf die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien in Österreich, Deutschland, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark auswirken, wenn Arbeitskräfte aus Osteuropa im freien Wettbewerb um die Arbeitsplätze in diesen Ländern konkurrieren dürfen?

Der Aufstieg der extremen Rechten in Europa in den vergangenen zehn Jahren resultiert zum Teil aus den neuen Gegebenheiten der Globalisierung, auf die bislang keine Partei eine angemessene Antwort gefunden hat. Meines Erachtens ist die Globalisierung letztendlich technologisch bedingt, und aus diesem Grund wird niemand sie aufhalten können. Auf der anderen Seite wirkt sie sozial und politisch destabilisierend, vor allem wenn sie durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik verstärkt wird. Die Parteien der Mitte müssen diese Gefahren begreifen lernen, wenn sie in der Lage sein wollen, die Flut des Rechtspopulismus abzuwehren. Und sie müssen begreifen, welche politischen Risiken eine übermäßige Auswei-

tung der EU-Institutionen mit sich bringt. Solange sie sich darüber nicht im klaren sind, wird Europa weiterhin ein Nährboden des Rechtsextremismus bleiben.

London, im Dezember 2002

Aus dem Englischen von Bodo Schulze

Janos Matyas Kovacs

Wenn ich mehr Platz hätte,
würde ich einleitend Gusenbauers Konzept des »Rechtspopulismus« in Frage stellen. Ich würde die typisch *linken* Komponenten des neuen populistischen Denkens in Westeuropa aufzählen und dem Autor die ein wenig hinterhältige Frage stellen, ob er den Österreichischen Gewerkschaftsbund denn ebenfalls als rechtsgerichtete Organisation bezeichnen würde. Schließlich verteidigt auch er – wie die Freiheitliche Partei Österreichs – die Interessen der »kleinen Leute« gegen den globalen Wettbewerb und insbesondere das Lohndumping Osteuropas.

Sodann könnte ich nicht umhin, auf die Erfolgsgeschichte der schwarz-blauen Koalition in Österreich einzugehen, die einen rationalen, wenn auch riskanten und geschmacklosen Weg zeigt, wie eine gemäßigt populistische Partei den radikalen Populismus durch Einbindung domestizieren kann. Man braucht wohl kein begeisterter Konservativer zu sein, um diese »tödliche Umarmung« positiv zu bewerten. Ich würde mich dabei auf die Unterscheidung zwischen modernem und postmodernem Populismus stützen, mit der ich in früheren Untersuchungen experimentiert habe.¹ Anstatt nach explizit nichtpopulistischen Politikformen für die heutigen Wettbewerbsdemokratien zu suchen – oder in Gusenbauers Worten: nach einer populären Politik im Unterschied zu einer populistischen –, würde ich es vorziehen, zwischen gemäßigten (modernen) und radikalen (postmodernen) Versionen des Populismus zu unterscheiden. Einer der Hauptzüge des postmodernen Populismus besteht in seinem Flirt mit vormodernen Ideen von Ethnizität und autoritärer Herrschaft, weshalb er häufig als rechtsgerichtet klassifiziert wird. Berühmt-berüchtigt aber ist der postmoderne Populismus gerade für die nonchalante Verknüpfung von linken und rechten Agenda.

Und schließlich könnte ich, wenn mehr Platz wäre, schwerlich darüber hinwegsehen, wie die österreichischen Sozialdemokraten dem Populismus in ihrem eigenen Land in den vergangenen zwanzig Jahren direkt oder indirekt das Bett bereitet haben. Die wohlbekanntesten Beispiele reichen von

der ersten rot-blauen Koalition der achtziger Jahre über die alltägliche Parteibuchwirtschaft bis hin zur Einwanderungspolitik des letzten sozialdemokratischen Innenministers oder der EU-Erweiterungskepsis einflussreicher Gewerkschafter und Landeshauptleute im roten Lager.

Zweifel und Vorbehalte einmal beiseite lassend,
möchte ich aber guten Glaubens annehmen, dass der Autor über das zweideutige Spiel hinauszugehen wünscht, das seine auf Bruno Kreisky folgenden Vorgänger mit Jörg Haider trieben, jene Mixtur aus politischer Ausgrenzung und teilweiser Übernahme von FPÖ-Themen. Mein Vertrauen fußt auf Gusenbauers Willen, die SPÖ zu modernisieren, wie er unmittelbar nach seiner Wahl zum Parteiohmann verkündete. Gusenbauer spricht in seinem Papier von »Verjüngung«, »Kohärenz«, der Gefahr »konturlos« zu werden, und gibt die Losung einer »vernünftigen Politik« aus. Seine Thesen verraten ein vorsichtiges, wenn auch ein wenig verspätetes Interesse an einem »Dritten Weg« und rufen zu pragmatischer Suche nach einer neuen sozialdemokratischen Identität auf. Man mag einwenden, diese Suche sei im Kontext der europäischen Sozialdemokratie nichts wirklich Originelles, schlimmer noch: in Österreich münde sie in Ergebnisse, die sich von den Politikvorschlägen der österreichischen Konservativen und/oder Grünen nicht substantiell unterscheiden. Doch auf seine eigene Partei bezogen kann Gusenbauer durchaus als Modernisierer gelten, obwohl es nach Parteiführern wie Franz Vranitzky und Viktor Klima nicht sonderlich schwer ist, diesen Titel zu erringen.

Der Leser möge die folgenden Ausführungen als mehr oder weniger impressionistische Eindrücke eines in Wien lebenden ungarischen Sozialwissenschaftlers nehmen, der zwar nicht über Österreich forscht, aber der Versuchung nicht widerstehen kann, die Vorgänge in diesem Land durch das Prisma Osteuropas zu beobachten. Meine Anmerkungen wurzeln in dieser *déformation professionnelle*.

Welchen Stellenwert nimmt Osteuropa
in Gusenbauers Überlegungen zum Populismus ein? Obwohl sein Beitrag von einem starken Verantwortungsgefühl für die politische Kultur ganz Europas zeugt, spielt der ehemalige Ostblock in seiner Zukunftsvision kaum eine Rolle. Und wo er darauf zu sprechen kommt, erscheinen die osteuropäischen Länder ausschließlich als passives Objekt der *Osterweite-*

runge. Ich finde diese Schiefansicht symptomatisch und zugleich befremdlich bei einem Politiker, dessen Land von nicht wenigen EU-Neumitgliedern umgeben ist.

Nur an zwei Stellen kommt Gusenbauer ausdrücklich auf Osteuropa zu sprechen:

1. Wir müssen »unsere klare Zustimmung zu einer gut vorbereiteten Erweiterung der Europäischen Union geben. Letztendlich sollte niemandem der Zugang zu einer Sphäre des Friedens, des Wohlstands und der wirtschaftlichen Stabilität auf unserem Kontinent verwehrt werden.«
2. »(...) der EU-Konvent [muss] Ergebnisse erzielen, die einen Schritt hin zu einer sozialen Union und zu wesentlich mehr Demokratie und Transparenz bedeuten. Dies wäre auch ein entscheidender Sieg im Kampf gegen den Rechtspopulismus. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Erweiterung der Europäischen Union.«

Die Botschaft an die Osteuropäer ist deutlich: Bereitet euch gewissenhaft vor, dann werdet ihr ab einem bestimmten Zeitpunkt Zugang zu einer »sozialen Union« Europas erhalten. Ich fürchte, beide Teile dieser Botschaft bedürfen grundsätzlicher Revision. Nach meinen Erfahrungen weckt dieser Diskurs bei den Meinungsführern der Kandidatenländer großes Misstrauen. Viel zu oft sahen sie sich in den letzten zehn Jahren durch österreichische Politiker provoziert, die sich einer Mischung aus Paternalismus (»Wir führen euch in die EU«), hohlen Phrasen über gegenseitige Interessen (»Es ist für beide Seiten besser, wenn ihr auf den Beitritt gut vorbereitet seid«) und Bremsmanövern hinter den Kulissen befleißigten. Auch die Idee von einem sozialen Europa mag den »Kleinen Tigern« Mitteleuropas wenig nachvollziehbar erscheinen, wurden sie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus doch gezwungen, manch eine Hürde der Globalisierung zu nehmen und ihre Wirtschaft und Gesellschaft beträchtlich zu »amerikanisieren«.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Mir liegt es fern, die Rhetorik des Wiedervereinigungsprozesses zu geißeln und über den weit verbreiteten Gebrauch asymmetrischer Begriffe wie »Kooptation«, »Adoption« oder »Beitritt« zu lamentieren. Osteuropa erscheint in dieser Begrifflichkeit entweder als passives Objekt oder als betüteltes Subjekt, dem man großzügigerweise eine Aufstiegschance bietet. Asymmetrie zeichnete meines Erachtens die Realpolitik von gestern aus. Obwohl dieser Pragmatismus auch

heute noch in einem gewissen Maße legitim ist, wird die darin zum Ausdruck kommende Perspektive morgen vielleicht schon obsolet sein. Was ich von einem Politiker wie dem Autor erwarte, ist kein Loblied auf die Gleichheit der Völker Europas. Dies würde nur an der Oberfläche des Orientalismus (im Sinne Edward Saids) kratzen, der einen gewissen Ost-West-Diskurs prägt, in dem kein Raum ist für einen Platzwechsel zwischen zwei Ländern, die einander jahrhundertlang an einer unüberwindlichen Grenze, zuletzt Eiserner Vorhang genannt, gegenüberstanden. Ich mache mir Sorgen über die tieferen Schichten dieser Haltung, im vorliegenden Fall um jene Schwierigkeiten des Erweiterungsprozesses, die nicht von der angeblichen Passivität der »Ostler« herrühren, sondern im Gegenteil aus den Folgewirkungen ihrer Aktivität resultieren.

Diese Folgewirkungen werden gewöhnlich in Aktiva und Passiva sortiert. Die Passiva bilden ein klassisches Thema des orientalisierenden Diskurses. Darunter fallen alle möglichen Probleme der Rückständigkeit – niedrige Produktivität, Korruption, Massenalkoholismus –, die durch den Prozess der »Zivilisierung« zu überwinden seien. Gusenbauer hat ohne Frage das Verdienst, dass er die Neuankömmlinge nicht wie die Populisten dämonisiert. Wir dürfen die Ängste der Menschen nicht außer acht lassen, sagt er, aber wir müssen pragmatischere und aufrichtigere Antworten finden als die Populisten. Ich fürchte jedoch, dass sich sein auf Schadensbegrenzung zielender Pragmatismus als zu defensiv herausstellen könnte. Anstatt die Hauptpassiva der Neumitglieder zumindest versuchsweise aufzulisten, konzentriert sich Gusenbauer auf die Frage, wie man die Populisten daran hindern könnte, sie für sich zu instrumentalisieren. »Die Erweiterung erfolgreich durchführen«, sagt er kryptisch.

Ich versetze mich kurz an die Stelle des Autors und übertreibe ein wenig. Gusenbauer könnte folgendes gesagt haben: »Als Parteiobmann der SPÖ treffe ich regelmäßig mit führenden Sozialdemokraten aus den Kandidatenländern zusammen. Es ist für mich jedes Mal ein Kulturschock, wenn sie die Sprache Tony Blairs mit starkem Hayek-Akzent sprechen. Gelegentlich äußern sie sich begeistert über die Globalisierung und die Privatisierung, und sobald sie an der Regierung sind, tun sie ihr Bestes, den Wohlfahrtsstaat abzubauen und die Gewerkschaften zu schwächen. Sie reden gerne über Unternehmertum und Effizienz, we-

niger gern über die Arbeiterklasse und soziale Gerechtigkeit. Sie tendieren dazu, die Gesundheits- und Rentensysteme dem Markt zu überlassen, scheuen sich vor einer strikteren Regulierung des Arbeitsmarkts, tolerieren die Polarisierung der Einkommen usw. In der Konsequenz werden sie unserem ›sozialen Modell Europa‹, was auch immer damit gemeint sein mag, wohl offenen oder versteckten Widerstand entgegensetzen. Wenn sich in Osteuropa sogar die Sozialdemokraten dem ›Wilden Osten‹ verschreiben, was wird man dann erst von den Konservativen und ihrer Wählerschaft erwarten müssen? Wenn die politische Elite solche Ansichten vertritt, weshalb sollten wir da annehmen, dass sich die neuen Unionsbürger, ob als Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer, an unsere Normen und Regeln halten? Offensichtlich werden sie ihre eigenen kulturellen Muster in die EU hineintragen: Sie werden versuchen, die Steuern zu umgehen (zumindest öfter als wir), sie werden längere Arbeitszeiten, ein höheres Rentenalter und Wohlfahrtsregime auf der Grundlage von Selbstverantwortlichkeit akzeptieren, sie werden nicht davor zurückschrecken, die Behörden zu bestechen, ihre Vertragsdisziplin wird relativ schwach ausgeprägt sein, die Zahl informeller Transaktionen vergleichsweise hoch, ihre Seilschaften in Geschäftsangelegenheiten fest gefügt, und so weiter und so fort.

Gleichwohl werden wir Sozialdemokraten *nicht* davor zurückschrecken, uns der historischen Aufgabe der Osterweiterung zu stellen, weil die sozioökonomische Kultur der Neumitglieder nicht nur ein Passivum darstellt, sondern auch ein Aktivum, nicht nur eine Hypothek, sondern auch ein Kapital. In den letzten zehn Jahren dienten uns diese Länder als Versuchsfelder der Globalisierung. Ungeachtet aller Risiken werden wir mit ihrer Hilfe vielleicht im Stande sein, eine ganze Reihe institutioneller Rigiditäten (Staatspaternalismus, Korporatismus, Überregulierung usw.) zu überwinden, eine Unbeweglichkeit, die die private Initiative im Inland bremst und unsere Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt untergräbt. Es ist höchste Zeit, von ihnen einige kapitalistische bzw. bürgerliche Tugenden zu erlernen (oder sie mit ihrer Hilfe wiederzubeleben), zum Beispiel die Fähigkeit, hart zu arbeiten, mehr Risikobereitschaft, Umgang mit Netzwerken, zivilgesellschaftliches Selbstbewusstsein. Vielleicht können wir die Standards des sozialen Europa nur auf diese Weise aufrecht erhalten.«

Ich bin mir völlig darüber im klaren, dass ein Teil dieses Rasonnements

in Österreich bereits von Jörg Haider besetzt ist. Gewiss, die FPÖ verknüpft ihre Kritik am Korporatismus mit heftiger Anti-Erweiterungs-Rhetorik. Sie befürwortet eine langatmige Vorbereitungsphase, will den Beitrittskandidaten keine Versprechungen machen, stellt zusätzliche Bedingungen (etwa die Abschaffung der Benes-Dekrete) und demonstriert eine starke Fremdenfeindlichkeit. Es liegt mir fern, Haiders Herangehensweise an die EU-Erweiterung mit der Gusenbauers gleichzusetzen, ich muss aber doch feststellen, dass der Autor um fünf vor Zwölf vor dem Beitritt noch immer mit einem Fuß in der Falle der Freiheitlichen festhängt. Nolens volens hat er sich darin verfangen, wenn er dem Leser versichert: Wir Sozialdemokraten treten für eine »gut vorbereitete« Erweiterung ein; wir wollen den Beitrittsprozess durch »vernünftige Politik« und Bürgerbeteiligung regeln. Mit anderen Worten: Keine Panik! Geht es nach uns, werden wir dafür sorgen, dass sich die neuen Mitglieder an unsere Normen anpassen. Gusenbauer ist sich sicher: Die europäische Integration ist »zunehmend zu einem Projekt der europäischen Sozialdemokratie geworden«.

Genau dies meinte ich,
als ich Gusenbauers Argumentation als defensiv bezeichnete und ihm vorwarf, sein Ansatz beruhe auf Schadensbegrenzung und einer kurz-sichtigen Version von Realpolitik. Das andere Extrem bestünde in einer Liebeserklärung an Osteuropa und/oder in einer moralischen Selbstverpflichtung ihm gegenüber. Zwischen diesen beiden Positionen bleibt jedoch genügend Raum für die nüchterne Feststellung, dass die Europäische Union das »andere Europa« heute dringend braucht. Und dieser Bedarf bezieht sich nicht nur auf Osteuropas Arbeitskräfte, Warenmärkte und Investitionschancen, auch nicht nur auf seinen geopolitischen Status, sondern vor allem – und vermehrt – auf die Bedeutung der Normen, Fertigkeiten und Werte seiner Bürger für das, was nach dem Wohlfahrtskapitalismus kommen mag. Die Anerkennung dieser Tatsache ist meiner Überzeugung nach die Vorbedingung für eine – man verzeihe das Oxymoron – weitsichtige Realpolitik für morgen. Allerdings setzt diese neue Zukunftsvision voraus, dass man zunächst einmal die alte in Frage stellt. Dazu gehört auch die österreichische Identität, die noch immer auf dem Selbstbild vom Parlamentär und Sanitäter zu beruhen scheint:

Österreich, das Land, das den schwächeren Nachbarn hilft, aus purem Altruismus.

Wien, im Februar 2003

Aus dem Englischen von Bodo Schulze

Anmerkungen

- 1 Vgl. Janos M. Kovacs, »Haider in Ungarn. Notizen zum postmodernen Populismus«, in: *Transit* 11, 1996, S. 182-198, sowie »Unsichere Geister. Populisten und Liberale im postkommunistischen Ungarn«, in: Peter L. Berger (Hg.), *Die Grenzen der Gemeinschaft*, Gütersloh 1997, S. 199-251.

»Wir müssen uns mit den bestehenden Problemen beschäftigen und Lösungen entwickeln«, fordert Alfred Gusenbauer. Recht hat er! »Die Abgehobenheit der politischen Inhalte wird oft begleitet von einer Abgehobenheit des politischen Stils.« Wie wahr! Wenn vollmundige Versprechen gemacht werden, die niemals erfüllt werden können, bekommen die Menschen den Eindruck, »dass eine Partei nicht kompetent genug sei, ihre Probleme zu lösen«. Bravo! »Wir wollen uns«, fährt Gusenbauer fort, »nicht über die Tatsache beklagen, dass an die Sozialdemokratie auch hier wieder strengere Maßstäbe angelegt werden als an die Rechte.« Ach so?

Eine Mixtur aus Selbstverständlichkeiten und Selbstgerechtigkeiten ergibt noch kein Strategiepapier. Wo die Diagnose lückenhaft bleibt, ist auch keine wirksame Therapie zu erwarten. So blendet Gusenbauer systematisch den aktiven Beitrag europäischer Sozialdemokraten und Sozialisten zum Aufstieg rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien und Parteiführer aus. Dass der Linksmachiavellist François Mitterrand die Nationale Front (FN) durch Wahlrechtsreformen gefördert hat, um die Mehrheitsfähigkeit der französischen Mitte-Rechts-Parteien zu zerstören, ist kein Geheimnis. Und dass die SPÖ bislang keinerlei Berührungängste gegenüber der FPÖ hatte, wann immer es um die eigene Macht ging, wissen wir seit Bruno Kreisky.

Wenn zwei das gleiche tun, ist es freilich noch lange nicht dasselbe. Deshalb kann Gusenbauer in aller Unschuld »Haltet den Dieb!« rufen. Fast beiläufig formuliert er die Behauptung, Mitte-Rechts-Parteien gäben »viel zu früh« den »Lockungen der Macht nach« und bewegten sich »gemeinsam mit ihrem Partner hin zu den äußersten Grenzen dessen, was in einer Demokratie noch akzeptabel ist«. Ein massiver Vorwurf – und zudem ein Beispiel für die Unsitte, den politischen Gegner als unanständig hinzustellen. Der Blick nach Frankreich hätte Gusenbauer eines Besseren belehrt. Dort sind die bürgerlichen Parteien der Strategie Jacques Chiracs gefolgt, jegliche Kooperation und Koalition mit der FN zu verweigern – auch um den Preis des Verlusts parlamentarischer Mehrheiten. Nicht anders in Deutschland: Wann immer dort im Lauf der vergangenen Jahrzehnte

NPD, DVU (Deutsche Volksunion) oder REPs (»Republikaner«) kommunale oder regionale Wahlerfolge erzielten, wurde den Unionsparteien CDU und CSU zwar unterstellt, sie würden um der Macht willen über kurz oder lang eine »Haselnusskoalition« (schwarz-braun) anstreben. Doch nichts dergleichen passierte. Die von den deutschen Christdemokraten systematisch ausgegrenzten Rechtsradikalen verschwanden oft schon nach einer Legislaturperiode wieder aus den Gemeinde- und Landesparlamenten.

Populistische Anti-Politik bezieht ihre Magie aus dem pathetischen Gestus der Rebellion gegen das Establishment – hier ist Gusenbauer zuzustimmen. Damit ist zugleich erklärt, weshalb populistische Parteien dazu verurteilt sind, an ihrem Erfolg zu scheitern. Sobald sie nämlich selbst zum Establishment gehören, setzt der Prozess der Entzauberung ein – so ist es Haider's FPÖ in Österreich ergangen und der Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden, so ergeht es auch der »Schill-Partei« im Hamburger Rathaus. Eine ähnliche Erfahrung machen übrigens linksradikale und linkspopulistische Parteien – wie zum Beispiel die ostdeutsche PDS in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern und im Berliner Rathaus.

Zu den Erfolgsrezepten radikaler und populistischer Parteien gehört – das betont Gusenbauer zu Recht – die Reduktion der komplexen Wirklichkeit auf scheinbar klare Antagonismen. Allerdings bedient sich auch sein Strategiepapier eines binären Codes, der keineswegs so voraussetzungslos ist, wie er auf den ersten Blick anmuten mag.

Ganz traditionalistisch unterscheidet Gusenbauer zwischen »der« Linken und »der« Rechten – als hätte es so innovative Ansätze wie die »New Democrats« (Bill Clinton), den »Third Way« (Tony Blair) oder die »Neue Mitte« (Gerhard Schröder) nie gegeben. Ebenfalls ganz traditionalistisch läßt Gusenbauer das Links-Rechts-Schema moralisch auf: Die Linke ist weltoffen, die Rechte macht Grenzen dicht. Doch halt! Waren es nicht vor allem Mitte-Rechts-Parteien, die das Projekt der europäischen Einigung, einschließlich der EU-Erweiterung, initiiert und maßgeblich vorangetrieben haben?

Auffällig ist die begriffliche Unklarheit des Strategiepapiers bei der Bezeichnung seines Gegenstands. Es grenzt Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus nicht gegeneinander ab, sondern wirft alles in einen Topf. Da ist ständig die Rede von der »Rechten« – und

dazwischen von der »neuen Rechten«, der »radikal populistischen Rechten«, der »nationalistischen und populistischen Rechten«, dem »gesamten rechtsextremen populistischen Spektrum«, den »neueren rechtsextremen Parteien«, natürlich auch dem »Rechtspopulismus« und schließlich sogar den »Populisten« schlechthin. Mit Sympathie für Rechtspopulismus hat es nichts zu tun, wenn man darauf aufmerksam macht, dass es einen prinzipiellen Unterschied gibt zwischen Gruppierungen, die den gewaltsamen Umsturz der freiheitlichen Demokratie anstreben, und Parteien, die den liberalen Verfassungsstaat nicht in Frage stellen.

Die begriffliche Unklarheit ist vermutlich Teil einer Delegitimierungsstrategie, deren eigentliches Ziel die Mitte-Rechts-Parteien sind. Auch ihnen pappt Gusenbauer gelegentlich das Allerweltsetikett »die Rechte« ans Revers. Da Christdemokraten und Konservative zumindest halbe »Rechte« sind und daher (so dürfen wir schlussfolgern) eine größere Nähe zur braunen Schmutzdecke aufweisen als Sozialdemokraten und Sozialisten, sind sie – im Gegensatz zur demokratischen Linken – weder fähig noch befugt, den rechtspopulistischen Tiger zu reiten.

Zur sozialdemokratischen Freund-Feind-Unterscheidung gehört auch Gusenbauers Einteilung der Liberalen in eine gute Fraktion ohne das Präfix »Neo-« und eine böse mit diesem Zusatz. So nimmt es auch nicht wunder, dass Rechtspopulisten neoliberalen Gedankengut durchaus aufgeschlossen sein sollen – ihr wirtschaftspolitischer Standort liegt angeblich irgendwo »zwischen Neoliberalismus und radikalem Protektionismus«.

Gewiss, der rasante Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft erzeugt Ängste – aber ist es in der Hauptsache die Globalisierung, die den Reformdruck erzeugt? Bedroht nicht vor allem auch die dramatische Alterung der europäischen Gesellschaften – also ein hausgemachtes Problem – die Stabilität des Renten- und Gesundheitssystems? Für Gusenbauer scheint das eher ein Seitenthema zu sein: »Und daneben (sic!)«, merkt er an, »werden die endlosen Debatten über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme fortgeführt, wobei immer auf die Vorteile geschielt wird, die andere geographische Standorte bieten«. Vielleicht sind es weniger die »endlosen Debatten«, die Unsicherheit erzeugen, als der allzu offensichtliche Mangel an Mut, unpopuläre Wahrheiten auszusprechen.

Gusenbauer räumt ein, dass »ein nicht unbeachtlicher Teil« des Wählerpotentials der Mitte-Links-Parteien »die neue Rechte unterstützt«. Er

wendet sich gegen »die Tabuisierung bestehender Probleme« und eine »falsch verstandene *Political Correctness*«. Das alles ist lobenswert. Dennoch hätte man gern genauer gewusst, wie es zur Überschneidung der Wählerpotentiale kommt. Zufall oder nicht? Was hat es zu bedeuten, dass in einigen Regionen Ostdeutschlands ein beachtlicher Teil der Wählerschaft zeitweilig sowohl mit der PDS als auch mit der DVU sympathisiert hat? Gibt es möglicherweise eine ideologische Verwandtschaft zwischen proletarischem und völkischem Kollektivismus – mit dem westlichen Individualismus als gemeinsamem Gegner? Und: Ist der Rechtspopulismus vielleicht so etwas wie der Sozialdemokratismus des dummen Kerls?

Es gibt wohl Konjunkturen des Populismus. Im Augenblick fallen seine Aktien. Die Bruchlandung des deutschen FDP-Politikers Jürgen W. Möllemann, der seine Partei »haiderisieren« wollte, wird den Börsenkurs weiter drücken. Das ist erfreulich – aber wohl kaum ein Verdienst der »etablierten Parteien«. Woran liegt's dann? »Das Volk, der große Lümmel« (Heinrich Heine) hat anscheinend begriffen, dass Populisten sich zwar aufs Krawallmachen, nicht aber aufs Problemlösen verstehen.

Bonn, im Dezember 2002

Claus Offe

Ein brenzlicher Geruch steigt auf aus verschiedenen Räumen des »gemeinsamen europäischen Hauses«. Niemand wird die Niederlage der Haider-Partei in den österreichischen Wahlen vom November 2002 als ein Signal der Entwarnung missverstehen. Alfred Gusenbauer hat recht mit der These, dass wir es bei den rechtspopulistischen Parteien nicht »mit unbedeutenden Randphänomenen westlicher Demokratien zu tun« haben. Die Frage ist deshalb, von welchen Entwicklungen und Strategien man sich eine Eindämmung der neuen rechtspopulistischen Parteien und ihrer Wahlerfolge versprechen kann.

Mit diesen Parteien hat ein Typ von Akteuren in den europäischen Demokratien Einzug gehalten, den man auf der Rechts-Links-Achse schwer lokalisieren kann. Jedenfalls dann nicht, wenn man, wie es weithin üblich ist, die Liebhaber von Deregulierung und Privatisierung einerseits, und die Verteidiger konservativer Werte in Schule, Familie und Medien andererseits der »Rechten« zurechnet – das ergibt eine recht bunte Mischung. Das rechte Ende des Spektrums hat sich sozusagen in drei Richtungen verzweigt, die Marktliberalen, die Konservativen und die Vulgärnationalisten. Der »populistische« Stil ihrer Mobilisierung weist bei den neuen Rechten Merkmale auf, die bei den Kampagnen der Marktliberalen wie der Konservativen kaum anzutreffen sind.

Dazu gehören die hohe Personalisierung einer leitenden Figur, die oft außerhalb der offiziellen Kanäle der Politik den direkten Kontakt zum »einfachen« Volk sucht, das mit einfachen Wahrheiten und protektionistischen Versprechungen ins Wohlgefühl einer homogenen Gemeinschaft mit einheitlichem Willen versetzt wird. Dieser durch die Führungsfigur vermittelten Einheit stehen eine Reihe von inneren und äußeren Feinden und ängstigenden Akteuren gegenüber. Ihnen wird mit häufig rüpelhaften, nicht immer nur verbalen Attacken der Kampf angesagt. Vulgär und tückisch sind auch die Mittel, mit denen im Inneren dieser Parteien Positionskämpfe ausgetragen und Nachfolgekrisen bewältigt werden. (Womöglich hat dieser Hang zu wüsten persönlichen Angriffen selbst auf Gesinnungsgenossen dazu geführt, dass der Erfolgstrend der Rechtspopulisten

bisweilen durch eigenes Verschulden gebrochen wurde. Dafür ließen sich österreichische, deutsche, niederländische und französische Beispiele anführen.) In Deutschland hat das antisemitische Irrlicht Möllemann versucht, dieses Erfolgsrezept auszuprobieren.

Das Protektionsversprechen, das den »kleinen Leuten« Gerechtigkeit bringen soll, stellt drei Arten von Sicherheit in Aussicht:

1. physische Sicherheit vor kriminellen Angriffen, also Polizei- und Grenzschutz und hartes Durchgreifen der Strafjustiz;
2. soziale Sicherheit für die Modernisierungs- und Europäisierungsverlierer, einschließlich des agrarischen und gewerblichen Mittelstandes;
3. die Sicherung der Märkte gegen ausländische Waren, vor allem aber des Arbeitsmarktes gegen Migranten.

Dabei werden Europa und die europäische Integration als ängstigende Ursachen der Bedrohungen herausgestellt, gegen die die neue Rechte Schutz anbietet oder fordert. Die nationalistische Gegnerschaft zur europäischen Integration ist ein Angebot auf dem politischen Markt, für das es offenbar eine wachsende Nachfrage gibt. Der manchmal plötzliche und spektakuläre Aufstieg von Figuren wie Pia Kjaersgaard in Dänemark, Umberto Bossi und Gianfranco Fini in Italien, Pim Fortuyn in den Niederlanden folgt den Pionieren des neuen Typs von Bewegungspartei wie Le Pen in Frankreich, Haider in Österreich und Carl Hagen in Norwegen. Im französischen Wahlkampf von 2002 hat Le Pen sich selbst als jemanden beschrieben, der in sozialen Angelegenheiten links steht, in wirtschaftlichen rechts und in allen anderen Angelegenheiten Nationalist ist. Daher die diffuse Zusammensetzung des Wählerpotentials des Rechtspopulismus. Wo ihre Mobilisierung Erfolg hat, gewinnen sie in der Tat aus allen politischen Lagern (außer aus dem grün-alternativen Spektrum).

Das alles ist, nicht nur für die Parteien, die Wähler verlieren, gewiss unerfreulich. Aber ist der neue Rechtspopulismus auch als eine Gefahr für den Bestand der liberalen Demokratie oder der europäischen Integration zu werten? Eine solche Gefahr ist heute nicht manifest, kann aber für die Zukunft der EU dann nicht ausgeschlossen werden, wenn sie ihre eigenen Defizite nicht bewältigt. Vielfältig wird sich, soviel ist für die Zeit nach der Osterweiterung absehbar, die Deutung prekärer sozialer Lagen als Integrationsfolge anbieten; dafür wird schon das autoritär-protektionistische Wählerpotential sorgen, das den Zusammenbruch des Staatssozialismus

unbeschädigt überlebt hat. Heute wird man allenfalls von einer mittleren Gefahrenstufe sprechen können, von einem fühlbaren Stör- und Destabilisierungspotential dieser Parteien. Die Unberechenbarkeit ihres Kampagnen- und Koalitionsverhaltens, die charakteristische Plötzlichkeit ihrer wahlpolitischen Gewinne wie Verluste, das Droh-, Protest- und Obstruktionspotential, das sie gegen etablierte Parteien und amtierende Regierungen mobilisieren können, sowie die Konzessionen, die sie diesen Parteien und Regierungen abfordern können – all das sind Anzeichen dieses Schädigungspotentials; ganz abgesehen von den Schäden, die sie an Willen und Bewusstsein erheblicher Teile der Wählerschaft und damit der politischen Kultur insgesamt anrichten können.

Angesichts dieser schädlichen Auswirkungen ist es sicher besser, alle die Dinge zu tun und Anstrengungen zu unternehmen, die Gusenbauer vorschlägt; besser jedenfalls, als sie nicht zu tun. Indes fällt auf, dass die meisten seiner Vorschläge sich auf das Design von Kommunikationsstrategien beziehen: Sie sagen nicht, was man bewirken muss, sondern wie man reden soll. Der Verfasser zählt eine Reihe von durchaus plausiblen Empfehlungen dafür auf, etwa dass man bestimmte Anliegen nicht ignorieren, einen bestimmten Eindruck nicht entstehen lassen darf, Antworten auf wichtige Fragen parat haben muss, sich mit Themen befassen muss bzw. sie nicht meiden soll, vor allem gewisse Fragen nicht der Rechten überlassen soll usw.

Nun ist selbst in einer »von den Medien beherrschten Gesellschaft« Politik nicht allein eine Sache von Sprechakten; zur Politik gehört ebenso das verantwortliche Entscheiden über Rechte und Ressourcen. Gusenbauer bezeichnet klar das »Gefühl des Unbehagens gegenüber einer Europäischen Union, deren Nutzen für die Bürger in ihrem Alltag nicht klar erkennbar ist oder ihnen nicht ausreichend erläutert wird.« Mit Verlaub – das ist eine unvollständige Bezeichnung dessen, was an Erklärungen bzw. Abhilfen für dieses »Gefühl des Unbehagens« in Betracht kommt. Denn vielleicht ist jenes Gefühl nicht durch rhetorische Erkenntnishilfe oder ausreichende Erläuterung aus der Welt zu schaffen, sondern einzig und allein dadurch, dass europäische Tatsachen geschaffen werden, deren Nutzen den »Bürgern in ihrem Alltag« ganz von alleine aufgeht. Recht allgemein heißt es in dem Papier, dass »Europa funktionieren und Ergebnisse aufweisen muss«, wenn es ein »Projekt seiner Bürger werden« soll.

Hier wäre es interessant gewesen zu erfahren, was genau gemeint ist mit dem »Funktionieren« Europas und seiner Chance, in den Augen der Bürger zum »Projekt« zu werden, das sie als ihr eigenes anerkennen. Wenn etwas noch nicht recht »funktioniert« und zum Projekt erst »werden« soll, dann gibt es offenbar Defizite. Die Politik hätte die Frage zu beantworten, worin diese Defizite bestehen und wie man sie überwinden kann – eine Auskunft, die man von ihr wohl verlangen darf.

Unter den Defiziten, die das EU-Europa belasten, ist das »Demokratie-defizit« das bekannteste. Vielleicht ist daher auch seine Überwindung, u. a. wegen der Tätigkeit des Verfassungskonvents, bereits am weitesten fortgeschritten. Ich möchte deshalb drei andere Defizite anführen, deren überzeugende Bewältigung Europa zum »Funktionieren« bringen (und gleichzeitig eine Reihe der rechtspopulistischen Mobilisierungsthemen aus dem Verkehr ziehen) könnte.

1. Europa ist keine nationalstaatliche Republik im Großformat. Während in der Geschichte neue Zuschnitte von politischen Einheiten und Herrschaftsgebieten immer entweder mit der militärischen Unterwerfung von Gebieten oder mit ihrer Befreiung einhergingen, scheiden beide Optionen für Europa aus. Die erste ohnehin, und die zweite deswegen, weil die Fusion der nationalstaatlichen Souveränitäten kein »Freiheitssurplus« böte, nicht einmal einen Gewinn an internationaler Friedenssicherung. Frei und sicher *sind* die Mitgliedstaaten bereits. Auch die Suche nach dem einenden Band der europäischen Kultur und einer darauf gegründeten europäischen Identität sollte als ergebnislos abgebrochen werden. Jedenfalls wird die positive Selbstbeschreibung (und implizite Selbstverpflichtung) von Personen als »Europäer« auf lange Sicht ein Elitenphänomen bleiben. Daran können auch die aktuellen Versuche nicht viel ändern, Europa eine negative Identität zu verpassen und es entweder durch seinen Kontrast zur islamischen Welt zu definieren, wie Konservative es gern tun, oder durch den (nur vermeintlich) »linken« Kontrast zu den Vereinigten Staaten. Demnach wird die EU ein Staatenverbund werden und bleiben, in dem seine Mitglieder geringere oder größere Teile ihrer Souveränität auf supranationale Instanzen übertragen. Das Defizit an europäischen Identitätsgefühlen ist leicht erklärbar und in seinen Folgen harmlos; gegen die nationale kann eine »europäische« Identität ohnehin nicht ankommen.

2. Weitaus beunruhigender ist ein anderes Defizit – das Defizit an nationalstaatlicher Regierungsfähigkeit. Zwar bleiben wichtige Bereiche

der Politik – Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die Bereiche Arbeitsmarkt und Beschäftigung – nominell in nationalstaatlicher Zuständigkeit. Aber die Tatsachen des europäischen Wettbewerbs, der Europäischen Zentralbank und zunehmend auch die europäischen Rechtsnormen mit ihren direkten Effekten wirken darin zusammen, entweder die Probleme in den genannten Politikbereichen zu verschärfen oder nationale Regierungen daran zu hindern, diese Probleme mit nationalstaatlichen Bordmitteln zu bewältigen. Dieses Defizit an nationalstaatlicher Aktionsfähigkeit könnte nur dann überwunden werden, wenn

3. das EU-Defizit an *supranationaler* Regierungs- und Entscheidungskompetenz ausgeglichen würde. Es ist bekannt, was dazu nötig wäre: ein Entscheidungsverfahren, das so leistungsfähig ist, dass jede Norm für die gesamte EU durchgesetzt werden kann, sofern bei der Beschlussfassung eine absolute Mehrheit sowohl der Staaten wie der von ihren Regierungen vertretenen Bürger für diese Norm votiert. Ebenso nötig wären europäische fiskalische Hoheitsrechte, die es der EU erlauben würden, nach Maßgabe dieser Entscheidungsregel Steuern zu erheben und diese mit der beabsichtigten Wirkung einer Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten für europäische Zwecke auszugeben. Auf diese Weise könnte nämlich das Niveau der Politik- und Steuerungsfähigkeit, das auf nationalstaatlicher Ebene verlorengegangen ist, auf *supranationaler* Ebene wiederhergestellt werden.

Wenn auf diese Weise z.B. eine gesamteuropäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik zustande käme, dann brauchte der »Nutzen Europas für die Bürger in ihrem Alltag« ihnen nicht mehr »erläutert« zu werden; er läge auf der Hand. Statt die Identität der Bürger zu europäisieren, liefe das auf die politische Anstrengung hinaus, Europa zur Agentur einer die Mitgliedstaaten in ihrer Gesamtheit begünstigenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu machen, zur Baustelle einer spezifisch europäischen Version des regulierten Kapitalismus. Wenn das gelänge, dann entfielen zum großen Teil die Ängste, die Nährboden und Erfolgsbedingung der rechtspopulistischen Mobilisierung bilden.

Berlin, im Dezember 2002

Alfred Gusenbauer
EINE REPLIK

Einleitend sei auf den Zweck und den Entstehungszusammenhang meines Papiers hingewiesen: Der Text ist als Diskussionsanstoß für strategische Überlegungen der europäischen Mitte-Links-Parteien in der Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten gedacht. Weder liegt ihm somit ein wissenschaftlicher Anspruch zugrunde, noch kann oder soll er das Ende eines politischen Diskussionsprozesses vorwegnehmen.

Wie notwendig es ist, diese Debatte – auch über den Kreis der gemäßigten Linken hinaus – endlich ernsthaft zu führen, beweisen nicht zuletzt manche der Kommentare: Es wird die politische Mitte nicht stärken, wenn sie das Phänomen der neuen radikalen Rechten lediglich zum Anlass nimmt, den jeweils anderen Teil des gemäßigten Spektrums zu denunzieren. Meine Absicht ist das jedenfalls nicht.

Ich möchte kurz auf fünf in den Kommentaren angesprochene Fragestellungen eingehen: die Unterscheidung zwischen der gemäßigten und der radikalen Rechten, die Rolle und die Aufgaben des Staats, den europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozess, das Verhalten der Mitte-Parteien gegenüber der radikalen Rechten und schließlich insbesondere das Verhalten der Sozialdemokratie.

Gemäßigte und radikale Rechte

Kurt Biedenkopf und Michael Mertes behaupten, ich würde »eigentlich« keine Unterscheidung zwischen der gemäßigten und der radikalen Rechten vornehmen, mich also der »Gefahr des Rechtsextremismus [bedienen], um die ›Rechte‹ insgesamt in Haft zu nehmen« (Biedenkopf).

Das ist natürlich eine Unterstellung. Die definatorische Unschärfe, die ich gern konzedere, hat mit dem Gegenstand zu tun: Die radikale Rechte tritt vielgestaltig auf. Deshalb habe ich mich auch bemüht, in aller Knappheit die gemeinsamen Elemente dieser Parteien und Bewegungen zu definieren – von der Ablehnung eines gemeinsamen Europa bis zur Ausländerfeindlichkeit.

Ich mag mich freilich nicht mit der allzu einfachen Unterscheidung zwischen jenen, »die den gewaltsamen Umsturz der freiheitlichen Demokratie anstreben, und Parteien, die den liberalen Verfassungsstaat nicht in Frage stellen« (Mertes), zufrieden geben. Diese traditionelle Definition des Rechtsextremismus wird jener breiten Grauzone, in der sich gerade Politiker wie Haider, Fortuyn oder Berlusconi bewegen, nicht gerecht. Wenn die italienische Regierung etwa das Rechtssystem nach den sehr persönlichen Bedürfnissen ihres Führers umgestaltet, liegt dann bereits der Tatbestand des Extremismus vor oder nicht?

Am ehesten scheint mir noch der Begriff der »(neuen) radikalen Rechten« brauchbar, wie ihn Dietmar Loch verwendet. Loch subsumiert die verschiedenen Erscheinungsformen am rechten Rand, auch den Rechtspopulismus, unter diesem Terminus: »Unter der Vielzahl der in der internationalen Forschung verwendeten Begriffe (...) wird hier u.a. aus Gründen der Abgrenzung von der durch die Totalitarismustheorie und der in Deutschland durch den Bundesverfassungsschutz geprägten Terminologie der Begriff der radikalen Rechten benutzt. Er impliziert dabei den im Kontext der Denationalisierung stehenden Bezug auf einen Nationalpopulismus, wobei der Populismus im wesentlichen als politischer Stil betrachtet wird. Als ›neu‹ kann die radikale Rechte dann bezeichnet werden, wenn sie sich auf den in den meisten westlichen Demokratien zu beobachtenden und ›mit der Jahreszahl 1968 symbolisch zusammengefassten sozialen und kulturellen Wandel‹ (...) und (...) eben auch auf die Globalisierung bzw. Denationalisierung bezieht.«¹

Jedenfalls liegt es mir völlig fern, einen grundlegenden Unterschied zwischen Mitte-Rechts-Parteien und der radikalen Rechten zu leugnen. Das wäre, hier ist Mertes zuzustimmen, etwa angesichts des Verhaltens der französischen Rechtsparteien gegenüber Le Pen nachgerade absurd.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich auch gemäßigte Rechtsparteien ab und an Methoden der radikalen Rechten bedienen. Ich erinnere beispielsweise an die umstrittenen Unterschriftenaktionen gegen Ausländer, die der CDU-Ministerpräsident Koch im hessischen Wahlkampf zu verantworten hatte.

Ralf Dahrendorf hat vollkommen recht: »Der schleichende Autoritarismus moderner Demokratien ist selbst eine populismusfördernde Tendenz.« Dass sich die politischen Eliten des Mainstream dieser Verlockung widersetzen, über einen Kodex legitimer Mittel und Instrumente der poli-

tischen Auseinandersetzung verständigen und sich auf die Stärken der parlamentarischen Demokratie besinnen – das wäre doch ein schönes Projekt für die vielbeschworene politische Mitte!

Rolle und Aufgaben des Staats

Ein solches Projekt wäre allemal lohnender, als sich mit Biedenkopfs simplistischer Gegenüberstellung von bevormundendem Staat und freiem Individuum auseinandersetzen zu müssen. Diese höchst seltsame Dichotomie liegt Biedenkopfs Hauptvorwurf an mich zugrunde: Da er den Staat ausschließlich als Instrument der Bevormundung denkt, ich aber meinerseits dem Staat bestimmte Aufgaben zuschreibe, unterstellt Biedenkopf mir die Perpetuierung des »Teufelskreises« obrigkeitsstaatlicher Konzeptionen. Ich stünde demnach an der Seite jener, die die Freiheit der Individuen einschränken wollen und die »sozialstaatliche Refeudalisierung unseres Gemeinwesens« befürworten, während in Biedenkopfs Augen die weitestgehende Zurückdrängung staatlichen Regelungsanspruchs angesagt wäre.

In Biedenkopfs Zerrbild des real existierenden Wohlfahrtsstaats tummeln sich geknechtete, von anonymen Bürokratien existentiell abhängige Menschen, weil »die Linksextremen« (sic!) »ihr politisches Geschäft mit der (...) Angst vor Armut, dem Verlust sozialer Sicherheit, Arbeitslosigkeit und der Überforderung durch die Moderne und die Globalisierung« machen.

Meint Biedenkopf im Ernst, all jene, die in der einen oder anderen Form für die wohlfahrtsstaatliche Absicherung von Lebensrisiken eintreten, also etwa auch die Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft, wären Linksextreme?

Solche Schwarz-Weiß-Malerei sollten wir tunlichst vermeiden. In die Irre führen aus meiner Sicht sowohl der Staatsfetischismus der traditionellen Linken als auch die neoliberale Ideologie vom einzelnen, der Freiheit und Selbstbestimmung vermeintlich zuallererst aus der Absenz staatlichen Wirkens bezieht.

Die Welt ist komplexer. Wenn ich davon spreche, den Staat neu zu erfinden, dann geht es mir im Kern genau darum, seine paternalistischen Auswüchse zu beseitigen. Neben seinen geradezu selbstverständlichen Funktionen, nämlich Akteur im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu sein

und den demokratischen Interessenausgleich zu garantieren, muss der Staat ein optimaler Dienstleister sein.

Dass dabei stets die Gefahr der Bürokratisierung, der Überregulierung und des Arrogierens von Privilegien und Besitzständen besteht, ist unbestritten. Solches ist aber nicht zwingende Konsequenz jedes staatlichen Handelns. Ich insistiere auf einer modernen Staatskonzeption, die durch Selbstbeschränkung auf die Vorgabe von Rahmenbedingungen und Standards, durch ein aktivierendes Modell sozialer Sicherung sowie durch ein qualitativ anspruchsvolles Angebot an öffentlichen Gütern gekennzeichnet ist.

Wahrscheinlich wäre ein brauchbares Kriterium für gutes staatliches Handeln, inwieweit es die Lebenschancen und damit die Freiheit des einzelnen stärkt. Insofern ist beispielsweise die Investition des Staats in ein allen zugängliches und hochwertiges Bildungssystem keine Bevormundung, die Abhängigkeit erzeugt, sondern im Gegenteil die Bedingung der Möglichkeit von mehr Autonomie, also Freiheit.

Um zur radikalen Rechten zurückzukehren: John Gray rät den Parteien der Mitte sehr zu Recht, die soziale und politische Destabilisierung als Folge der Globalisierung im Auge zu behalten und nicht durch neoliberale Wirtschaftspolitik zu verschärfen, weil sonst die Gefahr des Rechtsextremismus in Europa nicht gebannt werden kann.

Der europäische Einigungs- und Erweiterungsprozess

Diesem Befund korrespondiert denn auch Claus Offes Eintreten für eine europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik – in gleicher Weise ein Plädoyer für aktives staatliches Handeln und nicht für einen Nachwächterstaat nach Biedenkopfs Muster.

In der Tat bildet die Rückgewinnung von Handlungs- und Steuerungskompetenz auf supranationaler Ebene die derzeit wohl größte politische Herausforderung. Und sowohl Offe als auch Gray haben recht, wenn sie mehr als aufmunternde Rhetorik einfordern, selbst wenn nicht unterschätzt werden sollte, dass Diskurse auch die Wahrnehmung von Sachverhalten beeinflussen.

Gleichzeitig zeigen diese beiden Kommentare aber, vor welchen politischen Problemen wir auf europapolitischem Gebiet stehen. Spiegelt Grays Beitrag jene Skepsis gegenüber dem Transfer von Kompetenzen nach Brüs-

sel wider, die die britische Haltung in dieser Frage generell kennzeichnet, so sieht Offe gerade in einem gestärkten – und demokratisch organisierten – Europa eine Antwort auf die von der radikalen Rechten geschürten Ängste.

Bereits diese beiden Texte belegen, wie weit auseinander die herrschenden Vorstellungen für die Zukunft Europas liegen – auch schon vor der Erweiterung. Selbst wenn ich in Offes Richtung tendiere: gerade die Entleerung der *nationalstaatlichen* Steuerungskompetenz – und nicht der Steuerungskompetenz *an sich* – bildet einen besonderen Nährboden für die radikale Rechte.

Vor diesem Hintergrund wäre wohl eher eine Debatte über die bestmögliche Balance von Handlungskompetenzen zwischen supranationaler und nationalstaatlicher Ebene zu führen, wobei das von Offe formulierte Kriterium als Ausgangspunkt dienen könnte, nämlich »Europa zur Agentur einer die Mitgliedstaaten in ihrer Gesamtheit begünstigenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu machen«.

Diese Anforderung wird im Kontext der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union selbstverständlich verschärft. Bringt diese in den Augen der Bürgerinnen und Bürger vorwiegend Nachteile, so wird dies dem europäischen Projekt wohl kaum gut tun.

Janos Matyas Kovacs irrt, wenn er meint, ich würde eine gute Vorbereitung des Erweiterungsprozesses primär in den Beitrittsländern einmahnen. Im Gegenteil: Mir ist auch in diesem Zusammenhang jeder Paternalismus zuwider, und ich bewundere die bemerkenswerte Dynamik der Kandidatenländer, gerade angesichts von Desinteresse und Überheblichkeit seitens zumindest mancher EU-Länder.

Vielmehr vermisse ich entsprechende Vorarbeiten innerhalb der heutigen Mitgliedsländer. Ich nenne nur ein paar Beispiele aus Österreich: Weder ist die Verkehrsinfrastruktur in der Ostregion des Landes auf den prognostizierten Bedarf vorbereitet, noch erkenne ich besondere Initiativen der Regierung zur Unterstützung der Unternehmen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Grenzgebieten. Das Erlernen der Sprachen unserer Nachbarn wird, von einigen lobenswerten Ausnahmen abgesehen, vollkommen vernachlässigt. Allenfalls gerät der kulturelle Austausch langsam in Gang.

Meine Kritik richtet sich keineswegs gegen die Normen, Kompetenzen und Werte, die heute in den Beitrittsländern herrschen, sondern gegen

derartige Versäumnisse – die übrigens nicht nur in Österreich festzustellen sind. Wird die Erweiterung von der Bevölkerung als Bedrohung gesehen, die primär Arbeitsplatzrisiken und täglichen Verkehrsstau bringt, hilft das niemandem – außer der radikalen Rechten.

*Die Parteien der Mitte und ihr Verhalten gegenüber
der radikalen Rechten*

Bleiben wir bei der österreichischen Situation. Kovacs, Mertes und Biedenkopf drücken so etwas wie Achtung oder gar Bewunderung für die angebliche Strategie der österreichischen Konservativen aus, die Haider-FPÖ durch Einbeziehung in eine Regierungskoalition gleichsam auszuschalten.

Diese Sicht der Dinge geht zunächst von der durchaus korrekten Annahme aus, dass Protestparteien dieses Schlages nicht besonders gut regieren können. Sachliche Zwänge sowie eine in Koalitionen notwendige Kompromissbereitschaft führen zum Aufbrechen von Widersprüchen zwischen populistischer Agenda und diszipliniertem Regieren.

So weit, so gut. Solche Widersprüche müssen gleichwohl nicht unbedingt eine Selbstbeschädigung nach sich ziehen. Es hat vor allem mit den konkreten Akteuren innerhalb der FPÖ zu tun, dass es zu einer derart dramatischen Parteikrise und in der Folge zu Neuwahlen gekommen ist.

Machen wir uns nichts vor: Bis zu diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen war weiterhin ein gutes Fünftel der Wählerinnen und Wähler auf Seiten der FPÖ und ihrer inhaltlichen Agenda – nach immerhin zweieinhalb Jahren in Regierungsverantwortung. Dieses Potential ist nicht binnen weniger Tage verschwunden.

Ich kann beim besten Willen nichts Positives an der Koalition einer gemäßigten Partei mit einer Partei der radikalen Rechten finden. Gerade die ÖVP hat dies auch nicht mit dem Ziel der Dezimierung des rechten Rands getan: Sonst hätte sie nicht gemeinsam mit der FPÖ Proporz der übelsten Sorte betrieben. Sonst hätte sie auch nicht neuerlich eine solche Koalition gebildet, obwohl ihr andere Optionen sehr wohl offenstanden.

Die ÖVP hat einen Dambruch im Hinblick auf die Regierungsbeteiligung der radikalen Rechten zu verantworten, sie hat ein Beispiel gesetzt, dem andere europäische Länder gefolgt sind.

Hierbei handelt es sich nicht um ein moralisches, sondern um ein höchst politisches Problem: Gerade angesichts der Regierungslastigkeit der euro-

päischen Institutionen halte ich es für besonders bedenklich, der radikalen Rechten vielerorts Regierungsverantwortung zu ermöglichen.

Ich bleibe dabei: Die ÖVP hat die radikale Rechte hoffähig gemacht und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil ihre Agenda übernommen bzw. unterstützt, etwa in der Asyl- oder der Justizpolitik. Wenn Mertes schon zu Recht auf die diesbezüglich vorbildliche Haltung der gemäßigten Rechten in Frankreich verweist, dann sollte er auch nicht verschweigen, dass einst gerade Jacques Chirac seinen österreichischen Parteifreund eindringlich vor einer Zusammenarbeit mit der FPÖ gewarnt hat.

Das Verhalten der Sozialdemokratie

Die österreichische Sozialdemokratie hat sich hier nichts vorzuwerfen. Wenn Mertes und Kovacs suggerieren, die SPÖ hätte ihrerseits in der Vergangenheit mit der FPÖ kooperiert, deshalb dürfe sie heute nicht die ÖVP kritisieren, so darf ich daran erinnern, dass die SPÖ 1986, als Haider die Macht in der FPÖ übernahm und damit ihren rechtspopulistischen Kurs begründete, sofort die Koalition aufkündigte und seither konsequent eine Zusammenarbeit mit dieser Partei ausschließt. Im Unterschied zu den Konservativen hat die SPÖ auch nie Jörg Haider zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt.

Dass die Sozialdemokratie indes ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für den Aufstieg der neuen radikalen Rechten trägt, habe ich in meinem Papier ohnehin klar zum Ausdruck gebracht. Sowohl der Versuch, Politikelemente und Rhetorik der Rechten in die eigene Agenda zu inkorporieren, als auch Realitätsverweigerung angesichts gewandelter gesellschaftlicher Verhältnisse sind vorrangig zu nennen.

Dass jene, die sich von der Sozialdemokratie enttäuscht abgewendet haben, ihre Stimme einem nicht unbeträchtlichen Teil der neuen radikalen Rechten gegeben haben, ist richtig. Mertes' Frage freilich, ob darob »der Rechtspopulismus vielleicht so etwas wie der Sozialdemokratismus des dummen Kerls« sei, wird dadurch nicht klüger.

Bis zu den letzten Wahlen nämlich haben *beide* österreichischen Mitte-Parteien in etwa gleichem Ausmaß an die FPÖ Stimmen verloren. Das wird übrigens auch bei der Kommentierung der Wahlen vom letzten Herbst oft übersehen: Der Erfolg der Konservativen beruht zu einem ganz beträchtlichen Teil auf der Rückholung ihrer eigenen früheren Wähler.

Die radikale Rechte zielte in Österreich auf ein überkommenes politisches System, das zwar die früher garantierten Sicherheiten nicht mehr aufrechterhalten konnte, seine Machtansprüche und Ausschließungsstrategien aber beibehielt. Getragen war dieses System von beiden traditionellen Lagern. Mit vordergründig einfachen Scheinantworten lockte die FPÖ folgerichtig auch Anhänger aus beiden Lagern an.

Das Problem heute ist, dass sich dieses System aber durch die Regierungsbeteiligung der Haider-Partei nicht strukturell gewandelt, sondern nachgerade stabilisiert hat und dass sich seine autoritären Züge verschärft haben. Der Proporz trägt andere Farben, verschwunden ist er nicht.

Munition für vielleicht neue populistische Bewegungen bedeutet dies allemal. Sogar die FPÖ könnte nach einiger Zeit wieder die Rolle wechseln und den Protest erneut auf ihre Fahnen heften.

Eine überzeugende politische Antwort der linken wie der rechten Mitte – ja, ich beharre auf dem Unterschied zwischen links und rechts – kann meines Erachtens nur in einem Zugang zu gesellschaftlichen Problemen und politischem Handeln liegen, der sich klar von der radikalen Rechten abhebt. Wer selbst den Weg der unzulässigen Verkürzung wählt, spielt bereits das Spiel der rechten Vereinfacher.

Dem müsste man entgegentreten und auf dieser Basis einen neu formierten, ernsthaften Wettbewerb zwischen den Parteien der Mitte um die besseren politischen Lösungen beginnen. Auf diese Weise kann man den Radikalen das Wasser nachhaltig abgraben. Der Weg dorthin ist noch weit. Wie sagt Dahrendorf so richtig: »An Aufgaben für Demokraten fehlt es also nicht.«

Wien, im März 2003

Anmerkung

- 1 Dietmar Loch, »Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien: ›Geschlossen‹ gegen die ›offene Gesellschaft?‹«, in: ders./Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a.M. 2001, S. 463.

Tr@nsit

ONLINE

In Ergänzung zu der gedruckten Ausgabe von **Transit – Europäische Revue** finden sich auf der Website des IWM Originalfassungen, ergänzende Texte, Informationen und Links zu den jeweiligen Heftthemen. Tr@nsit online wird fortlaufend ergänzt.
www.iwm.at/t-forum.htm

Tr@nsit 24
[**Transit 24 – Alte und neue soziale Bewegungen im Zeichen der Globalisierung**]

Richard B. Freeman und Joel Rogers
Open Source Unionism:
Beyond Exclusive Collective Bargaining

Richard Hyman
Where Does Solidarity End?

Claus Leggewie
Transnational movements and the question of democracy

Hans-Jürgen Puhle
Old wines in new skins, or do constellations make a difference?
New global 'anti-globalism' and its challenges

Tr@nsit 23
[**Transit 23 – Avantgarde / Gewalt und Vertreibung / Litauen, Ukraine**]

Peter Demetz
Über Aviatisches – d'Annunzio, Marinetti, die Avantgarde und der Faschismus

Muriel Blaive
Tchèques, Allemands, Autrichiens: La gestion d'un passé douloureux

Bradley F. Abrams
Die Vertreibung der Sudetendeutschen und die tschechoslowakische Opposition in den 70er Jahren

Eva Hahn
Die „tschechische Frage“ von Masaryk bis Havel

Mykola Riabchuk
Ukraine: One State, Two Countries?

Commentaries:
Roman Szporluk
Why Ukrainians are Ukrainians
Tatiana Zhurzhenko
The Myth of Two Ukraines

Timothy Snyder
The Inevitability of the Unexpected: Roman Szporluk, *Russia, Ukraine, and the Breakup of the Soviet Union*, Stanford 2000

Tr@nsit 22
[**Das Gedächtnis des Jahrhunderts**]

Paul Ricoeur
Entre la mémoire et l'histoire

Pierre Nora
L'avènement mondial de la mémoire
The Reasons for the Upsurge of Memory

Charles S. Maier
'Hot' Memory and 'Cold' Memory: On the Political Half-Life of Nazism and Communism

und weitere Beiträge.



www.iwm.at

Ralf Dahrendorf
ACHT ANMERKUNGEN ZUM POPULISMUS

1.

Die Schwierigkeit beginnt schon mit dem Begriff Populismus. Er besagt, dass der Rekurs auf das Volk nicht in Ordnung ist. Jedenfalls ist Populismus ein abwertender Begriff. Aber ist nicht das Volk der Souverän, der daher die Demokratie legitimiert? Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen: des einen Populismus ist des anderen Demokratie, und umgekehrt.

Wir sind ganz einverstanden, wenn ein Politiker sagt, er werde eine große Frage – den Irak-Krieg, die Einführung des Euro – mit den Leuten diskutieren. Er habe daher eine Reihe von Versammlungen organisiert, in denen er seine Auffassung erklären und zur Diskussion stellen wolle. Noch heute wird daran erinnert, wie der britische Premierminister Gladstone seine Wähler mit stundenlangen Referaten über Unrecht traktierte, das im fernen Bulgarien begangen wurde, um eine britische Intervention zu begründen. Das war gut, es war Demokratie pur. Oder war da doch ein Schuss Populismus im Spiel?

Wir sind nämlich nicht einverstanden, wenn einer mit allen Mitteln der Rhetorik eine große Menge zu stürmischen Reaktionen bewegt. Es muss nicht gleich Goebbels' »rhetorische« Frage sein: »Wollt Ihr den totalen Krieg?« Schon eine einseitige Darstellung von Gewaltverbrechen etwa genügt. Bald entsteht eine Stimmung, die zu Pogromen führen kann. Das »Volk« wird aufgeputscht. Wir sprechen dann von Demagogie, und die Demagogie hat ein großes Register von Methoden.

Die Grenze zwischen beiden, Demokratie und Populismus, Wahlkampfdebatte und Demagogie, Diskussion und Verführung ist nicht immer leicht zu ziehen. Es ist daher Vorsicht am Platze bei der Verwendung der Begriffe. Der Populismus-Vorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente.

2.

Populismus wird rasch auch zum »Rechtspopulismus«. In der Tat verbinden die meisten den Begriff mit immer neu aus dem Boden schießenden Organisationen der politischen Rechten. Man denkt an Haider und Le Pen und Schill und vielleicht Möllemann. Doch ist auch hier Vorsicht am Platze, schon weil einige der erfolgreichsten Populisten sich so ohne weiteres nicht einordnen lassen. Der ermordete Pim Fortuyn in Holland war sicher nicht einfach ein »Rechter«.

Der Grund, warum Populismus und politische Rechte oft in einen Topf geworfen werden, liegt wohl darin, dass die Themen, an denen demagogischer Populismus aufschäumt, oft klassische Themen der Rechten sind. Heute gilt das vor allem für zwei Themen: Recht und Ordnung sowie die ganze Problematik der Asylanten und Zuwanderer und ihrer Behandlung in demokratischen Staaten.

Beide Themen enthalten eine Lehre, die zur Erklärung der Erfolge von Populisten beiträgt: erst die Berührungsangst von Liberalen und Linken hat sie explosiv gemacht. Weil also Liberale und Linke die Themen zu vermeiden suchen, können Skrupellosere aus ihnen Kapital schlagen. So ist »Recht und Ordnung« selbst zu einem politisch rechten Begriff geworden, und es ist der Eindruck entstanden, die Liberalen und Linken würden Unrecht und Unordnung tatenlos hinnehmen.

Diese Tatsache enthält schon die Antwort. Es war eine der Stärken von *New Labour*, dass zumindest der Versuch gemacht wurde, der Rechten das heikle Thema zu entreißen. *Tough on crime, tough on the causes of crime* war ein guter Slogan: Natürlich müssen Rechtsbrüche geahndet werden, aber ebenso wichtig ist es, deren Ursachen in Armut und sozialem Ausschluss zu bekämpfen. Auch im Fall der Zuwanderung gibt es jetzt ähnliche Tendenzen. Es ist legitim zu unterscheiden zwischen Asylanten aus Simbabwe und aus Südafrika. Die einen entfliehen einem mörderischen, die anderen einem konstitutionellen Regime. Es ist auch nötig, die Frage zu stellen, wie viel Zuwanderung Gemeinden ertragen können, ohne eben jene Qualitäten zu verlieren, die sie für Zuwanderer attraktiv gemacht haben.

Es ist also nicht nötig, die heikle Tagesordnung der öffentlichen Debatte denen zu überlassen, die daraus demagogisches Kapital schlagen wollen. Zugleich bleibt unleugbar, dass es befriedigende liberale und linke Antwort-

ten auf Fragen wie Recht und Ordnung oder Zuwanderung nur bedingt gibt. *New Labour* zeigt, dass es in der Praxis leichter ist, hart gegen Kriminelle vorzugehen als die Ursachen der Kriminalität zu bekämpfen. Hier ist ein Maß an Klarheit und Unversuchbarkeit von den Handelnden verlangt, das nur wenige aufbringen.

3.

Dabei hilft möglicherweise die Tatsache, dass Populisten offenbar zum Regieren unfähig sind. Der Vorteil, den sie gegenüber Demokraten im Wahlkampf haben, wird bald verspielt, wenn ihr Erfolg sie auf Ministersessel bringt. An Beispielen fehlt es gerade in jüngerer Zeit nicht: Die Bossi-Liga in Italien, die österreichische FPÖ, die niederländische Fortuyn-Partei, der Richter Schill in Hamburg – sie alle haben schlicht versagt, als sie herausgefordert waren, ihre Worte in Taten umzusetzen.

Das ist zum Teil eine Frage der Persönlichkeiten. Rechtspopulistische Führer sind oft schillernde Gestalten, die schon darum in »normalen« Parteien nicht weit kommen. Sie sind Randfiguren mit einer schrägen Attraktivität. Auch weil sie so anders sind, werden sie gewählt.

Zudem schaffen solche Populisten keine tragfähige Organisation um sich herum. Ihre Parteien sind lose gefügte Gebilde, voll von anderen ambitionierten Randfiguren, ohne programmatischen Kern und ohne organisatorische Disziplin. An ihnen zeigt sich in gewisser Weise, wofür politische Parteien am Ende doch gut sind.

Vor allem aber zeigt sich bei der Regierungsbeteiligung von Populisten, dass ihr Appeal gar nicht auf Aktion gerichtet ist. Populistische Gruppen sind Protestgruppen. Das klingt indes harmloser als es ist. Es kann immer sein, dass solche Führer und Gruppierungen so viele zur Zustimmung verführen, dass sie nicht nur Koalitionspartner, sondern sogar Alleinregierende werden. Dann wird nicht etwa ein Programm der Reform umgesetzt; dann wird vielmehr Macht als solche zementiert. Im vergleichsweise harmlosen Fall gibt es dann eine Regierung Berlusconi, die ihre Macht benutzt, um das Rechtssystem zum eigenen Vorteil auszuhebeln. Im extremeren Fall kommt ein Ermächtigungsgesetz mit allen Folgen. Insoweit ist die Regierungsunfähigkeit der Populisten selbst eine Gefahr.

4.

Nicht alle Themen für populistisches Handeln sind normalerweise auf der Rechten angesiedelt. Angesichts dessen, was meist mit Globalisierung beschrieben wird, gibt es auch so etwas wie Linkspopulismus. Oskar Lafontaine in der deutschen SPD liefert ein Beispiel dafür, einschließlich der Tatsache übrigens, dass er zum Regieren außerhalb seines Sozialhilfe-Ländchens an der Saar offenbar nicht imstande war. Die Wiederkehr betont antikapitalistischer Linksparteien in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden gehört in dasselbe Kapitel.

Auch hier wieder gilt, dass die Traditionsparteien ein Thema nicht, oder zumindest nicht in der richtigen Weise auf die Tagesordnung der politischen Debatte gesetzt haben. Sie haben die neoliberale Antwort auf die Herausforderungen globaler Märkte missverstanden als Förderung eines Kapitalismus ohne Regeln und Grenzen. Sie haben auch vergessen, dass man zwar Freiheit vor Gleichheit stellen aber dabei nicht vergessen darf, dass alle Bürger auf dem gleichen Boden der Grundrechte der Teilnahme stehen müssen. Märkte sind immer Regelwerke. Nie darf es einigen erlaubt sein, die Grundchancen anderer zu beschneiden; Privilegien und Marktkonkurrenz sind unvereinbar.

5.

Populismus ist einfach, Demokratie ist komplex: das ist am Ende vielleicht das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Formen des Bezuges auf das Volk. Man muss es noch genauer sagen. Populismus beruht auf dem bewussten Versuch der Vereinfachung von Problemen. Darin liegt sein Reiz und sein Erfolgsrezept. Das Verbrechen nimmt überhand? Wir müssen härter durchgreifen. Es kommen zu viele Asylanten ins Land? Man muss ihnen den Zugang versperren. Der globale Kapitalismus macht uns arm? Man muss seinen Protagonisten die Flügel stutzen. So einfach ist das.

Aber es ist eben nicht so einfach. Wenn Populisten regieren, merken sie das. Dann stehen sie ratlos vor der Komplexität. Sie treffen noch ein paar symbolische Entscheidungen – eine Verstärkung der Polizei, ein Gefängnis für illegale Zuwanderer, eine Rede in Porto Alegre und nicht Davos –, aber damit hat es sich dann auch. Das Gestrüpp der Probleme bleibt, ein Dickicht ohne Schneisen, eine Aufgabe für härtere Figuren als die Demagogen.

Mit Komplexität leben zu lernen – das ist vielleicht die größte Aufgabe demokratischer politischer Bildung. In reifen Demokratien wissen die Wähler, dass nicht alle Blümenträume der Politiker reifen können. Sie hören mit einer angemessenen Portion Skepsis, dass die Regierung bis September die Zahl der Asylanten halbieren und bis zum nächsten Frühjahr die Straßenverbrechen um 20% reduzieren will. Sie sind davon überzeugt, dass die Armut in der Dritten Welt eine Ursache von Konflikten bildet und wissen doch, dass diese nicht in einer Wahlperiode beseitigt werden kann. Das Leben ist nun einmal kompliziert, und Schritte in die richtige Richtung sind oft das einzige, was wir ernsthaft erhoffen können.

Für nicht-populistische Politiker bedeutet das eine selbst komplexe Aufgabe. Sie müssen die großen Vereinfachungen vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen. Das genau war ja der Witz von Gladstones Reden über das ferne Bulgarien. Das ist es übrigens auch, was Präsident Bush und Premierminister Blair in der langen Diskussionsphase vor dem Irakkrieg unter Schmerzen gelernt haben. Komplizierte Zusammenhänge verständlich zu erklären, ist eine Hauptaufgabe demokratischer politischer Führer.

6.

Wirft man vor diesem Hintergrund den Blick auf Institutionen, so kommt einem zunächst das Instrument des Referendums in den Sinn. Gemeint sind hier vor allem Volksabstimmungen mit verbindlicher Wirkung. Sie sind, so könnte man meinen, ein mögliches Instrument der Demokratie gegen den Populismus. Oder sind sie doch eher das Gegenteil, also ein populistisches Instrument gegen die Demokratie?

Auch dieses Thema – so ist die Welt! – ist komplex und verbietet einfache Antworten. Man denkt dabei zum Beispiel an den Sonderfall der Schweiz. Sie ist ein Sonderfall vor allem insofern, als sie nicht nur eine Referendumsdemokratie ist, sondern auch eine Tradition der öffentlichen Debatte im Vorfeld von Volksabstimmungen kennt, die ihresgleichen nicht hat. Ein gehöriger Prozentsatz der Wähler, vielleicht 20%, nimmt an diesen Debatten in der einen oder anderen Form teil. Das schließt populistische Parolen – gegenwärtig die des SVP-Politikers Blocher – nicht aus, begrenzt aber deren Wirkung. Dennoch muss man bezweifeln, dass die Entscheidung, nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum, also der milden

vertraglichen Bindung an die EU, beizutreten, in irgendeiner Form sachlich begründet war. Könnte es sein, dass das Instrument der Volksabstimmung ungeeignet war für diese Entscheidung?

Solche Fragen stellen sich verschärft in größeren Ländern ohne ähnliche Traditionen. Wenn in Großbritannien über den Beitritt zum Euro abgestimmt wird, dann geht es um alles Mögliche – um die Popularität der Regierung, um vermeintliche Herrschaftsansprüche der Deutschen, um Anhänglichkeit an nationale Traditionen usw. usw. –, aber sicher nicht primär um die spezifischen Auswirkungen der Währungsunion. In der Tat entsteht eine Situation, die geradezu eine Einladung an Populisten darstellt.

Wahrscheinlich ist es nötig, eine politische Theorie des Referendums zu entwickeln, die dieses Instrument auf wenige Themen grundsätzlich allgemeiner Interessen beschränkt. Der häufigen, ja regelmäßigen Forderung nach nationalen Volksabstimmungen in großen Ländern haftet jedenfalls der Duft des Populismus eher an als der der Demokratie.

7.

Diese Anmerkungen zu Populismus und Demokratie blieben diffus, wenn nicht endlich von einer Institution die Rede wäre, die den eigentlichen Schutzschild der Demokratie gegen den Populismus darstellt, vom Parlament. Der Populismus ist ja im Kern antiparlamentarisch, auch wenn er sich der Parlamentswahlen bedient, um an die Hebel der Macht zu kommen. Der Erfolg populistischer Bewegungen ist daher immer auch ein Zeugnis für die Schwäche von Parlamenten. Die parlamentarische, also repräsentative Demokratie ist das Mittel, um ein vorherrschendes Meinungsklima in konkrete und realistische Entscheidungen zu übersetzen. Wo das wirksam geschieht, bleibt für die großen Vereinfacher kein Platz. Sie bleiben, was sie rechtens sind, nämlich große Vereinfacher, die am Sonntagmorgen an der Speakers' Corner im Hyde Park ihre Tiraden von sich geben.

Das Parlament liefert im Prinzip dreierlei: einen Ort für die detaillierte Debatte von Themen, einen Ort für die Übersetzung der Debatte in Entscheidungen, und vor allem einen Ort, an dem dies nicht nur schnappschussartig, sondern über längere Zeit hin geschieht. Das Parlament übersetzt Augenblicksstimmungen in dauerhafte Entscheidungen. Das ist an

sich schon eine antipopulistische Funktion. Insofern steht das Parlament kraft Definition auf der Seite der Demokratie.

Nun sind das selbst sehr einfache Bemerkungen. Parlamente haben diese Aufgaben immer schon nur bedingt und oft unvollständig wahrgenommen. Zuweilen erliegen sie auch ihrerseits populistischen Versuchungen; selbst das britische Oberhaus hat daran mitgewirkt, Antiterrorgesetze innerhalb weniger Tage durchzupeitschen. Indes hat heute die Schwächung von Parlamenten ein viel ernsteres Ausmaß angenommen. Überall hat die Exekutive Wege gefunden, um lästige Verzögerungen und Behinderungen ihrer Handlungsfreiheit durch Parlamente zu verhindern. Generell ist das verbunden mit dem direkten Appell an »das Volk«, meist in Gestalt von Fernsehzuschauern und überhaupt Konsumenten. Der schleichende Autoritarismus moderner Demokratien ist selbst eine populismusfördernde Tendenz.

Das ist ein großes und wichtiges Thema, über das ein eigener Traktat nötig ist. So viel indes muss hier gesagt werden: den Prozess der Aushöhlung parlamentarisch-demokratischer Formen aufzuhalten und nach Kräften umzukehren, ist eines der großen Desiderate einer Politik der Freiheit heute.

8.

Parlamente existieren in Nationalstaaten und in ihren Teilen wie Ländern und Kommunen. Indes sind die Räume, in denen politische Entscheidungen heute getroffen werden, diffuser geworden. Aus gutem Grund ist zunehmend von *governance* statt von *government* die Rede. Wir werden regiert, ohne dass man mit dem Finger auf Regierungen zeigen könnte, die das bewerkstelligen. Die Diffusion der Macht reicht zudem vom Globalen bis zum Lokalen.

Das bedeutet, dass vielerorts institutionelle Lücken entstanden sind, Räume, für die wir keine demokratischen Einrichtungen haben. Das sind Orte, an denen der Bazillus des Populismus gedeiht. Vor allem aber gibt es eine große generelle Lücke zwischen Bürgern und Mächtigen. Das ist nicht nur eine Lücke des Vertrauens und der Teilnahme, sondern schon eine Lücke der Information, der Kenntnis. Diese Lücke lädt zu Verschwörungstheorien aller Art ein, mit denen Populisten immer schon gerne gespielt haben. Sie lädt zu Patentrezepten ein, die zum Werkzeugkasten von Popu-

listen gehören. Sie ist insofern eine große und wie es scheint nachhaltige Gefahr für die Freiheit. Es geht nicht nur um ein Demokratiedefizit, das sich auch aufheben ließe, es geht um eine Demokratielücke, die zu füllen das Material noch fehlt. An Aufgaben für Demokraten fehlt es also nicht.

Jacqueline Hénard

RECHTSPOPULISMUS ALS KLASSENKAMPF

Frankreich nach dem 21. April 2002

»Die politische Klasse hat gemerkt, dass sie so nicht weitermachen kann.«

Daniel Cohn-Bendit am 19. Dezember 1995 über die vermeintlichen Erkenntnisse der französischen Eliten nach den wochenlangen Massenstreiks im Herbst 1995

Manche Nacht gräbt sich mit seismischer Wucht in die Erinnerung. Jene Stunden des 10. Mai 1981 zum Beispiel, in denen Frankreich bewusst wurde, dass Francois Mitterrand es diesmal geschafft hatte. Das *peuple de gauche*, damals noch ein vergleichsweise klar abgegrenztes Milieu, machte sich auf den Weg zum Freudenfest: Gewonnen! Zeitenwende! Nieder mit dem Kapitalismus! Schluss mit der Arbeitslosigkeit, mit Fürchten und Knapsen! Auf der Bastille herrschte trotz des Nieselregens eine Stimmung, als ob das Ergebnis der Präsidentenwahl den Lauf der Erde beschleunigt hätte. Im Élysée bereitete unterdessen der Verlierer seinen Rückzug vor: Am Ende seiner Fernsehansprache würde Valéry Giscard d'Estaing vor laufender Kamera aufstehen und langsam aus dem Blickfeld gehen. In allen französischen Wohnzimmern war das Bild vom verlassenen Präsidentenstuhl zu sehen, ein Sinnbild des bürgerlichen Lebensgefühls nach der Niederlage. Den Jahrestag hat Giscard seither immer allein verbracht, für niemanden ansprechbar, ein sehr privates Requiem für die Kränkung durch das Wählervolk.

Drei Mandatsperioden später, in der Nacht des 21. April 2002, sind die Franzosen und ihre politische Klasse von einem fürchterlichen, lagerübergreifenden Kater befallen worden. Es war ein Kater ohne jeden vorhergehenden Rausch. Der Wahlkampf war dumpf und schwunglos gewesen. »Wir haben große Mühe, uns selbst zu motivieren. Es ist doch ein *remake*, bloß, dass sie jetzt alle sieben Jahre älter sind«, seufzte ein junger Mann aus der Mannschaft von Jacques Chirac, der diese Offenherzigkeit inzwischen wahrscheinlich schon von Amts wegen verdrängt hat; jetzt ist er nämlich

Regierungssprecher. Auf den ersten und auch noch auf den zweiten Blick erschien der französische Präsidentschaftswahlkampf anekdotisch-belanglos: Sechzehn Bewerber, darunter drei waschechte Trotzkiten und ein demagogisch begabter Waidmann, der die »Ländlichkeit« (*ruralité*) rehabilitieren wollte.

Das Finale schien seit Mai 1995 ausgemacht: Der Sieger von damals gegen den Mann, der überraschend knapp verloren hatte, Jacques Chirac gegen Lionel Jospin. Fünf Jahre lang hatten sie das Land als Paar wider Willen regiert, der eine als Staatspräsident, der andere als Premierminister, waren bei fast allen wichtigen Ereignissen Seite an Seite aufgetreten und hatten dem andern möglichst nach dem Mund geredet, sobald jener in den Meinungsumfragen ein Prozentpünktchen besser dastand. Schwer zu sagen nach so langem Nebeneinander, worin sie sich unterschieden, was sie jeweils anders machen wollten, und noch schwerer zu erklären, warum sie es in einem halben Jahrzehnt nicht angepackt hatten. »Jospin und Chirac sind so austauschbar wie Waschpulver – Herr Omo und Herr Ajax«, höhnte ein Herausforderer, der Linksnationalist Jean-Pierre Chevènement und fügte selbstbewusst hinzu: »Ich bin die einzige Wahl.«

Über den Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen ist in all den Wochen aus drei Gründen kaum gesprochen worden. Erstens hatte Le Pen, der angestammte Lieblingsfeind der Linken (und der französischen Journalisten), einen für seine Verhältnisse moderaten Wahlkampf gemacht: Keine negationistischen Entgleisungen, keine Raufereien mit politischen Gegnern. Das Fernsehen strahlte verpflichtungsgemäß seine Wahlkampfspots aus: Le Pen im Smoking bei einer Dampferfahrt im Kreis seiner Anhänger, alles sehr vorzeigbar, immer sehr gediegen. Die Zeitungsreporter rangen sich eine Wahlkampfreportage ab. Mehr nicht. Denn, zweitens, war die Nationale Front (FN) seit dem Winter 1998 gespalten. Für viele schien der Fall Le Pen danach erledigt. Die Spaltung hatte in einen atemberaubenden Erbfolgekrieg mit wüsten Beschimpfungen vor laufender Kamera gemündet. Die eigenen Anhänger waren entsetzt gewesen und hatten sich abgewandt in jene Bürgerkategorie, die – aus Verlegenheit? – gern als unerheblich abgetan wird: die der Nichtwähler. In Frankreich ist die Missachtung der Nichtwähler besonders ausgeprägt, da Stimmanteile und Enthaltungen auf der Basis der *registrierten Wähler* kalkuliert werden – und nicht auf der etwa zwanzig Prozent breiteren Basis der *Stimmberechtigten*. Drittens mochte es so scheinen, als ob die sonnigere Lage auf dem Arbeitsmarkt

(plus zwei Millionen Arbeitsplätze) das rechtsextremistische Wählerpotential austrocknen könnte.

Es gab also gute Argumente, nicht noch einmal über den alten Haudegen zu schreiben. Und ein schlechtes: Die französischen Journalisten, und das ist nicht bloß eine hinterherklügelnde Behauptung, hatten ihre eigene Angstlust satt. Sonst hätte doch wenigstens einer von ihnen das Gerücht aufgreifen müssen, das eine Woche vor dem ersten Wahlgang sogar bis zu den Ohren der Auslandskorrespondenten vorgedrungen war: Der Inlandsgeheimdienst sagte voraus, dass Le Pen in die Stichwahl kommen würde.

Soweit der Vorlauf zum »Erdbeben« vom 21. April 2002, das Jacques Chirac mit 19,88 Prozent nur einen peinlich knappen Vorsprung vor dem Rechtsextremisten Le Pen verschafft und den drögen, aber honorigen Jospin entgegen allen Erwartungen aus dem Rennen geworfen hatte. Verloren. Aus der Traum vom »rosaroten Europa«. Statt dessen dräute ein bräunlicher Alptraum. Das selbstbewusste, gerne besserwisserische »Vaterland der Menschenrechte« fühlte sich als Nation von Verrätern und war gar nicht stolz in dieser Nacht. Das Mitteilungsbedürfnis war allgemein und groß. Ein flüchtiger Bekannter schickte mir eine e-mail aus Avignon: »Ich bin durch die Stadt gelaufen und habe ein älteres Ehepaar miteinander reden gehört. ›Wenn ich das gewusst hätte, sagte die Frau, hätte ich nicht für Le Pen gestimmt.‹ Mir scheint, der Himmel ist braun angelaufen.«

Schon vor Sonnenaufgang war zu erkennen, dass die gesamte politische Landschaft in Trümmern lag. Besonders auf der linken Seite. Die französische Linke musste einsehen, dass ihre fünf Jahre lang vermeintlich erfolgreiche »Regenbogen-Strategie« – eine Regierungskoalition mit fünf erkennbaren Partnern – zu dem Desaster beigetragen hatte. Der Wille zur Macht hatte ihre Koalition zementiert und das Adjektiv »links«; mehr nicht, wie es im nachhinein scheint. Der bloße Zusammenhalt dieser Koalition war eine Kraftanstrengung mit verheerenden Nebenwirkungen gewesen. Die Sozialisten wussten nicht mehr, wie sie als dominierende Kraft mit den Präsidentschaftskandidaten der anderen Linksparteien umgehen sollten – kräftig zubeißen war jedenfalls unmöglich. Die Verwirrung reichte so weit, dass sie zwei parteifremde Kandidaten sogar beim Nominierungsverfahren unterstützt hatten – in der Hoffnung auf ein breiteres Sammelbecken für die Stichwahl. Dieser Plan hat sich am Abend des ersten Wahlgangs zerschlagen. Die Wähler haben diese Feinheiten nicht verstan-

den, und im übrigen hatten sie keine Lust auf einen Staatspräsidenten Jospin. Im Rückblick klingt die Pointe eines Witzes, der in den Wahlkampfmonaten kursierte, wie eine Warnung an die Parteistrategen: Lionel Jospin erinnere leider jede Frau an ihren geschiedenen Mann.

Die Galionsfigur der Linken hat sich noch in der Nacht des 21. April brüsk aus dem Geschäft verabschiedet. Jospins Anhänger haben das als »würdevoll« etikettiert – kein Sesselkleber, wie es sie in der französischen Politik zuhauf gibt. Man kann die Art des Rückzugs auch als gekränkte Kapitulation betrachten, als kindisch und verantwortungslos: ein Beweis, dass es dem Kandidaten Jospin an persönlichem Format und an der nötigen Härte für das angestrebte Amt mangelte. Vier Tage lang haben seine Leutnants ihn beknieen müssen, dass er sich endlich zu der einzigen Wahlempfehlung durchrang, die es in dieser Lage gab: für seinen Erzkontrahenten Jacques Chirac. Noch länger (zwölf Tage) hat nur Giscard d'Estaing gebraucht, dann aber vor laufender Kamera ein glänzendes Plädoyer für die Demokratie gehalten und ganz zum Schluss bloß einmal den verhassten Namen seines Nach-Nachfolgers ausgespuckt.

Lionel Jospin hat bei seinem Rückzug jedes Testament verweigert und ist jeder Debatte aus dem Weg gegangen. Der lange, langweilige Monolog, den er neun Monate danach in *Le Monde* veröffentlicht hat,¹ verrät keine Einsichten in die tieferen Ursachen seiner Niederlage. Es ist eine selbstgefällige Selbstkritik, geschrieben für seinesgleichen von einem Parteifunktionär mit Hochschulbildung. Der Text ist die öffentliche Variante von Giscard's alljährlichem Privatrequiem: Ein Mann ist gekränkt und versteht nicht, warum die Menschen so undankbar sind. Auf die Idee, dass er sie vielleicht gar nicht angesprochen hat, kommt er nicht – obwohl gerade das erklärt, warum Jospin schlechter abgeschnitten hat als Le Pen. Jospin (und mit ihm einem großen Teil der sozialistischen Führungsspitze) fehlt das Gefühl dafür, was die kleinen und kleineren Leute, *les couches populaires*, wohl bewegen mag. Die Wähleranalysen zeigen, dass die Sozialisten bei ihrer ursprünglichen Klientel immer weniger Punkte machen.

Warum ist das so? Sie wissen es nicht. Zusatzfrage: Gibt es ihre »Stammklientel« überhaupt noch? Die Arbeiterschaft alter Art ist verschwunden. Politisch mobilisierbar sind heutzutage einzig die Beamten und die Festangestellten der staatsnahen Betriebe, wie die großen Streiks im Herbst 1995 gezeigt haben. An Stelle der Arbeiterschaft sind instabile Milieus getreten. Menschen, die nur das Wissen eint, dass sie das große Los nicht herbeistrei-

ken können. Kassiererinnen, Bankangestellte, Verbandsfunktionäre. Die moderne (Arbeits-)Welt erleben sie häufig mit ohnmächtigem Missvergnügen. Sie spüren die tektonischen Verschiebungen der Globalisierung unter ihren Füßen und möchten wissen, was da vor sich geht, was es für die Zukunft ihrer Kinder bedeutet und ob noch irgend jemand den Überblick hat.

In der besten aller Welten könnte die Politik ihnen die Antworten geben: Dem »Volk«, das immer mehr aus einzelnen besteht, das beruhigende Gefühl vermitteln, dass es sein Schicksal und den Lauf der Welt auf dem Umweg über die Wahlen beeinflussen kann. Dieser Aufgabe wird sie immer weniger gerecht. Nicht nur, weil Politik immer mehr mit Verwalten und immer weniger mit Gestalten zu tun hat. Sondern auch, und das gilt in Frankreich wahrscheinlich in besonderem Maße, weil ihre Sachwalter kein Empfinden für diese breite, diffuse Nachfolgeschicht der Arbeiterschaft haben, die das Wählerpotential der Rechtsextremisten bildet. Diese Gefühlstaubheit ist den »wählbaren« rechten und linken Parteien übrigens gemeinsam, wie der Philosoph Marcel Gauchet schon vor dreizehn Jahren in einer immer noch lesenswerten Analyse zum Durchbruch Jean-Marie Le Pens bei der Präsidentschaftswahl 1988 feststellte.² Eine Reihe von demagogisch gewürzten Personalentscheidungen in der gegenwärtigen französischen Regierung sind ein Zeichen, dass der alt-neue Staatspräsident Chirac nunmehr die Lehren ziehen möchte.

Der Klassenkampf, so Gauchet damals, ist als Denkmodell zu Unrecht aus der Mode gekommen. Der Aufstieg des Rechtspopulismus trägt nämlich durchaus Züge des Klassenkampfes, sobald man »*le peuple*« umdefiniert zur Summe all jener, die sich politisch ohnmächtig fühlen und in den Volksvertretern nicht wiedererkennen. Die neuen »Arbeiter und Bauern« sind freilich keine Klasse im alten, sondern in einem neuen Sinne. Sie sammelt die Kinder der alten Unterschichten, die Arbeitslosen, die wachsende Zahl der prekär Beschäftigten *und* die frustrierten oder verängstigten Mittelschichten. Am Wahltag sind sie alle fähig, in einem Akt aggressiver Entmischung, der wenig mit national-autoritären Sehnsüchten alter Art zu tun hat, für einen Kandidaten wie Le Pen zu stimmen.

Dieses neue »Volk« ist ein Milieu, zu dem die politische Elite Frankreichs wenig Kontakt hat. Es ist nicht die Welt, aus der sie stammt und in der sie lebt. Sie verkehrt nicht mit ihnen (es sei denn audienzförmig unter Zwischenschaltung des Wahlkreisbetreuers). Je höher der Platz in der

Parteihierarchie, desto geringer die unmittelbare Vorstellung von den alltäglichen Nöten und Wünschen des »einfachen Mannes«. Ein Beispiel: Im Parteivorstand der Sozialisten sitzt eine Frau, die schon dreimal Ministerin war, bevor sie zum ersten Mal eine dieser grässlichen, kalten Hochhaus-siedlungen im Umland von Paris betrat. Das sind soziale Notstandsgebiete, in denen nicht nur Junkies und halbwüchsige Radaubröder wohnen, sondern auch Menschen mit ganz normalen Aspirationen nach ruhigem Schlaf, Arbeit, sauberen Treppenhäusern, ordentlichen Busverbindungen und Schulen. Hinterher sagte die Frau gerührt, bass erstaunt und im Grunde furchtbar naiv zu einem Wahlhelfer: »Wie viel Vertrauen die Leute mir entgegenbringen!«

In Frankreich spielt sich die Sozialisierung des politischen Spitzenpersonals nicht auf Marktplätzen oder in Ortsvereinen ab. Ein Mann wie Jospin hat seine Durchsetzungsfähigkeit in trotzkistischen Geheimzellen erworben. Andere haben ihr Geschäft in Ministerkabinetten und anderen Besprechungszimmern mit verschlossenen Türen gelernt. Vorher sind die meisten auf irgendwelchen französischen Eliteschulen gewesen. Das sind homogene Welten, in denen man nur seinesgleichen überzeugen oder, besser noch, übertrumpfen muss. Die Spielregeln sind ziemlich unpolitisch (oder vielleicht bloß besonders modern): Erfolg hat der, der glänzt – und nicht der, der weiß, wie man Mehrheiten bildet.

Der Grundstein solch französischer Karrieren wird in jungen Jahren gelegt. Lebenswege, die in hohe Ämter führen, entscheiden sich oft schon in der Mittelschule. Wer Klassenbester ist, kommt auf ein Elitegymnasium, am besten in der Innenstadt von Paris, und von dort auf eine Eliteschule. Für die Kindheit ist nicht viel Zeit. Die Schule dauert von halb neun bis halb fünf, und danach gibt es Hausaufgaben. Stärker als in den deutschsprachigen Ländern leben die Kinder nebeneinander. In den entsprechenden Milieus (Lehrerfamilien und alte Oberschichten) wird ihnen früh vermittelt, welcher Weg zu den Sternen führt. Die einen wollen, dass ihre Kinder dort ankommen, die anderen erwarten (notfalls mit dem entsprechenden Nachdruck in Form von Ferieninternaten), dass sie den Rang halten. Der Königsweg in die Technokratie, aus der sich die Politik rekrutiert, führt nicht über den Erwerb sozialer Kompetenz, sondern über die Aneignung von Kenntnissen. Das Wettmessen des Wissens, der analytischen und synthetischen Fähigkeiten, fängt schon viele Jahre vor den ersten Ausscheidungswettbewerben (*concours*) an, die in Frankreich als die einzig wirklich

gerechte Auswahlmethode akzeptiert sind. Im Grunde sind es Kooptationsverfahren: Gut ist, wer besser ist als die andern und so ähnlich wie die Auswahlkommission.

Wer auf diesem Weg durch die Studierstuben zu Macht und Einfluss gekommen ist, kennt soziale Rachlust und Erschütterung nur aus der Literatur. Demagogisches Talent darf man von ihm nicht erwarten. Die Chancen stehen gut, dass sein Lebensweg ihn an existentiellen Härten vorbeigeführt hat. Und es ist wahrscheinlich, dass er mit den Leimfallenthemen der Populisten – Kriminalität, Überfremdung – einfach nichts anzufangen weiß.

Die Franzosen und ihre Eliten sind ein Thema, das in den vergangenen Jahren bis zum Überdruß debattiert worden ist. Einen ersten Höhepunkt hatte die Debatte über ihr zerrüttetes Verhältnis nach den Massenstreiks im Herbst 1995 erreicht. Alles sollte sich ändern danach: mehr »Nähe«, mehr Verhandlungskultur, weniger Technokraten. Vorgezogene Neuwahlen (ein Technokratenvorschlag) bescherten den Konservativen 1997 eine peinliche Niederlage und den Franzosen eine Linksregierung mit neuen Besserungsversprechen: mehr Verhandlungskultur, weniger Technokraten, sauberere Sitten. Die Zahl der Technokraten in den Ministerkabinetten schwoll an wie nie zuvor. Ein Teil der politischen Auseinandersetzungen verlagerte sich in die Arbeitszimmer der Ermittlungsrichter. Sie durften ungestraft Informationen aus laufenden Korruptionsverfahren an die Presse weitergeben. Die einen bissen sich am finanziellen Gebaren des langjährigen Bürgermeister von Paris und amtierenden Staatspräsidenten Chirac fest, die anderen am protokollarisch ranghöchsten Politiker des Gegenlagers, dem Präsidenten des Verfassungsrats und Mittelrand-Intimus Roland Dumas. Enthüllungen über die korrupten Sitten der politischen Kaste wurden zu einem Unterhaltungsprogramm besonderer Art.

Nun ist ein Jahr ins Land gegangen, und Staatspräsident Chirac ist gerade für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Roland Dumas ist in zweiter Instanz mit einer »Rüge« davongekommen. Korruptionsskandale interessieren nicht mehr. Die Linke liegt immer noch darnieder. Das bürgerliche Lager hat sich in der Erkenntnis, noch einmal davongekommen zu sein, von starker Hand zu einer Großpartei ohne Programm umgestalten lassen, einem Präsidentenwahlverein namens UMP. Die Regierung kombiniert Ansätze zu den notwendigen Reformen (Rentenkassen) mit menschenelenden Aktionen: Kampf gegen Verkehrsrowdies, für Be-

hinderte, gegen den Krebs. Das staatliche Fernsehen hat eine neue Politshow zur Hauptsendezeit ins Programm aufgenommen. Wir kennen schon alle Ministergattinnen mit Vornamen.

Und nächstes Mal? Was wird dann mit den erschrockenen Stimmbürgern sein, die am Morgen des 22. April hoch und heilig geschworen haben, die Demokratie von nun an ernst zu nehmen? Und mit den Politikern, die »die Botschaft des Volks gehört haben«, wie sie schon in der Nacht beteuerten? Sie alle haben noch vier Jahre vor sich. Zeit genug, um den Fieberstoß der hehren Gefühle zu vergessen.

Anmerkungen

1 Lionel Jospin, »Etre utile«, in: *Le Monde* vom 1. Februar 2003.

2 Marcel Gauchet, »Les mauvaises surprises d'une oubliée: la lutte des classes«, in: *Le Débat* 60, Mai/August 1990, S. 288-299.

Paul Scheffer

EINE OFFENE GESELLSCHAFT BRAUCHT GRENZEN

I

Es scheint, die Niederlande sind im vorigen Jahr »europäischer« geworden, indem sie sich in jene Reihe von Ländern eingereiht haben, in denen während der vergangenen Jahre populistische Parteien einen beachtlichen Teil der Wähler hinter sich zu scharen vermochten: Dänemark, Belgien, Schweiz, Österreich – eher kleine Länder mit einem auf Konsens ausgerichteten politischen Stil. Doch auch in größeren Ländern mit einer viel stärker polarisierten politischen Kultur ist diese Entwicklung zu beobachten. Es scheint sich um einen europäischen Trend zu handeln. Wie lässt sich dieses neue Phänomen erklären?

Es muss zu denken geben, wenn in einer offenen Gesellschaft wie der niederländischen und nach so vielen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs ein ressentimentgeladener Aufstand der Bürger so rasch um sich greift. Ein Politiker mit einem Programm gegen Immigration und für die Stärkung der öffentlichen Ordnung wurde innerhalb weniger Monate zur zweiten politischen Kraft im Lande. Niemand weiß, wie das Wahlergebnis ausgesehen hätte, wäre ihm nicht der Weg gewaltsam abgeschnitten worden.

Dieser Umschwung belegt zunächst einmal die Fähigkeit eines offenen politischen Systems zur Selbstkorrektur. Bevor man die neuen populistischen Bewegungen in Europa lautstark verurteilt, tut man gut daran, in ihnen auch einen Ausdruck der Vitalität unserer Demokratien zu sehen. Angesichts des Zerfalls der traditionellen Volksparteien, der Spannungen innerhalb der multikulturellen Gesellschaft und der lethargischen öffentlichen Verwaltung sollte man den Aufstieg von Politikern wie Haider, Blocher, Fortuyn und Berlusconi lieber als eine Einladung zur kritischen Selbstreflexion auffassen. Auch wenn die rapide Desintegration der Parteien Fortuyns und Haiders gezeigt hat, dass solche Bewegungen gedeihen, solange sie in der Position des Außenseiters sind, und in Schwierigkeiten geraten, sobald sie Regierungsverantwortung übernehmen, so sind sie doch

ernst zu nehmende Symptome eines tiefer liegenden Problems. Nur wenn die traditionellen Parteien sich ihm stellen, wird es ihnen gelingen sich zu erneuern.

In mancherlei Hinsicht ist das heutige Unbehagen in der Demokratie mit dem der sechziger Jahre vergleichbar, und sei es nur, weil der Protest auch damals eher einen kulturellen Hintergrund hatte, als dass er durch soziale Ungleichheit ausgelöst worden wäre. Doch es gibt auch einen großen Unterschied: Die Kritik richtet sich heute gegen eben die Elite, welche aus den Umwälzungen der sechziger Jahre hervorgegangen ist. Dabei geht es um mehr als einen personellen Machtwechsel, es geht auch um die Mängel des Weltbildes, das sich damals formte und inzwischen dominant geworden ist. Wenn seinerzeit das Unbehagen im Zeichen der Freiheit der Bürger stand, so gilt es heute der Sicherheit der Bürger.

Diese Aufkündigung des sozial-liberalen Konsenses muss nicht unbedingt zur Wiederkehr einer paternalistischen Gesellschaft führen. Es geht vielmehr darum, ein neues Gleichgewicht zwischen Freiheit und Ordnung zu finden. Mehr noch, die Errungenschaften der sechziger Jahre können nur dann erhalten werden, wenn wir auch ein Auge für die Irrtümer haben, die diese Zeit mit sich gebracht hat. Nach all den Jahren, in denen die Bürgerrechte betont wurden, ist es kaum verkehrt, jetzt den Bürgerpflichten mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Nach all den Jahren, in denen die Selbstentfaltung des einzelnen im Vordergrund stand, schadet es nicht, wenn wieder der Gemeinschaftssinn thematisiert wird.

Wir beobachten seit einigen Jahren, dass sich der Konsens verschiebt von der Relativierung hin zu einer Bestätigung der eigenen Kultur. Das mag beunruhigen, es könnte aber auch eine Veränderung zum Guten bewirken, wenn ein neues Gleichgewicht gefunden wird zwischen dem Streben nach Selbstrelativierung und einem Verlangen nach Selbstbestätigung, das eine verständliche Reaktion auf eine unübersichtlicher gewordene Welt darstellt. Der französische Philosoph Alain Finkielkraut lehnt es zu Recht ab, zwischen Alternativen wie Entwurzelung oder Verbundenheit, Offenheit oder Erbe, Toleranz oder Treue zu wählen.

Es scheint immer schwieriger zu werden, die Pflege des Erbes mit dem Anspruch auf Offenheit zu versöhnen. Die Schere zwischen diesen beiden Bestrebungen klappt im heutigen Europa immer weiter auseinander. Die Welt, in der wir leben, wird zugleich größer und kleiner, sie bringt die Menschen näher zusammen und entfernt sie voneinander. Durch die

enorme Beweglichkeit von Kapital, Information, Waren und Menschen sind die Gesellschaften nicht nur in immer engere Beziehung zueinander getreten, sie durchdringen einander auch zunehmend. Gleichzeitig wächst die Ablehnung von kultureller Vermischung und Integration, und die Menschen leben isolierter denn je. Die Möglichkeit des Weltbürgertums liegt für die meisten Menschen in weiter Ferne.

Solange es um eine Ausweitung der Verantwortlichkeit geht und nicht um eine Flucht vor jedweder Art von Sozialvertrag, spricht vieles für die verschiedenen Versuche, die in unserer Zeit unternommen werden, um die Gemeinschaft, mit der man sich identifiziert, zu erweitern. Die neue Freiheit der Globalisierung stärkt die Zivilisation jedoch nicht nur. Es ist offensichtlich, dass das Verwischen der Grenzen vorerst noch eher im Zeichen von Geld und Gütern geschieht als im Zeichen der Gemeinschaft.

Vor diesem Hintergrund der Internationalisierung der Wirtschaft wird darum zu Recht überall in Europa über die Bedeutung von Selbstbestimmung und eigener Kultur nachgedacht. Die polnisch-kanadische Schriftstellerin Eva Hoffman erklärt, warum sich die Bedingungen des Weltbürgertums gewandelt haben: »Während sich der Kosmopolitismus früher gegen die Beschränktheit von Provinzialismus und Nationalismus zur Wehr setzte, brauchen wir ihn heute als Gegengift gegen die Oberflächlichkeit der Globalisierung und ein Leben als soziale Nomaden«. Sie kritisiert jene Intellektuellen, die dem Wunsch nach Verbundenheit mit einer lebendigen Gemeinschaft die Legitimität abstreiten.

Kosmopolitismus kann leicht als Selbstrechtfertigung freischwebender Individuen interpretiert werden, die sich nichts und niemandem mehr verbunden fühlen. Das Schreckensbild unserer Zeit ist, dass in naher Zukunft eine Oberschicht von Weltbürgern einer wachsenden Masse gegenübersteht, die sich im Stich gelassen fühlt und sich in ressentimentgeladener Fremdenfeindlichkeit verkapselt. Was wir heute beobachten, ist die Reaktion auf eine Elite, die nicht mehr über die Bedeutung von Grenzen nachdenken will. Die Gegenparole lautet: »Grenzen dicht!« Der Weg aus diesem Konflikt, der die Gesellschaft zerreißen kann und in den populistischen Bewegungen konkrete Form angenommen hat, besteht nicht darin, sich mit einer dieser Haltungen zu identifizieren, sondern darin, sich Gedanken darüber zu machen, wie Treue zum Erbe mit Toleranz für andere verbunden, wie die Auflösung von Bindungen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft kombiniert werden kann.

II

Es geht nicht darum, hochmütig die Überlegenheit unserer Kultur zu verfechten, sondern für ein Bewusstsein der Verletzlichkeit zu plädieren, das charakteristisch für jede offene Gesellschaft sein sollte. Eine offene Gesellschaft lebt von der Fähigkeit ihrer Bürger zum selbständigen Denken und Urteilen. Doch um auf produktive Weise unterschiedlicher Meinung sein zu können, bedarf es der Zusammengehörigkeit, und die entsteht nicht von allein. Das haben wir beträchtlich unterschätzt: Es wurden viele Worte darauf verwandt, unsere Kultur zu relativieren, und nicht genug darauf zu sagen, was uns verbindet. Gehen wir näher auf diese Tendenz zur Selbstrelativierung ein, die offenbar das Gegenteil bewirkt hat, nämlich eine verkrampfte Selbstbestätigung.

Merkwürdig ist, dass die Zweifel am Wert der europäischen Zivilisation nie größer waren als gerade jetzt, da die Verwestlichung der Welt weiter fortgeschritten ist denn je. Der Kolonialismus hat die europäische Kultur bis in die hintersten Winkel der Welt gebracht, und zugleich haben die oft katastrophalen Folgen dieser Politik uns ein schlechtes Gewissen bereitet. Man könnte sagen, dass der Kulturschock, den die nichtwestliche Welt durch den unfreiwilligen Kontakt mit den westlichen Traditionen erlitten hat, wieder auf die westliche Welt zurückgefallen ist und dort eine große Unsicherheit hervorgerufen hat.

Diese Unsicherheit hat eine produktive Seite. Der britische Historiker Toynbee stellt in seinem Essayband *Civilization on trial* (1948) fest: »Das Paradox unserer Generation ist, dass die ganze Welt aus dem Kontakt mit dem Westen seine Lehren gezogen hat, nur der Westen selbst nicht. Die westliche Welt von heute betrachtet die Geschichte vom alten, auf sich selbst bezogenen Standpunkt, den andere Gesellschaften jetzt, von den Umständen gezwungen, hinter sich gelassen haben.«

Es sei die historische Rolle des Westens, die Welt zu vereinen oder sie zumindest mit einem Netzwerk von wechselseitigen, oft konfliktgeladenen Beziehungen zu überziehen. Vor allem durch die technologische Revolution dränge unsere Lebensweise sich dem Rest der Welt auf. Doch während die nichtwestliche Welt sich oft auf unsanfte Weise anpassen müssen, lebe der Westen immer noch mit einem zu stark auf sich selbst bezogenen Weltbild. Früher oder später werde dieses Selbstbild von den Ergebnissen des historischen Umwälzungsprozesses auf die Probe gestellt

werden: »Die Rückwirkungen dieses Zusammenstoßes werden den Westen unweigerlich treffen.«

Es ist eine Überlegung wert, die Migration der Nachkriegszeit als einen weiteren Schock für den Eurozentrismus zu betrachten. Das Kommen so vieler Menschen aus nichtwestlichen Gesellschaften hat die Zweifel an der Bedeutung und Gültigkeit unserer eigenen Kultur vergrößert. Dieser Zweifel zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze multikulturelle Diskussion. Der »impact«, um mit den Worten Toynbees zu sprechen, den der Westen auf die Welt hatte, fällt jetzt auf den Westen selbst zurück. Was die Engländer »The empire strikes back« nannten, ist im vollen Gange, oder – wie jugendliche Pakistani in London es ausdrückten: »We are here because you were there.«

Die kommende Zeit wird von der Frage beherrscht werden, ob es unseren Gesellschaften gelingt, diesen Schock auf produktive Weise zu verarbeiten. Dabei ist der Kulturrelativismus nicht länger hilfreich, der als kritische Reaktion auf die kolonialen Missstände entstand, vor allem auf die moralische Überlegenheit, womit diese gerechtfertigt wurden. Kurz gesagt, besteht dieser Relativismus darin anzuerkennen, dass alle Urteile kulturgebunden sind: Es hat demnach keinen Sinn, eine Rangordnung zu entwerfen, denn jede Kultur wird sich selbst in den Mittelpunkt stellen; auch das Streben nach allgemein anerkannten Normen ist sinnlos, denn jede Moral ist in eine spezifische Tradition eingebettet, die nicht auf andere Kulturen übertragbar ist.

Diese Relativierung hatte zum Ziel, den Ethnozentrismus in Europa und Amerika zu überwinden, und wollte so zur friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Kulturen beitragen. Ungeachtet seiner noblen Absicht, muss man diesen Relativismus sehr kritisch beurteilen. Indem man nämlich die Macht der kulturellen Tradition anerkannte, überwand man den Ethnozentrismus nicht, sondern bestätigte seine Unausweichlichkeit. Das Vorurteil wird gleichsam demokratisiert: Jeder hat ein Recht auf seine eigene Befangenheit, auf seine eigenen Scheuklappen.

Wenn die überkommenen Bräuche zum Ausgangspunkt gemacht werden, ist kulturelle Erneuerung nur schwer denkbar. Eine kritische Moral hat den Anspruch, eine kulturelle Tradition im Namen universeller Werte auch aufbrechen zu können. Wenn man diese Möglichkeit verwirft, auf welcher Grundlage könnte oder wollte man dann noch irgend etwas verurteilen? Frauenbeschneidung, Witwenverbrennung, Blutrache, Kanniba-

lismus, Sklaverei: dies alles sind kulturspezifische Phänomene, bei denen dennoch sogleich klar ist, dass sie keine allgemeine Gültigkeit haben oder haben sollten. Es kann niemanden verwundern, dass autoritäre Regime sich überall auf der Welt gern auf diesen Relativismus berufen, um sich gegen »Einmischungen in innere Angelegenheiten« zu wehren. Das Schweigen der Kulturrelativisten ist nicht unschuldig, es kann sie nur allzu leicht mitverantwortlich für Tyrannei oder Schlimmeres machen.

Doch in unserer von der Modernisierung geprägten und immer stärker verflochtenen Welt verliert der Relativismus seine Gültigkeit. Er wäre eine brauchbare Lehre, wenn die Kulturen isoliert voneinander existierten. Das ist allerdings weniger der Fall denn je. Warum Relativismus heute obsolet ist, zeigt vielleicht am besten der Prozess der Dekolonialisierung. Der Aufstand gegen die Herrschaft Englands, Frankreichs, Portugals oder der Niederlande wurde von Eliten angeführt, die im Westen ausgebildet worden waren und sich des modernen Vokabulars der Menschenrechte und des Rechts auf Selbstbestimmung – also der Sprache ihrer Herren – bedienten. Dieser »double bind« ist unausweichlich.

Was bedeutet dies für die »Anderen«? Dass die humanistischen Ideale ihren Ursprung in Europa haben, sollte sie bei Nichteuropäern nicht diskreditieren. Bei der Formulierung der Allgemeinen Menschenrechte wurde bewusst auf eine philosophische Begründung verzichtet. Auch wenn ihre Konzeption durch die europäische Tradition der Individualrechte beeinflusst wurde, kann man doch behaupten, dass diese Erklärung zu einem allgemein akzeptierten Kulturgut geworden ist, dass sie zumindest eine weitverbreitete Norm ist, der sich kein Kulturkreis so einfach entziehen kann.

Wir müssen lernen, zwischen Ursprung und Verbreitung zu unterscheiden. So wie die Klassiker der Musik, der Baukunst und der Literatur weit jenseits des eigenen Kulturkreises Resonanz gefunden haben, so kann man auch die demokratischen Revolutionen in Amerika und Frankreich als ein universelles Erbe betrachten, das sich von seinen Wurzeln gelöst hat. Die Gültigkeit der Menschenrechte ist nicht auf den westlichen Kontext beschränkt. Und so intensiv asiatische Werte – wie die Betonung kollektiver Pflichten anstelle von individuellen Rechten – auch diskutiert werden, es gibt keine wirkliche Alternative zum Kodex der Menschenrechte. Die Selbstrelativierung ist heute an eine deutliche Grenze gestoßen, und es kommt jetzt

darauf an, ein neues Gleichgewicht zwischen Offenheit und Erbe zu finden.

III

Der kulturelle Umschwung, der sich zur Zeit vollzieht, eröffnet die Chance, ein solches Gleichgewicht herzustellen; er kann aber auch zu einer Beschädigung der demokratischen Gesellschaft führen. Das politische Klima im heutigen Europa hat etwas Verkrampftes und ist von Misstrauen geprägt. Ein Gefühl der Beklemmung macht sich breit. Wir müssen begreifen, dass diese Beklemmung nicht zuletzt das Resultat einer allzu leichtfertig propagierten Offenheit ist.

Der niederländische Publizist Geert Mak hatte Recht, als er besorgt von den beiden Niederlanden sprach, die auseinander zu wachsen drohen. Er sprach über das Land von ARTE und das Land von RTL und charakterisierte diese Welten mit den Gegensatzpaaren international/national, sozial/individualistisch, moralisch/unverbindlich, liberal/konservativ. So berechtigt seine Sorge auch ist, diese Charakterisierung lässt wichtige Fragen unbeantwortet, denn auch im Namen des Internationalismus hat es viel Unverbindlichkeit gegeben, und aus dem Liberalismus hat sich eine egozentrische Gesellschaft entwickelt. Anders ausgedrückt: Die gesellschaftliche Oberschicht, die sich dem sogenannten einfachen Volk moralisch so überlegen fühlt, ist gegen Egoismus durchaus nicht gefeit. Diese Haltung vergrößert die Kluft, die sich in unserer Gesellschaft aufgetan hat.

Angesichts der Globalisierung wird der Nationalstaat heute gerne als historisch obsolet abgeschrieben, ohne dass man sich Gedanken darüber machte, wie die Souveränität, die er verkörpert, und die demokratische Legitimität, die er garantiert, auf der »post-« oder »transnationalen« Ebene wiederzugewinnen wären. Viele befürchten daher, dass wir langsam, aber sicher unser Recht auf Selbstbestimmung verlieren und dass der Kern unserer Demokratie aufgeweicht wird. Dazu trägt auch der ohnmächtige Eindruck bei, den viele unserer heutigen Politiker vermitteln. Die Fähigkeit, die Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten, steht auf dem Spiel. Was immer man von der Protestbewegung gegen die Globalisierung denken mag, sie ist ein prägnanter Ausdruck dieses Ringens um Selbstbestimmung. Die Sorge für Bildung, öffentliche Ordnung und soziale Sicherheit im eigenen Land kann nicht delegiert werden.

Die nationalen Demokratien drohen sich zu erschöpfen, und es ist die

Aufgabe Europas, energisch dazu beizutragen, dass eine weitere Aushöhlung verhindert wird. Der Konfliktvermeidung, die man in der Europäischen Union anstrebt, wird nur dann ein dauerhafter Erfolg beschieden sein, wenn die Demokratie in den Mitgliedsstaaten lebendig bleibt. Denn nur Gesellschaften mit politischem und kulturellem Selbstvertrauen stehen der Außenwelt offen gegenüber. Deshalb muss die europäische Integration vor allem die Vitalität der nationalen Staaten verstärken, denn sie sind schließlich, die das Ganze tragen. Nur wenn deutlich ist, dass die übernationale Zusammenarbeit der Selbstbestimmung förderlich ist, kann die europäische Integration mit einer dauerhaften Zustimmung rechnen. Vorerst noch erfüllt die Europäische Union die Funktion einer solchen Schutzschicht nur unzureichend, und auch darum ist die Unsicherheit groß.

Es ist kein Zufall, dass in diesem Kontext die Immigration in Europa zu einem dominierenden Thema geworden ist. Das Bild einer Völkerwanderung, die niemand aufhalten kann, steht für etwas Allgemeineres. Es ist zum Symbol für die Befürchtung geworden, dass wir in einer nicht mehr beherrschbaren Welt leben. Wenn die populistischen Politiker sagen »Das Boot ist voll« – und aus Umfragen geht hervor, dass ungefähr zwei Drittel der Bürger der Europäischen Union schon seit längerem der Ansicht sind, dass die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit von Migranten erreicht ist –, dann wird damit mehr ausgedrückt, als ein »Nein« zu Asylanten oder Arbeitsmigranten. Damit wird ein tiefer liegendes Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens artikuliert, das man ernst nehmen muss.

Es geht um das Problem, wie wir eine offene Gesellschaft in einer immer grenzenloseren Welt gestalten können. Auf den ersten Blick scheint dies eine merkwürdige Frage zu sein, denn wird die Gesellschaft nicht immer offener, je weniger Grenzen es gibt, je freier sich der einzelne bewegen kann? Bei genauerem Hinsehen jedoch trifft diese Logik nicht zu, und die Forderung, die Grenzen dichtzumachen, ist dafür symptomatisch. Gewiss, dies ist eine Parole, die in eine Sackgasse führt und niemals zum Leitfaden dafür werden kann, wie mit Migranten oder Flüchtlingen umzugehen ist. Sie macht indes sichtbar, dass Grenzen auch die unverzichtbare Funktion von Stoßdämpfern haben, die die Verarbeitung des Fremden erst ermöglichen.

Wer im Namen der offenen Gesellschaft die Abschaffung aller Grenzen fordert, der unterschlägt, dass wir dann auch extreme Armut, religiösen Fanatismus und ethnische Kriege willkommen heißen. Auch jene Imams, die Hass auf unsere Gesellschaft predigen, in der sie leben und an der

teilzuhaben man eigentlich von ihnen erwartet. Die Verschiedenheit, die häufig beschönigend als »kulturelle Bereicherung« bezeichnet wird, umfasst auch die Schrecken, vor denen wir uns doch schützen wollen. Verschiedenheit ist kein Wert an sich, während Demokratie das sehr wohl ist.

Der 11. September 2001 hat die Verletzlichkeit der liberalen Demokratie vor Augen geführt. Die Kunst besteht nun darin, die Verteidigung der Grenzen Europas mit dem Bewusstsein zu verbinden, Teil einer umfassenderen Wirklichkeit zu sein. Wie können wir die Eigenart unserer Gesellschaft mit der stets dichter werdenden Vernetzung der Welt versöhnen? Dieses politische und psychologische Gleichgewicht herzustellen, bedarf es eines großen Geschicks unserer Regierungen. Niemand wird sich dieser Herausforderung entziehen können. Was man von Politikern erwarten darf, ist, dass sie uns ein Bild von der eigenen Gesellschaft vorhalten, aus dem ein aufgeklärtes Selbstbewusstsein spricht. Sie müssen eine Antwort auf die Frage geben können »Was wollen wir den zukünftigen Generationen vererben?«

Die gegenwärtige Politik – vor allem die sozial-liberale – ist durch ein großes kulturelles Defizit gekennzeichnet. Ihre Art von Kosmopolitismus ist, wie gesagt, gescheitert, und auf den Trümmern gedeiht der aktuelle Populismus. Wer eine offene Gesellschaft in einer immer grenzenloser werdenden Welt verteidigen will, der muss über die Bedingungen von Integration und Immigration in Europa nachdenken. Die Nationalstaaten werden noch lange das Zentrum der Demokratie bleiben, und jede europäische Integrationspolitik, die dem nicht Rechnung trägt, wird das Gegenteil dessen bewirken, was sie eigentlich will, nämlich nationale Verkrampfung. Eben dies können wir derzeit überall in Europa beobachten. Mit einem Wort: Wer die liberale Demokratie gegen die Herausforderung der populistischen Bewegungen verteidigen will, wird sehr viel genauer über die kulturellen Grundlagen dieser Demokratie nachdenken müssen.

IV

Die Schaffung Europas ist ein fragiles Unternehmen. Wir müssen lernen, über die Selbstverständlichkeit der Welt, in der wir leben, hinauszusehen. Für uns, die wir in einem zusammenwachsenden Westeuropa geboren wurden, scheint dieser Horizont unveränderlich zu sein. Doch liegt in der fortwährenden Beschwörung der »Unumkehrbarkeit« des Vereinigungs-

prozesses auch eine Unsicherheit verborgen. Jeder, der über die Geschichte unseres Erdteils Bescheid weiß, sollte über genügend Vorstellungskraft verfügen, um die Zerbrechlichkeit der uns umgebenden Ordnung erkennen zu können.

Bei der Schaffung Europas müssen wir unterscheiden zwischen dem Ziel der Vereinigung und den Mitteln, die wir anwenden, um diesem Ziel näherzukommen. Es gibt ein europäisches Zivilisationsideal, das im Kiel-sog der Aufklärung entstanden ist: Europa als ein riesiges Gebiet mit offenen Grenzen, in dem Völker, Gruppen und Individuen in Sicherheit und Freiheit leben und in dem ein gemeinsamer Standard für Gerechtigkeit, Wohlfahrt und kulturelle Blüte erreicht wird. Hier wird Europa als Ziel verstanden. Das Charakteristische an diesem Ideal ist, dass die imperiale Tradition, die Europa so lange geplagt hat, in eine demokratische Vereinigung von Staaten transformiert wird.

Dies geht einher mit der Entstehung einer europäischen Ordnung. Hier ist Europa ein Mittel: eine Summe von Organisationen und Regeln als Schutzschicht für die involvierten Nationalstaaten. Diese Ordnung ist gekennzeichnet durch eine Mischung von zwischenstaatlichen und überstaatlichen Formen der Verwaltung. Dadurch werden Konflikte zwischen den Nationalstaaten gedämpft und, wo möglich, in für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit umgewandelt. Charakteristisch für die europäische Ordnung ist, dass kaum eines der üblichen Mittel zur politischen Gemeinschaftsbildung eingesetzt wird, etwa das Gewaltmonopol, eine verfassungsgebende Versammlung, eine Einheitssprache oder die allgemeine Wehrpflicht.

Der europäische Gedanke lebt letztendlich vom Glauben an seine Machbarkeit. Die europäische Union ist nicht das Ergebnis wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten oder sozialer Kräfte, sondern wird von politischem Willen und von moralischen Überzeugungen getragen. Wie das Ergebnis schließlich aussehen wird, ist offener, als man oft annimmt. Man muss Europa mit einem Gefühl für die Zerbrechlichkeit und Vorläufigkeit des bisher erreichten Gleichgewichts betrachten. Deshalb ist im Zusammenhang mit der Integration ein Wort wie »unumkehrbar« eher ein Ausdruck der Unsicherheit denn des Vertrauens.

Die Vereinigung Europas ist ein Zivilisationsideal, aber das bedeutet nicht, dass die Union als Mittel zum Zweck über alle Kritik erhaben ist. Man hat immer gehofft, dass durch die Schaffung gemeinsamer Institutio-

nen und eines vorgeschriebenen *Procedere* nicht nur den allgemeinen Interessen gedient wäre, sondern dass auch Beziehungen zwischen den Bürgern über die Grenzen hinweg entstehen würden. In den Worten von Jean Monnet: »Nur Institutionen werden klüger, dort kommt die kollektive Erfahrung zusammen«, oder: »Institutionen bestimmen die Beziehungen zwischen Menschen, sie sind die wirklichen Pfeiler der Zivilisation«.

In dieser Form der Integration offenbart sich beides, die Stärke und die Schwäche der Aufklärungstradition. Die über Institutionen bewerkstelligte Vereinigung ist ein kalkulierter Interessenausgleich, lebt aber nicht von gemeinschaftlichen Symbolen oder einer gemeinsamen Sprache. Es ist eine kalte Integration, die für den durchschnittlichen Bürger nie lebendig geworden ist und die deshalb angreifbar bleibt für eine populistische Tiefenströmung, welche die Wärme nationaler oder regionaler Identifikationen auszunutzen versteht.

Die Union trägt nicht genug dazu bei, die nationalen Demokratien vor dem Verfall zu bewahren. Die Übertragung von Kompetenzen auf eine überstaatliche Ebene ohne demokratische Kontrolle untergräbt langfristig die stabilen Beziehungen zwischen den Staaten der Europäischen Union. Die Vereinigung Europas hat, so wie sie jetzt betrieben wird, eine selbstzerstörerische Komponente. Das Aufkommen der populistischen Strömungen, die sich in dem demokratischen »Loch« einnisten, das nicht zuletzt durch die Europäische Union geschlagen wird, verweist auf Gefahren, die heute halb bewusst in Kauf genommen werden. Eine Europäische Union, in der es konstant Stimmenanteile von fünfzehn bis zwanzig Prozent für derartige Parteien gibt, kann sich nicht mehr vorbehaltlos auf demokratische Stabilität berufen.

Das fundamentale Problem besteht darin, dass nur stabile Demokratien, und das heißt: politische Gemeinschaften, die ein gewisses Selbstvertrauen haben, zu einer nationenübergreifenden Integration bereit sind. Gleichzeitig erzeugt die Delegation von Kompetenzen auf eine höhere Ebene, ohne dass diese dort einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden, eine Unsicherheit, die wiederum zu einer Abkapselung führen kann. So ruft die Europäische Union einander widersprechende Wirkungen hervor, die auch Nationalismus zur Folge haben können.

Darüber hinaus bleibt die Frage unbeantwortet, ob eine funktionierende Demokratie in einer Union mit so unterschiedlichen Sprachen, Lebensstandards, politischen Kulturen und Rechtssystemen überhaupt denkbar

ist. Es gibt viele Anzeichen, die darauf hindeuten, dass die Europäische Union, jedenfalls für lange Zeit, keine Föderation im klassischen Sinn des Wortes werden wird und dass deshalb die Position des Europäischen Parlaments eine grundsätzlich andere bleibt als die der nationalen Parlamente.

Weil es schon in den Anfängen keine überzeugende Vorstellung von einer europäischen Demokratie gab, war vielleicht die einzige Weise, die Union zustande zu bringen, der indirekte Weg über die Institutionen – das heißt, eine Form der Zusammenarbeit zwischen Ländern, die auf einer sehr beschränkten Einbindung der Bürger basiert. Es gibt kein anderes Beispiel einer so weitgehenden Zusammenarbeit ohne eine deutlich sichtbare Bedrohung von außen. Unter solchen Bedingungen zu einer so fest geschmiedeten Schicksalsgemeinschaft zu gelangen, wie sie die Währungsunion darstellt, ist sehr schwierig. Denn wie schafft man ein Gefühl der Dringlichkeit in Friedenszeiten? Die ökonomische Bedrohung durch die ostasiatischen Länder reichte dazu nicht aus.

Wie weit kommen wir mit der alten Methode der Integration? »Europa« will ein Zivilisationsprojekt sein. Doch der Preis für die EU-Politik der vollendeten Tatsachen könnte sehr hoch sein. Das Bild von der unumkehrbaren Entwicklung – »der Zug ist abgefahren, Ihre Kritik kommt zu spät« – steht dem »trial and error« gegenüber, das der Demokratie zueigen ist. Kein Wunder, dass die Bürger sich über Undurchschaubarkeit beklagen, wenn man Europa ein Grundgesetz geben will mit Mitteln der Geheimdiplomatie, wie sie bei zwischenstaatlichen Verträgen angewandt wird. In gewisser Weise ist das Problem bereits erkannt: Schließlich ist der Europäische Konvent angetreten, die Institutionen der EU zu reformieren und ihnen mehr demokratische Legitimität, mehr Transparenz und mehr Bürgernähe zu geben. Doch die Arbeitsweise des Konvents selbst ist noch immer allzu sehr vom alten Stil geprägt.

Wie lange kann dergleichen gut gehen? Der ehemalige Vorsitzende der europäischen Kommission, Jacques Delors, hat recht: »Die Methode, die in der Vergangenheit gewiss sinnvoll war, reicht heute nicht mehr aus, um Fortschritte zu machen.« Fest steht, dass die Identifikation mit den europäischen Institutionen und ihren Funktionären zu schwach geblieben ist. Die dahin gehenden Hoffnungen der Gründer sind bisher nicht in Erfüllung gegangen. Die vollendeten Tatsachen, die geschaffen wurden, sind nicht wirklich zum Leben erwacht, und jetzt, da die europäische Integra-

tion auf vielfältige Weise in das tägliche Leben hineinwirkt, ist das Demokratiedefizit zu einem dringlichen Problem geworden.

In Europa wird heute eine Schicksalsgemeinschaft geschaffen, deren Konturen allmählich deutlich werden. Was sich vor unseren Augen vollzieht, ist ein Prozess der unausgesprochenen Konstitutionsbildung, der weitreichende Konsequenzen hat für die jeweils eigene Rechtsordnung. Nationale Probleme werden immer mehr zu übernationalen Problemen. In einem Europa ohne Grenzen sind die kurdischen Flüchtlinge in Griechenland auch unsere Flüchtlinge, in einem Europa mit einer einzigen Währung ist das deutsche Haushaltsdefizit auch unser Defizit, in einem Europa, das eine gemeinsame politische und Rechtskultur anstrebt, ist der italienische Premierminister auch unser Politiker. Eine solche Schicksalsgemeinschaft, in der man auch Nachteile importiert, ist unmöglich, ohne dass Rechenschaft abgelegt und Verantwortung übernommen wird.

V

Die möglicherweise paradoxe Antwort auf viele Fragen, die sich durch eine entstehende transnationale Gesellschaft stellen – gleich, ob es dabei um die zunehmende Verflechtung der europäischen Staaten oder um das Phänomen des wachsenden Migrantenstroms geht –, liegt in einer Stärkung der nationalen Demokratie. Denn dort finden wir immer noch die besten Garantien für eine offene Gesellschaft. Wie gesagt: Verunsicherte Gesellschaften tendieren dazu sich nach außen abzuschließen, und der sichtbare Verfall der demokratischen Kultur trägt zu einer nach innen gewandten Haltung bei. Überall hinter den Fassaden unserer Institutionen vollzieht sich ein Auflösungsprozess, der das Ergebnis eines jahrelangen Zurückweichens der Politik im Namen des Marktes ist.

Die beste Antwort auf die populistische Verführung liegt im Kultivieren eines Bürgersinns, der es versteht, die Pflege des Erbes mit Offenheit gegenüber der Welt zu verbinden, und in der Stärkung des Verantwortungsgefühls für das Ganze. Eine Gesellschaft lebt von mehr als von der Selbstrelativierung. Es muss mit mehr Nachdruck der Versuch unternommen werden, die eigene Geschichte und Kultur – immer eingebettet in einen breiteren Zusammenhang – weiterzugeben. Dieses »Gespräch mit den Vorfahren«, wie der niederländische Schriftsteller Menno ter Braak es

nannte, muss ein kritisches sein und darf daher auch die Schattenseiten nicht aussparen.

Der Multikulturalismus hat eine unverbindliche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit gegeben: Abgesehen von unseren Unterschieden, gibt es überhaupt nichts mehr, was uns verbindet, so etwas wie ein »Wir« existiert nicht mehr. Was bleibt aber dann vom Bürgersinn noch übrig? Ohne dieses »Wir«, ohne ein kritisches Zugehörigkeitsgefühl zerbricht die Gesellschaft. Dieses »Wir« muss sich nicht unbedingt auf gemeinsame Leistungen beziehen, es kann ebensogut Ausdruck geteilter Scham sein. Es ist doch ein Fortschritt, wenn der Wortführer einer türkischen Organisation in den Niederlanden sagt: »Wir haben in Srebrenica versagt« und ausdrücklich Mitverantwortung tragen will.

Die Halbherzigkeit der Immigrationsländer wider Willen zeigt sich besonders deutlich im Umgang mit der Staatsbürgerschaft. In den meisten Ländern Europas wird die Einbürgerung viel zu nachlässig gehandhabt. Daraus spricht nicht Großzügigkeit. In Wahrheit verbirgt sich dahinter, dass man keine ernstgemeinte Einladung aussprechen will. Wenn sich jemand für eine neue Nationalität entscheidet, dann erwirbt er damit nicht nur Rechte, sondern es muss auch bedeuten, dass er bewusst bestimmte Pflichten übernimmt. Nicht die Relativierung der Staatsbürgerschaft, sondern ihre Betonung muss in Zeiten der Immigration der Ausgangspunkt sein.

Warum ist es falsch, an Migranten, die eine neue Staatsbürgerschaft erwerben wollen, keine Ansprüche zu stellen? Indem man ihnen nichts abfordert, zeigt man ihnen, dass sich niemand für das interessiert, was sie der aufnehmenden Gesellschaft geben können. Die unausgesprochene Botschaft lautet: Du wirst sowieso nie ein Teil unserer Gesellschaft werden, und wir erwarten von Dir nicht, dass du sie mitgestaltest. Kümmere dich am besten um deinen eigenen Kram, und behalte vor allem deine eigene Identität.

Wenn die aufnehmende Gesellschaft keine Forderungen stellt, muss sie auch keine Gegenleistungen erbringen. Auf diese Weise entledigt sich der Staat seiner Verpflichtungen gegenüber den neuen Bürgern. Doch wer zur Einbürgerung einlädt, der muss dafür auch die Mittel zur Verfügung stellen. Wer Integration anstrebt, muss deutlich machen, was die Grundlagen der eigenen Gesellschaft sind. Wer den Respekt vor der Rechtsordnung fördern will, der muss selbst wissen, was sie beinhaltet. Wer das kulturelle Erbe weitergeben will, der muss eine Vorstellung davon haben, worin das

Besondere der eigenen Kulturgeschichte besteht. Die Anforderungen, die man an die Immigranten stellen muss, fallen unweigerlich auf denjenigen zurück, der diese Anforderungen formuliert.

Was ist Integration anderes, als die Möglichkeit, als vollwertiger Bürger am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren, als sagen zu können: »Dies Land ist auch unser Land«? Wir können die distanzierte Haltung der ersten Einwanderergeneration kritisieren, die als Gäste betrachtet wurden und die sich selbst auch so sahen. Die ansässige Mehrheit muss sich öffnen für die Einbürgerung von Migranten, doch zugleich müssen diese letztendlich für sich entscheiden, wie sie sich dem Land gegenüber verhalten wollen, in dem sie aller Wahrscheinlichkeit nach den Rest ihres Lebens verbringen werden. Dabei spielt die Fähigkeit der Gesellschaft eine Rolle, Einwanderer für sich zu interessieren.

Ein Gefühl der Loyalität gegenüber dem aufnehmenden Land lässt sich niemals erzwingen. Es besteht die Gefahr, dass wir in ein Spiegelgefecht von Loyalitätserklärungen eintreten, und jeder weiß, dass es bei solchen Zusammenstößen nie einen Sieger gibt. In vielen Migrantengemeinschaften kann man heute Rückzugsbewegungen beobachten. Oft hört man die ratlose Frage »Was wollt ihr eigentlich von uns?« oder auch Ablehnung: »Lasst uns um Gottes willen bloß in Ruhe«.

Aus solchen Äußerungen ist nicht selten ein gekränkter Ton herauszuhören. Sie markieren eine tiefe Kluft. Um sie zu überwinden, braucht es überzeugendere Antworten, als wir sie derzeit haben. Das Gefühl, »dass dies Land jetzt auch unser Land ist«, kann nur kraft einer freien Wahl entstehen, zu der die Immigranten von einer Gesellschaft eingeladen und herausgefordert werden, die über eine starke Kultur des Bürgersinns verfügt. Doch diese Tradition wurde vernachlässigt. Die für die Integrationsdebatte so charakteristische Unsicherheit ist eine Folge dieses Versäumnisses.

Vollwertige Bürgerschaft, das ist der Kern aller Integration, nicht mehr und nicht weniger. Inzwischen müsste jeder wissen, dass es bestimmte soziale Bedingungen für Bürgerschaft gibt, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Doch für ein lebendiges Zugehörigkeitsgefühl bedarf es mehr. Man darf auch die kulturellen Voraussetzungen nicht aus dem Auge verlieren. Um die Identifikation mit der Gesellschaft zu fördern, stellt jedes klassische Einwanderungsland drei Bereiche in den Mittelpunkt: die Beherrschung der Landessprache, die Verinnerlichung der Rechtskultur und ein bestimmtes historisches Wissen. Nicht mehr (also kein gedankenloser Ruf

nach Assimilation), aber auch nicht weniger (also keine ethnisch geteilte Gesellschaft). Das Problem ist aber, dass wir diese Bereiche selbst lange vernachlässigt haben. So machen unsere Schwierigkeiten im Umgang mit den Migranten ein sehr viel allgemeineres Defizit deutlich und halten uns einen Spiegel vor.

Was die Rechtskultur angeht, so könnten wir das Verständnis der Verfassung, und im weiteren Sinne auch das des demokratischen Rechtsstaats, besser pflegen, nicht zuletzt in den Schulen. Warum gibt es Religionsunterricht, aber keine systematische Einführung in die Prinzipien des Rechts? Wir sollten uns den italienischen Präsidenten Ciampi zum Vorbild nehmen, der zu Beginn des Schuljahrs allen Schülern ein Exemplar der Verfassung mit der Mitteilung aushändigen ließ: »Denkt darüber nach, diskutiert darüber«. Wir könnten uns die Worte des aus dem Iran geflohenen Juristen und Dichters Afshin Ellians zu Herzen nehmen: »Ich finde, dass in Europa, und vor allem in den Niederlanden, seit langem eine Art Feigheit herrscht, die zur Folge hat, dass die eigene Verfassung und das Staatsbürgertum nicht mehr ernst genommen werden.«

Wenn wir das historische Bewusstsein betrachten, dann müssen wir das soziale und kulturelle Kapital vergangener Generationen pflegen. Dieses Vertrauen erleichtert den Umgang und macht es einfacher, zu einem gesellschaftlichen Konsens zu kommen. Doch das ist nicht alles, und auch in diesem Sinne fungieren Immigration und Integration als Spiegel: Es bedarf des kulturellen Selbstbewusstseins, und dies verlangt einen anderen Umgang mit der Geschichte als die permanente Relativierung der eigenen Vergangenheit bis zum Verschwinden.

Das kulturelle Selbstbewusstsein muss stimuliert werden, und das ist mehr als nur eine Übung in Selbstbestätigung. Die Kenntnis der Geschichte vergegenwärtigt, wie verletzlich eine offene Gesellschaft ist und wie jung manche kulturellen Errungenschaften sind, die wir anderen so gern vorhalten. Wer sich zum Beispiel mit den europäischen Kämpfen um die Sklaverei beschäftigt, dem wird klar, wie wenig selbstverständlich der Prozess der Zivilisation ist. Das Amsterdamer Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der Sklaverei symbolisiert das sinnfällig. Es zeigt zugleich, wie die postkoloniale Migration eine Korrektur des gesellschaftlichen Selbstbilds bewirken und dazu beitragen kann, unseren Horizont zu erweitern. Wir können in den Niederlanden nicht einfach weiter das Goldene Jahrhundert polie-

ren und hoffen, dass es alle blenden wird, wenn wir nicht auch die Schattenseite dieser ruhmreichen Epoche verstehen wollen.

Bei dieser Selbsterforschung stehen die Niederlande nicht allein. Das Aufeinanderprallen von Selbstrelativierung und Selbstbestätigung in unserer Kultur ruft heftige Emotionen hervor. Die Betonung des Eigenen kann sehr rasch zu Formen des Ausschlusses von Menschen und Ideen führen, die als fremd empfunden werden. Gleichzeitig kann die Vernachlässigung der Weitergabe des kulturellen Erbes zu einer Gesellschaft beitragen, die über einen immer schwächeren inneren Zusammenhalt verfügt und keine Bürger mehr kennt, sondern nur noch Konsumenten. Die Gesellschaft als Markt mag für manche ein attraktives Modell sein, aber in ihr würde eine Jahrhunderte umfassende nationale Geschichte mit allen dazugehörigen Höhen und Tiefen verschwinden.

Was uns verbindet und was uns trennt, muss immer wieder neu formuliert werden. Bürgersinn bedeutet auch die Bereitschaft, in die nähere und weitere Umgebung, deren Teil man ist, zu investieren. Diese Anstrengung unternehmen nur Menschen, die davon überzeugt sind, dass sie an einer geschichtlichen Kontinuität teilhaben. Dieses Bewusstsein entsteht nicht von selbst. Viel zu lange haben wir in der Überzeugung gelebt, dass eine offene Gesellschaft sich von allein stabilisiert und vertieft. Doch wo so viel in Bewegung ist, wo so viel fließt, da müssen alle ein wachsames Auge für die Zeichen der Erosion haben.

Aus dem Niederländischen von Gregor Seferens

Zu den Autorinnen und Autoren

Kurt Biedenkopf, Rechtswissenschaftler und Ökonom, war von 1990 bis 2002 Ministerpräsident des Freistaats Sachsen. *Einheit und Erneuerung. Deutschland nach dem Umbruch in Europa*, Stuttgart 1994; *Offene Grenze – Offener Markt*, Wiesbaden 1990; *Zeitsignale. Parteienlandschaft im Umbruch*, München 1989.

José Casanova lehrt am Department of Sociology der New School University, New York *Public Religions in the Modern World*, University of Chicago Press 1994.

Lord Dahrendorf, war Rektor der London School of Economics und des St. Antony's College, Oxford. Auf deutsch erschienen zuletzt: *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert*, München 2003; *Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch*, München 2002.

Michał Glowinski ist Professor am Institut für Literaturforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Verfasser von Arbeiten über die Literatur der Jahrhundertwende und der Zwischenkriegszeit sowie über die Sprache der kommunistischen Propaganda. *Eine Madeleine aus Schwarzbrot*, Frankfurt a.M. 2003.

John Gray ist Professor of European Thought an der London School of Economics; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. Zuletzt erschien *Straw Dogs: Thoughts on Humans and Other Animals*, London 2002; auf deutsch erschien: *Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen*, Berlin 1999.

Alfred Gusenbauer ist seit 2000 Klubobmann und Bundesparteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Jacqueline Hénard studierte in Montpellier, Paris und London. Sie schrieb danach viele Jahre für die FAZ und ist seit 1997 Paris-Korrespondentin der *Zeit*. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am CERI (Centre d'Etudes et de Recherches Internationales), Paris.

Ryszard Kapuscinski, 1932 in Pinsk (heute Weißrussland) geboren. Studium der Geschichte an der Universität Warschau. Von 1956 bis 1981 Auslandskorrespondent für die polnische Presse, vornehmlich in Asien, Lateinamerika und Afrika. Lebt als Journalist und Schriftsteller in Warschau. Zuletzt erschien auf deutsch *Die Erde ist ein gewalttätiges Paradies. Reportagen, Essays, Interviews aus vierzig Jahren*, München 2002.

Janos M. Kovacs, Mitglied des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und Permanent Fellow des IWM. Herausgeber u.a. von *The West as a Guest. Cultural Globalization in Hungary*, Budapest 2002 (ungarisch); *Training for the Accession? An Institutional History of Social Policy Reform in East-Central Europe (1989-2002)*, Oxford 2003 (zus. mit Don Kalb); *Small Transformations: The Politics of Welfare Reform – East and West*, Münster 2003.

Marcin Krol lehrt Ideengeschichte an der Universität Warschau; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM und 2002 Robert Bosch Visiting Fellow des IWM. Herausgeber der Zeitschrift *Nowa Res Publica*. 2001 erschien in Gdansk *A History of Modern Political Thought*.

Michael Mertes war von 1995 bis 1998 Leiter der Planungs- und Kulturabteilung im Bundeskanzleramt unter Helmut Kohl und bis 2002 stellvertretender Chefredakteur und Ressortleiter Außenpolitik der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur*, Bonn. Seit 2003 ist er freier Autor und Partner beim kommerziellen Think-tank »dimap consult«, Bonn/Berlin.

Alexei Miller ist Research Fellow an der Russischen Akademie der Wissenschaften sowie am Institut für russische Geschichte an der Russischen Staatsuniversität; Gastprofessur an der Central European University in Budapest; 2001 Visiting Fellow des IWM. Autor von *Imperial Authorities, Russian Public Opinion and Ukrainian Nationalism in the Reign of Alexander II*, Moskau 2000; Herausgeber von *Nation and Nationalism*, Moskau 1999 (beide russisch).

Czeslaw Milosz, 1911 in Litauen geboren, verließ 1951 Polen; 1960 ging er als Dozent für slawische Literatur an die University of Berkeley, Kalifornien. 1980 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen. Erst danach durften seine Werke wieder offiziell in Polen erscheinen. Seit 1989 verbringt Milosz die eine Hälfte des Jahres wieder in Krakau, die andere weiterhin in Berkeley. Zuletzt erschien auf deutsch *Mein ABC. Von Adam und Eva bis Zentrum und Peripherie*, München 2002.

Claus Offe ist seit 1995 Professor für Politikwissenschaft, Lehrgebiet Politische Soziologie und Sozialpolitik, an der Humboldt Universität Berlin. *Institutional Design in Post-Communist Societies: Rebuilding the Ship at Sea* (zus. mit Jon Elster, Ulrich K. Preuss u.a.), Cambridge UP 1998. In diesem Jahr erscheinen: *Herausforderungen der Demokratie* und *Die vielen Gesichter der Macht*, beide Frankfurt a.M.

Krzysztof Pomian, Historiker und Philosoph, lehrte bis 1968 an der Universität Warschau und ab 1973 in Paris; seit 1999 Professor an der Fakultät für Geschichtswissenschaften der Nikolaus Kopernikus-Universität Torun; seit 2001 Wissen-

schaftlicher Direktor des Europa-Museums Brüssel. Auf deutsch erschien zuletzt *Europa und seine Nationen*, Berlin 1992.

Paul Scheffer studierte Politikwissenschaft und Psychologie in Amsterdam und Paris. Lebt als Publizist in Amsterdam. Sein Essay »Das multikulturelle Drama« wurde in vielen Ländern Europas publiziert; 2003 erscheint sein Buch *The Land of Arrival*, das auf diesem Essay basiert; 2000 erschien *The Quest for Eternal Peace*, Amsterdam. Einige Überlegungen aus dem Beitrag im vorliegenden Heft wurden bereits in der *Zeit* vom 11. Juli 2002 unter dem Titel »Das Scheitern eines Traums« zur Diskussion gestellt.

Timothy D. Snyder lehrt Osteuropäische Geschichte an der Yale University. 2002 erschien *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999*, Yale. Derzeit arbeitet er an einer Geschichte Osteuropas seit 1948, Titel: *Brotherlands*.

Joanna Tokarska-Bakir forscht am Institut für Ethnologie und Kulturanthropologie, Universität Warschau; 2002 Visiting Fellow des IWM. 2000 erschien *The Curious Image. A Hermeneutic Reading of Ethnographic Sources*, Krakau (polnisch).

Swiat – Polnische Kinder fotografieren ihre Welt
Die Organisatoren:

Piotr Janowski ist Fotograf der größten polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, ausgezeichnet mit zahlreichen Preisen.

Andrzej Stasiuk, geboren in Warschau, Schriftsteller, Lyriker und Dramatiker, lebt im entlegenen Bergdorf Wolowiec in den Niederen Beskiden (Südpolen). Zuletzt erschienen auf deutsch *Galizische Geschichten* und *Neun*, beide Frankfurt a.M. 2002.

Monika Sznajderman, Ethnologin und Kulturanthropologin, führt gemeinsam mit ihrem Mann, Andrzej Stasiuk, in Wolowiec den Verlag Czarne, der zu den interessantesten polnischen Literaturverlagen zählt.



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at

